den
äsidenten des Regionalrates
rentino-Südtirol

CONSILIO REGIONALE REGIONALRAT
30 GIU. 2014
PROT. N. 1734

1012⁰⁰

Tagesordnungsantrag / Nr. 2
gemäß Art. 76 der Geschäftsordnung des Regionalrates zum Regionalgesetzentwurf Nr. 8/2014
Tagesordnungspunkt 2 der Regionalratssitzung vom 1. Juli 2014

Auch Ugo Rossi, Josef Nogglar, Arnold Schuler, Christian Tommasini, Roberto Bizzo, Dieter Steger, Bruno Dorigatti, Alessandro Olivi, Michele Dallapiccola, Sara Ferarri und eine Reihe anderer müssen ihre Rentenauszahlungen des Regionalrates von bis zu 212.000 Euro zurückzahlen

Weiterhin die offenbar sehr lästige Fragen: Was ist nun mit Rossis-Schulers-Nogglers-Steger-Bizzos-Tommasinis Politikerrentengeldern? : Dürfen Rossi-Schuler-Nogglar-Steger-Bizzo-Tommasini etc. ihre Rentengelderauszahlung behalten?

Was ist nun mit der Aussage „Alle müssen zurückzahlen“?!

Laut dem Beschluss des ersten Gesetzgebungsausschusses des Regionalrates dürfen der Präsident der Region und Trentiner Landeshauptmann Ugo Rossi (PATT), Regionalassessor Josef Nogglar (SVP), die Landesräte Arnold Schuler (SVP) und Christian Tommasini (Landeshauptmannstellvertreter, PD) und Landtagsvizepräsident Roberto Bizzo (PD), SVP-Fraktionschef Dieter Steger, Landtagspräsident Bruno Dorigatti (PD), Landeshauptmannstellvertreter Alessandro Olivi (PD), Landesrätin Sara Ferrari (PD), Landesrat Michele Dallapiccola (PATT), sowie insgesamt 20 amtierende und 24 Ex-Abgeordnete ihre Rentenauszahlungen der Region in der Höhe von bis 212.000 Euro netto pro Kopf behalten.

Es wurden alle möglichen Ausreden gefunden, um die Rückzahlung der Rentenauszahlungen für die Abgeordneten der letzten Legislaturperiode zu verhindern.

Argument: Es sind die eingezahlten Beiträge für die fünf Jahre von 2008 und 2013 – Na und? Rentenbeiträge der Region für die Abgeordneten, sie sollen sie wie alle anderen zurückzahlen müssen und können sie dann wie alle anderen mit 66 Jahren wieder ausbezahlt bekommen. Wer kann sich schon die Rentenbeiträge auszahlen lassen und behalten?

Argument: Die Abgeordneten der letzten Legislaturperiode erhalten keine Leibrente? Na und? Sie sind in eine andere Regelung hineingewählt worden, haben aber für fünf Jahre 212.000 Euro Rentenbeiträge aus den Steuergeldern der Region ausbezahlt bekommen (das waren nicht ihre Gelder die sie aus ihrer eigenen Tasche einbezahlt haben). Also zurückzahlen und mit 66 Jahren (Rentenantrittsalter) wieder auszahlen!

Argument: Man kann die Abgeordneten, die 2008 erstmals gewählt wurden nicht zwingen, die Gelder zurückzuzahlen. Doch! Mit der authentischen Interpretation Rossi-Kompatscher-Moltrer kann man offenbar alles. Also auch Nogglar-Schuler-Rossi etc. selbst zum zurückzahlen zwingen!

Die große Ankündigung, dass, alle zurückzahlen müssen, darf nicht von Kompatscher und Rossi selbst über Bord geworfen werden.

Wir haben wiederholt gegenüber Rossi und Kompatscher sowie dem Regionalratspräsidium und der Gesetzgebungskommission gefordert, dass wenn schon auch Landeshauptmann Rossi und die anderen alles zurückzahlen müssen und erst mit 66 Jahren erhalten. Aber Kompatscher und Rossi verteidigen mit Steger, Schiefer, Renzler und Co. Rossis, Olivis, Schulers, Nogglers Geld.

Dabei ginge es hier um insgesamt 8 Millionen Euro, die nicht zurückgezahlt werden müssen.

Berechnung:

Mit Gesetz 6/2012 Reform Thaler wurde den 2008 erstmals Gewählten die 212.000 gleichzeitig mit der Aktualisierung der bereits vorher Gewählten sofort ausbezahlt, ohne auf das Rentenantrittsalter Bezug zu nehmen.

monatlichen Einzahlungen durch den Regionalrat wurden von pensplan verwaltet und es wurden Zinsen erwirtschaftet.

1. Monatl. Einzahlung 30% für Pensionsvorsorge. $3.258,73\text{€} \times 60\text{Mon.} = 195.523,80\text{€}$ - je Abgeordneten

Auszahlung für die 20 amtierenden der beiliegenden Liste (+ 24 Ex-Abgeordnete): $195.523,80\text{€} + \text{ca } 16.000\text{€ Zinsen} = \text{ca } 211.000\text{-}212.000\text{€}$

Hier einige dernoeh amtierenden Empfänger der in diesem Antrag gegenständlichen Auszahlungen:

ROSSI UGO	211.398,95	Presidente Giunta Regione e TN
BIZZO ROBERTO	160.237,65	Vicepresidente Consiglio BZ
DORIGATTI BRUNO GINO	210.695,92	Presidente Consiglio TN
TOMMASINI CHRISTIAN	212.336,36	Vicepresidente giunta BZ
NOGGLER JOSEF	212.336,30	Assessore giunta Regione
SCHULER ARNOLD	212.336,36	Assessore giunta BZ
OLIVI ALESSANDRO	211.398,98	Vicepresidente Giunta TN
DALLAPICCOLA MICHELE	210.695,92	Assessore giunta TN
FERRARI SARA	209.283,81	Assessora giunta TN
CIVICO MATTIA	210.695,92	
HOCHGRUBER MARIA MAGDALENA	212.336,36	
STEGER DIETER	85.267, 17	
ZENI LUCA	210.695,92	

Stellen wir nun einige Betrachtungen der Rentensysteme an.

Allgemeines

Die Höhe und Struktur der Abgeordnetenentschädigung steht kontinuierlich in der öffentlichen Diskussion. Kontrovers diskutiert werden folgende Sachverhalte: der Tageslohn eines Abgeordneten im Bundestag die absolute Höhe der Diäten, das Verhältnis zwischen Diätenhöhe und Arbeitsaufwand der Parlamentarier, insbesondere bei Landtagsabgeordneten[4] die Höhe der Diäten im Vergleich zum Einkommen, das ein Abgeordneter außerhalb der Politik verdienen würde (z. B. gemessen an seiner Qualifikation oder an seiner vorherigen beruflichen Tätigkeit), die Anpassung der Diäten an die allgemeine Lohnentwicklung, die Festlegung der Diäten durch die Parlamente selbst beziehungsweise eine automatische Anpassung an Lohnsteigerungen, zusätzliche Leistungen, die Abgeordnete gegenüber Arbeitnehmern oder Beamten erhalten (z. B. Übergangsgelder, Altersversorgung, Freifahrkarten etc.), (pauschalisierte) Leistungen für Mitarbeiter, Arbeitsmittel, Wahlkreisbüros etc., die Behandlung der Nebeneinkommen der Parlamentarier, Doppelversorgung von Abgeordneten, die gleichzeitig Regierungsämter innehaben, indirekte Parteienfinanzierung durch Mandatsträgerabgaben,

Funktionszulagen (siehe unten) und die Steuerfreiheit der an die deutschen Abgeordneten neben den Diäten gezahlten Aufwendungsentschädigung. Geschichte] Die Geschichte der Abgeordnetenentschädigung begann mit der Erfindung der Demokratie im alten Athen. Für den Besuch der athenischen Volksversammlung (Ekklesia) wurde seit etwa 395 v. Chr. eine Entschädigung, das sogenannten Ekklesiastikon gezahlt. Auch die Klage über steigende Entschädigungen ist nicht neu, sondern wurde bereits damals erhoben. Mit dem Aufkommen moderner Parlamente im 18. und 19. Jahrhundert war zunächst noch keine Diätenregelung vorgesehen. Um auch vermögenslosen Kandidaten die parlamentarische Arbeit zu ermöglichen, wurden Diäten zunehmend gefordert (z. B. 1836 durch die Chartisten in England). In der Verfassung des Deutschen Reichs von 1871 bestimmte anfangs Art. 32 ein Diätenverbot für die Mitglieder des Reichstags. Ab Januar 1874 erhielten die Abgeordneten lediglich eine Freifahrkarte für die Bahn zur Anreise.[5] Hierdurch sollte der Professionalisierung entgegen gewirkt werden („Berufsparlamentarier“) und die Unabhängigkeit der Parlamentarier gestärkt werden. Die Abgeordneten mussten daher über Vermögen verfügen, um mittels der Privateinkünfte ihr Mandat überhaupt finanzieren zu können. Arbeitern und kleinen Angestellten (naturgemäß die Klientel der Arbeiterpartei SPD) waren daher per se in ihrem Mandat benachteiligt, so sie denn überhaupt zur Parlamentswahl antreten konnten. Die frühere Deutsche Fortschrittspartei hatte daher einen Diätenfonds gebildet, aus welchem einzelne Abgeordnete solche Entschädigungen erhielten.[6] Erst nach vielen Anläufen und vor allem auf Drängen der SPD, wurde 1906 durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz das Diätenverbot

aufgehoben.[7] Auf Ebene der Länder wurden bereits früher Tagegelder gezahlt. So erhielten zum Beispiel die Abgeordneten der zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtum Hessen gemäß dem Gesetz vom 20. Oktober 1894 ein Tagegeld von 9, ab 1911 von 15 Goldmark. [8]

Während also im Deutschen Reich und in England die Diätenfrage heiß umkämpft war, waren in den anderen Demokratien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Diäten üblich. [6]

In der Weimarer Republik erhielt das Recht auf Abgeordnetenentschädigung erstmalig Verfassungsrang (Art. 40 Weimarer Verfassung). Die Abgeordneten erhielten das ganze Jahr hindurch 25 % des Grundgehältes eines Ministers sowie zusätzlich einem Dreißigstel der Monatspauschale pro Tag, wenn sie außerhalb von Sitzungsperioden in Berlin sein mussten.

Im Jahr 1949 wurde die Abgeordnetenentschädigung in Art. 48 Abs. 3 Grundgesetz festgeschrieben. Die Entschädigung im Jahr 1949 betrug 600 DM. Hinzu kam ein Tagegeld von 450 DM sowie eine pauschalisierte Auslagenerstattung von 300 DM und 600 DM Reisekostenersatz.

Eine Alter- und Hinterbliebenenversorgung wurde erst 1958 eingeführt. Anlass war der Unfalltod des Abgeordneten Josef Gockeln, der zu den eifrigsten Befürwortern einer Parlamentarierversorgung für das Alter und insbesondere für die Hinterbliebenen gehört hatte, „damit auf Dauer nicht nur Vermögende, die aus privaten Mitteln vorsorgen können, in den Parlamenten sitzen“. Ironie des Schicksals war es, dass erst sein Unfalltod, der seine Frau und Kinder zu Sozialfällen machte, dazu führte, dass eine Gruppe von 34 Bundestagsabgeordneten unter der Führung von Josef Arndgen (CDU), Walther Kühn (FDP), Carlo Schmid (SPD) und Ludwig Schneider (DP) einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für Abgeordnete einbrachte.

Deutschland[Bearbeiten]

Versorgung der Bundestagsabgeordneten[Bearbeiten]

Die Grundsätze für die Versorgung der Abgeordneten im Deutschen Bundestag sind im Art. 48 Abs. 3 GG festgelegt. Darin heißt es, dass die Abgeordneten Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung haben und alle staatlichen Verkehrsmittel frei benutzen dürfen. Das Nähere wird per Bundesgesetz, in diesem Falle durch das Abgeordnetengesetz, geregelt. Das Abgeordnetengesetz unterscheidet hierbei die Abgeordnetenentschädigung - das eigentliche Gehalt des Abgeordneten - und die Amtsausstattung. Vor 1977 erhielten die Mitglieder des Deutschen Bundestags eine steuerfreie Aufwandsentschädigung, die als Diäten bezeichnet wurde. [9]

Die Mitglieder des Bundestages erhielten ab 2003 eine monatliche „Abgeordnetenentschädigung“ in Höhe von 7.009 €. Diese ist zum 1. Januar 2008 auf 7.339 € und zum 1. Januar 2009 weiter auf 7.668 € erhöht worden (11 AbgG). Dies entspricht einer Erhöhung um 9,4 % für diese sechs Jahre oder rund 1,5 % pro Jahr. [10] Seit 1977 ist die Abgeordnetenentschädigung steuerpflichtig, [9] bleibt aber von Rentenbeiträgen befreit. Die gewährte Amtsausstattung (12 AbgG) ist eine steuerfreie Pauschale. [1]. Ein Tagegeld erhalten die Mitglieder des Bundestags, im Unterschied etwa zu den Europaabgeordneten nicht.

Seit dem Diäten-Urteil von 1975 des Bundesverfassungsgerichts [11] bestimmen die Bundestags- und Landtagsabgeordneten die Höhe ihrer Bezüge selbst. Nach diesem Urteil sind die Abgeordneten verpflichtet, „vor den Augen der Öffentlichkeit“ die Höhe ihres Einkommens zu bestimmen, eine automatische Anhebung der Diäten, etwa gekoppelt an die Einkommensentwicklung, ist demnach nicht erlaubt. Bei Einführung der Bundestagsdiäten entsprachen die Bezüge den Einkünften eines Richters an einem obersten Bundesgericht. Heute hinken die Diäten um etwa 950 € hinter diesem Vergleichsmaßstab her, da die Abgeordneten wiederholt auf eine Diätenerhöhung verzichtet haben. Während Löhne, Einkommen und Lebenshaltungskosten seit 1977 deutlich gestiegen sind, sind die Diäten statistisch gesehen hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben, da sie nach dem Diäten-Urteil auch nicht mehr auf Durchschnittseinkommen basieren (BIP pro Kopf in Deutschland 2006, 2.952 € monatlich). Ein Vorstoß der Großen Koalition zur Angleichung der Abgeordnetenbezüge an die Bezüge der Bundesrichter zum Beginn des Jahres 2010 auf einen Betrag von 8.159 € führte Anfang Mai 2008 zu heftigen Diskussionen. [12] Die Fraktionsvorsitzenden

Jedes Mitglied des Deutschen Bundestages erhält zur Abgeltung seiner durch das Mandat veranlassten Aufwendungen eine sogenannte Amtsausstattung als Aufwandsentschädigung.

Kostenpauschale[Bearbeiten]

Gemäß 12 Abs. 2 AbgG erhalten die Bundestagsabgeordneten eine Kostenpauschale, die insbesondere zur Bezahlung von Bürokosten zur Einrichtung und Unterhaltung von Wahlkreisbüros außerhalb des Sitzes des Deutschen Bundestages (Miete, Porto, Inventar, Literatur), Mehraufwendungen für Unterkunft und Verpflegung am Sitz des Bundestages und bei Reisen, Fahrtkosten für Fahrten in Ausübung des Mandats, soweit sie nicht erstattet werden und sonstige Kosten für andere mandatsbedingte Aufwendungen (Repräsentation, Einladungen, Wahlkreisbetreuung usw.) dient. Die Kostenpauschale beträgt derzeit 4.204 € pro Monat und wird jedes Jahr zum 1. Januar entsprechend den Lebenshaltungskosten angepasst.[19] Da die Kostenpauschale lediglich der Erstattung von mandatsbedingten Aufwendungen dient, ist sie steuerfrei und gilt nicht als Einkommen. Zudem ist sie nicht pfändbar. Die Kostenpauschale wird dem Abgeordneten gekürzt, wenn er beispielsweise bei namentlichen Abstimmungen oder Wahlen fehlt. Näheres regelt 14 AbgG.

Über die Verwendung der Pauschale muss der Abgeordnete keine Rechenschaft ablegen. Daher ist allgemein nicht feststellbar, ob die Kostenpauschale die mandatsbedingten Aufwendungen abdeckt; mandatsbedingte Aufwendungen, die diesen Betrag übersteigen, können weder beim Bundestag noch beim Finanzamt geltend gemacht werden. Umgekehrt erhalten Abgeordnete, die geringere Aufwendungen haben, durch die Kostenpauschale ein steuerfreies Zusatzeinkommen.[20]

Zurzeit wird in mehreren Verfahren vor dem Bundesfinanzhof (BFH) vorgetragen, dass die Kläger im Vergleich zu Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei der Besteuerung ihres Einkommens gleichheitswidrig benachteiligt werden. Mit den Beschlüssen des BFH vom 21. September 2006[21] wurde das Bundesministerium der Finanzen (BMF) um den Verfahrensbeitritt ersucht. Die Kläger streben an, dass ihnen höhere Werbungskosten bei der Einkommensteuerveranlagung zuerkannt werden.

Mitarbeiterpauschale[Bearbeiten]

Die Abgeordneten haben das Recht, bis zur Gesamthöhe von 15.053 € im Monat (Arbeitnehmerbrutto, ab August 2011) auf Kosten des Bundestages Mitarbeiter einzustellen. Diese dürfen nicht mit dem Abgeordneten verwandt sein. Dies dient der Bewältigung der Aufgaben des Bundestagsabgeordneten in Berlin und im Wahlkreis.

Reisekostenerstattung[Bearbeiten]

Art. 48 Abs. 3 Satz 2 GG sichert den Abgeordneten die freie Nutzung aller staatlichen Verkehrsmittel. Zurzeit erhält jeder Bundestagsabgeordnete im Rahmen der Amtsausstattung eine Bahncard 100 1. Klasse der Deutschen Bahn als Freifahrtschein. Diese Netzkarte darf seit 2012 auch uneingeschränkt privat genutzt werden.[22] Zudem werden die Kosten für Flüge und Schlafwagen gegen Nachweis bei Mandatsreisen im Inland gemäß 12 Abs. 4 i. V. m. 16 Abs. 1 Satz 2 AbgG erstattet.

Zuschuss zur Krankenversicherung[Bearbeiten]

Die Abgeordneten haben die Wahl, ob sie sich gesetzlich oder privat krankenversichern. Bei gesetzlich Versicherten übernimmt der Bundestag, wie jeder Arbeitgeber, die Hälfte der Beiträge.

Auch bei Privatversicherten gelten die gleichen Regeln wie bei jedem Angestellten: Der Bundestag übernimmt die Hälfte der monatlichen Belastung bis zu einem Höchstbetrag, der dem Betrag der gesetzlich Versicherten entspricht. Dieser Arbeitgeberzuschuss beträgt im Jahr 2014 monatlich knapp 300 Euro.

Arbeitslosen- und Rentenversicherung[Bearbeiten]

Bundestagsabgeordnete zahlen aus ihrer Abgeordnetenentschädigung keine Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung und erhalten im Gegenzug auch keine Leistungen aus den gesetzlichen Sozialversicherungen, erwerben allerdings pensionsähnliche Ansprüche. Sie sind diesbezüglich wie Beamte gestellt.

Hinterbliebenenversorgung[Bearbeiten]

Stirbt ein Abgeordneter während der Ausübung seines Mandates, so erhalten die Hinterbliebenen ein Überbrückungsgeld, welches ihnen den Übergang in neue Lebensverhältnisse erleichtern soll. Bei der Abschaffung des Sterbegeldes wurde das Überbrückungsgeld um einen entsprechenden Betrag gekürzt.

Übergangsgelder nach Ausscheiden aus dem Bundestag[Bearbeiten]

Nach dem Ende des Mandats erhalten die ehemaligen Abgeordneten ein zu versteuerndes Übergangsgeld, welches der Wiedereingliederung in ihrem früheren Beruf dienen soll. Für jedes Jahr der Mandatsausübung wird das Übergangsgeld einen Monat lang ausgezahlt, höchstens jedoch für 18 Monate. Ein ehemaliger Abgeordneter erhält momentan für ein Jahr im Bundestag ein Übergangsgeld von 7.668 €, für 18 Jahre und mehr stehen ihm insgesamt 138.024 € zu (zu zahlen in 18 Monatsraten à 7.668 €).

Ab dem zweiten Monat nach dem Ausscheiden werden alle sonstigen Einkünfte auf das Übergangsgeld komplett angerechnet.

Altersbezüge [Bearbeiten]

Die Abgeordneten erhalten auch eine Altersentschädigung. Die Altersentschädigung bemisst sich nach der monatlichen Abgeordnetenentschädigung (11 Abs. 1 AbgG). Der Steigerungssatz beträgt vom 1. Januar 2008 an für jedes Jahr der Mitgliedschaft je 2,5 Prozent der Abgeordnetenentschädigung nach 11 Abs. 1. Der Höchstbemessungssatz der Altersentschädigung beträgt 67,5 Prozent und wird nach 27 Jahren erreicht. [23] Erhalten Politiker aus mehreren Quellen Zahlungen, so werden diese in der Regel nach einem bestimmten Schlüssel aufeinander angerechnet. Die Altersentschädigung ist voll zu versteuern.

Bis zu der Neuregelung galt eine andere Regelung nach dem Diätengesetz, die insbesondere eine Mindestzeit für den Bezug des Ruhegeldes (wie es darin heißt) von vollen acht Jahren oder zwei vollen Legislaturperioden vorsah. [24] Derzeit (2012) beträgt die monatliche Mindestpension nach dem Diätengesetz 1.682 €; der Betrag steigt mit längerer Zugehörigkeit und erreicht nach 23 Jahren Bundestagszugehörigkeit den Höchstanspruch von 4.836 €. Nach dem 18. Mandatsjahr sinkt das Pensionseintrittsalter auf 55 Jahre. Nach zwölf Jahren im Bundestag erhält ein ehemaliger Abgeordneter, der ein Ruhegeld nach dem Diätengesetz enthält, heute 36 % der Abgeordnetenentschädigung. Für ehemalige Abgeordnete, die vor Inkrafttreten der Neuregelung aus dem Bundestag ausgeschieden sind, gelten diese alten Regelungen weiter. Für Abgeordnete, die zum Zeitpunkt der Neuregelung dem Bundestag angehörten, gibt es in 28 des Abgeordnetengesetzes eine Übergangsregelung. [25]

Nebentätigkeiten [Bearbeiten]

Abgeordnete dürfen bezahlte Nebentätigkeiten in der freien Wirtschaft ausüben, etwa in Aufsichtsräten. Das führt in der Öffentlichkeit häufig zu Grundsatzdebatten, inwieweit diese Tätigkeiten durch Interessenkonflikte die freie Entscheidungsfindung beeinflussen. Alle Nebentätigkeiten müssen dem Bundestagspräsidenten angezeigt werden. Die Diäten werden bei Vorliegen von Nebeneinkünften aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht entsprechend gekürzt. Viele Nebentätigkeiten bestehen in der ehrenamtlichen Mitarbeit in Stiftungen oder Vereinen. Nach einer entsprechenden Neuregelung der Transparenzregelung Ende 2005 und einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Juli 2007 werden die Einkünfte aus Nebentätigkeiten der Abgeordneten eingeschränkt offengelegt. [26]

Funktionsbezüge [Bearbeiten]

Inhaber bestimmter Funktionen (Mitglieder des Parlamentspräsidiums, Fraktionsvorsitzende, Ausschussvorsitzende etc.) erhalten erhöhte Abgeordnetenentschädigungen (Funktionsbezüge). Die Zahlung steht im Konflikt mit der Freiheit und Gleichheit der Abgeordneten aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG.

Im Bundestag werden die Funktionszulagen durch die Fraktionen über 52 Abs. 2 Nr. 2a AbgG geleistet. Problematisch hierbei ist, dass 52 Abs. 2 Nr. 2a AbgG nicht eindeutig normiert, für welche Funktionen und in welcher Höhe Funktionszulagen gezahlt werden dürfen. Der Normzweck ist die Rechnungslegung durch die Fraktionen und nicht die Regelung von Funktionszulagen. Allerdings ergibt sich aus dem Wortlaut von 52 Abs. 2 Nr. 2a AbgG, dass zumindest eine Rechnungslegung für „Fraktionsmitglieder für die Wahrnehmung besonderer Funktionen in der Fraktion“ vorgesehen ist. Wenn darüber eine Rechnungslegung vorgesehen ist, muss auch die Zahlung von Funktionszulagen zumindest vorgesehen werden.

Funktionszulagen sind also in 52 Abs. 2 Nr. 2a AbgG vorgesehen und zahlbar.

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts [27] hat entschieden, dass die Gewährung einer Funktionszulage an die Fraktionsvorsitzenden mit der Verfassung vereinbar ist. Entsprechende Zulagen für die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen und die Ausschussvorsitzenden verstoßen hingegen gegen die Freiheit des Mandats und den Grundsatz der Gleichbehandlung der Abgeordneten.

Anlass war eine Klage gegen das Abgeordnetengesetz von Thüringen.

Allerdings ist es umstritten, ob dieses Urteil nach 31 BVerfGG nur für den Bund bindend ist. Das Thüringer Parlament ist in seiner Größe nicht mit dem Bundestag vergleichbar. Auch werden im Bundestag Funktionszulagen nur über die Fraktionen gezahlt. Das spricht dafür, eine Bindungswirkung eher abzulehnen.

Ein Verstoß gegen die Abgeordnetengleichheit (Differenzierung zwischen Abgeordneten durch verschiedene Zulagenhöhe) ist nur anzunehmen, wenn man die Funktionszulagen mit dem Mandat an sich verbunden sieht und nicht die Funktion vom Mandat separiert.

Ein Verstoß gegen die Abgeordnetenfreiheit (Abgeordnete würden abhängig von Funktionszulagen und damit von der Fraktion) könnte allerdings wie der Verstoß gegen die Abgeordnetengleichheit durch die Arbeitsfähigkeit des Parlaments gerechtfertigt werden.

Reformvorschläge [Bearbeiten]

Die FDP möchte die Aufgabe der Diätenfestsetzung vom Bundestag an eine vom Bundestag unabhängige Kommission übertragen und die Altersversorgung der von freien Berufen angleichen. Dieses System wurde in Nordrhein-Westfalen umgesetzt.

Der Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel, machte im November 2005 den Vorschlag, den Abgeordneten für ihre Altersvorsorge einen monatlichen Aufschlag von 859 € (entspricht Höchstbeitrag für die gesetzliche Rentenversicherung) zu gewähren. Über die damit erreichte Anbindung an das gesetzliche Rentensystem trafen vom Bundesparlament beschlossene Kürzungen künftig auch die Bundestagsabgeordneten selbst. Im Gegenzug sollten alle Sonderleistungen, insbesondere die Kostenpauschale von 3.589 €, entfallen.

Versorgung der Abgeordneten in den Parlamenten der deutschen Bundesländer [Bearbeiten]

Die Versorgung der Abgeordneten in den Parlamenten der 16 deutschen Bundesländer unterliegt den dortigen Regelungen. Dabei gibt es insbesondere bei der Altersversorgung deutliche Unterschiede. Neben dem Modell der selbständigen Altersentschädigung (ähnlich der Beamtenversorgung) gibt es für Brandenburg und Nordrhein-Westfalen ein eigenständiges Versorgungswerk, in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein erhalten die Abgeordneten zusätzliche monatliche Vorsorgepauschalen, wenn sie privat ohne Kapitalwahlrecht für das Alter vorsorgen.

Baden-Württemberg [Bearbeiten]

Die Abgeordnetenentschädigung für Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg ist im Abgeordnetengesetz Baden-Württemberg geregelt. [28] Danach erhalten die Abgeordneten seit dem 1. Juli 2013 eine Entschädigung von monatlich 7.199 Euro. Die Entschädigung wird jährlich zum 1. Juli angepasst und folgt dabei einem Index verschiedener Komponenten der Lohnentwicklung. [29] Der Landtagspräsident und die Fraktionsvorsitzenden bekommen eine im Ländervergleich recht hohe Zulage, nämlich zusätzlich 125 % der Grundentschädigung.

Zusätzlich erhalten die Abgeordneten eine Kostenpauschale von monatlich 1.507 Euro (seit 1. Juli 2013), deren Höhe jährlich nach dem Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg angepasst wird. [30] Für Mitarbeiter werden Kosten bis zur Höhe einer Vollzeit-Stelle der Entgeltgruppe 14 in der Erfahrungsstufe 5 (Endstufe) des TVL übernommen, [31] was wiederum im Ländervergleich relativ hoch ist. Das Abgeordnetengesetz Baden-Württemberg sieht dabei ergänzend vor, dass einige parlamentarische Funktionen mit einer erhöhten Kostenpauschale verbunden werden. So erhalten Landtagspräsident und Fraktionsvorsitzenden eine 50% Zulage auf die Kostenpauschale, Vizepräsidenten und parlamentarische Geschäftsführer sowie Ausschussvorsitzende eine 25%-Zulage. Auch alle Mitglieder des Petitionsausschuss, von Untersuchungsausschüssen und Enquete-Kommissionen erhalten eine 10%-Zulage auf die Kostenpauschale. Eine Kombination der Zulagen ist dabei nicht möglich.

Nach einem Jahr Zugehörigkeit zum Landtag besteht im Falle des Ausscheidens für drei Monate Anspruch auf Übergangsgeld. Dabei wird für jedes Jahr Mitgliedschaft im Landtag für einen Monat die Aufwandsentschädigung ausbezahlt, maximal für zwei Jahre. Dabei werden Einkommen aus Erwerbsarbeit und Versorgungsbezüge angerechnet. Auf Antrag kann das Übergangsgeld in halber Höhe für die doppelte Zeit gezahlt werden. [32]

Zur Finanzierung einer Altersversorgung erhalten die Abgeordneten des Landtags Baden-Württemberg zusätzlich ab 1. Juli 2013 monatlich 1.587 Euro gegen den Nachweis, diesen Betrag für eine Altersversorgung ohne Kapitalwahlrecht

einzusetzen.[33] Auf die tatsächlich nach Erreichen der Altersgrenze ausgezahlte Altersversorgung kann damit keine Anrechnung anderer Einkünfte mehr erfolgen, anders als bei dem für Abgeordnete anderer Parlamente angewandten Versorgungsmodell entsprechend der Beamtenversorgung. Keine Anspruch auf den Altersvorsorgebeitrag haben die Abgeordneten, die gleichzeitig hauptamtliche Mitglieder der Landesregierung oder politische Staatssekretäre sind und durch diese Ämter Ansprüche auf eine Altersversorgung erwerben.[34]

Bayern[Bearbeiten]

Die Abgeordnetenentschädigung für Mitglieder des bayerischen Landtags ist im Bayerischen Abgeordnetengesetz[35] geregelt. Danach erhalten die Abgeordneten seit dem 1. Juli 2012 eine Entschädigung von monatlich 7.060 Euro. Die Entschädigung wird jährlich zum 1. Juli angepasst und folgt dabei einem Index verschiedener Komponenten der Lohnentwicklung. Die Diäten und das Anpassungsverfahren müssen jede Legislaturperiode neu beschlossen werden.

Zusätzlich erhalten die Abgeordneten eine Kostenpauschale von monatlich 3.214 Euro (seit 1. Juli 2012). Hier erfolgt die Anpassung jährlich nach dem bayerischen Verbraucherpreisindex. Hinzu kommen Leistungen für bestimmte Dienstreisen sowie für die Ausstattung mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen (12.500 Euro pro Wahlperiode)[36]. Für Mitarbeiter werden, geregelt im Haushaltsplan des bayerischen Landtags, Kosten übernommen, die nicht die Summe einer Zwei-Drittel-Stelle der Entgeltgruppe 13 und einer vollen Stelle der Entgeltgruppe 6 des TVL überschreiten dürfen (jeweils höchste Entwicklungsstufe; seit 1. Januar 2012 7.330 Euro)[37].

Nach einem Jahr Zugehörigkeit zum Landtag besteht im Falle des Ausscheidens Anspruch auf Übergangsgeld. Dabei wird für jedes Jahr Mitgliedschaft im Landtag für einen Monat die Aufwandsentschädigung ausbezahlt, maximal für 18 Monate. Ab dem zweiten Monat werden Einkommen aus Erwerbsarbeit und Versorgungsbezüge voll angerechnet.

Nach zehn Jahren Mitgliedschaft im Landtag hat ein Mitglied Anspruch auf Altersentschädigung. Diese beträgt nach zehn Jahren Mitgliedschaft 33,5 Prozent der Abgeordnetenentschädigung und steigt für jedes weitere Jahr um 3,825 Prozent der Entschädigung bis auf maximal 71,75 Prozent. Die Entschädigung wird ab Erreichen der Regelaltersgrenze für die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt, bei mehr als zehn Jahren Mitgliedschaft für jedes weitere Jahr Mitgliedschaft ein halbes Jahr früher, maximal aber fünf Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze. Für Landtagsmitglieder, die keinen Anspruch auf Altersentschädigung erworben haben, besteht Anspruch auf eine Versorgungsabfindung in Höhe von 120 Prozent des Höchstsatzes des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung für jeden Monat Mitgliedschaft, eine Nachversicherung für die Dauer der Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung mit deren Beitragshöchstsatz oder eine Anerkennung als Dienstzeit für die Beamtenpension.

Berlin[Bearbeiten]

Die Abgeordnetenentschädigung in Berlin richtet sich nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin.[38] Die Diäten betragen seit dem 1. Januar 2014 monatlich 3.498 € (2013: 3.477 €, 2012: 3.369 €).[39]

Maßstab für die Anpassung ist die Veränderung einer gewogenen Maßzahl der Verdienstentwicklung in Berlin, die sich zusammensetzt aus den Veränderungen der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne Sonderzahlungen) 1.im verarbeitenden Gewerbe, 2.in der Energie- und Wasserversorgung, 3.im Baugewerbe, 4.im Handel und im Bereich der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, 5.im Gastgewerbe, 6.im Verkehr und in der Lagerei, 7.im Finanz- und Versicherungsdienstleistungsbereich, 8.im Grundstücks- und Wohnungswesen, 9.im Bereich freiberuflicher, wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungen, 10.im Bereich sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen, 11.in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung, 12.im Erziehungs- und Unterrichtswesen, 13.im Gesundheits- und Sozialwesen, 14.im Bereich der Kunst, Unterhaltung und Erholung, 15.im Bereich sonstiger Dienstleistungen; diese Veränderungen fließen jeweils zu dem Vorphundertatz in die gewogene Maßzahl ein, der dem Anteil der Arbeitnehmer dieser Bereiche an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer Berlins entspricht. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg teilt die prozentuale Veränderung der ermittelten Maßzahl der Verdienstentwicklung bis zum 1. September eines jeden Jahres dem Präsidenten in Form eines Berichts mit. Dieser veröffentlicht den Bericht als Drucksache.[40]

Seit dem Jahr 2012 wurden die Diätenerhöhungen von der Besoldungsanpassungen der Berliner Landesbeamten abgekoppelt. Aus der Begründung zum Gesetzesentwurf: "Es erscheint angemessen, ... eine Fortschreibung anhand der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer vorzunehmen." [41]

Ein Abgeordneter erhält eine monatliche Kostenpauschale in Höhe von 1.018 € (2012: 969 €). Kosten für Mitarbeiter werden gegen Nachweis bis zu einem Höchstbetrag von monatlich 580 € (Arbeitnehmer-Brutto) zzgl. Arbeitgeberbeiträge gezahlt.

Die Abgeordneten und die Versorgungsempfänger nach diesem Gesetz erhalten auf Antrag einen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen, wenn sie nicht nach den Vorschriften des Fünften Sozialgesetzbuches (SGB V) oder des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte Anspruch auf einen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen haben. Als Zuschuss sind 40 vom Hundert des höchsten allgemeinen Gesamtbeitrages zu zahlen, der bei Krankenversicherungspflicht aufgrund einer Beschäftigung beim Land Berlin an die Betriebskrankenkasse des Landes und der Stadt Berlin zu leisten wäre.^[42] Der Betrag lag im Jahr 2013 bei 245 € pro Monat.^[43]

Die Abgeordneten werden vom Präsidenten gegen Unfall so versichert, daß sie gegen den Versicherer einen eigenen Anspruch auf Leistung einer Invaliditätsentschädigung, eines Krankenhaustage- und Genesungsgeldes sowie auf Ersatz der durch die Behandlung der Unfallfolgen entstehenden notwendigen Heilkosten erwerben.^[44]

Es wird ein Übergangsgeld gezahlt, sofern der Abgeordnetenstatus mindestens ein Jahr bestand. Die Dauer des Bezugs entspricht der Zahl der Jahre im Abgeordnetenhaus in Monaten, maximal jedoch 18 Monate.

Eine Altersversorgung in Höhe zwischen 35 % und 65 % der Diäten wird gezahlt, sofern der Abgeordnete mindestens neun Jahre im Amt war und mindestens das 63. Lebensjahr vollendet hat.^[45]

Brandenburg [Bearbeiten]

Im Bundesland Brandenburg sind die Diäten von zur Zeit 4.731,52 € gesetzlich an die Einkommensentwicklung im Land Brandenburg gekoppelt.^[46] Die Pauschale für Aufwendungen im Wahlkreis beträgt 635,23 €, ^[47] weitere 243 € sollen die Mehrkosten am Sitz des Landtages abdecken. Die Fahrtkostenpauschale beträgt 169 € je 30 Kilometer Entfernung zur Landeshauptstadt Potsdam. Die Altersversorgung beträgt für jedes Jahr der Landtags-Zugehörigkeit 3,3 Prozent der Grunddiät, aber maximal 69 % der Grunddiät (die nach dieser Rechnung nach 20,9 Jahren erreicht sind). Der Anspruch wird je nach Dauer der Abgeordnetentätigkeit ab dem 57. bis 67. Lebensjahr erreicht, und die Altersversorgung wird frühestens ab dem 60. Lebensjahr gezahlt (11 und 12 AbgG Brandenburg).^[48]

Ab der 6. Legislaturperiode greift eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts, die unter anderem die Einführung der Altersversorgung durch ein gemeinsames Versorgungswerk der Landtage Nordrhein-Westfalen und Brandenburg vorsieht.^[49]

Bremen [Bearbeiten]

Bis zum Ende der 17. Wahlperiode erhielten die Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) noch Entschädigungen nach verschiedenen Tatbeständen, und zwar eine steuerpflichtige Grundentschädigung in Höhe von 2.550 € (5 BremAbgG), eine steuerfreie Amtsausstattungspauschale in Höhe von 430 € (7 BremAbgG), steuerfreies Sitzungsgeld (8 BremAbgG), Fahrtkostenerstattungen nach Maßgabe des 10 Abs. 3 BremAbgG, eine steuerfreie Erstattung von Kosten für eine bürgernahe Mandatsausübung (insbesondere für die Einrichtung und Unterhaltung eines Büros und die Anstellung einer Hilfskraft) gemäß 47 BremAbgG sowie im Falle der Inkompatibilität zusätzlich einen Ausgleichsbetrag nach Maßgabe des 30 BremAbgG. Zudem werden nach Maßgabe der 6, 6a BremAbgG Erwerbs- beziehungsweise Verdienstausschlag ersetzt. Des Weiteren stand und steht sämtlichen Mitgliedern der Bremischen Bürgerschaft nach Art. 8 4 Abs. 1 Eisenbahnneuordnungsgesetz (ENeuOG) das Recht der freien Benutzung der Verkehrsmittel der Eisenbahnen des Bundes in beliebiger Beförderungsklasse im Land Bremen zu. Darüber hinaus hatten die Abgeordneten nach dem Ausscheiden aus dem Parlament Anspruch auf Übergangsgeld nach Maßgabe des 11 BremAbgG und die Hinterbliebenen von verstorbenen Abgeordneten erhalten ein Sterbegeld gemäß 17 BremAbgG.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat in ihren Sitzungen vom 25. Februar 2010 und 18. März 2010 eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts beschlossen, die eine größtmögliche Transparenz bei den Entschädigungsleistungen zum Ziel hatte: Mit Beginn der 18. Wahlperiode am 8. Juni 2011 ist das Gesetz zur Neuregelung des Abgeordnetenrechts, zur Ausführung des Art. 145 Abs. 1 der Landesverfassung und zur Änderung deputations- und beamtenrechtlicher Vorschriften (BremGBl. S. 277) in Kraft getreten, das die vorgenannten Entschädigungstatbestände zu einer einheitlichen steuerpflichtigen Gesamtentschädigung in Höhe von 4.700 €^[50] zusammenfasst (5 Abs. 1 BremAbgG n.F.), die sodann jährlich im Rahmen eines Indexierungsverfahrens – nach oben, unten oder gleichbleibend – angepasst wird (6 BremAbgG n.F.).^[51] Zudem wird das bisherige beamtenversorgungsähnliche System der Altersversorgung auf ein kapitalgedecktes Altersversorgungsmodell in Form einer zweckgebundenen (ebenfalls steuerpflichtigen) Altersversorgungsentschädigung in

Höhe von 750 € monatlich (12 BremAbgG n.F.) umgestellt; diese Altersversorgungsentschädigung wird ebenfalls im Rahmen eines Indexierungsverfahrens jährlich angepasst. In der Öffentlichkeit fand diese Reform ein positives Echo.

Soweit wegen des kommunalen Wahlrechts der EU-Bürger Mitglieder der Stadtbürgerschaft nicht gleichzeitig der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) angehören, erhalten diese 15 % der monatlichen Aufwandsentschädigung.[52]

Hessen[Bearbeiten]

Die Abgeordnetenentschädigung in Hessen richtet sich nach dem Hessischen Abgeordnetengesetz (HessAbgG). Die Diäten betragen seit dem 1. Juli 2008 monatlich 6.657 €.

Eine Anpassung der Diäten ist vom Hessischen Landtag zu Beginn der Legislaturperiode zu beschließen.[53] Jeweils zum 1. Juli der Jahre 2009, 2010, 2011, 2012 und 2013 werden die Diäten automatisch an die durchschnittliche Einkommensentwicklung angepasst.[54] Maßstab für die Anpassung ist (eigentlich) die prozentuale Einkommensveränderung eines Korbes von durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten von verschiedenen Einkommensklassen (Arbeiter, Angestellte und Beamten).

Weiterhin wird eine (steuerfreie) Kostenpauschale in Höhe von 533 €, ein Übergangsgeld sowie eine Altersversorgung gezahlt.

Der Anspruch auf Altersversorgung entsteht nach sechs Jahren Zugehörigkeit zum Landtag und beträgt 27,27 % der Grunddiät (1.807 €) und steigert sich für jedes volle Jahr der Zugehörigkeit zum Landtag um 2,75 % bis zu einem Höchstsatz von 71,75 % einer Diät. Das heißt die Höchstversorgung wird nach 22 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag erreicht. Das führt zu einem maximalen Anspruch von 4.755,59 € pro Monat.

Siehe auch Diätenerhöhung im hessischen Landtag 1988.

Mecklenburg-Vorpommern[Bearbeiten]

Seit Januar 2012 beträgt die ausbezahlte monatliche Entschädigung für einen Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 5.261 Euro. Für die Betreuung des Wahlkreises, Bürokosten, Mobiliar, Kosten für Porto und Telefon sowie sonstige Auslagen erhält jeder Abgeordnete eine monatliche Kostenpauschale in Höhe von 1.262 Euro.[55] Diese Summen werden nach einem zu Beginn jeder Wahlperiode zu treffenden Landtagsbeschluss zu jedem 1. Januar entsprechend der Besoldung der Richter und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern angepasst.[56]

Nach dem Ausscheiden kann ein Abgeordneter bis zu 3 Jahre lang Übergangsgeld erhalten. Die maximale Bezugsdauer richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft im Landtag. Die Höhe des Übergangsgeldes beginnt bei 90 % sinkt bereits nach 3 Monaten auf 70 %, nach einem Jahr auf 50 %.[57] Dabei werden andere Einkünfte umfassend angerechnet.[58]

Altersbezüge erhält der ehemalige Abgeordnete grundsätzlich erst nach dem vollendeten 67. Lebensjahr.[59] Deren Höhe richtet sich nach der Dauer der Tätigkeit im Landtag. Auf die Altersversorgung werden andere Einkünfte umfangreich angerechnet, anders als bei Ansprüchen gegenüber Versorgungswerken oder aus Rentenversicherungen.[60]

Niedersachsen[Bearbeiten]

Die Abgeordnetenentschädigung für Mitglieder des Niedersächsischen Landtags ist im Niedersächsischen Abgeordnetengesetz geregelt.[61] Danach erhalten die Abgeordneten seit dem 1. Juli 2013 eine Entschädigung von monatlich 6.260,70 Euro. Die Entschädigung wird jährlich zum 1. Juli angepasst und folgt dabei einem Index verschiedener Komponenten der Lohnentwicklung. Voraussetzung für jede einzelne Anpassung ist aber die Bestätigung durch das Landtagsplenum, insofern wird der Automatismus in Niedersachsen durchbrochen.[62] Abgesehen von dieser besonderen Regelung enthält das Abgeordnetengesetz einige auch in den anderen Bundesländern übliche Regelungen, etwa zur doppelten Grundentschädigung für den Landtagspräsidenten. Der Zuschlag für Vizepräsidenten beträgt nur 40 %.

Zusätzlich erhalten die Abgeordneten eine Kostenpauschale von monatlich 1.048 Euro (seit 1. August 2013). Hier erfolgt die Anpassung jährlich nach dem bayerischen Verbraucherpreisindex. Präsident, Vizepräsidenten und Ausschussvorsitzende bekommen eine höhere Kostenpauschale. Hinzu kommen weitere Leistungen. Für Mitarbeiter der Abgeordneten werden die Kosten einer Vollzeit-Stelle der Entgeltgruppe 9 und Entwicklungsstufe 4 übernommen.[63]

Nach einem Jahr Zugehörigkeit zum Landtag besteht im Falle des Ausscheidens für mindestens drei Monate Anspruch auf Übergangsgeld. Auch für jedes weitere Jahr Mitgliedschaft im Landtag wird für einen Monat die Aufwandsentschädigung als

Übergangsgeld ausbezahlt, maximal für ein Jahr.[64] Einkommen aus Erwerbsarbeit und Versorgungsbezüge werden angerechnet.[65]

Bereits nach einem Jahr Mitgliedschaft im Landtag hat ein Mitglied Anspruch auf Altersentschädigung.[66] Die Höhe der Altersentschädigung beträgt pro Jahr der Mitgliedschaft 2,5 Prozent der Abgeordnetenentschädigung, maximal 71,75 Prozent.[67] Die Entschädigung wird ab Vollendung des 67. Lebensjahres gezahlt.[68] Für Landtagsmitglieder, die keinen Anspruch auf Altersentschädigung erworben haben, besteht Anspruch auf eine Versorgungsabfindung in Höhe des Höchstsatzes des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung für jeden Monat Mitgliedschaft, eine Nachversicherung für die Dauer der Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung mit deren Beitragshöchstsatz oder eine Anerkennung als Dienstzeit für die Beamtenpension.[69]

Nordrhein-Westfalen[Bearbeiten]

Der Landtag in Nordrhein-Westfalen beschloss am 5. April 2005 einstimmig eine Reform seiner Abgeordnetenbezüge:[70] Die Diäten wurden von monatlich 4.807 € auf dann 9.500 € (seit 1. März 2012: 8.612 € zzgl. 2.214 € für das Versorgungswerk)[71] nahezu verdoppelt. Im Gegenzug ist der Betrag künftig vollständig zu versteuern. Ebenso entfielen die bisherigen Altersbezüge, andere Zulagen und Kostenpauschalen komplett. Urlaubs- und Weihnachtsgeld gibt es nicht, auch wird kein Sitzungsgeld mehr gezahlt. Die Bezugszeit der Übergangsgelder wurde von maximal 24 Monaten auf drei Monate verkürzt. Jeder Abgeordnete zahlt für seine Altersversorgung nun monatlich 2.214 € seiner Bezüge in ein zu diesem Zweck errichtetes „Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen“ ein. Dieses finanziert die späteren Zahlungen an seine Mitglieder ausschließlich aus deren eigenen Beiträgen, seitens des Landes NRW werden keine Beitragszahlungen geleistet. Lediglich die Verwaltungskosten werden zusätzlich aus dem Landeshaushalt finanziert. Damit ist die Altersversorgung vollkommen unabhängig sowohl von der Gesetzlichen Rentenversicherung, als auch von sonstigen Versorgungsregelungen im Öffentlichen Dienst organisiert. Die Zahlungen des Versorgungswerkes werden deshalb nicht auf andere Ruhegehälter und Versorgungs- oder Rentenbezüge der Angehörigen des öffentlichen Dienstes angerechnet, diese werden ggf. zusätzlich gezahlt.

Saarland[Bearbeiten]

Die Abgeordnetenentschädigung für Mitglieder des Saarländischen Landtags ist im Saarländischen Abgeordnetengesetz geregelt.[72] Danach erhalten die Abgeordneten bis zum 1. September 2014 eine Entschädigung von monatlich 5.213 Euro.[73] Der Landtagspräsident und die Fraktionsvorsitzenden bekommen - wie in vielen anderen Landtagen (s.d.) - eine Zulage in Höhe einer weiteren Grundentschädigung.

Zusätzlich erhalten die Abgeordneten eine Kostenpauschale von monatlich 1.218 Euro (bis zum 1. September 2014, dann 1.240 Euro). Der Präsident, die Vizepräsidenten, die Fraktionsvorsitzenden und die Ausschussvorsitzenden erhalten auf die Kostenpauschale eine Zulage von bis zu 40%. Hinzu kommen weitere Leistungen, etwa eine Fahrtkostenpauschale in Höhe von mindestens 77 Euro monatlich, die abhängig von der Entfernung vom Wohnort zum Landtagssitz ist.[74] Eine Erstattung der Kosten für Mitarbeiter der Abgeordneten sieht das saarländische Abgeordnetengesetz nicht vor, anders als die entsprechenden Regelungen der anderen Landtage.

Nach einem Jahr Zugehörigkeit zum Landtag besteht im Falle des Ausscheidens für drei Monate Anspruch auf Übergangsgeld. Für jedes weitere Jahr Mitgliedschaft im Landtag wird einen weiteren Monate die Aufwandsentschädigung ausbezahlt, maximal für achtzehn Monate. Dies entspricht den Regelungen anderer Bundesländer (s.d.). Auf das Übergangsgeld werden Einkommen aus Erwerbsarbeit und Versorgungsbezüge angerechnet.[75]

Abgeordnete erhalten nach einer Zugehörigkeit zum Landtag von zehn Jahren nach ihrem Ausscheiden mit Vollendung des 65. Lebensjahres Altersentschädigung in Höhe von 35 % der Grundentschädigung. Die Altersentschädigung erhöht sich für jedes weitere volle Jahr der Mitgliedschaft um 3,5 % bis zur Höchstgrenze von 71,75 %. Soweit in der Mandatszeit etwa bei den Mitgliedern des Landtagspräsidiums eine erhöhte Grundentschädigung gezahlt wurde, wird dieser Betrag anteilig für die Altersentschädigung zu Grunde gelegt.[76] Insgesamt sind damit die erreichbaren Altersentschädigungen im Ländervergleich eher hoch.

Sachsen[Bearbeiten]

Die Grunddiät eines Landtagsabgeordneten des Freistaates Sachsen orientiert sich an den Bezügen eines Richters am Landgericht (Besoldungsgruppe R2 Stufe 8) und beträgt derzeit (seit August 2011)[77] 4.931,70 € (ab August 5 212,54 €[78]), die zu versteuern ist. Zusätzlich erhalten Abgeordnete eine Kostenpauschale in Höhe von mindestens 2.039,13 €

(wohnsitzabhängig bis maximal 2.960,02 €), welche steuerfrei bleibt und für deren Zahlung kein Nachweis tatsächlicher Ausgaben vorgelegt werden muss. Nach Verlust des Abgeordnetenstatus wird ein Übergangsgeld in Höhe der Grunddiät für jedes Jahr der Mitgliedschaft einen Monat geleistet, höchstens jedoch für 18 Monate. Weiterhin gibt es je nach Dauer der Landtagszugehörigkeit (Voraussetzung Mitgliedschaft im LT mindestens 10 Jahre) eine Altersversorgung der Abgeordneten. Sie erhalten zwischen 1.499 € und 3.212 €, deren Auszahlung ab dem 67. Lebensjahr beginnt. Durch die Änderung des Abgeordnetengesetzes am 23. März 2011 wurde die Rentenregelung für alle Abgeordneten der 5. und späterer Legislaturen (ab August 2009) an die Regelungen der gesetzlichen Rente angepasst. Hierdurch können die Abgeordneten nun frühestens 5 Jahre vor Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters derzeit 67) bei Rentenabschlägen von 3,6 % pro Jahr in Rente gehen.

Mit dem Elften Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 15. November 2007 sollte das "nordrhein-westfälischen Modells" einer Altersversorgung durch Beiträge an ein Abgeordneten-Versorgungswerkes übernommen werden.[79] Mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 14. Dezember 2010 wurde diese Entscheidung wieder rückgängig gemacht.[80] Abgeordnete der laufenden 5. Wahlperiode haben ein Wahlrecht zwischen der Auszahlung eines Vorsorgebeitrages zum Abschluss einer privaten Rentenversicherung ohne Kapitalwahlrecht oder einer Altersversorgung durch den Landtag in Anlehnung an die Beamtenversorgung.[81] Der Vorsorgebeitrag entspricht dem Höchstbeitrag für eine freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung und wird nicht an Mitglieder der Staatsregierung gezahlt.[82]

Sachsen-Anhalt[Bearbeiten]

Das Grundgesetz und die Landesverfassung Sachsen-Anhalt bestimmen, dass Abgeordnete einen Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung haben. Die Entschädigung muss für alle Abgeordneten gleich sein.

Darüber was angemessen ist, holt der Landtagspräsident den Rat der Diätenkommission ein. Diese Kommission hat in der 5. Wahlperiode empfohlen, auch künftig die Abgeordnetenentschädigung an dem Endgrundgehalt eines Richters im Land Sachsen-Anhalt in der unteren Besoldungsgruppe R 1 zu orientieren. Deshalb hat sie vorgeschlagen, ab dem 1. Januar 2008 die Grundentschädigung um 175 € anzuheben und so an die aktuelle, seit 1. Januar 2004 gültige Richterbesoldung anzupassen (4.662 €).

Aufgrund der Erhöhung der Richterbezüge um 2,9 % im Mai 2008 soll auch die Entschädigung um weitere 135 € auf 4.797 € ansteigen. In Anbetracht der Haushaltslage des Landes soll diese Erhöhung der Grundentschädigung allerdings erst ein Jahr später als für die Richter und damit zum 1. Mai 2009 wirksam werden.[83]

Ein Abgeordneter erhält eine monatliche Entschädigung ab dem 1. Mai 2009 von 4.797 €. Neben dieser Entschädigung erhält ein Abgeordneter monatlich eine Pauschale in Höhe von 997 € für allgemeine Kosten, die sich aus seiner Stellung als Abgeordneter ergeben.[84]

2012 sollen die Abgeordnetenentschädigungen von monatlich 4.797 € um 858 € auf dann 5.655 € steigen.[85]

Schleswig-Holstein[Bearbeiten]

Die Abgeordnetenentschädigung für Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtags ist im Abgeordnetengesetz Schleswig-Holstein geregelt.[86] Danach erhalten die Abgeordneten seit dem 1. Juli 2013 eine Entschädigung von monatlich 7.549,55 Euro.[87] Die Entschädigung wird jährlich zum 1. Juli angepasst und folgt dabei einem Index verschiedener Komponenten der Lohnentwicklung.[88] Der Landtagspräsident und die Fraktionsvorsitzenden bekommen eine im Ländervergleich moderate Zulage, nämlich zusätzlich 72 % der Grundentschädigung.

Zusätzlich erhalten die Abgeordneten Reisekosten, Fahrkosten und Übernachtungskosten erstattet. Für Mitarbeiter werden Kosten bis zur Höhe von 966,27 Euro (seit 1. Juli 2013) übernommen,[89] das ist im Vergleich zu der Erstattung von Mitarbeiterkosten bei anderen Landtagen (s.d.) bis zur Entgeltgruppe 9, 13 oder 14 recht wenig.

Nach einem Jahr Zugehörigkeit zum Landtag besteht im Falle des Ausscheidens für drei Monate Anspruch auf Übergangsgeld. Für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft im Landtag wird jeweils für drei weitere Monate die Aufwandsentschädigung ausbezahlt, maximal für zwei Jahre. Damit ist die Absicherung in den ersten Mandatsjahren deutlich besser als in anderen Landtagen, die für das zweite und folgende Mandatsjahre nur jeweils einen Monat

Übergangsgeld zusätzlich gewähren (s.d.). Auf das Übergangsgeld werden Einkommen aus Erwerbsarbeit und Versorgungsbezüge angerechnet. [90]

Zur Finanzierung einer Altersversorgung erhalten die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags zusätzlich ab 1. Juli 2013 monatlich 1.500 Euro gegen den Nachweis, aus diesem Betrag zumindest den Höchstbeitrag für die gesetzliche Rentenversicherung in eine Altersversorgung ohne Kapitalwahlrecht einzusetzen.[91] Auf die tatsächlich nach Erreichen der Altersgrenze ausgezahlte Altersversorgung kann damit keine Anrechnung anderer Einkünfte mehr erfolgen, anders als bei dem für Abgeordnete anderer Parlamente angewandten Versorgungsmodell entsprechend der Beamtenversorgung. Keine Anspruch auf den Altersvorsorgebeitrag haben die Abgeordneten, die gleichzeitig Anspruch auf ein Einkommen aus einem Amtsverhältnis haben,[91] etwa als hauptamtliche Mitglieder der Landesregierung oder politische Staatssekretäre sind. Diese erwerben bereits durch diese Ämter Ansprüche auf eine Altersversorgung.

Thüringen[Bearbeiten]

Nach 54 der Thüringer Verfassung („Diäten-Paragraph“) erfolgt jährlich eine Anpassung der Diäten nach festgelegten Regeln. Die Diäten steigen mit der Inflationsrate. Die Aufwandspauschale für Wahlkreismitarbeiter steigt mit den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes. Eine Beschlussfassung im Landtag findet nicht statt.

Die Diäten betragen 4.772,88 € pro Monat, dazu kommt eine steuerfreie Aufwandspauschale von 1.190,20 € für allgemeine Kosten sowie von 371,95 € für Mehraufwendungen am Landtagssitz und eine Fahrtkostenpauschale.[92]

Abgeordnete erhalten nach einer Zugehörigkeit zum Landtag von mindestens sechs Jahren nach ihrem Ausscheiden mit Vollendung des 60. Lebensjahres Altersentschädigung. Die Altersentschädigung beträgt 26 % der Grundentschädigung. Sie erhöht sich für jedes weitere volle Jahr der Mitgliedschaft über die Mindestzeit nach 13 hinaus um 3 % bis zur Höchstgrenze von 75 %.[93]

Abgeordnetenentschädigungen der deutschen Landesparlamente[Bearbeiten]

Hinweis: In der Tabelle ist für eine bessere Vergleichbarkeit der Teil der Abgeordnetenbezüge in Nordrhein-Westfalen, der für den Erwerb von Pensionsansprüchen an das Versorgungswerk abgeführt werden muss, nicht in dem angegebenen Geldbetrag enthalten (in allen anderen Bundesländern werden die erworbenen Versorgungsansprüche nicht als Geldbetrag ausgewiesen). In der Grafik ist dieser Geldbetrag dagegen enthalten.

Einige Betrachtungen zu Abgeordnetenregelungen

Schutz der freien Mandatsausübung

(1) Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat

im Bundestag zu bewerben,

es zu erwerben, anzunehmen

oder auszuüben.

(2) Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang

mit der Bewerbung

um ein Mandat sowie dem Erwerb, der Annahme und Ausübung eines

Mandats sind unzulässig.

(3) 1Eine Kündigung oder Entlassung wegen des Erwerbs, der Annahme oder

Ausübung des Mandats ist unzulässig. 2Eine Kündigung ist im Übrigen

nur

aus wichtigem Grunde zulässig.

3Der Kündigungsschutz beginnt mit der

Aufstellung des Bewerbers durch das dafür zuständige Organ der Partei oder mit der Einreichung

des Wahlvorschlags.

4Er gilt ein Jahr nach Beendigung des Mandats fort.

3

Wahlvorbereitungsurlaub

1Einem Bewerber um einen Sitz im Bundestag ist zur Vorbereitung seiner

Wahl innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag Urlaub von bis zu zwei Monaten zu gewähren. 2Ein Anspruch auf Fortzahlung seiner

Bezüge besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht.

4

Berufs- und Betriebszeiten

(1) Die Zeit der Mitgliedschaft im Bundestag ist nach Beendigung des Mandats auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit anzurechnen.

(2) Im Rahmen einer bestehenden betrieblichen oder überbetrieblichen Altersversorgung wird die Anrechnung nach Absatz 1 nur im Hinblick auf die Erfüllung der Unverfallbarkeitsfristen des § 1 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vorgenommen.

Abgeordnetengesetz – AbgG 12

Dritter Abschnitt

Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes

Abgeordnetengesetz – AbgG 13

5

Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

(1) 1Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis

eines in den Bundestag

gewählten Beamten mit Dienstbezügen ruhen vom Tage der Feststellung

des

Bundeswahlausschusses

(42 Abs. 2 Satz 1 des Bundeswahlgesetzes)

oder

der Annahme des Mandats für die Dauer der Mitgliedschaft mit Ausnahme

der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von

Belohnungen und Geschenken. 2Das gleiche gilt, wenn ein Mitglied des

Bundestages in ein solches Dienstverhältnis berufen wird, von dem Tage

an, mit dem seine Ernennung wirksam wird. 3Der Beamte hat das Recht, seine

Amts- oder Dienstbezeichnung

mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“)

zu führen. 4Bei unfallverletzten Beamten bleiben die Ansprüche auf das

Heilverfahren und einen Unfallausgleich

unberührt. 5Satz 1 gilt längstens bis

zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.

(2) Für den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten

gilt Absatz 1

längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung

in den dauernden

Ruhestand

sinngemäß.

(3) 1Einem in den Bundestag gewählten Beamten auf Widerruf

im Vorbereitungsdienst

ist auf seinen Antrag Urlaub ohne Anwärterbezüge zu gewähren.

2Wird

der Beamte nach Bestehen

der Laufbahnprüfung zum Beamten auf Probe

ernannt, so ruhen seine Rechte und Pflichten aus diesem Dienstverhältnis

nach Absatz 1 von dem Tage an, mit dem die Ernennung wirksam

wird.

6

Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

(1) 1Nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag

ruhen die in dem

Dienstverhältnis

eines Beamten

begründeten

Rechte und Pflichten für längstens

weitere sechs Monate. 2Der Beamte ist auf seinen Antrag, der binnen drei

Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft zu stellen ist, spätestens

drei

Monate nach Antragstellung wieder in das frühere Dienstverhältnis

zurückzuführen.

3Das ihm zu übertragende

Amt muss derselben oder einer gleichwertigen

Laufbahn angehören wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens

demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein. 4Vom Tage der Antragstellung

an erhält er die Dienstbezüge des zuletzt bekleideten Amtes.

(2) 1Stellt der Beamte nicht binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft

im Bundestag einen Antrag nach Absatz 1, so ruhen die in dem

Dienstverhältnis begründeten

Rechte und Pflichten (5 Abs. 1) weiter bis zum

Eintritt

oder bis zur Versetzung

in den Ruhestand. 2Die oberste Dienstbehörde

kann den Beamten jedoch, wenn er weder dem Bundestag

mindestens zwei

Wahlperioden angehört noch bei Beendigung der Mitgliedschaft

im Bundestag

das 55. Lebensjahr vollendet hat, unter Übertragung

eines Amtes im Sinne

des Absatzes 1 Satz 3 wieder in das frühere Dienstverhältnis

zurückführen;

lehnt der Beamte die Rückführung ab oder folgt er ihr nicht, so ist er entlassen.

3Satz 2 ist nicht anzuwenden, wenn der Beamte während der Dauer seiner

Mitgliedschaft im Bundestag Mitglied

der Bundesregierung gewesen ist.

Abgeordnetengesetz – AbgG 14

Dienstzeiten im öffentlichen Dienst

(1) Abweichend von 27 Abs. 3 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes

und unbeschadet

des 23 Abs. 5 verzögert die Zeit der Mitgliedschaft

im Bundestag

den Aufstieg eines Bundesbeamten in den Grundgehaltsstufen

in dem Umfang,

der sich bei entsprechender

Anwendung des 28 Abs. 1 und 2 des Bundesbesoldungsgesetzes

in der bis zum 30. Juni 2009 geltenden

Fassung ergibt.

(2) 1Wird der Beamte nicht nach 6 in das frühere Dienstverhältnis

zurückgeführt,

so wird das Besoldungsdienstalter

um die Zeit nach Beendigung

der Mitgliedschaft im Bundestag

bis zum Eintritt des Versorgungsfalles

hinausgeschoben.

2Wird der Bundesbeamte

nicht nach 6 in das frühere

Dienstverhältnis zurückgeführt, verbleibt er bis zum Eintritt des Versorgungsfalles

in der sich nach Absatz 1 ergebenden Stufe des Grundgehaltes.

(3) 1Die Zeit der Mitgliedschaft im Bundestag gilt unbeschadet der Regelung

des 23 Abs. 5 nicht als Dienstzeit im Sinne des Versorgungsrechts. 2Das gleiche

gilt für die Zeit nach der Beendigung der Mitgliedschaft

im Bundestag, wenn

der Beamte nicht nach 6 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt wird.

(4) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag ist die Zeit der Mitgliedschaft

auf laufbahnrechtliche Dienstzeiten, mit Ausnahme der Probezeit,

anzurechnen.

(5) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag ist die Zeit der Mitgliedschaft

auf Dienst- und Beschäftigungszeiten

bei Arbeitnehmern des öffentlichen

Dienstes anzurechnen; im Rahmen einer bestehenden zusätzlichen
Alters- und Hinterbliebenenversorgung
gilt dies nur im Hinblick auf Vorschriften,
die die Anwartschaft oder den Anspruch dem Grunde nach regeln.

8

Beamte auf Zeit, Richter, Soldaten und Angestellte des öffentlichen Dienstes

(1) Die 5 bis 7 gelten für Richter, Berufssoldaten und Soldaten
auf Zeit

entsprechend.

(2) Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit
ruhen längstens für die Dauer der Verpflichtungszeit und eines Beamten
auf

Zeit längstens für die Zeit, für die er in das Beamtenverhältnis
berufen worden

ist.

(3) 1Absatz 2 und die Vorschriften der 5, 6 und 7 Abs. 1 bis 4 gelten sinngemäß
für Angestellte des öffentlichen Dienstes. 2Öffentlicher Dienst im Sinne

dieser Vorschrift ist die Tätigkeit im Dienste des Bundes,
eines Landes, einer

Gemeinde oder anderer Körperschaften,
Anstalten oder Stiftungen

des öffentlichen

Rechts oder ihrer Verbände mit Ausnahme

der öffentlich-rechtlichen

Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

Abgeordnetengesetz – AbgG 15

9

Hochschullehrer

(1) Für die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag
gewählten Hochschullehrer

im Sinne des 42 des Hochschulrahmengesetzes

findet 6 mit

der Maßgabe

Anwendung,

dass sie in ihrem bisherigen Amt an der gleichen

Hochschule wiederverwendet werden müssen.

(2) 1Hochschullehrer können eine Tätigkeit in Forschung

und Lehre sowie die

Betreuung von Doktoranden

und Habilitanden

während der Mitgliedschaft

im

Bundestag wahrnehmen. 2Die Vergütung für diese Tätigkeit ist entsprechend

den tatsächlich

erbrachten Leistungen zu bemessen. 3Die Vergütung darf

25 vom Hundert der Bezüge, die aus dem Dienstverhältnis

als Hochschullehrer

zu zahlen wären, nicht übersteigen. 4Im Übrigen sind die für Bundesbeamte

geltenden Vorschriften

anzuwenden.

10

Wahlbeamte auf Zeit

Die Länder können durch Gesetz für Wahlbeamte auf Zeit von 6 abweichende

Regelungen treffen.

Abgeordnetengesetz – AbgG 16

Vierter Abschnitt

Leistungen an Mitglieder des Bundestages

Abgeordnetengesetz – AbgG 17

11

Abgeordnetenentschädigung

(1) 1Ein Mitglied des Bundestages erhält eine monatliche

Abgeordnetenentschädigung,

die sich an den Monatsbezügen

- eines Richters bei einem obersten Gerichtshof des Bundes

(Besoldungsgruppe R 6),

- eines kommunalen Wahlbeamten auf Zeit

(Besoldungsgruppe B 6)

orientiert. 2Die Abgeordnetenentschädigung beträgt mit Wirkung

vom

1. Januar 2012 7.960 Euro und vom 1. Januar 2013 8.252 Euro. 3Für spätere

Anpassungen gilt das in § 30 geregelte

Verfahren.

(2) Der Präsident erhält eine monatliche Amtszulage in Höhe eines Monatsbetrages

nach Absatz 1, seine Stellvertreter

in Höhe der Hälfte eines Monatsbetrages

nach Absatz 1.

(3) Der Auszahlungsbetrag der Abgeordnetenentschädigung

und der Amtszulage

vermindert

sich in Ansehung

der zu den Kosten in Pflegefällen nach § 27 gewährten

Zuschüsse vom 1. Januar 1995 an um ein Dreihundertfünfundsechzigstel.

12

Amtsausstattung

(1) Ein Mitglied des Bundestages erhält zur Abgeltung seiner durch das

Mandat veranlassten Aufwendungen eine Amtsausstattung

als Aufwandsentschädigung.

2 Die Amtsausstattung

umfasst Geld- und Sachleistungen.

(2) Ein Mitglied des Bundestages erhält eine monatliche

Kostenpauschale

für

den Ausgleich insbesondere von

1. Bürokosten zur Einrichtung und Unterhaltung

von Wahlkreisbüros

außerhalb des Sitzes des Deutschen Bundestages,

einschließlich

Miete und Nebenkosten, Inventar

und Büromaterial,

Literatur und Medien sowie Porto,

2. Mehraufwendungen am Sitz des Bundestages

und bei Reisen

mit

Ausnahme von Auslandsdienstreisen,

3. Fahrtkosten für Fahrten in Ausübung des Mandats innerhalb

der Bundesrepublik Deutschland unbeschadet der Regelungen

in den 16 und 17 und

4. sonstigen Kosten für andere mandatsbedingte

Kosten (Repräsentation,

Einladungen,

Wahlkreisbetreuung usw.), die auch sonst nicht aus dem der

Lebensführung

dienenden beruflichen Einkommen zu bestreiten sind.

2Die Kostenpauschale wird zum 1. Januar eines jeden Jahres der Entwicklung

der allgemeinen Lebenshaltungsausgaben aller privaten Haushalte im vorvergangenen

Kalenderjahr angepasst.

3Das Nähere über die Höhe der am tatsächlichen Aufwand orientierten pauschalierten

Einzelansätze und die Anpassung regeln das Haushaltsgesetz und

Ausführungsbestimmungen,

die vom Ältestenrat zu erlassen sind.

(3) 1Ein Mitglied des Bundestages erhält Aufwendungen

für die Beschäftigung

von Mitarbeitern zur Unterstützung

bei der Erledigung seiner parlamentarischen

Arbeit gegen Nachweis ersetzt. 2Der Ersatzanspruch ist nicht

Abgeordnetengesetz – AbgG 18

auf ein anderes Mitglied des Bundestages übertragbar.

3Der Ersatz von

Aufwendungen für Arbeitsverträge

mit Mitarbeitern, die mit dem Mitglied

des Bundestages

verwandt, verheiratet oder verschwägert sind oder waren,

ist grundsätzlich unzulässig. 4Entsprechendes

gilt für den Ersatz von Aufwendungen

für Arbeitsverträge mit Lebenspartnern eines Mitglieds

des

Bundestages.

5Einzelheiten über den Umfang und die Voraussetzungen für

den Ersatz von Aufwendungen, über nicht abdingbare Mindestvorschriften

für den Arbeitsvertrag und sonstige Fragen regeln das Haushaltsgesetz und

die vom Ältestenrat zu erlassenden
Ausführungsbestimmungen. 6Die Abrechnung
der Gehälter und anderen Aufwendungen für Mitarbeiter erfolgt durch
die Verwaltung des Bundestages.

7Eine Haftung des Bundestages

gegenüber

Dritten

ist ausgeschlossen. 8Die Mitarbeiter

sind nicht Angehörige des öffentlichen

Dienstes. 9Es bestehen keine arbeitsrechtlichen

Beziehungen zwischen

den Mitarbeitern und der Verwaltung

des Bundestages.

(4) 1Zur Amtsausstattung gehören auch

1. die Bereitstellung eines eingerichteten Büros am Sitz des Bundestages,

2. die Benutzung von Verkehrsmitteln gemäß 16,

3. die Benutzung der Dienstfahrzeuge des Bundestages,

4. die Bereitstellung und Nutzung des gemeinsamen

Informations-

und

Kommunikationssystems

des Bundestages

und

5. sonstige Leistungen des Bundestages.

2Das Nähere regeln das Haushaltsgesetz und Ausführungsbestimmungen,

die

vom Ältestenrat zu erlassen sind.

(5) Der Präsident des Bundestages erhält eine monatliche

Amtsaufwandsentschädigung

von 1.023 Euro, seine Stellvertreter

erhalten eine monatliche

Amtsaufwandsentschädigung

von 307 Euro.

(6) Ein Mitglied des Bundestages, dem ein Dienstwagen

des Bundes zur ausschließlichen

Verfügung steht, erhält eine um fünfundzwanzig vom Hundert

verminderte

Kostenpauschale.

13

Wegfall des Anspruchs auf Aufwandsentschädigungen

Ein Mitglied des Bundestages, das im letzten Vierteljahr

der Wahlperiode in

den Bundestag eintritt, hat keinen Anspruch auf die Leistungen nach 12

Abs. 2 und 3, wenn der Bundestag

seine Tätigkeit bereits abgeschlossen

hat.

14

Kürzung der Kostenpauschale

(1) 1An jedem Sitzungstag wird eine Anwesenheitsliste ausgelegt.

2Der Präsident

bestimmt im Benehmen mit dem Ältestenrat,

welche Tage als Sitzungstage

gelten und in welcher Zeit die Anwesenheitsliste ausgelegt wird. 3Trägt sich

ein Mitglied des Bundestages nicht in die Anwesenheitsliste

ein, werden ihm

50 Euro von der Kostenpauschale

einbehalten. 4Der einzubehaltende

Betrag

erhöht sich auf 100 Euro, wenn ein Mitglied

an einem Plenarsitzungstag

sich nicht in die Anwesenheitsliste eingetragen hat und nicht beurlaubt

war. 5Der Kürzungsbetrag verringert sich auf 20 Euro, wenn ein Mitglied

19

des Bundestages einen Aufenthalt in einem Krankenhaus

oder in einem

Sanatorium oder die Arbeitsunfähigkeit

ärztlich nachweist. 6Während der

Mutterschutzfristen infolge Schwangerschaft

oder wenn ein Mitglied des

Bundestages

ein ärztlich nachgewiesen
erkranktes, in seinem Haushalt
lebendes Kind, das das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet
hat, mangels
anderer im Haushalt dafür zur Verfügung stehender
Aufsichtspersonen persönlich
betreuen muss, führt die Nichteintragung
in die Anwesenheitsliste
nicht zu einer Kürzung der Kostenpauschale.
7Die Eintragung in die Anwesenheitsliste
wird vom Zeitpunkt
der Auslegung an ersetzt durch Amtieren
als Präsident oder als Schriftführer, durch protokollierte Wortmeldung in
einer Sitzung des Deutschen Bundestages,
durch Teilnahme an einer namentlichen
Abstimmung oder einer Wahl mit Namensaufruf, durch Eintragung
in
die Anwesenheitsliste eines Ausschusses
oder eines sonstigen Gremiums des
Bundestages,
durch Wortmeldungen
in einem Ausschuss oder einem sonstigen
Gremiums des Bundestages, durch Eintragung in die Anwesenheitsliste
des Ältestenrates oder durch eine für den Sitzungstag genehmigte und durchgeführte
Dienstreise.

(2) 1Einem Mitglied des Bundestages, das an einer namentlichen
Abstimmung
oder einer Wahl mit Namensaufruf nicht teilnimmt, werden 50 Euro von der
monatlichen Kostenpauschale
abgezogen. 2Das gilt nicht, wenn der Präsident
das Mitglied beurlaubt hat, ein Abzug nach Absatz 1 erfolgt oder in den
Fällen des Absatzes 1 Satz 6.

15

Bezug anderer Tage- oder Sitzungsgelder

1Bezieht ein Mitglied des Bundestages an einem Tag, an dem es sich in die

Anwesenheitsliste des Bundestages

eingetragen hat, Tage- oder Sitzungsgelder

aus anderen öffentlichen Kassen,

so werden 20 Euro von der monatlichen

Kostenpauschale

einbehalten, jedoch nicht mehr als die aus anderen

öffentlichen Kassen geleisteten Tage- oder Sitzungsgelder. 2Das gleiche gilt für

Auslandsdienstreisen, die auf einen Sitzungstag

fallen.

16

Freifahrtberechtigung und Erstattung von Fahrkosten

(1) 1Ein Mitglied des Bundestages hat das Recht auf freie Benutzung aller Verkehrsmittel

der Deutschen Bahn AG. 2Benutzt es in Ausübung

des Mandats

im Inland Flugzeuge, Schlafwagen oder sonstige schienengebundene

Beförderungsmittel

außerhalb des öffentlichen Personennahverkehrs, so werden die

Kosten

bis zur höchsten Klasse gegen Nachweis

erstattet.

(2) 1Für die Dauer der Berechtigung zur Freifahrt darf ein Mitglied des Bundestages

die Erstattung von Fahrkosten

der Deutschen Bahn AG für Reisen im

Inland von anderer Seite nicht annehmen. 2Dies gilt auch für Teilstrecken im

Inland anlässlich einer Auslandsreise und wenn Kosten für die Benutzung

von Flugzeugen oder Schlafwagen nach Absatz 1 erstattet werden.

Abgeordnetengesetz – AbgG 20

17

Dienstreisen

(1) Dienstreisen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Präsidenten.

(2) 1Bei Inlandsdienstreisen

gelten die Tagegelder durch die Kostenpauschale

als abgegolten. 2Ein Mitglied

des Bundestages

erhält jedoch in entsprechender

Anwendung des Bundesreisekostengesetzes

auf Antrag Übernachtungsgeld

sowie Fahrkostenerstattung.

3Weist ein Mitglied des Bundestages einen

außergewöhnlichen

Aufwand nach, der aus dem Übernachtungsgeld

nicht

gedeckt werden kann, so wird der unvermeidbare Mehrbetrag erstattet.

(3) 1Bei Auslandsdienstreisen erhält ein Mitglied auf Antrag Tage- und

Übernachtungsgeld. 2Ferner werden erstattet:

- bei Benutzung der Eisenbahn die Fahrkosten von der Bundesgrenze zum

Zielort und zurück sowie Schlafwagenkosten

gegen Nachweis,

- bei Benutzung von Linienflugzeugen die nachgewiesenen

Kosten

zum

Zielort und zurück,

- notwendige Fahrkosten anderer Beförderungsmittel.

(4) 1Auf Antrag wird in den Fällen der Absätze 2 und 3 an Stelle der Fahrkostenerstattung

Wegstreckenentschädigung

gewährt. 2Sie darf die Höhe der Kosten,

die bei Flugzeugbenutzung

nach 16 Abs. 1 oder 17 Abs. 3 zu erstatten

wären, nicht überschreiten. 3Die Höhe der Wegstreckenentschädigung

wird

vom Ältestenrat

festgesetzt.

(5) Soweit vom Ältestenrat nichts anderes bestimmt ist, finden

im Übrigen die

Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes

in der jeweils gültigen Fassung

sinngemäß

Anwendung.

Abgeordnetengesetz – AbgG 21

Fünfter Abschnitt

Leistungen an ehemalige Mitglieder des Bundestages und ihre Hinterbliebenen

Abgeordnetengesetz – AbgG 22

18

Übergangsgeld

(1) 1Ein ausscheidendes Mitglied mit einer Mitgliedschaft

von mindestens einem

Jahr erhält Übergangsgeld.

2Das Übergangsgeld

wird in Höhe der Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1 für jedes Jahr der Mitgliedschaft

einen

Monat geleistet, höchstens jedoch 18 Monate lang. 3Zeiten einer früheren

Mitgliedschaft im Bundestag, für die bereits Übergangsgeld gezahlt worden

ist, bleiben unberücksichtigt. 4Eine Mitgliedschaft

im Bundestag

von mehr als

einem halben

Jahr gilt als volles Jahr bei der Berechnung

nach Satz 2.

(2) 1Ab dem zweiten Monat nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag werden

alle Erwerbs- und Versorgungseinkünfte

auf das Übergangsgeld angerechnet.

2Eine Anrechnung der Bezüge aus der Mitgliedschaft im Europäischen

Parlament entfällt, wenn bereits seitens

des Europäischen Parlaments die

Anrechnung des Übergangsgeldes auf die dortigen Bezüge bestimmt ist.

(3) 1Auf Antrag ist das Übergangsgeld nach Absatz 1 in einer Summe oder monatlich

zum halben Betrag für den doppelten Zeitraum zu zahlen. 2Absatz 1

Satz 3 gilt entsprechend.

(4) 1Tritt das ehemalige Mitglied wieder in den Bundestag

ein, ruht bei monatlicher

Zahlung der Anspruch nach Absatz 1. 2Wurde das ehemalige Mitglied

in

einer Summe abgefunden, ist der Betrag, der bei monatlicher Zahlung ruhen

würde, zu erstatten. 3Der Präsident bestimmt, in welchen

Teilbeträgen zu

erstaten ist.

(5) Stirbt ein ehemaliges Mitglied, werden die Leistungen

nach Absatz 1 an

den überlebenden Ehegatten, die leiblichen Abkömmlinge sowie die als

Kind angenommenen

Kinder fortgesetzt oder ihnen belassen, wenn Versorgungsansprüche

nach diesem Gesetz nicht entstehen.

(6) Ein ehemaliges Mitglied, das dem Europäischen Parlament

angehört, kann

den Anspruch auf Übergangsgeld

erst nach seinem Ausscheiden aus dem

Europäischen Parlament geltend machen.

(7) 1Absatz 1 gilt nicht, wenn das Mitglied die Mitgliedschaft

im Bundestag auf

Grund des 15 Abs. 2 Nr. 2 des Bundeswahlgesetzes

verliert. 2Der Präsident

kann die Zahlungen aussetzen, wenn ein Verfahren zu erwarten ist, das die

Folgen

nach 15 Abs. 2 Nr. 2 des Bundeswahlgesetzes nach sich zieht.

19

Anspruch auf Altersentschädigung

(1) Ein Mitglied erhält nach seinem Ausscheiden eine Altersentschädigung,

wenn es das 67. Lebensjahr vollendet und dem Deutschen Bundestag mindestens

ein Jahr angehört hat.

(2) Mitglieder des Deutschen Bundestages, die vor dem 1. Januar 1947 geboren

sind, erreichen die Altersgrenze

mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Für

Mitglieder

des Deutschen

Bundestages, die nach dem 31. Dezember 1946

geboren sind, wird die Altersgrenze

wie folgt angehoben:

Abgeordnetengesetz – AbgG 23

Geburtsjahr Anhebung um Monate auf Alter

Jahr Monat

1947 1 65 1

1948 2 65 2

1949 3 65 3

1950 4 65 4

1951 5 65 5

1952 6 65 6

1953 7 65 7

1954 8 65 8

1955 9 65 9

1956 10 65 10

1957 11 65 11

1958 12 66 0

1959 14 66 2

1960 16 66 4

1961 18 66 6

1962 20 66 8

1963 22 66 10

(3) 1Gehörte ein ausgeschiedenes Mitglied dem Bundestag

mehrmals mit Unterbrechung

an, so sind die Zeitabschnitte zusammenzurechnen. 2Mit jedem

über das achte Jahr hinausgehenden

Jahr bis zum achtzehnten Jahr der Mitgliedschaft

im Bundestag

entsteht der Anspruch

auf Altersentschädigung ein

Lebensjahr früher.

3 18 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

20

Höhe der Altersentschädigung

1Die Altersentschädigung bemisst sich nach der monatlichen Abgeordnetenentschädigung

(11. Abs. 1). 2Der Steigerungssatz

beträgt vom

1. Januar 2008 an für jedes Jahr der Mitgliedschaft

je 2,5 vom Hundert der

Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1. 3 Der Höchstbemessungssatz

der Altersentschädigung beträgt 67,5 vom Hundert. 4 Die Zeit der Wahrnehmung

der Ämter des Präsidenten und seiner Stellvertreter

wird der

Berechnung

der Altersentschädigung nach den Sätzen 1 und 2 mit der

Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1 einschließlich

der Amtszulage

zugrunde gelegt. 5 18 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

Abgeordnetengesetz – AbgG 24

21

Berücksichtigung von Zeiten in anderen Parlamenten

(1) 1 Zeiten der Mitgliedschaft im Parlament eines Landes

der Bundesrepublik

Deutschland gelten auf Antrag als Zeiten der Mitgliedschaft

im Sinne des

19. 2 Werden dadurch die Voraussetzungen

für einen Anspruch nach diesem

Gesetz erfüllt, so wird Altersentschädigung

gezahlt.

(2) Für die Höhe der Altersentschädigung gilt 20 für jedes Jahr der tatsächlichen

Mitgliedschaft im Bundestag

entsprechend.

(3) 1 Zeiten der Mitgliedschaft in der Volkskammer der ehemaligen

Deutschen

Demokratischen Republik ab Annahme des Mandats nach den Wahlen

zur

10. Volkskammer bis zum 2. Oktober 1990 gelten auf Antrag, der bis zum

30. Juni 1996 bei dem Präsidenten des Bundestages eingegangen sein muss

(Ausschlussfrist),

als Mitgliedszeit

im Bundestag. 2 18 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

3 Bei einer Antragstellung nach Satz 1 sind die während der dort

genannten Zeit der Volkskammerzugehörigkeit auf Grund dieser Mitgliedschaft begründeten Rentenanwartschaften und -ansprüche rückabzuwickeln.

22

Gesundheitsschäden

(1) Hat ein Mitglied während seiner Zugehörigkeit zum Bundestag ohne sein grobes Verschulden Gesundheitsschäden

erlitten, die seine Arbeitskraft

dauernd und so wesentlich

beeinträchtigen, dass es sein Mandat und bei

seinem Ausscheiden aus dem Bundestag die bei seiner Wahl zum Bundestag

ausgeübte

oder eine andere zumutbare Tätigkeit nicht mehr ausüben

kann, so erhält es unabhängig von den in 19 vorgesehenen Voraussetzungen

auf Antrag vom Monat der Antragstellung an eine Altersentschädigung,

deren Höhe sich nach 20 richtet, mindestens jedoch 30 vom Hundert der

Abgeordnetenentschädigung nach 11 Abs. 1. 2Ist der Gesundheitsschaden

infolge eines Unfalls eingetreten, so erhöht sich der Bemessungssatz nach

20 um 20 vom Hundert

bis höchstens zum Höchstbemessungssatz der

Altersentschädigung.

(2) Erleidet ein ehemaliges Mitglied des Bundestages, das unabhängig vom

Lebensalter die Voraussetzung der Mitgliedschaftsdauer

nach 19 erfüllt,

Gesundheitsschäden

im Sinne des Absatzes 1, so erhält es Altersentschädigung,

deren Höhe sich nach 20 richtet.

(3) 1Die Gesundheitsschädigung ist durch das Gutachten

einer öffentlichrechtlichen

Krankenanstalt nachzuweisen.

2Das Gutachten wird ersetzt

durch den Bescheid über Rente wegen Erwerbsminderung, Berufs- oder

Erwerbsunfähigkeit oder durch den Bescheid über Dienstunfähigkeit im

Sinne des Beamtenrechts.

23

Versorgungsabfindung

(1) Ein Mitglied, das bei seinem Ausscheiden weder eine Anwartschaft noch einen Anspruch auf Altersentschädigung nach den §§ 19 bis 22 erworben hat, erhält für die Zeit der Zugehörigkeit zum Bundestag auf Antrag eine Versorgungsabfindung.

(2) Sie wird für jeden angefangenen Monat der Mitgliedschaft im Bundestag in Höhe des für diesen Monat jeweils geltenden Höchstbeitrages zur allgemeinen Rentenversicherung zuzüglich 20 vom Hundert dieses Höchstbeitrages gezahlt.

(3) Mitglieder, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllen, können an Stelle der Versorgungsabfindung auch beantragen, in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch über die Nachversicherung für die Dauer ihrer Mitgliedschaft im Bundestag nachversichert zu werden.

(4) Der Absatz 2 gilt entsprechend für eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung.

(5) Der Absatz 2 ist nicht anzuwenden, wenn und soweit die Zeit der Mitgliedschaft im Bundestag in einer öffentlich-rechtlichen Versicherung oder in einer Versorgung nach dienstrechtlichen Grundsätzen berücksichtigt ist oder berücksichtigt wird.

(6) Anstelle der Versorgungsabfindung nach Absatz 1 wird die Zeit der Mitgliedschaft im Bundestag auf Antrag als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts der Beamten, Richter und Soldaten berücksichtigt.

(7) Hat ein Mitglied einen Antrag nach Absatz 1 bis 3 oder Absatz 5 gestellt, so beginnen im Falle des Wiedereintritts in den Bundestag die Fristen für die Mitgliedschaftsdauer

nach 19 erneut zu laufen.

(7) Hat ein ausgeschiedenes Mitglied bis zu seinem Tod keinen

Antrag auf

Versorgungsabfindung

gestellt, können sein überlebender Ehegatte oder,

soweit ein solcher nicht vorhanden

ist, die leiblichen oder die als Kind angenommenen

Kinder

einen Antrag nach Absatz 1 stellen.

(8) Die Absätze 2 und 4 gelten entsprechend für ein ausscheidendes

Mitglied

des

Parlaments eines Landes, soweit landesrechtliche Vorschriften eine Versorgungsabfindung

im Sinne des Absatzes 1 vorsehen.

(9) Verliert ein Mitglied des Parlaments eines Landes die Mitgliedschaft, ohne

dass für die Zeit der Mitgliedschaft

Anspruch oder Anwartschaft auf eine einmalige

oder laufende

Versorgung auf Grund seiner Parlamentszugehörigkeit

besteht, so gelten die Absätze 2 und 4 entsprechend.

24

Überbrückungsgeld für Hinterbliebene

(1) 1Die Hinterbliebenen eines Mitglieds des Bundestages

erhalten die noch

nicht abgerechneten Leistungen

nach diesem

Gesetz, soweit sie im Zeitpunkt

des Todes fällig waren. 2Der überlebende Ehegatte und die Abkömmlinge

erhalten ein Überbrückungsgeld in Höhe einer Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1. 3Das Überbrückungsgeld beträgt bei einer Dauer

der Mitgliedschaft von mehr als acht Jahren oder von mehr als zwei Wahlperioden

das Eineinhalbfache

der Abgeordnetenentschädigung nach 11

Abs. 1. 4Sind Hinterbliebene

im Sinne des Satzes 2 nicht vorhanden,

wird sonstigen

Personen, die die Kosten der letzten Krankheit getragen haben, das Überbrückungsgeld bis zur Höhe ihrer Aufwendungen gewährt.

5Der Auszahlungsbetrag des Überbrückungsgeldes vermindert sich vom

31. März 2004 an um 1.050 Euro.

26

(2) Das gleiche gilt beim Tod eines ehemaligen Mitglieds des Bundestages, das die Voraussetzungen der Mitgliedschaftsdauer nach 19 erfüllt und noch keine Altersentschädigung erhält.

25

Hinterbliebenenversorgung

(1) Der überlebende Ehegatte oder Lebenspartner eines Mitgliedes oder ehemaligen Mitgliedes des Bundestages erhält sechzig vom Hundert der Altersentschädigung, sofern der Verstorbene im Zeitpunkt seines Todes Anspruch auf Altersentschädigung hatte oder die Voraussetzungen für die Gewährung einer Altersentschädigung erfüllte.

(2) Der überlebende Ehegatte oder Lebenspartner eines Mitglieds oder ehemaligen Mitglieds des Bundestages, das unabhängig vom Lebensalter die Voraussetzung der Mitgliedschaftsdauer nach 19 erfüllt, erhält sechzig vom Hundert der Altersentschädigung, deren Höhe sich nach 20 bestimmt.

(3) 1Die leiblichen und die als Kind angenommenen Kinder eines ehemaligen Mitglieds, das zur Zeit seines Todes Altersentschädigung erhalten hätte,

eines verstorbenen

Mitglieds oder eines verstorbenen Empfängers

von Altersentschädigung

erhalten Waisengeld. 2Es beträgt für die Vollwaise zwanzig

und die Halbwaise zwölf vom Hundert der Altersentschädigung nach den

Absätzen 1 und 2.

(4) Beim Tode eines Mitglieds des Bundestages, das dem Bundestag weniger

als vierzehn Jahre angehört hat, erhalten der überlebende Ehegatte oder

Lebenspartner sechzig vom Hundert, die Vollwaise zwanzig vom Hundert

und die Halbwaise zwölf vom Hundert der Altersentschädigung

für eine

Mitgliedschaft

von dreizehn Jahren.

25a

Versorgungsausgleich

(1) Anrechte auf Altersentschädigung werden intern geteilt.

(2) Für die Durchführung gilt das Gesetz über die interne Teilung

beamtenversorgungsrechtlicher

Ansprüche von Bundesbeamtinnen

und Bundesbeamten

im Versorgungsausgleich (Bundesversorgungsteilungsgesetz)

entsprechend.

(3) Die Bewertung der Altersentschädigung erfolgt nach 39 des Versorgungsausgleichsgesetzes

(unmittelbare

Bewertung).

25b

Maßnahmen zur Kostendämpfung bei Versorgungsansprüchen

(1) 1Unter den in 25 genannten Voraussetzungen erhält der überlebende

Ehegatte 55 vom Hundert der jeweiligen Altersentschädigung.

2Das gilt

nicht für vor dem 28. Dezember 2004 geschlossene Ehen, wenn zu diesem

Zeitpunkt mindestens ein Ehegatte das 40. Lebensjahr vollendet hatte.

(2) Leistungen nach den 18, 19, 21, 22 und 25 werden

bei Anspruchsberechtigten

nach 27 Abs. 1 um den hälftigen Prozentsatz nach 55 Abs. 1

Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch

der Jahresbezüge, höchstens

jedoch um den hälftigen

Prozentsatz nach 55 Abs. 1 Satz 1 des Elften

Abgeordnetengesetz – AbgG 27

Buches Sozialgesetzbuch der Beitragsbemessungsgrenze in der Pflegeversicherung

(55 Abs. 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch)

gemindert.

(3) Ab der ersten nach dem 28. Dezember 2004 folgenden

Anpassung der

Abgeordnetenentschädigung nach 11 Abs. 1 wird der der Berechnung der

Altersentschädigung

zugrunde liegende, bis zum 31. Dezember 2007 erworbene

Bemessungssatz

nach 20 bis zur vierten Anpassung einschließlich

um

den Faktor 0,5 gekürzt.

(4) Ab der ersten nach dem 28. Dezember 2004 folgenden

Anpassung des fiktiven

Bemessungsbetrages nach 35a Abs. 2 Satz 3 wird der der Berechnung

der Altersentschädigung

nach dem Fünften und Neunten Abschnitt

in der bis zum 22. Dezember 1995 geltenden Fassung zugrunde liegende

Bemessungssatz nach 20 bis zur achten Anpassung einschließlich um den

Faktor

0,5 gekürzt.

(5) Für Mitglieder, die dem Bundestag ab der 16. Wahlperiode

angehören, gilt

bis zur Vollendung des in 19 Absätze 1 und 2 jeweils genannten Alters

29 Abs. 3 auch für private Erwerbseinkünfte entsprechend.

26

Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften

1Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind die für die

Bundesbeamten

geltenden versorgungsrechtlichen

Vorschriften sinngemäß

anzuwenden.

2Für den Begriff der Verwendung im öffentlichen Dienst im

Sinne dieses Abschnitts gilt § 53 Abs. 8 des Beamtenversorgungsgesetzes

entsprechend.

Abgeordnetengesetz – AbgG 28

Sechster Abschnitt

Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen, Unterstützungen

Abgeordnetengesetz – AbgG 29

27

Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen

(1) 1Die Mitglieder des Bundestages erhalten einen Zuschuss zu den notwendigen

Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen in sinngemäßer

Anwendung der für Bundesbeamte

geltenden Vorschriften. 2Das gilt auch

für Versorgungsempfänger

nach diesem Gesetz, soweit nicht auf Grund eines

Dienstverhältnisses oder der Mitgliedschaft in einer anderen gesetzgebenden

Körperschaft ein Anspruch auf Beihilfe besteht und auf den Anspruch nach

diesem Gesetz gegenüber dem Bundestag schriftlich verzichtet

wurde.

(2) 1Anstelle des Anspruchs auf den Zuschuss nach Absatz 1 erhalten die

Mitglieder und Versorgungsempfänger

einen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen,

wenn der Arbeitgeber keine Beiträge nach § 249

des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zahlt oder kein Anspruch auf

einen Beitragszuschuss

nach § 257 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

besteht. 2Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung,

die eine

Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen und entweder

den darauf entfallenden

Krankenversicherungsbeitrag

nach § 249a des

Fünften Buches Sozialgesetzbuch

nur zur Hälfte tragen oder gemäß 106

des Sechsten

Buches Sozialgesetzbuch einen Beitragszuschuss beziehen,

erhalten für diesen rentenbezogenen Krankenversicherungsbeitrag

keinen

Zuschuss. 3Als Zuschuss ist die Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten

Krankenversicherungsbeitrages

zu zahlen. 4Besteht die Mitgliedschaft nicht

ausschließlich

in einer gesetzlichen Krankenkasse gemäß 4 des Fünften

Buches Sozialgesetzbuch, beträgt der Zuschuss höchstens die Hälfte des

Höchstbeitrages der im Falle der Versicherungspflicht zuständigen Allgemeinen

Ortskrankenkasse.

(3) Der Anspruch auf den Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen

nach Absatz 2 schließt bei Mitgliedern des Bundestages ein den Anspruch

auf einen Zuschuss in Höhe der Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten

Pflegeversicherungsbeitrages,

höchstens jedoch die Hälfte des Höchstbeitrages

der sozialen Pflegeversicherung.

(4) 1Die Entscheidung darüber, ob das Mitglied anstelle der Leistungen nach

Absatz 1 den Zuschuss nach Absatz 2 in Anspruch nehmen will, ist innerhalb

von vier Monaten nach Feststellung des Bundeswahlausschusses

(42 Abs. 2

Satz 1 des Bundeswahlgesetzes)

oder Annahme des Mandats dem Präsidenten

des Bundestages mitzuteilen; die Entscheidung ist für die Dauer der Wahlperiode

unwiderruflich. 2Versorgungsempfänger

haben die Entscheidung

innerhalb von vier Monaten nach Zustellung des Versorgungsbescheides

dem

Präsidenten mitzuteilen; sie bleiben an diese Entscheidung

gebunden.

28

Unterstützungen

Der Präsident kann in besonderen Fällen einem Mitglied

des Bundestages

einmalige Unterstützungen, einem ausgeschiedenen

Mitglied und seinen

Hinterbliebenen

einmalige Unterstützungen

und laufende Unterhaltszuschüsse

gewähren.

Abgeordnetengesetz – AbgG 30

Siebenter Abschnitt

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

Abgeordnetengesetz – AbgG 31

29

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen

Kassen

(1) Hat ein Mitglied des Bundestages neben der Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Anspruch auf Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder aus der

Verwendung im öffentlichen

Dienst, so wird die Abgeordnetenentschädigung

nach 11 um fünfzig vom Hundert gekürzt; der Kürzungsbetrag darf jedoch

dreißeig vom Hundert des Einkommens nicht übersteigen. 2 Entsprechendes

gilt für ein Einkommen aus einem Amtsverhältnis

oder einer Verwendung im

öffentlichen

Dienst einer zwischen- oder überstaatlichen

Einrichtung. 3 Die

Abgeordnetenentschädigung

ruht in voller Höhe neben einer Entschädigung

nach dem Abgeordnetengesetz eines Landes. 4 Eine Berücksichtigung

der in

den Sätzen 2 und 3 genannten Bezüge entfällt

dann, wenn die Anrechnung

der Bezüge beziehungsweise

das Ruhen der Entschädigung für die Ausübung

des Landtagsmandats bereits durch landesrechtliche

Vorschriften oder seitens

der zwischen- oder überstaatlichen

Einrichtung bestimmt wird.

(2) 1Versorgungsansprüche aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung

im öffentlichen Dienst ruhen neben der Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1 um achtzig vom Hundert, höchstens jedoch in Höhe

der Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1 und 3. 2Entsprechendes

gilt für Renten im Sinne des 55 Abs. 1 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes

mit Ausnahme von Renten aus einer freiwilligen

Pflichtversicherung

auf Antrag gemäß 4 Abs. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch; 55

Abs. 3 und 4 des Beamtenversorgungsgesetzes ist sinngemäß anzuwenden.

3Das nach Anwendung sonstiger Anrechnungs- und Ruhensvorschriften

verbleibende

Übergangsgeld nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse

der

Mitglieder der Bundesregierung

und nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse

der Parlamentarischen Staatssekretäre ruht neben der Abgeordnetenentschädigung

nach 11 ab dem zweiten

Monat nach dem Ausscheiden

aus dem Amt. 4Beruht ein Versorgungsanspruch nach Satz 1 oder 2 auf

Landesrecht, so tritt an die Stelle des Ruhens des Versorgungsanspruches

das Ruhen der Abgeordnetenentschädigung

um den sich aus Satz 1 ergebenden

Betrag. 5Entsprechendes gilt für Versorgungsansprüche aus einem

Amtsverhältnis beziehungsweise einer Verwendung im öffentlichen Dienst

einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung.

(3) 1Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben dem Einkommen

aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung

im öffentlichen Dienst

um fünfzig vom Hundert des Betrages, um den sie und das Einkommen

die

Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1 übersteigen. 2Entsprechendes

gilt für ein Einkommen

aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung

im

öffentlichen Dienst einer zwischen- oder überstaatlichen

Einrichtung.

(4) 1Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben Versorgungsbezügen

aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung im öffentlichen

Dienst

um fünfzig vom Hundert

des Betrages, um den sie und die Versorgungsbezüge

aus dem Amtsverhältnis oder der Verwendung im öffentlichen

Dienst die

Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1 übersteigen. 2Entsprechendes

Abgeordnetengesetz – AbgG 32

gilt beim Bezug einer Versorgung

aus einem Amtsverhältnis

oder einer Verwendung

im öffentlichen Dienst einer zwischen- oder überstaatlichen

Einrichtung.

3In gleicher Weise angerechnet werden Renten im Sinne des 55

Abs. 1 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes mit Ausnahme

von Renten

aus einer freiwilligen Pflichtversicherung

auf Antrag gemäß 4 Abs. 2 des

Sechsten Buches Sozialgesetzbuch;

55 Abs. 1 Satz 4 und 5, Abs. 3, 4 und 8

des Beamtenversorgungsgesetzes gilt entsprechend.

(5) Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz ruhen neben der Entschädigung

aus der Mitgliedschaft im Bundestag, im Europäischen Parlament oder im

Parlament

eines Landes in Höhe des Betrages, um den diese Bezüge die

Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1 übersteigen.

(6) 1Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz ruhen neben Versorgungsbezügen

aus der Mitgliedschaft im Bundestag oder im Parlament eines Landes in Höhe des Betrages, um den diese Bezüge die Höchstversorgungsbezüge nach diesem

Gesetz übersteigen. 2Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz ruhen bis zur Höhe der Versorgung des Europäischen Parlaments, soweit nicht bereits

seitens des Europäischen Parlaments

die Anrechnung der Versorgung nach

diesem Gesetz auf die dortige Versorgung bestimmt ist.

(7) 1Die Versorgungsbezüge mit Ausnahme der Renten gemäß Absatz 4 Satz 3 werden nur mit dem Teil in die Anrechnung einbezogen, der nicht auf eigenen Beiträgen

beruht. 2Die Absätze 1 bis 4 sind nicht auf Leistungen

nach

dem Bundessonderzahlungsgesetz

oder entsprechende

Leistungen

auf Grund

landesrechtlicher oder tarifvertraglicher Regelungen anzuwenden.

3Bei

Anwendung der Absätze 1 bis 4 sind Aufwandsentschädigungen,

Unfallausgleich,

Urlaubsgelder und einmalige Zahlungen außer Betracht zu lassen.

(8) Bei den Anrechnungsgrenzen der Absätze 3 bis 6 wird die Amtszulage nach

11 Abs. 2 entsprechend berücksichtigt.

(9) Die Verwendung im öffentlichen Dienst und die nach dieser

Vorschrift erfassten

zwischen- oder überstaatlichen

Einrichtungen

bestimmen sich nach 53 Abs. 8

des Beamtenversorgungsgesetzes

und den hierzu erlassenen

Vorschriften.

Abgeordnetengesetz – AbgG 33

Achter Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften

Abgeordnetengesetz – AbgG 34

30

Anpassungsverfahren

1Der Bundestag beschließt über die Anpassung der Abgeordnetenentschädigung nach Maßgabe des 11 Abs. 1 Satz 1. 2Gleichzeitig bestimmt er unter

Anwendung

des nach Satz 1 beschlossenen Anpassungsfaktors

die fiktiven

Bemessungsbeträge

nach 35a Abs. 2 und 35b Satz 1. 3Der Präsident leitet den Fraktionen den entsprechenden Gesetzesvorschlag zu.

31

Verzicht, Übertragbarkeit

1Ein Verzicht auf die Abgeordnetenentschädigung nach 11 und auf die Leistungen nach 12 sowie nach dem Fünften Abschnitt mit Ausnahme des 18 ist unzulässig. 2Die Ansprüche aus 12 sind nicht übertragbar.

3Der Anspruch auf Abgeordnetenentschädigung

nach 11 ist nur bis zur

Hälfte übertragbar. 4Im übrigen gelten die Vorschriften der 850 ff. der Zivilprozessordnung.

32

Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsvorschriften

(1) 1Die in den 11, 12, 16, 27 und 28 geregelten Ansprüche entstehen mit dem Tag der Feststellung des Bundeswahlausschusses

(42 Abs. 2 Satz 1 des

Bundeswahlgesetzes) oder im Fall des 45 Abs. 3 des Bundeswahlgesetzes mit dem Tag der Annahme des Mandats, auch wenn die Wahlperiode des letzten Bundestages noch nicht abgelaufen ist. 2Mandatsbezogene

Aufwendungen,

die einem gewählten Wahlkreisbewerber oder einem gewählten Landeslistenbewerber

zwischen

dem Wahltag

und dem Tag der Feststellung des Bundeswahlausschusses

(42 Abs. 2 Satz 1 des Bundeswahlgesetzes)

oder im

Fall des 45 Abs. 3 des Bundeswahlgesetzes

mit dem Tag der Annahme des

Mandats im Hinblick auf den Zusammentritt des neuen Bundestages entstehen,

werden ebenfalls erstattet.

(2) 1Ausgeschiedene Mitglieder erhalten die Abgeordnetenentschädigung

nach

11 bis zum Ende des Monats, in dem sie ausgeschieden sind, und die Geldleistungen

nach 12 Abs. 2 bis zum Ende des darauf folgenden Monats.

2Die Rechte nach 16 erlöschen 14 Tage nach dem Ausscheiden aus dem

Bundestag.

(3) 1Die Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern

werden bis

zum Ende des Monats ersetzt, in dem die Wahlperiode endet. 2Scheidet ein

Mitglied während der Wahlperiode aus, werden die Aufwendungen

für die

Beschäftigung von Mitarbeitern längstens

bis zum Ende des fünften Monats

nach dem Ausscheiden

ersetzt, es sei denn, das Arbeitsverhältnis wird zu

einem früheren Zeitpunkt beendet.

(4) Die Altersentschädigung wird vom Ersten des auf das anspruchsbegründende

Ereignis folgenden Monats bis zum Ablauf des Monats gewährt, in dem der

Berechtigte stirbt.

(5) Der Anspruch auf Altersentschädigung ruht während

der Zeit, für die ein

Anspruch auf Übergangsgeld besteht.

Abgeordnetengesetz – AbgG 35

(6) 1Altersentschädigung nach diesem Gesetz wird nicht gezahlt, wenn das

Mitglied oder das ehemalige Mitglied seine Mitgliedschaft im Bundestag auf

Grund des 15 Abs. 2 Nr. 2 des Bundeswahlgesetzes verliert oder verlieren

würde. 2Für die Zeit der Mitgliedschaft im Bundestag gilt 23.

(7) Für Mitglieder, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes

aus dem Bundestag

ausscheiden,

gilt 27 für die Dauer des Anspruchs auf Übergangsgeld nach 18,
mindestens jedoch für die Dauer von sechs Monaten.

(8) 1Die Abgeordnetenentschädigung nach 11 und die Geldleistungen
nach 12

Abs. 2 und den 20 bis 27 werden monatlich im Voraus gezahlt. 2Ist nur ein
Teil zu leisten, so wird für jeden Kalendertag ein Dreißigstel
gezahlt; 33 gilt
entsprechend.

33

Aufrundung

Die Leistungen des Fünften und Sechsten Abschnitts werden auf volle Euro
aufgerundet.

34

Ausführungsbestimmungen

(1) Soweit durch Bundesgesetz dazu ermächtigt, kann der Ältestenrat Ausführungsbestimmungen
zur Rechtsstellung der Mitglieder des Bundestages
erlassen,

die vom Präsidenten

im Amtlichen Handbuch des Deutschen
Bundestages veröffentlicht werden.

(2) Der Ältestenrat kann allgemeine Verwaltungsvorschriften
zu diesem Gesetz
erlassen.

(3) Der Präsident veröffentlicht in einer Anlage zum Abgeordnetengesetz
im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages
den Betrag der
Kostenpauschale.

Abgeordnetengesetz – AbgG 36

Neunter Abschnitt

Übergangsregelungen

Abgeordnetengesetz – AbgG 37

35

Übergangsregelung zum Elften Änderungsgesetz

(1) 1Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften,

die vor dem
Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes
entstanden
sind, bleiben unberührt.

2 29 Abs. 4 findet Anwendung.

3Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend
für die Hinterbliebenen
eines Empfängers von Altersentschädigung, wenn
dieser nach Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes verstirbt.

(2) 1Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften
ehemaliger
Mitglieder des Bundestages, die die Voraussetzungen
der Mitgliedschaftsdauer
vor Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes erfüllen, und ihrer
Hinterbliebenen richten
sich nach bisherigem
Recht. 2 29 Abs. 4 findet
Anwendung.

3Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Mitglieder des
Bundestages, die vor Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes
dem
Bundestag oder einem Landtag angehören, sowie für ihre Hinterbliebenen.

(3) 1Ehemalige Mitglieder des Bundestages, die nach Inkrafttreten
des Elften
Änderungsgesetzes erneut in den Bundestag eintreten und die Voraussetzungen
der 19 und 21 in der bisherigen Fassung erfüllen, erhalten
Altersentschädigung nach bisherigem Recht mit der Maßgabe, dass für jedes
Jahr der Mitgliedschaft nach Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes

4
vom Hundert der Entschädigung nach 11 Abs. 1 bis zum Erreichen
der
Höchstaltersentschädigung gewährt werden. 2 29 Abs. 4 findet Anwendung.

3Die Sätze 1 und 2 gelten für Hinterbliebene entsprechend.

(4) Die sich nach Absatz 1 bis 3 ergebende Versorgungsanwartschaft
nach bisherigem

Recht wird der Berechnung des Versorgungsanspruchs zugrunde gelegt,
wenn sie höher ist als die Versorgungsanwartschaft,
die sich nach diesem
Gesetz ergibt.

35a

Übergangsregelungen zum Neunzehnten Änderungsgesetz

(1) 1Für Mitglieder, die am 22. Dezember 1995 dem Bundestag
angehören, ehemalige
Mitglieder des Bundestages
und ihre Hinterbliebenen gelten die Regelungen
des Fünften und des Neunten Abschnitts in der bis zum 22. Dezember 1995
geltenden Fassung fort. 2 25b Abs. 1, 2 und 5 gilt entsprechend.

(2) 1Statt der Abgeordnetenentschädigung nach 11 gilt in den Fällen des
Absatzes 1 ein fiktiver Bemessungsbetrag.

2Für das Übergangsgeld wird der
Bemessungsbetrag
auf 5.301 Euro festgesetzt. 3Der fiktive Bemessungsbetrag
für die Altersentschädigung
wird mit Wirkung vom 1. Juli 2000 auf
11.683 Deutsche Mark, vom 1. Januar 2001 auf 11.868 Deutsche
Mark, vom
1. Januar 2002 auf 6.165 Euro, vom 1. Januar 2003 auf 6.263 Euro, vom
1. Januar 2008 auf 6.411 Euro, vom 1. Januar 2009 auf 6.555 Euro, vom
1. Januar 2012 6.805 Euro und vom 1. Januar 2013 auf 7.055 Euro festgesetzt.
4Für spätere Anpassungen gilt das in 30 geregelte Verfahren.

(3) Bei der Anwendung des 29 auf Versorgungsansprüche
nach diesem Gesetz
wird in den Fällen des Absatzes 1 statt der Abgeordnetenentschädigung
nach

11 ebenfalls der fiktive
Bemessungsbetrag für die Altersentschädigung
nach

Absatz 2 zugrunde gelegt.

Abgeordnetengesetz – AbgG 38

(4) 1Mitglieder des 13. Deutschen Bundestages, auf die Absatz 1 Anwendung

findet, können sich bis zu ihrem Ausscheiden

aus dem Bundestag für eine

Anwendung der Regelungen

des Fünften Abschnitts in der Fassung des

Neunzehnten

Änderungsgesetzes entscheiden. 2Die Entscheidung ist bindend.

3Verstirbt das Mitglied vor Ausübung des Wahlrechts,

findet die jeweils günstigere

Fassung Anwendung.

35b

Übergangsregelungen zum Siebenundzwanzigsten Änderungsgesetz

(1) 1Auf alle bis zum 31. Dezember 2007 entstandenen Ansprüche und Anwartschaften

von Mitgliedern des Bundestages,

ehemaligen Mitgliedern und

ihren Hinterbliebenen

finden die Regelungen des Fünften und des Neunten

Abschnitts in der bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Fassung

Anwendung.

2 19 Abs. 1 und 2, 20 Satz 3 und 25b Abs. 3 gelten entsprechend.

(2) 1Statt der Abgeordnetenentschädigung nach 11 gilt in den Fällen des

Absatzes 1 ein gesonderter fiktiver

Bemessungsbetrag.

2Dieser fiktive

Bemessungsbetrag

wird mit Wirkung

vom 1. Januar 2008 auf 7.174 Euro, vom

1. Januar 2009 auf 7.335 Euro, vom 1. Januar 2012 auf 7.615 Euro und vom

1. Januar 2013 auf 7.895 Euro festgesetzt. 3 35a bleibt unberührt. 4Für spätere

Anpassungen gilt das in 30 geregelte

Verfahren.

(3) Bei der Berechnung von Ansprüchen und Anwartschaften

von Mitgliedern

des 16. Deutschen Bundestages

gemäß Absatz 1 findet die Mindestzeit nach

19 in der bis zum Inkrafttreten des Siebenundzwanzigsten

Änderungsgesetzes

geltenden Fassung keine Anwendung.

(4) 1Bei der Anwendung des 29 auf Versorgungsansprüche

nach diesem

Gesetz wird in den Fällen des Absatzes 1 statt der Abgeordnetenentschädigung

nach 11 ebenfalls der fiktive Bemessungsbetrag für die Altersentschädigung

nach Absatz 2 zugrunde gelegt. 2In den Fällen, in denen sich

die Versorgungsansprüche

aus solchen des neuen Rechts und solchen nach

Absatz 1 zusammensetzen, ist jeweils der Betrag zugrunde zu legen, der sich

unter Berücksichtigung des jeweiligen prozentualen Verhältnisses ergibt, mit

dem die Versorgung auf der Grundlage des fiktiven Berechnungsbetrages

nach

Absatz 2 und Entschädigung

nach 11 errechnet wird.

36

Übergangsregelung für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes

(1) 1Der auf Grund des Gesetzes über die Rechtsstellung

der in den ersten

Deutschen Bundestag gewählten

Angehörigen des öffentlichen Dienstes

vom 11. Mai 1951 (BGBl. I S. 297) oder des Gesetzes über die Rechtsstellung

der in den Deutschen

Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen

Dienstes vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 777), zuletzt geändert

durch das

Gesetz vom 21. August 1961 (BGBl. I S. 1557), sowie einer entsprechenden

Regelung eines Landes in den Ruhestand getretene Beamte, der in den achten

Bundestag gewählt worden ist oder in einen späteren Bundestag

gewählt

wird, gilt mit dem Tage der Annahme der Wahl, frühestens jedoch mit dem

Inkrafttreten dieses Gesetzes, wieder als in das Beamtenverhältnis

unter

Abgeordnetengesetz – AbgG 39

gleichzeitigem Ruhen der Rechte und Pflichten (5 Abs. 1) berufen, sofern er

die allgemeinen

Voraussetzungen für die Berufung

in das Beamtenverhältnis

noch erfüllt. 2) Im Übrigen bleiben die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes

nach den 4 und 4a letzter Satz des Gesetzes über die Rechtsstellung

der in

den Deutschen

Bundestag gewählten

Angehörigen des öffentlichen Dienstes

vom 4. August 1953 begründeten

Ansprüche erhalten.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Richter, Berufssoldaten

und Soldaten auf Zeit

sowie sinngemäß für Angestellte

des öffentlichen Dienstes.

(3) Für ehemalige Mitglieder des Bundestages bleiben die nach dem Gesetz über

die Rechtsstellung der in den Deutschen

Bundestag gewählten Angehörigen

des öffentlichen Dienstes vom 4. August 1953 begründeten Rechte erhalten.

37

Versorgung vor 1968 ausgeschiedener Mitglieder

Der Präsident gewährt auf Antrag einem ehemaligen Mitglied,

das vor dem

1. Januar 1968 aus dem Bundestag

ausgeschieden

ist, sowie seinen Hinterbliebenen

vom Ersten des Monats der Antragstellung an Leistungen

aus der

Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach dem Diätengesetz 1968 vom

3. Mai 1968 (BGBl. I S. 334), zuletzt geändert durch Artikel

VIII des Gesetzes

vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297).

38

Versorgung für Zeiten vor Inkrafttreten dieses Gesetzes

(1) Ein Mitglied des Bundestages, das in der Zeit vom 1. Januar 1968 bis zum

Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgeschieden

ist, und seine Hinterbliebenen

erhalten Versorgung nach dem Diätengesetz 1968.

(2) Ein Mitglied des Bundestages, das dem Bundestag bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes angehört hat und erst nach seinem Inkrafttreten aus dem Bundestag ausscheidet, erhält Altersentschädigung nach diesem Gesetz; dabei wird die Zeit der Mitgliedschaft vor Inkrafttreten dieses Gesetzes berücksichtigt.

(3) 1Anstelle der Altersentschädigung nach Absatz 2 werden auf Antrag die nach 4 des Diätengesetzes 1968 geleisteten eigenen Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung zinslos erstattet. 2In diesem Falle bleiben die Zeiten der Mitgliedschaft im Bundestag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der Festsetzung der Altersentschädigung nach diesem Gesetz unberücksichtigt.

3Im Falle des 23 wird nur die halbe Versorgungsabfindung gezahlt.

(4) 1Anstelle der Altersentschädigung nach Absatz 2 erhält ein Mitglied des Bundestages, das die Voraussetzungen des 5 Abs. 1 und des 7a Abs. 1 des Diätengesetzes 1968 erfüllt, für die Zeit der Mitgliedschaft im Bundestag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Antrag Ruhegeld nach dem Diätengesetz 1968; für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wird Altersentschädigung nach diesem Gesetz mit der Maßgabe gewährt, dass für jedes Jahr der Mitgliedschaft fünf vom Hundert der Entschädigung nach 11 Abs. 1 gezahlt werden. 2Die anrechenbaren Zeiten vor und nach Inkrafttreten dieses Gesetzes dürfen 16 Jahre nicht übersteigen. 3Das gleiche gilt für Hinterbliebene.

40

(5) Der Antrag gemäß den Absätzen 3 und 4 ist innerhalb von sechs Monaten nach

Inkrafttreten dieses Gesetzes beim Präsidenten
des Bundestages zu stellen.

38a

(1) 1Versorgungsempfänger nach den 37 und 38 Abs. 1 erhalten anstelle ihrer
bisherigen Versorgung auf Antrag Versorgung
nach dem Fünften Abschnitt.

2Das gleiche gilt für ehemalige Mitglieder, die dem Bundestag vor Inkrafttreten
dieses Gesetzes mindestens
sechs Jahre angehört haben und ihre Hinterbliebenen.

3 18 Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend.

(2) 1Für ehemalige Mitglieder, die vor dem 1. April 1977 aus dem Bundestag
ausgeschieden
sind und danach wieder eintreten,
gilt 38 Abs. 4 entsprechend.

2Der Antrag ist innerhalb
von sechs Monaten nach dem Wiedereintritt in den
Deutschen Bundestag beim Präsidenten des Bundestages
zu stellen. 3Das gleiche
gilt für Hinterbliebene.

38b

Hinterbliebenenversorgung bei Tod während der Mitgliedschaft im Bundestag
Hinterbliebene nach 25 Abs. 4, deren Versorgungsfall
in der Zeit vom

1. April 1977 bis zum Inkrafttreten des Siebten Änderungsgesetzes eingetreten
ist, erhalten

auf Antrag vom Ersten des Monats der Antragstellung
an

Versorgung nach 25 Abs. 4.

39

Anrechnung früherer Versorgungsbezüge

(1) Versorgungsbezüge nach dem Diätengesetz 1968 werden gemäß 10 Diätengesetz
1968 nicht in die Anrechnung nach 29 Abs. 3 und 4 einbezogen.

(2) 1Versorgungsbezüge nach dem Diätengesetz 1968 werden neben einer
Entschädigung oder einer Versorgung
aus der Mitgliedschaft in einem Landtag

(29 Abs. 5 und 6) nur mit dem Teil in die Anrechnung einbezogen,

der
nicht auf eigenen

Beiträgen beruht. 2Angerechnete Zeiten nach 21 des

Diätengesetzes

1968 gelten als Beitragszeiten.

40

Gekürzte Versorgungsabfindung

1Für Zeiten der Mitgliedschaft unter der Geltung des Diätengesetzes

1968

wird die halbe Versorgungsabfindung

nach 23 gezahlt. 2In diesem Falle werden

eigene Beiträge zur Versicherung nach 4 des Diätengesetzes

1968 auf

Antrag erstattet.

41

Fortsetzung der Todesfallversicherung

Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehende Todesfallversicherung

wird

mit der Maßgabe fortgesetzt,

dass die zu zahlende Altersentschädigung

und das Witwengeld entsprechend

der Zahl und der Höhe der seit dem

1. Januar 1968 geleisteten monatlichen Beiträge der Versicherungsnehmerin

zu der Todesfallversicherung

gekürzt werden.

Abgeordnetengesetz – AbgG 41

42

Umwandlung oder Auflösung der Todesfallversicherung

(1) Ein Mitglied oder ehemaliges Mitglied des Bundestages,

das sich nach

20 des Diätengesetzes 1968 für die Fortsetzung

der Versicherung auf

Bundeskosten entschieden hat, kann die Todesfallversicherung umwandeln

oder auflösen.

(2) Im Falle der Umwandlung besteht die Möglichkeit der Fortsetzung auf eigene

Kosten oder der beitragsfreien

Versicherung

mit der Maßgabe, dass die

zu zahlende Altersentschädigung

und das Witwengeld entsprechend der

Zahl und der Höhe der von der Versicherungsnehmerin

in der Zeit vom

1. Januar 1968 bis zum Ablauf des Monats der Umwandlung

oder bis zur

Gewährung von Altersentschädigung geleisteten

Beiträge

gekürzt wird.

(3) Bei Auflösung der Versicherung wird dem Versicherten

der auf eigenen

Beiträgen beruhende Rückkaufswert erstattet.

43

Weiterzahlung des Übergangsgeldes

Ein ehemaliges Mitglied des Bundestages, das beim Inkrafttreten

dieses

Gesetzes Aufwandsentschädigung nach dem Diätengesetz 1968 bezieht,

behält diesen Anspruch.

44

Anrechnung von Zeiten für das Übergangsgeld

Zeiten der Mitgliedschaft im Bundestag, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes

liegen, werden bei der Berechnung des Zeitraumes,

für den Übergangsgeld

zu

zahlen ist, berücksichtigt.

Abgeordnetengesetz – AbgG 42

Zehnter Abschnitt

Unabhängigkeit der Abgeordneten

43

44a

Ausübung des Mandats

(1) 1Die Ausübung des Mandats steht im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Mitglieds des Bundestages. 2Unbeschadet dieser Verpflichtung bleiben Tätigkeiten beruflicher oder anderer Art neben dem Mandat grundsätzlich zulässig.

(2) 1Für die Ausübung des Mandats darf ein Mitglied des Bundestages keine anderen als die gesetzlich vorgesehenen Zuwendungen oder andere Vermögensvorteile annehmen. 2Unzulässig ist insbesondere die Annahme von Geld oder von geldwerten Zuwendungen, die nur deshalb gewährt werden, weil dafür die Vertretung und Durchsetzung der Interessen des Leistenden im Bundestag erwartet wird. 3Unzulässig ist ferner die Annahme von Geld oder von geldwerten Zuwendungen, wenn diese Leistung ohne angemessene Gegenleistung des Mitglieds des Bundestages gewährt wird. 4Die Entgegennahme von Spenden bleibt unberührt.

(3) 1Nach Absatz 2 unzulässige Zuwendungen oder Vermögensvorteile oder ihr Gegenwert sind dem Haushalt des Bundes zuzuführen. 2Der Präsident macht den Anspruch durch Verwaltungsakt geltend, soweit der Erhalt der Zuwendung oder des Vermögensvorteils nicht länger als drei Jahre zurückliegt. 3Der Anspruch wird durch einen Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag nicht berührt. 4Das Nähere bestimmen die Verhaltensregeln nach 44b.

(4) 1Tätigkeiten vor Übernahme des Mandats sowie Tätigkeiten und Einkünfte neben dem Mandat, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können, sind nach Maßgabe

der Verhaltensregeln (44b) anzuzeigen und zu veröffentlichen. 2Werden

anzeigepflichtige

Tätigkeiten oder Einkünfte nicht angezeigt, kann das

Präsidium ein Ordnungsgeld bis zur Höhe der Hälfte der jährlichen

Abgeordnetenentschädigung

festsetzen. 3Der Präsident

macht das Ordnungsgeld

durch Verwaltungsakt geltend.

4 31 bleibt unberührt. 5Das Nähere bestimmen

die Verhaltensregeln

nach 44b.

(5) Wegen einer nicht nur geringfügigen Verletzung der Ordnung oder der Würde

des Bundestages bei dessen Sitzungen kann der Präsident gegen ein Mitglied

des Bundestages ein Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro festsetzen. Im

Wiederholungsfall erhöht sich das Ordnungsgeld auf 2.000 Euro. Bei gröblicher

Verletzung der Ordnung oder der Würde des Bundestages kann das Mitglied

für die Dauer der Sitzung aus dem Saal verwiesen und bis zu 30 Sitzungstage

von der Teilnahme an Sitzungen des Bundestages und seiner Gremien ausgeschlossen

werden. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Bundestages.

44b

Verhaltensregeln

Der Bundestag gibt sich Verhaltensregeln, die insbesondere

Bestimmungen

enthalten müssen über

1. die Fälle einer Pflicht zur Anzeige von Tätigkeiten

vor der Mitgliedschaft

im Bundestag

sowie von Tätigkeiten

neben dem Mandat;

Abgeordnetengesetz – AbgG 44

2. die Fälle einer Pflicht zur Anzeige der Art und Höhe der Einkünfte neben

dem Mandat

oberhalb festgelegter

Mindestbeträge;

3. die Pflicht zur Rechnungsführung und zur Anzeige von Spenden oberhalb

festgelegter Mindestbeträge sowie Annahmeverbote und Ablieferungspflichten

in den in den Verhaltensregeln näher bestimmten Fällen;

4. die Veröffentlichung von Angaben im Amtlichen

Handbuch und im Internet;

5. das Verfahren sowie die Befugnisse und Pflichten des Präsidiums

und des

Präsidenten

bei Entscheidungen nach 44a Abs. 3 und 4.

44c

Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das

Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der

ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

(1) Mitglieder des Bundestages können beim Präsidenten

schriftlich die Überprüfung

auf eine hauptamtliche oder inoffizielle

Tätigkeit oder politische

Verantwortung

für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen

Demokratischen

Republik beantragen.

(2) Eine Überprüfung findet ohne Zustimmung statt, wenn der Ausschuss für

Wahlprüfung,

Immunität und Geschäftsordnung

das Vorliegen von konkreten

Anhaltspunkten für den Verdacht einer solchen Tätigkeit

oder Verantwortung

festgestellt hat.

(3) Das Verfahren wird in den Fällen der Absätze 1 und 2 vom Ausschuss für

Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

durchgeführt.

(4) Das Verfahren zur Feststellung einer Tätigkeit oder Verantwortung

für das

Ministerium für Staatssicherheit/

Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen

Deutschen Demokratischen

Republik legt der Deutsche Bundestag

in

Richtlinien fest.

44d

Verschwiegenheitspflicht und Aussagegenehmigung

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dürfen,

auch nach Beendigung

ihres Mandats, ohne Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich

aussagen oder Erklärungen abgeben über Angelegenheiten,

die auf Grund eines

Gesetzes oder nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung

des Deutschen

Bundestages der Verschwiegenheit unterliegen.

(2) 1Die Genehmigung erteilt der Präsident des Deutschen

Bundestages. 2Sind

Stellen außerhalb des Deutschen

Bundestages

an der Entstehung

der geheim

zu haltenden Angelegenheiten

beteiligt gewesen, kann die Genehmigung

nur

im Einvernehmen

mit ihnen erteilt werden.

(3) Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Aussage

oder Erklärung

dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten oder die Erfüllung

öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde.

Abgeordnetengesetz – AbgG 45

Elfter Abschnitt

Fraktionen

Abgeordnetengesetz – AbgG 46

45

Fraktionsbildung

(1) Mitglieder des Bundestages können sich zu Fraktionen

zusammenschließen.

(2) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

46

Rechtsstellung

(1) Die Fraktionen sind rechtsfähige Vereinigungen von Abgeordneten im Deutschen Bundestag.

(2) Die Fraktionen können klagen und verklagt werden.

(3) Die Fraktionen sind nicht Teil der öffentlichen Verwaltung; sie üben keine öffentliche Gewalt aus.

47

Aufgaben

(1) Die Fraktionen wirken an der Erfüllung der Aufgaben des Deutschen Bundestages mit.

(2) Die Fraktionen können mit Fraktionen anderer Parlamente und parlamentarischen Einrichtungen national und international zusammenarbeiten.

(3) Die Fraktionen und ihre Mitglieder können die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit unterrichten.

48

Organisation

(1) Die Fraktionen sind verpflichtet, ihre Organisation und Arbeitsweise auf den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie aufzubauen und an diesen auszurichten.

(2) Die Fraktionen geben sich eine eigene Geschäftsordnung.

49

Geheimhaltungspflicht der Fraktionsangestellten

(1) Angestellte der Fraktionen sind, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, verpflichtet, über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekanntgewordenen

Angelegenheiten

Verschwiegenheit zu bewahren. 2Dies gilt

nicht für Tatsachen,

die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner

Geheimhaltung bedürfen.

(2) 1Angestellte der Fraktionen dürfen, auch nach Beendigung

ihres

Beschäftigungsverhältnisses,

ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten

weder vor Gericht noch außergerichtlich

aussagen oder Erklärungen

abgeben. 2Die Genehmigung

erteilt der jeweilige Fraktionsvorsitzende.

(3) Unberührt bleibt die gesetzlich begründete Pflicht, Straftaten

anzuzeigen

und

bei Gefährdung der freiheitlich

demokratischen

Grundordnung für deren

Erhaltung

einzutreten.

Abgeordnetengesetz – AbgG 47

50

Geld- und Sachleistungen

(1) Die Fraktionen haben zur Erfüllung ihrer Aufgaben Anspruch auf Geld- und

Sachleistungen aus dem Bundeshaushalt.

(2) 1Die Geldleistungen setzen sich aus einem Grundbetrag

für jede Fraktion,

aus

einem Betrag für jedes Mitglied und einem weiteren Zuschlag für jede Fraktion,

die nicht die Bundesregierung trägt (Oppositionszuschlag), zusammen.

2Die Höhe dieser Beträge und des Oppositionszuschlages legt der Bundestag

jährlich fest. 3Dazu erstattet der Präsident dem Bundestag

im Benehmen

mit dem Ältestenrat jeweils bis zum 30. September einen Bericht über

die Angemessenheit

der Beträge und des Oppositionszuschlages

und legt

zugleich einen Anpassungsvorschlag vor.

(3) Die Sachleistungen werden nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes

zur Nutzung

erbracht.

(4) 1Leistungen nach Absatz 1 dürfen die Fraktionen nur für Aufgaben verwenden,

die ihnen nach dem Grundgesetz, diesem

Gesetz und der Geschäftsordnung

des Deutschen Bundestages

obliegen. 2Eine Verwendung

für Parteiaufgaben

ist unzulässig.

(5) Geldleistungen nach Absatz 1 können auf neue Rechnung vorgetragen werden.

51

Haushalts- und Wirtschaftsführung, Buchführung

(1) Einzelheiten der Haushalts- und Wirtschaftsführung

werden

in Ausführungsbestimmungen

geregelt, die der Ältestenrat

nach Anhörung des Bundesrechnungshofes

erlässt.

(2) 1Die Fraktionen haben Bücher über ihre rechnungslegungspflichtigen

Einnahmen

und Ausgaben sowie über ihr Vermögen zu führen. 2Dabei ist nach

den Grundsätzen ordnungsgemäßer

Buchführung unter Berücksichtigung des

Gesetzeszwecks zu verfahren.

(3) Aus den Geldleistungen nach 50 Abs. 1 beschaffte Gegenstände sind, wenn

sie nicht zum kurzfristigen Verbrauch bestimmt oder nur von geringem

Wert

sind, zu kennzeichnen und in einem Nachweis

aufzuführen.

(4) Die Rechnungsunterlagen sind fünf Jahre aufzubewahren.

Rechnungslegung

(1) Die Fraktionen haben über die Herkunft und die Verwendung der Mittel, die ihnen innerhalb eines Kalenderjahres (Rechnungsjahr) gemäß 50 Abs. 1 zugeflossen sind, öffentlich Rechenschaft zu geben.

(2) Die Rechnung ist wie folgt zu gliedern:

1. Einnahmen:

- a) Geldleistungen nach 50 Abs. 1,
- b) sonstige Einnahmen;

2. Ausgaben:

- a) Summe der Leistungen an Fraktionsmitglieder für die Wahrnehmung besonderer Funktionen in der Fraktion,
- 48
- b) Summe der Personalausgaben für Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter,
- c) Ausgaben für Veranstaltungen,
- d) Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten,
- e) Ausgaben für die Zusammenarbeit mit Fraktionen anderer Parlamente,
- f) Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit,
- g) Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes,
- h) Ausgaben für Investitionen sowie
- i) sonstige Ausgaben.

(3) 1Die Rechnung muss das Vermögen, das mit Mitteln

gemäß 50 Abs. 1 erworben

wurde, die Rücklagen,

die aus diesen Mitteln gebildet werden, sowie die

Forderungen und die Verbindlichkeiten ausweisen. 2Die Vermögensrechnung

gliedert sich wie folgt:

1. Aktivseite:

- a) Geldbestände,
- b) sonstige Vermögensgegenstände,

c) Rechnungsabgrenzung;

2. Passivseite:

a) Rücklagen,

b) Rückstellungen,

c) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,

d) sonstige Verbindlichkeiten,

e) Rechnungsabgrenzung.

(4) 1Die Rechnung muss von einem im Benehmen mit dem Bundesrechnungshof bestellten Abschlussprüfer (Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) auf die Einhaltung der Anforderungen der Absätze 2 und 3 geprüft werden und einen entsprechenden Prüfungsvermerk aufweisen.

2Die geprüfte

Rechnung ist dem Präsidenten oder der Präsidentin des Deutschen Bundestages spätestens bis zum Ende des sechsten Monats nach Ablauf des Kalenderjahres oder des Monats vorzulegen, in dem die Geldleistungen nach 50 Abs. 1

letztmals gezahlt wurden. 3Der Präsident oder die Präsidentin des Deutschen Bundestages

können die Frist aus besonderen Gründen bis zu drei Monaten

verlängern. 4Die geprüfte Rechnung wird als Bundestags-Drucksache verteilt.

(5) Solange eine Fraktion mit der Rechnungslegung in Verzug ist, sind Geld- und Sachleistungen nach 50 Abs. 1 zurückzubehalten.

53

Rechnungsprüfung

(1) Der Bundesrechnungshof prüft die Rechnung sowie die den Fraktionen nach 50 Abs. 1 zur Verfügung gestellten Geld- und Sachleistungen auf ihre wirtschaftliche und ordnungsgemäße Verwendung nach Maßgabe der Ausführungsbestimmungen gemäß 51 Abs. 1.

(2) 1Bei der Prüfung sind die Rechtsstellung und die Aufgaben

der Fraktionen

zu

beachten. 2Die politische Erforderlichkeit einer Maßnahme der Fraktionen ist

nicht Gegenstand der Prüfung.

Abgeordnetengesetz – AbgG 49

54

Beendigung der Rechtsstellung und Liquidation

(1) Die Rechtsstellung nach 46 entfällt

1. bei Erlöschen des Fraktionsstatus,

2. bei Auflösung der Fraktion,

3. mit dem Ende der Wahlperiode.

(2) 1In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 findet eine Liquidation statt. 2Die

Fraktion gilt bis zur Beendigung

der Liquidation als fortbestehend, soweit der

Zweck der Liquidation

dies erfordert. 3Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand,

soweit die Geschäftsordnung

der Fraktion nichts anderes

bestimmt.

(3) 1Die Liquidatoren haben die laufenden Geschäfte zu beenden, die Forderungen

einzuziehen und die Gläubiger zu befriedigen. 2Sie sind berechtigt,

zu diesem

Zweck neue Geschäfte einzugehen und das Vermögen

in Geld umzusetzen.

3Die Zweckbindung gemäß 50 Abs. 4 ist zu beachten. 4Fällt den Liquidatoren

bei der Durchführung der Liquidation ein Verschulden

zur Last, so haften

sie für den daraus entstehenden

Schaden gegenüber den Gläubigern als

Gesamtschuldner.

(4) 1Soweit nach der Beendigung der Liquidation nach 50 Abs. 1 gewährte

Geldleistungen verbleiben, sind diese an den Bundeshaushalt zurückzuführen.

2Das gleiche gilt für Vermögenswerte,

die mit diesen Geldern

angeschafft

worden sind. 3Die Sachleistungen

nach 50 Abs. 3 sind derjenigen Stelle

zurückzugeben,

die die Sachleistung erbracht hat.

(5) 1Das verbleibende Vermögen der Fraktion ist dem Anfallsberechtigten

zu

überlassen. 2Anfallsberechtigt sind die in der Geschäftsordnung

der Fraktion

bestimmten Personen oder Stellen.

(6) 1Maßnahmen nach den Absätzen 4 und 5 dürfen erst vorgenommen

werden,

wenn seit dem Ereignis, das zum Verlust der Rechtsstellung nach 46 geführt

hat, sechs Monate verstrichen

sind. 2Die Sicherung der Gläubiger

hat nach

52 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu erfolgen.

(7) 1Im Falle des Absatzes 1 Nr. 3 findet eine Liquidation

nicht statt, wenn sich

innerhalb von 30 Tagen nach Beginn der neuen Wahlperiode eine Fraktion

konstituiert, deren Mitglieder einer Partei angehören, die durch eine Fraktion

in der abgelaufenen Wahlperiode

im Deutschen Bundestag vertreten

war und

die sich zur Nachfolgefraktion erklärt. 2In diesem

Fall ist die neu konstituierte

Fraktion die Rechtsnachfolgerin

der alten Fraktion.

Abgeordnetengesetz – AbgG 50

Anhang I

Fünfter und Neunter Abschnitt des Abgeordnetengesetzes

in der bis zum

22. Dezember 1995 geltenden

Fassung

Abgeordnetengesetz – AbgG 51

Fünfter Abschnitt

Leistungen an ehemalige Mitglieder des Bundestages und ihre Hinterbliebenen

Abgeordnetengesetz – AbgG 52

18

Übergangsgeld

(1) 1Ein ausscheidendes Mitglied mit einer Mitgliedschaft

von mindestens

einem Jahr erhält Übergangsgeld.

2Das Übergangsgeld

wird in Höhe der

Entschädigung nach § 11 für jedes Jahr der Mitgliedschaft einen Monat

geleistet; gehört das Mitglied dem Bundestag länger als die Hälfte einer

Wahlperiode an, wird Übergangsgeld

für weitere drei Monate gewährt;

dauert die Mitgliedschaft weniger als die Hälfte einer Wahlperiode,

werden

nur zwei weitere Monate Übergangsgeld,

höchstens jedoch drei Jahre

lang, gezahlt. 3Zeiten einer früheren Mitgliedschaft im Bundestag, für die

bereits Übergangsgeld gezahlt worden ist, bleiben unberücksichtigt.

4Eine

Mitgliedschaft im Bundestag von mehr als einem halben

Jahr gilt als volles

Jahr bei der Berechnung nach Satz 2.

(2) 1Bezüge aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament,

in dem Parlament

eines Landes sowie aus einem Amtsverhältnis, aus der Verwendung im

öffentlichen

Dienst oder aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung

für Angehörige des öffentlichen

Dienstes werden angerechnet.

2Das gilt auch für Bezüge aus einem Amtsverhältnis

oder einer Verwendung

im öffentlichen Dienst einer zwischen- oder überstaatlichen

Einrichtung.

3 29 Abs. 7 und 9 findet entsprechende Anwendung.

(3) 1Auf Antrag ist das Übergangsgeld nach Absatz 1 in einer Summe oder monatlich zum halben Betrag für den doppelten Zeitraum zu zahlen. 2Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) 1Tritt das ehemalige Mitglied wieder in den Bundestag ein, ruht bei monatlicher

Zahlung der Anspruch nach Absatz 1. 2Wurde das ehemalige Mitglied in

einer Summe abgefunden, ist der Betrag, der bei monatlicher Zahlung ruhen würde, zu erstatten. 3Der Präsident bestimmt, in welchen Teilbeträgen zu erstatten ist.

(5) Stirbt ein ehemaliges Mitglied, werden die Leistungen nach Absatz 1 an

den überlebenden Ehegatten, die leiblichen Abkömmlinge sowie die als Kind angenommenen

Kinder fortgesetzt oder ihnen belassen, wenn Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz nicht entstehen.

(6) Ein ehemaliges Mitglied, das dem Europäischen Parlament angehört, kann

den Anspruch auf Übergangsgeld erst nach seinem Ausscheiden aus dem Europäischen Parlament geltend machen.

(7) 1Absatz 1 gilt nicht, wenn das Mitglied die Mitgliedschaft im Bundestag auf

Grund des 15 Abs. 2 Nr. 2 des Bundeswahlgesetzes verliert. 2Der Präsident

kann die Zahlungen aussetzen, wenn ein Verfahren zu erwarten ist, das die Folgen

nach 15 Abs. 2 Nr. 2 des Bundeswahlgesetzes nach sich zieht.

19

Anspruch auf Altersentschädigung

1Ein Mitglied erhält nach seinem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn es das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet und dem Bundestag acht Jahre angehört hat. 2Mit jedem weiteren Jahr bis zum achtzehnten

Jahr der Mitgliedschaft

im Bundestag entsteht der Anspruch auf Altersentschädigungsgesetz

– AbgG 53

schädigung ein Lebensjahr früher. 3 18 Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend.

4 Eine Wahlperiode wird mit vier Jahren angerechnet, soweit ihre Dauer über zwei Jahre hinausgeht.

20

Höhe der Altersentschädigung

1 Die Altersentschädigung beträgt bei einer Mitgliedschaft

von acht Jahren

fünfunddreißig vom Hundert der Entschädigung nach 11 Abs. 1. 2 Sie erhöht

sich für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft bis zum achtzehnten

Jahr um

vier vom Hundert.

3 Die Zeit der Wahrnehmung der Ämter des Präsidenten

und seiner Stellvertreter wird der schädigung

Satz 1 und 2 mit der Entschädigung nach 11 einschließlich

der Amtszulage

zugrunde gelegt. 4 18 Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend.

21

Berücksichtigung von Landtagszeiten

(1) 1 Zeiten der Mitgliedschaft im Parlament eines Landes

der Bundesrepublik

Deutschland gelten auf Antrag als Zeiten der Mitgliedschaft im Sinne des

19. 2 Werden dadurch die Voraussetzungen

für einen Anspruch nach diesem

Gesetz erfüllt, so wird Altersentschädigung

gezahlt.

(2) 1 Die Höhe der Altersentschädigung beträgt für jedes Jahr der tatsächlichen

Mitgliedschaft im Bundestag ein Achtel der Mindestaltersentschädigung

nach

20 Satz 1. 2 20 Satz 3 und 4 findet entsprechende Anwendung.

22

Gesundheitsschäden

(1) 1 Hat ein Mitglied während seiner Zugehörigkeit zum Bundestag ohne sein

grobes Verschulden Gesundheitsschäden

erlitten, die seine Arbeitskraft

dauernd und so wesentlich

beeinträchtigen, dass es sein Mandat und bei

seinem Ausscheiden aus dem Bundestag die bei seiner Wahl zum Bundestag

ausgeübte

oder eine andere zumutbare Tätigkeit nicht mehr ausüben kann,

so erhält es unabhängig von den in 19 vorgesehenen Voraussetzungen

auf

Antrag vom Monat der Antragstellung an eine Altersentschädigung, deren

Höhe sich nach 20 richtet, mindestens jedoch fünfunddreißig

vom Hundert

der Entschädigung nach 11 Abs. 1. 2Ist der Gesundheitsschaden infolge

eines Unfalls eingetreten, so erhöht sich der Bemessungssatz nach 20 um

zwanzig vom Hundert bis höchstens fünfundsiebzig vom Hundert.

(2) Erleidet ein ehemaliges Mitglied des Bundestages, das unabhängig vom

Lebensalter die Voraussetzung der Mitgliedschaftsdauer

nach 19 erfüllt,

Gesundheitsschäden

im Sinne des Absatzes 1, so erhält es Altersentschädigung,

deren Höhe sich nach 20 richtet.

(3) 1Die Gesundheitsschädigung ist durch das Gutachten

einer

öffentlich-rechtlichen Krankenanstalt nachzuweisen.

2Das Gutachten wird

ersetzt durch den Bescheid über Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit

oder durch den Bescheid über Dienstunfähigkeit

im Sinne des

Beamtenrechts.

Abgeordnetengesetz – AbgG 54

23

Versorgungsabfindung

(1) 1Ein Mitglied, das bei seinem Ausscheiden weder eine Anwartschaft noch

einen Anspruch auf Altersentschädigung

nach den 19 bis 22 erworben

hat, erhält für die Zeit der Zugehörigkeit zum Bundestag auf Antrag eine Versorgungsabfindung.

2 Sie wird für jeden angefangenen Monat der Mitgliedschaft

im Bundestag

in Höhe des für diesen Monat geltenden

Höchstbeitrages

zur Rentenversicherung der Angestellten

zuzüglich zwanzig vom

Hundert dieses Höchstbeitrages

gezahlt.

(2) Mitglieder, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllen,

können an Stelle

der Versorgungsabfindung auch beantragen,

in sinngemäßer Anwendung

der

Vorschriften des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch über die Nachversicherung

für die Dauer ihrer Mitgliedschaft

im Bundestag nachversichert

zu werden.

(3) Der Absatz 2 gilt entsprechend für eine zusätzliche Alters- und

Hinterbliebenenversorgung.

(4) Der Absatz 2 ist nicht anzuwenden, wenn und soweit die Zeit der

Mitgliedschaft im Bundestag in einer öffentlich-rechtlichen Versicherung

oder in einer Versorgung nach dienstrechtlichen Grundsätzen berücksichtigt

ist oder berücksichtigt wird.

(5) Anstelle der Versorgungsabfindung nach Absatz 1 wird die Zeit der Mitgliedschaft

im Bundestag auf Antrag als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs-

und

Versorgungsrechts der Beamten, Richter und Soldaten berücksichtigt.

(6) Hat ein Mitglied einen Antrag nach Absatz 1 bis 3 oder Absatz 5 gestellt, so

beginnen im Falle des Wiedereintritts

in den Bundestag die Fristen für die

Mitgliedschaftsdauer

nach 19 erneut zu laufen.

(7) Die Absätze 2 und 4 gelten entsprechend für ein ausscheidendes

Mitglied

des

Parlaments eines Landes, soweit landesrechtliche Vorschriften eine Versorgungsabfindung im Sinne des Absatzes 1 vorsehen.

(8) Verliert ein Mitglied des Parlaments eines Landes die Mitgliedschaft, ohne

dass für die Zeit der Mitgliedschaft

Anspruch oder Anwartschaft auf eine einmalige

oder laufende

Versorgung auf Grund seiner Parlamentszugehörigkeit

besteht, so gelten die Absätze 2 und 4 entsprechend.

24

Überbrückungsgeld für Hinterbliebene

(1) 1Die Hinterbliebenen eines Mitglieds des Bundestages

erhalten die noch nicht

abgerechneten Leistungen

nach diesem

Gesetz, soweit sie im Zeitpunkt

des

Todes fällig waren. 2Der überlebende Ehegatte und die Abkömmlinge

erhalten

ein Überbrückungsgeld in Höhe einer Entschädigung nach 11 Abs. 1.

3Das Überbrückungsgeld beträgt bei einer Dauer der Mitgliedschaft

von mehr

als acht Jahren oder von mehr als zwei Wahlperioden das Eineinhalbfache

der Entschädigung

nach 11 Abs. 1. 4An wen die Zahlungen

zu leisten sind,

bestimmt der Präsident. 5Sind Hinterbliebene

im Sinne des Satzes 2 nicht

vorhanden, wird sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit

oder der Bestattung getragen haben, das Überbrückungsgeld

bis zur Höhe

ihrer Aufwendungen

gewährt.

(2) Das gleiche gilt beim Tod eines ehemaligen Mitglieds des Bundestages, das die Voraussetzungen der Mitgliedschaftsdauer nach 19 erfüllt und noch keine Altersentschädigung erhält.

25

Hinterbliebenenversorgung

(1) Der überlebende Ehegatte eines Mitgliedes oder ehemaligen Mitgliedes des Bundestages erhält sechzig vom Hundert der Altersentschädigung, sofern der Verstorbene im Zeitpunkt seines Todes Anspruch auf Altersentschädigung hatte oder die Voraussetzungen für die Gewährung einer Altersentschädigung erfüllte.

(2) Der überlebende Ehegatte eines Mitglieds oder ehemaligen Mitglieds des Bundestages, das unabhängig vom Lebensalter die Voraussetzung der Mitgliedschaftsdauer nach 19 erfüllt, erhält sechzig vom Hundert der Altersentschädigung, deren Höhe sich nach 20 bestimmt.

(3) 1Die leiblichen und die als Kind angenommenen Kinder eines ehemaligen Mitglieds, das zur Zeit seines Todes Altersentschädigung erhalten hätte, eines verstorbenen Mitglieds oder eines verstorbenen Empfängers von Altersentschädigung erhalten Waisengeld. 2Es beträgt für die Vollwaise zwanzig und die Halbwaise zwölf vom Hundert der Altersentschädigung nach den Absätzen 1 und 2.

(4) Beim Tode eines Mitglieds des Bundestages, das dem Bundestag weniger als zwölf Jahre angehört hat, erhalten der überlebende Ehegatte sechzig vom

Hundert,
die Vollwaise zwanzig vom Hundert und die Halbwaise zwölf vom
Hundert der Altersentschädigung
für eine Mitgliedschaft von elf Jahren.

25a

Versorgungsausgleich

(1) Bei der Ermittlung des Wertunterschiedes im Sinne des § 1587a Abs. 2 des
Bürgerlichen Gesetzbuches

wird die Altersentschädigung zugrunde gelegt,
die sich aus den anrechenbaren

Mandatszeiten bis zum Zeitpunkt des
Eintritts der Rechtshängigkeit des Scheidungsantrages ergibt (Gesamtzeit).

2 Maßgebender Wert der Versorgung ist der Teil der Altersentschädigung,
der

dem Verhältnis der in die Ehezeit fallenden Mandatszeit zur Gesamtzeit entspricht.

3 Die Versorgung

nach diesem Gesetz ist als dynamisch
anzusehen.

(2) Besteht im Zeitpunkt des Eintritts der Rechtshängigkeit
des Scheidungsantrages

noch kein Anspruch auf eine Altersentschädigung,
so ist für

jedes Jahr der Mitgliedschaft im Bundestag der entsprechende Anteil der
Mindestaltersentschädigung

zu berücksichtigen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäß für die Versorgungsleistungen
nach

den Abgeordnetengesetzen der Länder.

26

Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften

1 Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind die für die
Bundesbeamten geltenden versorgungsrechtlichen

Vorschriften sinngemäß anzuwenden.

– AbgG 56

maß anzuwenden.

2 Verwendung im öffentlichen Dienst im Sinne dieses

Abschnittes bestimmt sich nach 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2298), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. September 1994 (BGBl. I S. 2442).

Abgeordnetengesetz – AbgG 57

Neunter Abschnitt

Übergangsregelungen

Abgeordnetengesetz – AbgG 58

35

Übergangsregelung zum Elften Änderungsgesetz

(1) 1 Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften,

die vor dem

Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes

entstanden

sind, bleiben unberührt.

2 29 Abs. 4 findet Anwendung.

3 Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend

für die Hinterbliebenen

eines Empfängers von Altersentschädigung, wenn

dieser nach Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes verstirbt.

(2) 1 Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften

ehemaliger

Mitglieder des Bundestages, die die Voraussetzungen

der Mitgliedschaftsdauer

vor Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes erfüllen, und ihrer

Hinterbliebenen richten

sich nach bisherigem

Recht, sofern der Versorgungsfall

vor dem 1. Januar 2002 eintritt. 2 29 Abs. 4 findet Anwendung.

3 Die

Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Mitglieder des Bundestages, die vor

Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes

dem Bundestag oder einem Landtag

angehören, sowie für ihre Hinterbliebenen.

(3) 1Ehemalige Mitglieder des Bundestages, die nach Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes erneut in den Bundestag eintreten und die Voraussetzungen der 19 und 21 in der bisherigen Fassung erfüllen, erhalten Altersentschädigung nach bisherigem Recht mit der Maßgabe, dass für jedes Jahr der Mitgliedschaft nach Inkrafttreten des Elften Änderungsgesetzes vier vom Hundert der Entschädigung nach 11 Abs. 1 bis zum Erreichen der Höchstaltersentschädigung gewährt werden. 2 29 Abs. 4 findet Anwendung. 3Die Sätze 1 und 2 gelten für Hinterbliebene entsprechend.

(4) Die sich nach Absatz 1 bis 3 ergebende Versorgungsanwartschaft nach bisherigem Recht wird der Berechnung des Versorgungsanspruchs zugrunde gelegt, wenn sie höher ist als die Versorgungsanwartschaft, die sich nach diesem Gesetz ergibt.

36

Übergangsregelung für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes

(1) 1Der auf Grund des Gesetzes über die Rechtsstellung der in den ersten Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 (BGBl. I S. 297) oder des Gesetzes über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 777), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. August 1961 (BGBl. I S. 1557), sowie einer entsprechenden Regelung eines Landes in den Ruhestand getretene Beamte, der in den achten Bundestag gewählt worden ist oder in einen späteren Bundestag gewählt wird, gilt mit dem Tage der Annahme der Wahl, frühestens jedoch mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, wieder als in das Beamtenverhältnis unter gleichzeitigem Ruhen der Rechte und Pflichten (5 Abs. 1) berufen, sofern er

die allgemeinen

Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis

noch erfüllt. 2Im Übrigen bleiben die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes

nach den 4 und 4a letzter Satz des Gesetzes über die Rechtsstellung

der in

den Deutschen

Bundestag gewählten

Angehörigen des öffentlichen Dienstes

vom 4. August 1953 begründeten

Ansprüche erhalten.

Abgeordnetengesetz – AbgG 59

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Richter, Berufssoldaten

und Soldaten auf Zeit

sowie sinngemäß für Angestellte

des öffentlichen Dienstes.

(3) Für ehemalige Mitglieder des Bundestages bleiben die nach dem Gesetz über

die Rechtsstellung der in den Deutschen

Bundestag gewählten Angehörigen

des öffentlichen Dienstes vom 4. August 1953 begründeten Rechte erhalten.

37

Versorgung vor 1968 ausgeschiedener Mitglieder

Der Präsident gewährt auf Antrag einem ehemaligen Mitglied,

das vor dem

1. Januar 1968 aus dem Bundestag

ausgeschieden

ist, sowie seinen Hinterbliebenen

vom Ersten des Monats der Antragstellung an Leistungen

aus der

Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach dem Diätengesetz 1968 vom

3. Mai 1968 (BGBl. I S. 334), zuletzt geändert durch Artikel

VIII des Gesetzes

vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297).

38

Versorgung für Zeiten vor Inkrafttreten dieses Gesetzes

(1) Ein Mitglied des Bundestages, das in der Zeit vom 1. Januar 1968 bis zum

Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgeschlossen

ist, und seine Hinterbliebenen

erhalten Versorgung nach dem Diätengesetz 1968.

(2) Ein Mitglied des Bundestages, das dem Bundestag bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes angehört hat und erst nach seinem Inkrafttreten aus dem Bundestag ausscheidet, erhält Altersentschädigung nach diesem Gesetz; dabei wird die Zeit der Mitgliedschaft vor Inkrafttreten dieses Gesetzes berücksichtigt.

(3) 1Anstelle der Altersentschädigung nach Absatz 2 werden auf Antrag die nach 4 des Diätengesetzes 1968 geleisteten eigenen Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung zinslos erstattet.

2In diesem Falle bleiben die Zeiten der Mitgliedschaft im Bundestag vor

Inkrafttreten dieses Gesetzes

bei der Festsetzung

der Altersentschädigung

nach diesem Gesetz unberücksichtigt.

3Im Falle des 23 wird nur die halbe

Versorgungsabfindung

gezahlt.

(4) 1Anstelle der Altersentschädigung nach Absatz 2 erhält ein Mitglied des

Bundestages, das die Voraussetzungen

des 5 Abs. 1 und des 7a Abs. 1

des Diätengesetzes

1968 erfüllt, für die Zeit der Mitgliedschaft im Bundestag

vor Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Antrag Ruhegeld nach dem Diätengesetz

1968; für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wird Altersentschädigung

nach diesem Gesetz mit der Maßgabe gewährt, dass für jedes Jahr

der Mitgliedschaft fünf vom Hundert der Entschädigung nach 11 Abs. 1

gezahlt werden. 2Die anrechenbaren Zeiten vor und nach Inkrafttreten

dieses

Gesetzes dürfen sechzehn Jahre nicht übersteigen. 3Das gleiche gilt für

Hinterbliebene.

(5) Der Antrag gemäß den Absätzen 3 und 4 ist innerhalb

von sechs Monaten

nach

Inkrafttreten dieses Gesetzes beim Präsidenten

des Bundestages zu stellen.

Abgeordnetengesetz – AbgG 60

38a

(1) 1Versorgungsempfänger nach den 37 und 38 Abs. 1 erhalten anstelle

ihrer bisherigen Versorgung auf Antrag Versorgung

nach dem Fünften

Abschnitt.

2Das gleiche gilt für ehemalige Mitglieder, die dem Bundestag

vor Inkrafttreten dieses Gesetzes mindestens

sechs Jahre angehört haben

und ihre Hinterbliebenen.

3 18 Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend.

(2) 1Für ehemalige Mitglieder, die vor dem 1. April 1977 aus dem Bundestag

ausgeschieden

sind und danach wieder eintreten,

gilt 38 Abs. 4 entsprechend.

2Der Antrag ist innerhalb

von sechs Monaten nach dem Wiedereintritt in den

Deutschen Bundestag beim Präsidenten des Bundestages

zu stellen. 3Das gleiche

gilt für Hinterbliebene.

38b

Hinterbliebenenversorgung bei Tod während der Mitgliedschaft im

Bundestag

Hinterbliebene nach 25 Abs. 4, deren Versorgungsfall

in der Zeit vom

1. April 1977 bis zum Inkrafttreten des Siebten Änderungsgesetzes eingetreten

ist, erhalten

auf Antrag vom Ersten des Monats der Antragstellung

an

Versorgung nach 25 Abs. 4.

Anrechnung früherer Versorgungsbezüge

(1) Versorgungsbezüge nach dem Diätengesetz 1968 werden gemäß § 10 Diätengesetz 1968 nicht in die Anrechnung nach § 29 Abs. 3 und 4 einbezogen.

(2) 1Versorgungsbezüge nach dem Diätengesetz 1968 werden neben einer Entschädigung oder einer Versorgung

aus der Mitgliedschaft in einem Landtag

(§ 29 Abs. 5 und 6) nur mit dem Teil in die Anrechnung einbezogen,

der

nicht auf eigenen

Beiträgen beruht. 2Angerechnete Zeiten nach § 21 des

Diätengesetzes 1968 gelten als Beitragszeiten.

40

Gekürzte Versorgungsabfindung

1Für Zeiten der Mitgliedschaft unter der Geltung des Diätengesetzes

1968

wird die halbe Versorgungsabfindung

nach § 23 gezahlt. 2In diesem Falle

werden eigene Beiträge zur Versicherung nach § 4 des Diätengesetzes

1968

auf Antrag erstattet.

41

Fortsetzung der Todesfallversicherung

Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehende Todesfallversicherung

wird

mit der Maßgabe fortgesetzt,

dass die zu zahlende Altersentschädigung

und das

Witwengeld entsprechend

der Zahl und der Höhe der seit dem 1. Januar 1968

geleisteten monatlichen Beiträge der Versicherungsnehmerin

zu der Todesfallversicherung

gekürzt werden.

Abgeordnetengesetz – AbgG 61

42

Umwandlung oder Auflösung der Todesfallversicherung

(1) Ein Mitglied oder ehemaliges Mitglied des Bundestages,

das sich nach

20 des Diätengesetzes 1968 für die Fortsetzung

der Versicherung auf

Bundeskosten entschieden hat, kann die Todesfallversicherung umwandeln

oder auflösen.

(2) Im Falle der Umwandlung besteht die Möglichkeit der Fortsetzung auf eigene

Kosten oder der beitragsfreien

Versicherung

mit der Maßgabe, dass die

zu zahlende Altersentschädigung

und das Witwengeld entsprechend der

Zahl und der Höhe der von der Versicherungsnehmerin

in der Zeit vom

1. Januar 1968 bis zum Ablauf des Monats der Umwandlung

oder bis zur

Gewährung von Altersentschädigung geleisteten

Beiträge

gekürzt wird.

(3) Bei Auflösung der Versicherung wird dem Versicherten

der auf

eigenen Beiträgen beruhende Rückkaufswert

erstattet.

43

Weiterzahlung des Übergangsgeldes

Ein ehemaliges Mitglied des Bundestages, das beim Inkrafttreten

dieses

Gesetzes Aufwandsentschädigung nach dem Diätengesetz 1968 bezieht,

behält diesen Anspruch.

44

Anrechnung von Zeiten für das Übergangsgeld

Zeiten der Mitgliedschaft im Bundestag, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes

liegen, werden bei der Berechnung des Zeitraumes,

für den Übergangsgeld

zu

zahlen ist, berücksichtigt.

Abgeordnetengesetz – AbgG 62

Anhang II

Regelungen des Fünften Abschnitts des Abgeordnetengesetzes

in der bis zum

31. Dezember 2007 geltenden

Fassung

Abgeordnetengesetz – AbgG 63

Fünfter Abschnitt

Leistungen an ehemalige Mitglieder des Bundestages und ihre Hinterbliebenen

Abgeordnetengesetz – AbgG 64

20

Höhe der Altersentschädigung

1Die Altersentschädigung bemisst sich nach der monatlichen Abgeordnetenentschädigung

(11 Abs. 1). 2Der Steigerungssatz

beträgt für jedes Jahr

bis zum 23. Jahr der Mitgliedschaft je drei vom Hundert der Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1. 3Die Zeit der Wahrnehmung der Ämter

des Präsidenten

und seiner Stellvertreter wird der Berechnung der Altersentschädigung

nach den Sätzen 1 und 2 mit der Abgeordnetenentschädigung

nach 11 Abs. 1 einschließlich

der Amtszulage

zugrunde gelegt. 4 18 Abs. 1

Satz 4 und 19 Satz 4 gelten entsprechend.

Abgeordnetengesetz – AbgG 65

Anhang III

Regelungen des Fünften Abschnitts des Abgeordnetengesetzes

in der bis zum

31. August 2009 geltenden

Fassung

Abgeordnetengesetz – AbgG 66

Fünfter Abschnitt

Leistungen an ehemalige Mitglieder des Bundestages und ihre Hinterbliebenen

Abgeordnetengesetz – AbgG 67

25a

Versorgungsausgleich

(1) Bei der Ermittlung des Wertunterschiedes im Sinne des § 1587a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

wird die Altersentschädigung zugrunde gelegt,

die sich aus den anrechenbaren

Mandatszeiten bis zum Zeitpunkt des

Eintritts der Rechtshängigkeit des Scheidungsantrages ergibt (Gesamtzeit).

2 Maßgebender Wert der Versorgung ist der Teil der Altersentschädigung,

der

dem Verhältnis der in die Ehezeit fallenden Mandatszeit zur Gesamtzeit entspricht.

3 Die Versorgung

nach diesem Gesetz ist als dynamisch

anzusehen.

(2) Besteht im Zeitpunkt des Eintritts der Rechtshängigkeit

des Scheidungsantrages

noch kein Anspruch auf eine Altersentschädigung,

so ist für jedes

Jahr der Mitgliedschaft im Bundestag der entsprechende Steigerungssatz nach

§ 20 Satz 2 zu berücksichtigen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäß für die Versorgungsleistungen

nach

den Abgeordnetengesetzen der Länder. 2 Für Absatz 2 gilt dies mit der Maßgabe,

dass in den Fällen, in denen nach dem Abgeordnetengesetz eines Landes

eine Mindestmitgliedszeit für einen Anspruch auf Altersentschädigung

verlangt

wird und diese noch nicht erreicht ist, für jedes Jahr der Mitgliedschaft

im Landtag entweder der entsprechende Anteil der Mindestversorgung

oder

– soweit die Abgeordnetengesetze der Länder einen solchen vorsehen – der

entsprechende Steigerungssatz nach dem Landesrecht zu berücksichtigen ist.

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 69

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG

Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments

aus der Bundesrepublik Deutschland vom 6. April 1979 (BGBl. I S. 413), zuletzt geändert

durch das Gesetz vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2020)

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 70

Erster Abschnitt

Mandatsbewerbung und Mandatsausübung

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 71

1

Anwendungsbereich

Dieses Gesetz gilt für Bewerber um ein Mandat für das Europäische Parlament in der Bundesrepublik Deutschland und für Mitglieder des Europäischen Parlaments, die in der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden sind, soweit nicht die Vorschriften des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments Anwendung finden.

2

Freies Mandat

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

3

Schutz der Mandatsbewerber und der Mandatsausübung

(1) Niemand darf daran gehindert werden, sich um ein Mandat im Europäischen

Parlament zu bewerben, es zu erwerben, anzunehmen oder auszuüben.

(2) Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung

um ein Mandat sowie dem Erwerb, der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig.

(3) 1Eine Kündigung oder Entlassung wegen des Erwerbs, der Annahme oder Ausübung des Mandats ist unzulässig. 2Im Übrigen ist eine Kündigung nur aus wichtigem Grunde zulässig.

3Der Kündigungsschutz

beginnt mit der

Aufstellung des Bewerbers durch das dafür zuständige Organ des Wahlvorschlagsberechtigten.

4Er gilt ein Jahr nach Beendigung des Mandats

fort.

4

Wahlvorbereitungsurlaub, Berufs- und Betriebszeiten

(1) Einem Bewerber um ein Mandat im Europäischen Parlament

ist zur

Vorbereitung seiner Wahl innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag

auf Antrag Urlaub von bis zu zwei Monaten zu gewähren. 2 Ein Anspruch auf

Fortzahlung der Bezüge besteht für die Dauer der Beurlaubung

nicht.

(2) 4 des Abgeordnetengesetzes gilt entsprechend.

5

Indemnität und Immunität

1 Die Indemnität und Immunität der Mitglieder des Europäischen Parlaments

bestimmt sich nach den Artikeln 9 und 10 des Protokolls über die Vorrechte

und Befreiung der Europäischen

Gemeinschaften im Anhang zum Vertrag zur

Einsetzung

eines gemeinsamen

Rates und einer gemeinsamen

Kommission

der Europäischen Gemeinschaften vom 8. April 1965 (BGBl. 1965 II

S. 1453, 1482). 2 Dabei richtet sich der Umfang der Indemnität

nach den

Bestimmungen des Grundgesetzes.

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 72

6

Zeugnisverweigerungsrecht

1 Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sind berechtigt, über Personen,

die ihnen in ihrer Eigenschaft

als Mitglieder oder denen sie in dieser

Eigenschaft

Tatsachen anvertraut haben, sowie über diese Tatsache selbst das

Zeugnis zu verweigern.

2 Soweit dieses Zeugnisverweigerungsrecht reicht, ist

die Beschlagnahme von Schriftstücken unzulässig.

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 73

Zweiter Abschnitt

Unvereinbarkeiten, Angehörige des öffentlichen Dienstes

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 74

7

Unvereinbarkeit von Ämtern, Funktionen und Mandaten mit der
Mitgliedschaft im Europäischen Parlament

1Die in 22 Abs. 2 Nr. 7 bis 15 des Europawahlgesetzes
aufgeführten

Ämter,

Funktionen und Mandate sind mit der Mitgliedschaft

im Europäischen

Parlament

unvereinbar. 2Ihr Inhaber erwirbt die Mitgliedschaft

im Europäischen

Parlament

nach seiner Wahl nur, wenn er spätestens bis zur Eröffnung

der

ersten Sitzung des Europäischen Parlaments nach der Wahl oder in den

Fällen des 21 Abs. 2 des Europawahlgesetzes

bis zur Annahmeerklärung

gegenüber dem Bundeswahlleiter

aus diesem Amt, dieser Funktion oder diesem

Mandat ausscheidet.

8

Angehörige des öffentlichen Dienstes

(1) Die Absätze 2 und 3 gelten für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes

des

Bundes, der Länder, der Gemeinden

und anderer Körperschaften, Anstalten

und Stiftungen des öffentlichen Rechts und ihrer Verbände

mit Ausnahme

der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften

und ihrer Verbände.

(2) Stimmt ein Beamter, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit oder Arbeitnehmer

seiner Aufstellung als Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament zu, ist ihm auf Antrag innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag der zur Vorbereitung seiner Wahl erforderliche Urlaub unter Wegfall der Besoldung oder des Arbeitsentgeltes zu gewähren.

(3) Die 5 bis 9 und 36 Abs. 1 und 2 des Abgeordnetengesetzes, 36 Abs. 2 des Deutschen Richtergesetzes, 25 des Soldatengesetzes, soweit er die Wahl zum Deutschen Bundestag betrifft, und die aufgrund des 10 des Abgeordnetengesetzes erlassenen Gesetze sind entsprechend anzuwenden.

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 75

Dritter Abschnitt

Leistungen an die Mitglieder des Europäischen Parlaments, an ehemalige Mitglieder und ihre Hinterbliebenen

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 76

9

Entschädigung

Ein Mitglied des Europäischen Parlaments, das sich nach Artikel 25 Abs. 1 des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments für die Anwendung dieses Gesetzes entscheidet, erhält eine monatliche Entschädigung gemäß

11 Abs. 1 und 3 des Abgeordnetengesetzes.

10

Freifahrtberechtigung und Erstattung von Fahrkosten

1Ein Mitglied des Europäischen Parlaments hat das Recht auf freie Benutzung aller Verkehrsmittel der Deutschen Bahn AG. 2Benutzt es in Ausübung des Mandats innerhalb des Bundesgebietes Flugzeuge, Schlafwagen oder sonstige schienengebundene

Beförderungsmittel

außerhalb des öffentlichen Personennahverkehrs,
so werden die Kosten gegen Nachweis erstattet. 3 Dies gilt nicht,
soweit ein Anspruch auf Erstattung von Fahrkosten
durch das Europäische
Parlament besteht. 4 16 Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes
gilt entsprechend.

10a

Inanspruchnahme von Leistungen des Deutschen Bundestages
1 Ein Mitglied des Europäischen Parlaments erhält zur Abgeltung seiner durch
das Mandat veranlassten Aufwendungen
eine Aufwandsentschädigung.
2 Sie umfasst die Mitbenutzung eines Büroraumes am Sitz des Bundestages,
die Benutzung von Verkehrsmitteln gemäß 10, die Benutzung
der Dienstfahrzeuge
und der Fernmeldeanlagen des Bundestages sowie sonstige Sach- und
Dienstleistungen des Bundestages nach Maßgabe
der Ausführungsbestimmungen
des Ältestenrates.

10b

Leistungen an ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments und ihre
Hinterbliebenen
1 Die Vorschriften des Fünften Abschnitts und 32 Abs. 4 bis 8, 35,
35a, 35b, 37 und 38 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes
finden auf vor dem
Inkrafttreten des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments ausgeschiedene
Mitglieder des Europäischen Parlaments
sowie auf Mitglieder des
Europäischen
Parlaments,
die sich nach Artikel 25 Abs. 1 des Abgeordnetenstatuts
des Europäischen Parlaments für die Anwendung
dieses Gesetzes
entscheiden, und ihre Hinterbliebenen mit den Maßgaben Anwendung, dass
1. in dem Fall, dass Leistungen aus der Unfallversicherung

des Europäischen

Parlaments

in Anspruch genommen werden,

der Versorgungsanspruch

nach diesem Gesetz bis zur Höhe der Versicherungsleistung

ruht,

2. die Versorgung solange ruht, bis die Versicherungsleistung

aus der Lebensversicherung

oder sonstige vergleichbare Leistungen

des Europäischen

Parlaments

erreicht sind,

3. 22 Abs. 2 Nr. 3 des Europawahlgesetzes an die Stelle des 15 Abs. 2 Nr.

2 des Bundeswahlgesetzes tritt.

2Zeiten der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament gelten als Zeiten der

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 77

Mitgliedschaft im Bundestag. 3Versorgungsansprüche

nach diesem Gesetz

ruhen neben einer Abgeordnetenentschädigung

nach 11 des Abgeordnetengesetzes.

4 29 Abs. 3 bis 9 des Abgeordnetengesetzes findet entsprechend

Anwendung.

11

Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen,

Unterstützungen

1Die Vorschriften des Sechsten Abschnitts des Abgeordnetengesetzes

finden auf vor Inkrafttreten des Abgeordnetenstatuts

des Europäischen

Parlaments ausgeschiedene Mitglieder des Europäischen Parlaments

und ihre

Hinterbliebenen Anwendung. 2Die Vorschriften des 28 des Abgeordnetengesetzes

finden für Mitglieder des Europäischen Parlaments, die sich nicht nach

Artikel 25 Abs. 1 des Abgeordnetenstatuts

des Europäischen Parlaments

für die Fortgeltung

des Leistungssystems nach diesem Gesetz entscheiden,

entsprechend

Anwendung.

12

Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsvorschriften

(1) Die in den 9 bis 11 geregelten Ansprüche entstehen

mit dem Tag der

Feststellung des Bundeswahlausschusses

(18 Abs. 4 des Europawahlgesetzes)

oder mit dem Tag der Annahme des Mandats.

(2) 1Die Entschädigung nach 9 wird monatlich im Voraus gezahlt.

2Ist nur ein Teil zu leisten, so wird für jeden Kalendertag

ein Dreißigstel

gezahlt.

(3) 1Ausgeschiedene Mitglieder erhalten die Entschädigung

nach

9 bis zum Ende des Monats, in dem sie ausgeschieden sind.

2Die Rechte nach 10 erlöschen 14 Tage nach Ausscheiden

aus

dem Europäischen Parlament.

(4) Die Bestimmungen der 31 und 33 des Abgeordnetengesetzes

finden sinngemäß Anwendung auf die Leistungen nach diesem Gesetz.

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 78

Vierter Abschnitt

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 79

13

Anrechnung

(1) Die Entschädigung nach diesem Gesetz ruht, sofern das Abgeordnetengesetz

des Bundes oder eines Landes keine anderweitige Regelung getroffen hat,

1. neben einer Abgeordnetenentschädigung, die nach dem

Abgeordnetengesetz eines Landes gewährt wird, bis zur Höhe dieser

Entschädigung,

2. neben einer Versorgung, die nach dem Abgeordnetengesetz

des Bundes

oder eines Landes gewährt wird, bis zur Höhe dieser Versorgung,

3. neben einer Versorgung als Abgeordneter, die nach den einschlägigen

Gesetzen der übrigen Mitgliedstaaten

der Europäischen

Union gewährt

wird, bis zur Höhe dieser Versorgung.

(2) 29 Abs. 1, 2, 6, 7 und 9 des Abgeordnetengesetzes gilt entsprechend mit

der Maßgabe, dass als Bezüge beziehungsweise

Versorgungsbezüge aus

einem Amtsverhältnis

oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst

auch die Bezüge und Versorgungsbezüge eines anderen Mitgliedstaates der

Europäischen Union gelten,

die aufgrund eines vergleichbaren

Amtsverhältnisses

oder einer entsprechenden Verwendung

im öffentlichen Dienst

gewährt werden.

(3) 1 Treffen Entschädigung, Übergangsgeld, Ruhegehalt und Versorgung für

Hinterbliebene nach dem Abgeordnetenstatut

des Europäischen Parlaments

mit auf Bundesrecht beruhenden

anderen Bezügen aus öffentlichen

Kassen zusammen, so gelten die Anrechnungs- und Ruhensbestimmungen

des Abgeordnetengesetzes

(29) sinngemäß. 2 Dabei tritt an die Stelle des

Ruhens oder der Kürzung der Bezüge nach dem Abgeordnetenstatut

des

Europäischen Parlaments ein Ruhen oder eine Kürzung der Bezüge aus anderen

öffentlichen Kassen in jeweils entsprechender Höhe. 3 Dies gilt nicht bei

einem Zusammentreffen von Bezügen nach dem Abgeordnetenstatut

des

Europäischen Parlaments mit Bezügen nach diesem Gesetz.

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 80

Anhang

Regelungen des Dritten und Vierten Abschnitts des Europaabgeordnetengesetzes

in der bis zum 13. Juli 2009 geltenden Fassung

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 81

Dritter Abschnitt

Leistungen an die Mitglieder des Europäischen Parlaments, an ehemalige

Mitglieder und ihre Hinterbliebenen

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 82

10b

Leistungen an ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments und ihre

Hinterbliebenen

1 Die Vorschriften des Fünften Abschnitts und 32 Abs. 4 bis 8, 35, 35a,

37 und 38 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

finden auf ausgeschiedene

Mitglieder

des Europäischen Parlaments

und ihre Hinterbliebenen

mit den

Maßgaben Anwendung, dass

1. in dem Fall, dass Leistungen aus der Unfallversicherung

des Europäischen

Parlaments

in Anspruch genommen werden,

der Versorgungsanspruch

nach diesem Gesetz bis zur Höhe der Versicherungsleistung

ruht,

2. die Versorgung solange ruht, bis die Versicherungsleistung

aus der

Lebensversicherung

oder sonstige vergleichbare Leistungen

des

Europäischen Parlaments

erreicht sind,

3. 22 Abs. 2 Nr. 3 des Europawahlgesetzes an die Stelle des 15 Abs. 2

Nr. 2 des Bundeswahlgesetzes tritt.

2 Zeiten der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament gelten als Zeiten der

Mitgliedschaft im Bundestag. 3Versorgungsansprüche

nach diesem Gesetz

ruhen neben einer Abgeordnetenentschädigung

nach 11 des Abgeordnetengesetzes.

4 29 Abs. 3 bis 9 des Abgeordnetengesetzes findet entsprechend

Anwendung.

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 83

Vierter Abschnitt

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG 84

13

Anrechnung

(1) Die Entschädigung nach diesem Gesetz ruht, sofern das Abgeordnetengesetz des Bundes oder eines Landes keine anderweitige Regelung getroffen hat,

1. neben einer Abgeordnetenentschädigung, die nach dem Abgeordnetengesetz eines Landes gewährt wird, bis zur Höhe dieser Entschädigung,

2. neben einer Versorgung, die nach dem Abgeordnetengesetz des Bundes

oder eines Landes gewährt wird, bis zur Höhe dieser Versorgung,

3. neben einer Versorgung als Abgeordneter, die nach den einschlägigen Gesetzen der übrigen Mitgliedstaaten

der Europäischen

Union gewährt

wird, bis zur Höhe dieser Versorgung.

(2) 29 Abs. 1, 2, 6, 7 und 9 des Abgeordnetengesetzes gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass als Bezüge beziehungsweise

Versorgungsbezüge aus

einem Amtsverhältnis

oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst

auch die Bezüge und Versorgungsbezüge eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union gelten,

die aufgrund eines vergleichbaren

Amtsverhältnisses

oder einer entsprechenden Verwendung

im öffentlichen Dienst

gewährt werden.

(3) Leistungen des Europäischen Parlaments werden auf Leistungen nach diesem Gesetz mit gleicher Zweckbestimmung in voller Höhe angerechnet.

Das Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen regelt unter anderem die Mitgliedschaft im Landtag, die Leistungen an Abgeordnete sowie Beihilfen und Zuschüsse. Sie können das Gesetz auf dieser Seite nachlesen.

Abgeordnetengesetz
des Landes Nordrhein-Westfalen
- AbgG NRW -

Vom 5. April 2005 ([Fn 1](#))

Erster Teil

Mitgliedschaft und Beruf

1

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag regeln sich nach den Vorschriften des Landeswahlgesetzes.

2

Schutz der freien Mandatsausübung

(1) Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat im Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes zu bewerben, es zu übernehmen oder auszuüben. Zu den Pflichten der Abgeordneten gehört die Teilnahme an Plenar- und Ausschusssitzungen, an Sitzungen der Fraktionen und Arbeitskreise sowie des Ältestenrates und des Präsidiums (Pflichtsitzungen).

(2) Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat sowie der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig.

(3) Eine Kündigung oder Entlassung im Zusammenhang mit der Annahme oder Ausübung des Mandats ist unzulässig. Eine Kündigung ist im Übrigen nur aus wichtigem Grunde zulässig. Der Kündigungsschutz beginnt mit der Aufstellung des Bewerbers durch das dafür zuständige Organ der Partei oder mit der Einreichung des Wahlvorschlags. Er gilt ein Jahr nach Beendigung des Mandats fort.

3

Wahlvorbereitungsurlaub

Einem Bewerber bzw. einer Bewerberin um einen Sitz im Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes ist innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag der zur Vorbereitung der Wahl erforderliche Urlaub bis zu zwei Monaten zu gewähren. Ein Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts oder des Lohnes besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht.

4

Berufs- und Betriebszeiten

(1) Die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag und in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes ist nach Beendigung des Mandats auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit anzurechnen.

(2) Im Rahmen einer bestehenden betrieblichen oder überbetrieblichen Altersversorgung wird die Anrechnung nach Absatz 1 nur im Hinblick auf die Erfüllung der Unverfallbarkeitsfristen des § 1 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3610) vorgenommen.

Zweiter Teil

Leistungen an Abgeordnete

5 (Fn 4)

Abgeordnetenbezüge

(1) Ein Mitglied des Landtags erhält monatliche Abgeordnetenbezüge in Höhe von 8612 Euro. Zusätzlich erhält es monatliche Bezüge in Höhe von 2114 Euro, die zur Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung gemäß § 10 Absatz 7 an das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen abgeführt werden.

(2) Der Präsident bzw. die Präsidentin des Landtags erhält zusätzliche monatliche Bezüge in Höhe von 50 Prozent, seine bzw. ihre Stellvertreter und Stellvertreterinnen erhalten zusätzliche Bezüge in Höhe von 25 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach Absatz 1.

6 (Fn 6, Fn 10)

Amtsausstattung

(1) Die Mitglieder des Landtags erhalten eine Amtsausstattung, die Sachleistungen umfasst.

(2) Zur Amtsausstattung gehören die Bereitstellung eines eingerichteten Büros am Sitz des Landtags und die Bereitstellung und Nutzung der durch den Landtag zur Verfügung gestellten Informations- und Kommunikationseinrichtungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die kostenlose Nutzung der sonstigen Einrichtungen des Landtags in Ausübung des Mandats. Als Sachleistung werden auch Übernachtungsmöglichkeiten am Sitz des Landtags in begrenztem Umfang unter Zahlung eines im Haushaltsplan festgelegten Eigenanteils zur Verfügung gestellt. Das Nähere, insbesondere Zeitpunkt und Umfang, regeln das Haushaltsgesetz und die entsprechenden Ausführungsbestimmungen.

(3) Für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Unterstützung bei der Erledigung seiner parlamentarischen Arbeit steht jedem Mitglied des Landtags ein Höchstbetrag von monatlich 3 731 Euro ab 1. März 2009 und 3 776 Euro ab 1. März 2010, bezogen auf zwölf Monate, zuzüglich der gesetzlichen Arbeitgeberanteile und -zuschüsse zur Sozialversicherung zur Verfügung, der vom Landtag verwaltet wird [vgl. [Hinweis](#)]. Nicht übernommen werden Aufwendungen, die anlässlich der Beschäftigung von Ehegatten, Ehegatten anderer Mitglieder des Landtags, eingetragenen Lebenspartnern und -partnerinnen, von Schwägerten und von Verwandten ersten und zweiten Grades entstehen. Das Präsidium des Landtags erlässt die zur Abwicklung der Erstattung notwendigen Richtlinien einschließlich eines für die Arbeitsverhältnisse verbindlichen Musterarbeitsvertrages. Die Richtlinien können die Erstattung von Arbeitgeberanteilen zu vermögenswirksamen Leistungen, die Erstattung von Pauschalsteuern, Abschlagsregelungen für künftige Änderungen sowie Regelungen zu Ausbildungsplätzen vorsehen.

(4) Der Landtag beschließt zu Beginn einer Wahlperiode für die Dauer der Wahlperiode die Anpassung der Mitarbeiterpauschale nach § 6 Absatz 3 in Anlehnung an die Tarifentwicklung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen. § 19 findet Anwendung. Die Berechnung und der Anpassungsbetrag werden jeweils in einer Landtagsdrucksache veröffentlicht und dem Landtag zur Befassung zugeleitet.

(5) Die Mitglieder des Landtags haben das Recht, die Verkehrsmittel der Deutschen Bahn AG und der übrigen Eisenbahnverkehrsunternehmen innerhalb des Gebietes des Landes Nordrhein-Westfalen und die Verkehrsmittel der Deutschen Bahn AG nach Berlin frei zu benutzen.

7 (Fn 14)

Anrechnung anderer Einkünfte; Doppelmandat

(1) Hat ein Mitglied des Landtags neben den Abgeordnetenbezügen nach § 5 Anspruch auf Einkommen aus einem Amtsverhältnis, so werden die Abgeordnetenbezüge um 57,20 Prozent gekürzt. Amtsverhältnis ist die Ausübung des Amtes des Ministerpräsidenten bzw. der Ministerpräsidentin, eines Ministers bzw. einer Ministerin oder eines Parlamentarischen Staatssekretärs bzw. einer Parlamentarischen Staatssekretärin.

(2) Hat ein Mitglied des Landtags neben den Abgeordnetenbezügen nach § 5 Anspruch auf Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst, so werden die Abgeordnetenbezüge um 52,44 Prozent gekürzt; der Kürzungsbetrag darf jedoch 50 Prozent des Einkommens aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst nicht übersteigen.

(3) Die Abgeordnetenbezüge nach § 5 ruhen neben Versorgungsansprüchen aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst um 65 Prozent der Versorgungsansprüche, höchstens jedoch um 52,44 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Abs. 1. Entsprechendes gilt beim Bezug einer Rente aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes; § 55 Abs. 3 und 4 des Beamtenversorgungsgesetzes ist sinngemäß anzuwenden. Erhält ein Mitglied des Landtags Versorgungsbezüge aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, sind § 8 des Bundesbesoldungsgesetzes und die dazu im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern ergangenen Übergangsvorschriften sinngemäß anzuwenden mit der Maßgabe, dass die Abgeordnetenbezüge nach § 5 Abs. 1 um höchstens 52,44 Prozent gekürzt werden.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht auf Leistungen nach dem Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und über die Bezüge der Staatssekretäre in den Jahren 2003 und 2004 für das Land Nordrhein-Westfalen oder entsprechende Leistungen, auch auf Grund tariflicher Regelungen anzuwenden.

(5) Bei Abgeordneten, die gleichzeitig Mitglieder des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages sind, entfallen für die Dauer dieser Mitgliedschaft 71,50 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach § 5. Die Abgeordnetenbezüge nach § 5 ruhen neben Übergangsgeld oder Versorgungsansprüchen aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder in einem anderen Landesparlament in Höhe von 65 Prozent der Ansprüche auf Übergangsgeld bzw. Versorgung, höchstens jedoch in Höhe von 52,44 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Absatz 1, wenn nicht die Vorschriften des anderen Parlaments ein Ruhen, Entfallen oder eine Anrechnung anordnen.

8 (Fn 13)

Dienstreisen

(1) Abgeordneten, die im Auftrage des Präsidenten bzw. der Präsidentin an Veranstaltungen außerhalb des Hauses des Landtags teilnehmen oder im Verfahren nach Artikel 41a der Landesverfassung tätig werden, kann der Präsident bzw. die Präsidentin auf vorherigen schriftlichen Antrag eine Entschädigung für Fahrkosten im Lande Nordrhein-Westfalen gewähren.

(2) Bei Sitzungen außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen werden nur die außerhalb des Geltungsbereichs der Freifahrtberechtigung (§ 6 Abs. 4) durch Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel entstehenden Fahrkosten erstattet. Auf schriftlichen Antrag kann der Präsident bzw. die Präsidentin die Benutzung anderer Verkehrsmittel zulassen.

(3) Bei genehmigter Benutzung eines Kraftwagens gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 wird eine Kilometergeldentschädigung in einer im Haushaltsgesetz des Landes festzulegenden Höhe ab Landesgrenze gewährt, wenn das Mitglied des Landtags

- a) einen eigenen Kraftwagen,
 - b) einen Kraftwagen gegen Entgelt,
 - c) einen Kraftwagen, dessen Betriebskosten von ihm getragen werden,
- benutzt.

(4) Werden bei Sitzungen außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen die Fahrkosten vom Land getragen, so entfällt insoweit die Erstattung nach den Absätzen 1 und 2.

(5) Die Kosten für notwendige Übernachtungen bei Sitzungen außerhalb des Sitzes des Landtags trägt das Land.

(6) Findet während der sitzungsfreien Zeit eine Plenarsitzung statt, so sind den Abgeordneten die Kosten für Hin- und Rückreise zum Sitzungs- und Urlaubsort zu erstatten, falls sie ihren Urlaub wegen dieser Sitzung unterbrechen müssen; Absatz 2 findet Anwendung. Das gleiche gilt für Sitzungen des Präsidiums, des Ältestenrats oder eines Ausschusses.

(7) Die Genehmigung zur Durchführung von Auslandsreisen erteilt der Präsident bzw. die Präsidentin, bei Teilnahme mehrerer Abgeordneter im Einvernehmen mit dem Präsidium. Reisekosten werden in diesem Falle nach der Auslandsreisekostenverordnung erstattet.

(8) Bei Dienstreisen des Präsidenten bzw. der Präsidentin, der Vizepräsidenten und der Vizepräsidentinnen werden die entstandenen Auslagen erstattet.

(9) In anderen Sonderfällen entscheidet der Präsident bzw. die Präsidentin auf schriftlichen Antrag unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Absätze 1 bis 8.

(10) Werden Abgeordnete darüber hinaus im Auftrag einer Fraktion tätig, bleibt die Reisekostenentschädigung der Fraktion überlassen.

Dritter Teil

Leistungen nach Ausscheiden aus dem Landtag

9 (Fn 13)

Übergangsgeld

(1) Ein Mitglied des Landtags erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag nach Ablauf der Gewährung der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Übergangsgeld, sofern es dem Landtag mindestens ein Jahr angehört hat.

(2) Das Übergangsgeld wird in Höhe von 50 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Abs. 1 für drei Monate gewährt (Grundbetrag).

(3) Auf Antrag wird vom Ausscheiden an, zusätzlich zum Übergangsgeld nach Absatz 2, ein Aufstockungsbetrag in Höhe von 50 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Abs. 1 gewährt. Dieser wird bei einer Mitgliedschaft im Landtag von bis zu sechs Jahren sechs Monate lang, bei einer Mitgliedschaft über sechs Jahren zwölf Monate lang gezahlt.

(4) Auf den Aufstockungsbetrag nach Absatz 3 werden alle eigenen Einkünfte, die im Bezugszeitraum zufließen, angerechnet mit Ausnahme der Einkünfte aus Kapitalvermögen und aus Vermietung und Verpachtung. Angerechnet werden auch die Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages oder der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes sowie das Übergangsgeld nach dem Europaabgeordnetengesetz, dem Abgeordnetengesetz des Bundes oder eines anderen Landes. Der Aufstockungsbetrag wird in vollem Umfang der Einkünfte gekürzt. Die zu berücksichtigenden Einkünfte sind nachzuweisen. Von der zahlenden Stelle kann ein Nachweis über Zeitraum und Höhe der Einkünfte verlangt werden. Als Nachweise gelten auch sonstige Dokumente, aus denen sich erzielte Einkünfte im Bezugszeitraum ermitteln lassen.

(5) Tritt ein ehemaliges Mitglied des Landtags in das Europäische Parlament, den Deutschen Bundestag oder ein Landesparlament ein, entfällt die Zahlung nach Absatz 2 und ruht die Zahlung nach Absatz 3 mit dem Zeitpunkt des Eintritts. Erfolgt der Wiedereintritt in den Landtag Nordrhein-Westfalen, wird bei einem erneuten Ausscheiden aus dem Landtag der Aufstockungsbetrag nach Absatz 3 in der Summe höchstens 12 Monate gewährt.

(6) Stirbt ein ehemaliges Mitglied des Landtags während des Bezugs von Übergangsgeld nach Absatz 2, so werden die Leistungen nach Absatz 2 an den überlebenden Ehegatten, den eingetragenen Lebenspartner oder die eingetragene Lebenspartnerin, die leiblichen Abkömmlinge sowie die angenommenen Kinder fortgesetzt, wenn Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen (Abgeordnetengesetz - AbgG NRW) vom 24. April 1979 (GV. NRW. S.238), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S.30), und der Satzung des Versorgungswerks nicht entstehen; sind mehrere gleichberechtigte Personen vorhanden, so ist für die Bestimmung des Zahlungsempfängers bzw. der Zahlungsempfängerin die Reihenfolge der Aufzählung maßgebend.

10 (Fn 7)

Versorgungswerk

(1) Zur Vorsorge für das Alter und zur Unterstützung des überlebenden Ehegatten, des eingetragenen Lebenspartners bzw. der eingetragenen Lebenspartnerin und der Waisen wird für die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen ein Versorgungswerk am Sitz des Landtags errichtet. Dieses hat die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und den Namen "Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen". Das Versorgungswerk erbringt seine Leistungen ausschließlich aus eigenen Mitteln. Die Kosten der Verwaltung trägt das Land. Soweit die Angelegenheiten des Versorgungswerkes nicht gesetzlich bestimmt sind, werden sie durch die Satzung geregelt. Die Satzung wird vom Versorgungswerk im Ministerialblatt des Landes Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Die

Versicherungsaufsicht sowie die Körperschaftsaufsicht führt das für das Versicherungswesen zuständige Ministerium. Es gelten die Vorschriften der Versorgungswerkeverordnung (VersWerkVO NRW).

(2) Mitglieder des Versorgungswerks sind alle Abgeordneten, die ab Beginn der 14. Wahlperiode oder später dem Landtag Nordrhein-Westfalen angehören. Die Mitgliedschaft im Versorgungswerk endet mit dem Tod des Mitglieds sowie im Fall der Erstattung der Beiträge zum Versorgungswerk nach Maßgabe der Satzung. Die Mitgliedschaft im Versorgungswerk endet außerdem, wenn ein Mitglied des Landtags den Antrag nach § 34 Abs. 1 stellt und bis zum Ende der 14. Wahlperiode aus dem Landtag ausscheidet. Bei einer erneuten Mitgliedschaft im Landtag ab Beginn der 15. Wahlperiode oder später beginnt die Mitgliedschaft im Versorgungswerk erneut.

(3) Organe des Versorgungswerks sind

1. die Vertreterversammlung,
2. der Vorstand,
3. der bzw. die Vorstandsvorsitzende.

(4) Die Vertreterversammlung besteht aus 10 Prozent der Mitglieder des Versorgungswerks, maximal dreißig Personen. Die Mitglieder und die in der Satzung vorgesehene Anzahl von Ersatzmitgliedern werden zu Beginn der Wahlperiode für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Bis zur Wahl einer neuen Vertreterversammlung bleibt die Vertreterversammlung der vorhergehenden Wahlperiode im Amt. Wählbar und wahlberechtigt sind nur Mitglieder des Versorgungswerks. Einzelheiten werden in einer Wahlordnung geregelt. Die Vertreterversammlung beschließt mit einer Mehrheit von mehr als zwei Dritteln über den Erlass und die Änderung der Satzung sowie der Wahlordnung. Ferner beschließt sie über die Feststellung des Jahresabschlusses, die Entlastung des Vorstandes und die Bemessung der Leistungen. Die Vertreterversammlung tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Der Vorstand sowie ein Drittel der Mitglieder der Vertreterversammlung können jederzeit die Einberufung der Vertreterversammlung verlangen.

(5) Die Anzahl der Vorstandsmitglieder richtet sich nach der Anzahl der im Landtag vertretenen Fraktionen. Zu den weiteren Mitgliedern des Vorstandes gehören der Geschäftsführer, der nicht dem Versorgungswerk angehört, sowie ein ehemaliges Mitglied des Landtags. Die Mitglieder des Vorstandes dürfen der Vertreterversammlung nicht angehören. Wird ein Mitglied der Vertreterversammlung in den Vorstand gewählt, scheidet dieses aus der Vertreterversammlung aus. Der Geschäftsführer wird von der Vertreterversammlung bestellt. Die übrigen Vorstandsmitglieder werden einzeln in geheimer Wahl durch die Vertreterversammlung gewählt. Die Amtsdauer des Vorstandes entspricht der Amtsdauer der Vertreterversammlung. Der Vorstand führt die Geschäfte des Versorgungswerks. Aus seiner Mitte wählt er den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende und den stellvertretenden Vorsitzenden bzw. die stellvertretende Vorsitzende. Der oder die Vorsitzende leitet den Vorstand und vertritt das Versorgungswerk gerichtlich und außergerichtlich. Der Geschäftsführer bzw. die Geschäftsführerin leitet die Geschäftsstelle, führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte und vollzieht die Beschlüsse des Vorstandes.

(6) Das Versorgungswerk erbringt nach Maßgabe dieses Gesetzes und seiner Satzung auf Antrag folgende Leistungen:

1. Altersrente,
2. Hinterbliebenenrente,
3. Überbrückungsgeld,
4. Erstattung von Beiträgen als Versorgungsabfindung bzw. Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend den Bestimmungen im Abgeordnetengesetz des Deutschen Bundestages.
Anstelle der Erstattung der Beiträge wird die Mandatszeit auf Antrag als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts der Beamten, Richter und Soldaten berücksichtigt.
5. Kapitalabfindung für hinterbliebene Ehegatten, deren Rentenanspruch durch Wiederverheiratung erlischt.

(7) Jedes Mitglied des Landtags zahlt einen monatlichen Pflichtbeitrag zum Versorgungswerk in Höhe der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Absatz 1 Satz 2. Die Beiträge werden von den Abgeordnetenbezügen nach § 5 Absatz 1 einbehalten und an das Versorgungswerk abgeführt. Eine Befreiung von der Beitragspflicht erfolgt nur unter den Voraussetzungen des § 34. Die Höhe der Altersrente ist von der Dauer der Beitragszahlung sowie dem Lebensalter des Mitglieds zum jeweiligen Zeitpunkt der Zahlung abhängig. Eine Differenzierung der Rentenhöhen nach dem Geschlecht

erfolgt nicht. Die Rente wird erst nach dem Ausscheiden aus dem Landtag gewährt, wenn das Mitglied des Landtags mindestens 30 Monate Beiträge in der gemäß Satz 1 festgelegten Höhe in das Versorgungswerk gezahlt hat und davon mindestens 12 Monate Beiträge nach Satz 1 als Mitglied des Landtags erbracht wurden. Die Rente ruht bei einer erneuten Mitgliedschaft im Landtag bis zum Ausscheiden.

(8) Jedes Mitglied hat nach dem Ausscheiden aus dem Landtag Anspruch auf eine lebenslange Altersrente, sobald es das 65. Lebensjahr vollendet hat, sofern es zu diesem Zeitpunkt mindestens 30 Monate Beiträge in der gemäß Absatz 7 Satz 1 festgelegten Höhe in das Versorgungswerk gezahlt hat und davon mindestens 12 Monate Beiträge nach Absatz 7 Satz 1 als Mitglied des Landtags erbracht wurden. Ein Rentenbeginn mit Vollendung des 60. Lebensjahres ist möglich unter Inkaufnahme von Abschlägen. Für Mitgliedschaften, die nach dem 31. Dezember 2011 beginnen, tritt anstelle der Vollendung des 65. Lebensjahres das 67. Lebensjahr und anstelle der Vollendung des 60. Lebensjahres das 62. Lebensjahr.

(9) Hinterbliebenenrenten werden gewährt, wenn das Mitglied zum Zeitpunkt des Todes mindestens 30 Monate Beiträge in der gemäß Absatz 7 Satz 1 festgelegten Höhe in das Versorgungswerk gezahlt hat und davon mindestens 12 Monate Beiträge nach Absatz 7 Satz 1 als Mitglied des Landtags erbracht wurden. Die Witwen- bzw. Witwerrente beträgt 55 Prozent des Rentenanspruchs oder der Rentenanwartschaft, die das Mitglied im Zeitpunkt seines Todes erreicht hat. Die Witwen- bzw. Witwerrente vermindert sich für jedes volle Kalenderjahr, um das der Hinterbliebene mehr als 15 Jahre jünger als das Mitglied ist, um fünf, höchstens jedoch auf 27,5 Prozent. Die Waisenrente beträgt bei Halbwaisen 12 Prozent, bei Vollwaisen 20 Prozent des Rentenanspruchs oder der Rentenanwartschaft, die das Mitglied im Zeitpunkt seines Todes erreicht hat.

(10) Eine Anrechnung der Leistungen des Versorgungswerks auf das Ruhegehalt, auf Versorgungs- und Rentenbezüge der Angehörigen des öffentlichen Dienstes findet nicht statt. Bei dem Zusammentreffen von Versorgungsansprüchen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, ggf. zusammen mit Leistungen nach der Satzung der Hilfskasse beim Landtag, und Renten aus dem Versorgungswerk darf ein Betrag von 36,23 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach 5 Abs. 1 nicht überschritten werden. Versorgungsansprüche und Leistungen der Hilfskasse für die Wahrnehmung der Ämter nach 5 Abs. 2 bleiben unberücksichtigt. Die verbleibenden Versorgungsansprüche werden in Höhe des übersteigenden Betrages gekürzt. Rentenbeträge, die auf freiwilliger Höherversicherung beruhen, bleiben unberücksichtigt. Im Übrigen erfolgt keine Anrechnung anderer Leistungen auf die Renten des Versorgungswerks.

(11) Die gesetzlichen und satzungsmäßigen Ansprüche auf Leistungen und Beiträge verjähren in vier Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem der Anspruch fällig geworden ist. Für die Hemmung, die Unterbrechung und die Wirkungen der Verjährung gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend.

(12) Die Satzung kann vorsehen, dass andere Landesparlamente der Bundesrepublik Deutschland dem Versorgungswerk beitreten können. Der Beitritt bedarf der Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen.

(13) Über eine Auflösung des Versorgungswerks beschließt der Landtag.

11 (Fn 5)

Gesundheitsschäden und Tod

(1) Hat ein Mitglied des Landtags während seiner Zugehörigkeit zum Landtag oder, sofern es fünf Jahre Mitglied des Landtags war, innerhalb von drei Jahren nach dem Ausscheiden ohne sein grobes Verschulden Gesundheitsschäden erlitten, die seine Arbeitskraft dauernd so wesentlich beeinträchtigen, dass es weder sein Mandat, noch bei seinem Ausscheiden aus dem Landtag die bei seiner Wahl zum Landtag ausgeübte, noch eine andere zumutbare Beschäftigung oder Tätigkeit ausüben kann, so erhält es eine Altersentschädigung in Höhe von 20 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach 5 Abs. 1. Ist der Gesundheitsschaden durch einen Unfall eingetreten, der in Ausübung oder infolge des Mandats geschehen ist, so erhöht sich der Bemessungssatz auf 30 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach 5 Abs. 1.

(2) Verstirbt ein Mitglied des Landtags während seiner Zugehörigkeit zum Landtag, so erhalten dessen Hinterbliebene im Sinne des 10 Abs. 1, wie auch die Hinterbliebenen eines Mitgliedes des Landtags im Sinne des Absatzes 1 eine Hinterbliebenenversorgung in Höhe von 55 Prozent der Altersentschädigung nach Absatz 1. Die Witwen- bzw. Witwerrente vermindert sich für jedes volle Kalenderjahr, um das der Hinterbliebene mehr als 15 Jahre jünger als das Mitglied ist, um fünf Prozent, höchstens jedoch auf 27,5 Prozent. Halbwaisen erhalten 12 Prozent, Vollwaisen 20 Prozent der Altersentschädigung nach Absatz 1.

(3) Renten aus dem Versorgungswerk werden in der Höhe angerechnet, die auf Pflichtbeiträgen beruht, und verringern dementsprechend den Anspruch auf Altersentschädigung und Hinterbliebenenversorgung. Ansprüche auf Altersentschädigung nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, bzw. nach dem Europaabgeordnetengesetz und dem Abgeordnetengesetz des Bundes oder eines anderen Landes und Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst vermindern den Anspruch nach Absatz 1 und Absatz 2 um den Betrag, um den die Versorgungsbezüge zusammen mit den Ansprüchen nach Absatz 1 und 2 den Höchstbetrag von 38 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach 5 Abs. 1 übersteigen.

(4) Leistungen nach Absatz 1 werden nur auf Antrag gewährt. Für zurückliegende Zeiten werden Leistungen nach Absatz 1 höchstens für drei Monate vor Antragstellung gewährt.

(5) Die Feststellung von Gesundheitsschäden im Sinne von Absatz 1 erfolgt durch den Amtsarzt am Sitz des Landtags.

(6) Für die Versorgung nach Absatz 1 und 2 sind die für die Versorgung von Landesbeamten geltenden Vorschriften sinngemäß anzuwenden.

(7) Die Abgeordneten sind gegen Unfall zu versichern.

12

Überbrückungsgeld

(1) Stirbt ein Mitglied des Landtags, so wird auf Antrag ein einmaliges Überbrückungsgeld in Höhe der monatlichen Abgeordnetenbezüge nach 5 Abs. 1 abzüglich 1.050 Euro gezahlt. Bezugsberechtigt sind nacheinander der überlebende Ehegatte bzw. die überlebende Ehegattin, der überlebende eingetragene Lebenspartner bzw. die überlebende eingetragene Lebenspartnerin, die Kinder, die Eltern, die Geschwister, wenn sie mit dem bzw. der Verstorbenen zur Zeit seines bzw. ihres Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben.

(2) Die Hinterbliebenen eines Mitglieds des Landtags im Sinne von Absatz 1 Satz 2 erhalten die noch nicht abgerechneten Leistungen nach diesem Gesetz, soweit sie im Zeitpunkt des Todes fällig waren.

(3) Wird aufgrund gesetzlicher Vorschriften eine entsprechende Leistung von anderen Stellen gezahlt, so wird das Überbrückungsgeld nach diesem Gesetz insoweit gekürzt.

Vierter Teil

Beihilfe und Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen; Unterstützungen

13 (Fn 11)

Beihilfe und Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen

(1) Die Abgeordneten und Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen erhalten eine Beihilfe zu den notwendigen Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen in sinngemäßer Anwendung der Beihilfavorschriften für Landesbeamte und Landesbeamtinnen. Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen im Sinne dieser Vorschrift sind ehemalige Abgeordnete, die Altersentschädigung wegen Gesundheitsschäden nach diesem Gesetz oder eine Rente aus dem Versorgungswerk beziehen, sowie deren Hinterbliebene, die Hinterbliebenenversorgung wegen Gesundheitsschäden oder Tod oder eine Hinterbliebenenrente aus dem Versorgungswerk erhalten. Soweit in den Beihilfavorschriften für Landesbeamte und Landesbeamtinnen eine über die Eigenvorsorge hinausgehende vorgeschriebene Selbstbeteiligung an den Kosten (Kostendämpfungspauschale) vorgesehen ist, richtet sie sich für den Präsidenten oder die Präsidentin nach der höchsten, für die Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen nach der zweithöchsten und für die übrigen Mitglieder des Landtags nach der dritthöchsten der für Landesbeamten und Landesbeamtinnen geltenden Stufen. Die Kostendämpfungspauschale bei Bezug von Altersentschädigung wegen Gesundheitsschäden oder einer Rente aus dem Versorgungswerk beträgt jeweils 70 Prozent, bei Hinterbliebenenrenten 40 Prozent der nach Satz 3 maßgeblichen Beträge. Sofern eine der in Satz 2 genannten Leistungen bezogen wird, beträgt die Selbstbeteiligung höchstens 1 Prozent des nachgewiesenen jährlichen Bruttobetrag der Summe der Versorgungsleistungen aus der Mitgliedschaft in einem Landesparlament, dem Deutschen Bundestag oder dem Europäischen Parlament.

(2) Die Beihilfe wird auch zu Aufwendungen gewährt, die während des Bezuges des Übergangsgeldes oder des Aufstockungsbetrages entstehen.

(3) Besteht ein Anspruch auf Beihilfe auch gegenüber dem Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag oder gegenüber der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, so ruht der Anspruch nach diesem Gesetz, soweit nicht nach dem maßgebenden anderen Abgeordnetengesetz auf Beihilfeleistungen verzichtet wird.

(4) Anstelle der Beihilfe nach Absatz 1 erhalten die Abgeordneten, Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen jeweils einen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen. Die Abgeordneten erhalten darüber hinaus einen Zuschuss zu ihren Pflegeversicherungsbeiträgen. Der Zuschuss wird gezahlt in Höhe des Anteils vom Gesamtbeitrag des versicherten Mitglieds, der bei gesetzlich Versicherten nach dem Sozialgesetzbuch von anderer Seite zu zahlen wäre. Als Gesamtbeitrag wird für Abgeordnete maximal der Höchstbeitrag berücksichtigt, der bei Kranken- und Pflegeversicherungspflicht (5 SGB V, 20 SGB XI) für die gesetzliche Kranken- und soziale Pflegeversicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse als Kranken- und Pflegekasse am Sitz des Landtags aufzuwenden wäre. Bei den übrigen Zuschussempfängern und Zuschussempfängerinnen wird der Höchstbeitrag nach Satz 4 ohne den Pflegeversicherungsbeitrag berechnet. Der Zuschuss darf nicht höher sein als die übrigen Leistungen nach diesem Gesetz. Wird aufgrund gesetzlicher Vorschriften eine entsprechende Leistung von anderen Stellen gezahlt, so wird der Zuschuss nach diesem Gesetz insoweit gekürzt. Leistungen in diesem Sinne sind Zahlungen von Dritten, die insbesondere aufgrund der Vorschriften des Fünften, Sechsten oder Elften Buches des Sozialgesetzbuches sowie des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte gewährt werden.

(5) Änderungen in den persönlichen oder sonstigen Verhältnissen, die für die Beihilfeberechtigung oder die Gewährung des Zuschusses maßgeblich sind, sind von den Abgeordneten und Versorgungsempfängern und Versorgungsempfängerinnen gegenüber der Landtagsverwaltung unverzüglich schriftlich anzuzeigen und zu belegen.

(6) Die Entscheidung darüber, ob das Mitglied des Landtags an Stelle der Beihilfe nach Absatz 1 den Zuschuss nach Absatz 4 in Anspruch nehmen will, ist innerhalb von vier Monaten nach Annahme des Mandats dem Präsidenten bzw. der Präsidentin mitzuteilen; die Entscheidung ist für die Dauer der Wahlperiode unwiderruflich. Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen haben die Entscheidung innerhalb von vier Monaten nach Zustellung des Versorgungsbescheides dem Präsidenten bzw. der Präsidentin mitzuteilen; sie bleiben an diese Entscheidung gebunden.

(7) In besonderen Ausnahmefällen kann der Präsident bzw. die Präsidentin eine Ausnahme von der Regelung des Absatzes 6 zulassen.

14

Unterstützungen

Der Präsident bzw. die Präsidentin kann in besonderen wirtschaftlichen Notfällen einem Mitglied des Landtags einmalige Unterstützungen, einem ehemaligen Mitglied des Landtags und dessen Hinterbliebenen einmalige Unterstützungen und laufende Unterhaltszuschüsse gewähren.

Fünfter Teil

Allgemeine Vorschriften

15 (Fn 8)

Anpassung der Abgeordnetenbezüge

(1) Der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT. NRW) übermittelt dem Landtag jährlich bis zum 1. Mai die Feststellungen über die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung und die Veränderungen der Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise im vorausgegangenen Jahr.

(2) Aus den ermittelten Daten errechnet sich der Betrag zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge nach 5. Maßstab für die Anpassung sind die aus der Gegenüberstellung der Jahresverdienste der Verdiensterhebung des abgelaufenen Jahres gegenüber dem Jahresergebnis des vorangegangenen Jahres ermittelte Veränderungsrate, die Veränderungsrate der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen, die Veränderungsrate der Renten, des Arbeitslosengeldes II und der Sozialhilfe sowie des Verbraucherpreisindex.

Dabei wird folgende Gewichtung zugrunde gelegt:

1. Bruttojahresverdienste (ohne Sonderzahlungen) der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung und ohne private Haushalte) nach der vierteljährlichen Verdiensterhebung mit einem Anteil von 27 Prozent,
2. tarifliche Bruttoentgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes der Tarifgruppe 15 in der höchsten Stufe nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) mit einem Anteil von 3 Prozent,
3. Bruttomonatsbezüge einer verheirateten Beamtin oder eines verheirateten Beamten (ohne Kinder) der Besoldungsgruppe A 15 in der höchsten Stufe mit einem Anteil von 2 Prozent,
4. aktueller Rentenwert mit einem Anteil von 15 Prozent,
5. Eckregelsatz bzw. Regelleistung für Empfänger und Empfängerinnen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II mit einem Anteil von 3 Prozent,
6. Verbraucherpreisindex mit einem Anteil von 50 Prozent.

19 findet Anwendung. Die übermittelten Daten, die Berechnung und der Anpassungsbetrag werden als Landtagsdrucksache veröffentlicht und von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten dem Landtag zur Befassung zugeleitet.

(3) Der Landtag beschließt zu Beginn einer Wahlperiode für die Dauer der Wahlperiode die jährliche Anpassung der Abgeordnetenbezüge nach 5 entsprechend den in den Drucksachen errechneten Beträgen mit Wirkung jeweils zum 1. Juli desselben Jahres.

(4) Abweichend von den Absätzen 2 und 3 entfällt die jährliche Anpassung der Abgeordnetenbezüge zum 1. Juli 2013 und zum 1. Juli 2014.

16

Sicherung der Unabhängigkeit der Abgeordneten

(1) Ein Mitglied des Landtags darf für die Ausübung seines Mandats keine anderen als die in diesem Gesetz vorgesehenen Zuwendungen annehmen. Eine Vergütung aus einem Dienst- oder Werkverhältnis darf es nur annehmen, soweit diese sich nicht auf die Ausübung des Mandats bezieht. Die Annahme von Zuwendungen, die das Mitglied des Landtags, ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten, nur deshalb erhält, weil von ihm im Hinblick auf sein Mandat erwartet wird, dass es im Landtag die Interessen des Zahlenden vertreten und nach Möglichkeit durchsetzen wird, ist unzulässig. Besondere parlamentarische Aufgaben, die Abgeordnete für ihre Fraktion wahrnehmen, dürfen von dieser vergütet werden.

(2) Die Mitglieder des Landtags haben die Pflicht zur Anzeige

1. ihres Berufes und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten sowie anderer Tätigkeiten, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können;

2. von Art und Umfang der nach Nummer 1 anzeigepflichtigen selbstständigen oder unselbstständigen Tätigkeiten oder Gewerbe sowie von Art, Höhe und Herkunft der daraus erzielten Einkünfte, wenn ein festgelegter Mindestbetrag überstiegen wird.

(3) Die Mitglieder des Landtags haben die Pflicht zur Rechnungsführung und Anzeige von Spenden, wenn ein festgelegter Mindestbetrag überstiegen wird.

(4) Wirkt ein Mitglied des Landtags in einem Ausschuss an der Beratung oder Abstimmung über einen Gegenstand mit, an welchem es selbst oder ein anderer, für den es gegen Entgelt tätig ist, ein wirtschaftliches Interesse hat, so hat es diese Interessenverknüpfung zuvor im Ausschuss offen zu legen, soweit sie sich nicht aus den nach Absatz 6 veröffentlichten Angaben ergibt.

(5) Die Angaben nach Absatz 2 Nr. 1 sind innerhalb von drei Monaten nach Annahme des Mandats sowie nach jeder anzeigepflichtigen Änderung der Verhältnisse, die Angaben nach Absatz 2 Nr. 2 und Absatz 3 sind jährlich gegenüber der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Landtags zu machen.

(6) Die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags veröffentlicht die Angaben gemäß Absatz 2 Nr. 1 und Absatz 3.

(7) Der Landtag Nordrhein-Westfalen gibt sich Verhaltensregeln für seine Mitglieder. Die Verhaltensregeln müssen insbesondere ergänzende Bestimmungen enthalten über

1. die Pflicht der Mitglieder des Landtags gemäß Absatz 2 Nr. 1 zur Anzeige ihres Berufs und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten sowie anderer Tätigkeiten, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können, unterschieden nach Tätigkeiten vor und nach der Übernahme des Mandats einschließlich ihrer Änderungen während der Ausübung des Mandats;
2. die Pflicht gemäß Absatz 2 Nr. 2 zur Anzeige von Art und Umfang der selbstständigen oder unselbstständigen Tätigkeiten oder Gewerbe sowie Art, Höhe und Herkunft der anzeigepflichtigen Einkünfte, insbesondere über die Höhe des Mindestbetrags;
3. die Pflicht zur Rechnungsführung und Anzeige von Spenden gemäß Absatz 3, insbesondere über die Höhe des Mindestbetrags;
4. die Veröffentlichung der Angaben der Mitglieder des Landtags.

17

Verfahren bei Verstößen

(1) Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass

1. ein Mitglied des Landtags seine Pflichten nach 16 verletzt oder
2. gegen das Verbot gemäß 16 Abs. 1 verstoßen hat oder
3. ein Mitglied des Landtags sich weigert, an der Aufklärung mitzuwirken,

oder

4. die nach 16 Abs. 2 Nr. 2 angezeigten Tätigkeiten sowie die daraus erzielten Einkünfte oder die nach 16 Abs. 3 angezeigten Spenden die unabhängige Ausübung des Mandats gefährden,

leitet die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags nach Anhörung des betreffenden Mitglieds des Landtags eine Prüfung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht ein. Sie bzw. er kann von dem Mitglied des Landtags ergänzende Auskünfte zur Erläuterung und Aufklärung des Sachverhalts verlangen. Ferner kann sie bzw. er die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden der Fraktion, der das betreffende Mitglied angehört, um eine Stellungnahme bitten.

(2) Stellt die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags fest, dass eine Pflichtverletzung, ein Verstoß gegen Verbote oder eine Gefährdung der unabhängigen Ausübung des Mandats im Sinne des Absatzes 1 vorliegt, unterrichtet sie bzw. er die Fraktionsvorsitzenden in einer gemeinsamen vertraulichen Sitzung. Wird der Feststellung der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Landtags widersprochen, setzt sie bzw. er die Prüfung fort. Gegen die abschließende Feststellung der Präsidentin bzw. des Präsidenten ist ein Widerspruch nicht zulässig.

(3) Die Feststellung der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Landtags, dass eine Pflichtverletzung, ein Verstoß gegen Verbote oder eine Gefährdung der unabhängigen Ausübung des Mandats im Sinne des Absatzes 1 vorliegt, wird als Drucksache veröffentlicht. Die Feststellung, dass eine Pflichtverletzung, ein Verstoß gegen Verbote oder eine Gefährdung der unabhängigen Ausübung des Mandates nicht vorliegt, kann die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags im Einvernehmen mit dem betreffenden Mitglied des Landtags veröffentlichen. Sie wird veröffentlicht, falls das betreffende Mitglied des Landtags es verlangt.

(4) Wer eine nach 16 Abs. 1 verbotene Zuwendung empfängt, hat sie oder, falls dies nicht möglich ist, ihren Wert an das Land abzuführen. Die Präsidentin bzw. der Präsident des Landtags macht den Anspruch geltend.

18 (Fn 13)

Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsvorschriften

(1) Die in den 5, 6 Absatz 1 und 2 und 13 geregelten Ansprüche entstehen mit dem Tag der Feststellung der Wahl bzw. bei Listennachfolgern und Listennachfolgerinnen mit dem Tag der Annahme der Wahl, auch wenn die Wahlperiode des letzten Landtags noch nicht abgelaufen ist, mit der Maßgabe, dass bis zum Beginn der neuen Wahlperiode die anteiligen Abgeordnetenbezüge nach 5 um den anteiligen Pflichtbeitrag zum Versorgungswerk gekürzt werden. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens des Präsidenten bzw. der Präsidentin, eines Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin endet die Zahlung der zusätzlichen Leistungen nach 5 Absatz 2 mit dem Ablauf des Tages des Ausscheidens aus diesem Amt. Ein ausscheidendes Mitglied des Landtags erhält die Leistungen nach den 5 und 13 bis zum Ende des Monats, in dem

seine Mitgliedschaft endet. Mitglieder des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses gemäß Artikel 40 der Landesverfassung erhalten die in Satz 1 genannten Leistungen bis zum Ende des Monats, in dem ein neu gewählter Landtag zusammentritt. Die Leistungen werden für einen Monat nur einmal gewährt.

(2) Übergangsgeld, Aufstockungsbetrag und Renten aus dem Versorgungswerk bzw. Leistungen an Hinterbliebene werden nicht gezahlt, wenn die Mitgliedschaft im Landtag auf Grund des § 5 Nr. 2 des Landeswahlgesetzes verloren geht. Stattdessen werden die an das Versorgungswerk geleisteten Beiträge erstattet. Die Verzinsung erfolgt in Höhe des garantierten Rechnungszinses, der im maßgeblichen technischen Geschäftsplan ausgewiesen ist.

(3) Die Abgeordnetenbezüge nach § 5 sowie die Leistungen nach den §§ 10, 11, 12 und 13 Abs. 4 einschließlich der Pflichtbeiträge zum Versorgungswerk werden monatlich im Voraus gezahlt. Ist nur ein Teil zu leisten, so wird für jeden Kalendertag ein Dreißigstel gezahlt.

(4) Im Falle der Auflösung des Landtags stehen den Abgeordneten die in den §§ 5, 6 und 13 geregelten Ansprüche bis zum Ende des Monats zu, in dem die Neuwahl stattfindet. Für die Abgeordneten des neu gewählten Landtags entstehen diese Ansprüche mit dem Ersten des auf die Neuwahl folgenden Monats, sofern sie nicht nach Absatz 1 zu einem früheren Zeitpunkt entstanden sind. Für die Zeit, in der keine Beitragspflicht zum Versorgungswerk besteht, werden die Abgeordnetenbezüge in entsprechender Höhe gekürzt.

19 (Fn 15)

Rundung

Die Leistungen nach diesem Gesetz werden auf volle Euro aufgerundet. Die zusätzlichen Bezüge nach § 5 Absatz 1 Satz 2 werden abgerundet.

20

Verzicht, Übertragbarkeit

(1) Ein Verzicht auf die Abgeordnetenbezüge nach § 5 ist unzulässig. Der Anspruch ist nur bis zu einem Viertel übertragbar.

(2) Ansprüche auf Leistungen aus dem Versorgungswerk können weder abgetreten noch verpfändet werden. Im Übrigen können Ansprüche auf laufende Leistungen aus dem Versorgungswerk wie Arbeitseinkommen gepfändet werden.

Sechster Teil

Angehörige des öffentlichen Dienstes im Landtag

21

Verwendung im öffentlichen Dienst

Verwendung im öffentlichen Dienst ist jede Beschäftigung im Dienst von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des deutschen öffentlichen Rechts oder ihrer Verbände; ausgenommen ist die Beschäftigung bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften oder ihren Verbänden. Der Verwendung im öffentlichen Dienst steht gleich die Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, an der eine Körperschaft oder ein Verband im Sinne des Satzes 1 durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist.

22 (Fn 11)

Unvereinbarkeit von Amt und Mandat

(1) Beamte bzw. Beamtinnen im Sinne des § 1 des Landesbeamtengesetzes, die Dienstbezüge erhalten, können nicht Mitglieder des Landtags sein.

(2) Für die Niederlegung des Mandats besteht eine Übergangsfrist von drei Wochen.

23 (Fn 13)

Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis

(1) Ein in den Landtag gewählter Beamter bzw. eine Beamtin im Sinne des § 1 des Landesbeamtengesetzes, der bzw. die Dienstbezüge erhält, scheidet mit dem Beginn der Mitgliedschaft im Landtag aus seinem bzw. ihrem Amt aus. Die Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken ruhen von diesem Zeitpunkt an für die Dauer der Mitgliedschaft im Landtag,

längstens jedoch bis zum Eintritt in den Ruhestand. Der Beamte bzw. die Beamtin hat das Recht, seine bzw. ihre Amtsbezeichnung mit dem Zusatz "außer Dienst" ("a. D.") zu führen. Bei unfallverletzten Beamten und Beamtinnen bleiben die Ansprüche auf das Heilverfahren und einen Unfallausgleich unberührt.

(2) In den Landtag gewählten Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ist auf ihren Antrag Urlaub ohne Anwärterbezüge zu gewähren. Wird der Beamte bzw. die Beamtin nach Bestehen der Laufbahnprüfung zum Beamten auf Probe bzw. zur Beamtin auf Probe ernannt, so ruhen die Rechte und Pflichten aus diesem Beamtenverhältnis mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken von dem Tage an, mit dem die Ernennung wirksam wird.

24

Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

(1) Hat das Beamtenverhältnis während der Mitgliedschaft im Landtag nicht geendet, so ruhen nach der Beendigung der Mitgliedschaft die in dem Beamtenverhältnis begründeten Rechte und Pflichten vorläufig weiter. Beamte und Beamtinnen sind auf ihren Antrag, der innerhalb von drei Monaten nach der Beendigung der Mitgliedschaft zu stellen ist, spätestens drei Monate nach der Antragstellung wieder in das frühere Beamtenverhältnis zurückzuführen. Das zu übertragende Amt muss derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehören wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein. Vom Tage der Antragstellung an werden die Dienstbezüge des zuletzt bekleideten Amtes gezahlt bis zur Rückführung in das Beamtenverhältnis, längstens bis zum Ende des Monats, in dem die Altersgrenze erreicht wird.

(2) Stellt ein Beamter bzw. eine Beamtin innerhalb von drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag einen Antrag nach Absatz 1 nicht, so ruhen die in dem Beamtenverhältnis begründeten Rechte und Pflichten (23 Abs. 1) weiter bis zum Eintritt in den Ruhestand. Die oberste Dienstbehörde kann den Beamten bzw. die Beamtin jedoch, wenn er bzw. sie weder dem Landtag mindestens zwei Wahlperioden angehört noch bei Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag das 55. Lebensjahr vollendet hat, unter Übertragung eines Amtes im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 wieder in das frühere Beamtenverhältnis zurückführen; folgt der Beamte bzw. die Beamtin der Aufforderung zur Rückkehr nicht, so ist er bzw. sie mit Ablauf der ihm gesetzten Frist entlassen. Satz 2 gilt nicht, wenn der Beamte bzw. die Beamtin während der Dauer der Mitgliedschaft im Landtag Mitglied der Landesregierung gewesen ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen auf Zeit nur insoweit, als das von ihnen zuletzt bekleidete oder ein gleichwertiges Amt im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 bei ihrem Dienstherrn besetzbar ist. Ist dies nicht der Fall, so gilt mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag die Amtszeit, höchstens aber der Teil der Amtszeit, der bis zum Erreichen der Altersgrenze hätte zurückgelegt werden können, als abgeleistet.

25

Dienstzeiten im öffentlichen Dienst

(1) Das Besoldungsdienstalter von Beamten und Beamtinnen wird nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag um die Hälfte der Dauer der Mitgliedschaft hinausgeschoben. Das Besoldungsdienstalter wird ferner stets um die Hälfte der Zeit hinausgeschoben, in der die Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis nach 23 Abs. 1 ruhen.

(2) Werden Beamte und Beamtinnen nicht nach 24 in das frühere Beamtenverhältnis zurückgeführt, so wird das Besoldungsdienstalter um die Zeit nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag bis zum Eintritt in den Ruhestand hinausgeschoben.

(3) Die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag gilt nicht als Dienstzeit im Sinne des Versorgungsrechts. Die Zeit nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ist nur zu berücksichtigen, wenn Beamte und Beamtinnen nach 24 in das frühere Beamtenverhältnis zurückgeführt werden.

(4) Nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf laufbahnrechtliche Dienstzeiten, jedoch nicht auf die Probezeit und im Falle des 23 Abs. 2 Satz 1 nicht auf die Zeit des Vorbereitungsdienstes, anzurechnen.

26 (Fn 13)

Richter, Beschäftigte, Auszubildende

(1) Die 22 bis 25 gelten entsprechend für Richter und Richterinnen des Landes. Für Beschäftigte und die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehenden Bediensteten des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände

und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gelten die 22 bis 25 sinngemäß.

(2) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ist bei Beschäftigten die Zeit der Mitgliedschaft auf Dienst- und Beschäftigungszeiten anzurechnen; im Rahmen einer bestehenden zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung gilt dies nur im Hinblick auf Vorschriften, die die Anwartschaft oder den Anspruch dem Grunde nach regeln. Die Anrechnung im Rahmen einer bestehenden betrieblichen oder überbetrieblichen Altersversorgung richtet sich nach 4 Abs. 2.

Siebter Teil

Fraktionen und fraktionslose Abgeordnete

27

Fraktionen; Leistungen an fraktionslose Abgeordnete

(1) Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Landtags. Einzelheiten über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen werden in einem Fraktionsgesetz geregelt.

(2) Vereinigungen von Abgeordneten, die nicht die in Absatz 1 genannte Fraktionsmindeststärke erreichen, aber im Übrigen die Fraktionsmerkmale erfüllen (Zusammenschlüsse von fraktionslosen Abgeordneten), erhalten Leistungen in entsprechender Anwendung der 3 und 4 Fraktionsgesetz. Der Grundbetrag wird durch die Sachleistungen abgegolten.

(3) Fraktionslose Abgeordnete erhalten Leistungen in Höhe von 25 Prozent des Betrages je Fraktionsmitglied in entsprechender Anwendung des 4 Abs. 1 Satz 2 Fraktionsgesetz.

(4) Die Bestimmungen des Fraktionsgesetzes zur Zweckbindung, Verwendung, Rechnungslegung und Überprüfung der nach Absatz 2 und 3 zur Verfügung gestellten Mittel sowie zur Veröffentlichung der Rechnung gelten sinngemäß.

Achter Teil

Änderung von Rechtsvorschriften, Übergangsregelungen, In-Kraft-Treten

28

Übergangsregelung für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes

(1) Auf Grund des 2 des Landesrechtsstellungsgesetzes vom 25. April 1972 (GV. NRW. S.100), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 1977 (GV. NRW. S. 456), in den Ruhestand getretene Beamte und Beamtinnen, die in einen nach der Verkündung dieses Gesetzes zu wählenden Landtag gewählt werden, gelten mit dem Beginn ihrer Mitgliedschaft im Landtag als unter gleichzeitigem Ruhen der Rechte und Pflichten (23 Abs. 1) wieder in das Beamtenverhältnis berufen, sofern sie die allgemeinen Voraussetzungen für diese Berufung noch erfüllen; das gilt für Beamte und Beamtinnen auf Zeit nur insoweit, als in diesem Zeitpunkt ihre Amtszeit noch nicht abgelaufen ist. Ansprüche, die bis zum Ende der laufenden Wahlperiode des Landtags hinsichtlich der Anrechnung von Mandatszeiten als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs-, des Versorgungs- und des Laufbahnrechts entstanden sind, bleiben erhalten.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Richter und Richterinnen. Er gilt sinngemäß für Angestellte, deren Arbeitsverhältnis auf Grund des 7 des Landesrechtsstellungsgesetzes geruht hat.

29

Landesrechtsstellungsgesetz

(1) Die Vorschriften des Landesrechtsstellungsgesetzes gelten fort für Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen, die nach seinem 2 in den Ruhestand getreten sind, und für Angestellte, deren Arbeitsverhältnis nach seinem 7 ruhte, sofern sie spätestens mit dem Ende der achten Wahlperiode aus dem Landtag ausgeschieden sind und für Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen auf Zeit, die nach seinem 6 in den Ruhestand getreten sind, sofern sie spätestens mit dem Ende der achten Wahlperiode aus dem Bundestag ausgeschieden sind.

30

Anrechnung von Zeiten für das Übergangsgeld

Zeiten der Mitgliedschaft im Landtag, die vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes liegen, werden bei der Berechnung des Zeitraumes, für den Übergangsgeld zu zahlen ist, berücksichtigt, soweit nicht die frühere Zeit durch die Gewährung eines Übergangsgeldes bereits abgegolten wurde.

31 (

Weitergeltung alten Rechts

(1) Zeiten der Mitgliedschaft im Landtag bis zum Beginn der 14. Wahlperiode werden nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, abgegolten.

(2) An die Stelle der steuerpflichtigen Entschädigung nach 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, tritt ein Bemessungssatz von 48,24 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach 5 Abs. 1 dieses Gesetzes. Für die Zusatzentschädigung nach Absatz 2 für Präsidenten und Präsidentinnen beträgt der Bemessungssatz 48,24 Prozent, für Vizepräsidenten und -präsidentinnen 24,12 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach 5 Abs. 1 dieses Gesetzes.

(3) Soweit Anspruch auf Leistungen nach 20 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, besteht, richtet sich die Höhe nach 13 dieses Gesetzes.

31a (Fn 12)

Versorgungsausgleich

(1) Anrechte auf Altersentschädigung nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, oder Renten aufgrund der Satzung der Hilfskasse beim Landtag Nordrhein-Westfalen werden intern geteilt.

(2) Die Bewertung der Altersentschädigung bzw. Hilfskassenrente erfolgt nach 39 Versorgungsausgleichsgesetz (unmittelbare Bewertung).

(3) Soweit die Ehe während der Mandatszeit nur zeitweise bestanden hat oder im Zeitpunkt des Eintritts der Rechtshängigkeit des Scheidungsantrages eine Mindestmitgliedschaftsdauer noch nicht erreicht ist, wird die in die Mandatszeit fallende Ehezeit mit dem auf diesen Zeitraum entfallenden Prozentsatz bewertet. Die Ehezeit innerhalb der Mindestmitgliedschaftszeit wird dabei mit dem entsprechenden Anteil der Mindestversorgung berücksichtigt.

(4) Bei einem nach 10 Absatz 1 Versorgungsausgleichsgesetz übertragenen Anrecht werden Zahlungen ab dem Zeitpunkt geleistet, ab dem die ausgleichsberechtigte Person einen Leistungsanspruch aus dem gesetzlichen Alterssicherungssystem hat, dem er oder sie angehört oder einen Leistungsanspruch in der gesetzlichen Rentenversicherung hätte, wenn er oder sie einem solchen System nicht angehört.

(5) Mit dem Tod der ausgleichsberechtigten Person geht der Anspruch auf deren Hinterbliebene über. Absatz 4 gilt entsprechend.

(6) Der Ausgleichswert wird als Prozentsatz des nach 31 Absatz 2 ermittelten Bemessungsbetrages festgesetzt.

32

Hilfskasse beim Landtag Nordrhein-Westfalen

Zur Vorsorge für Alter und Invalidität und zur Unterstützung des überlebenden Ehegatten und der Waisen ist für die Abgeordneten, die vor In-Kraft-Treten des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, dem Landtag Nordrhein-Westfalen ab 1. September 1965 angehört und zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, eine Hilfskasse in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts eingerichtet. Die dazu ergangenen Regelungen im Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, bleiben unberührt. Im Übrigen gilt 31 Abs. 2.

33

Besitzstandswahrung beim Übergangsgeld

(1) Übergangsgeld nach diesem Gesetz wird erstmalig gezahlt, wenn das Ausscheiden aus dem Landtag nach Beginn der 14. Wahlperiode erfolgt.

(2) Abweichend von § 9 erhalten die Mitglieder des Landtags, die sowohl am Ende der 13. als auch zu Beginn der 14. Wahlperiode dem Landtag angehören, bei ihrem Ausscheiden aus dem Landtag nacheinander Übergangsgeld nach § 11 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, für Mandatszeiten bis zum Ende der 13. Wahlperiode und den Aufstockungsbetrag nach § 9 Abs. 3 bis 6 dieses Gesetzes für Mandatszeiten ab Beginn der 14. Wahlperiode. Insgesamt wird Übergangsgeld höchstens für zwei Jahre gewährt.

34 (Fn 2)

Besitzstandswahrung bei der Altersentschädigung, Optionsrecht

(1) Abweichend von § 10 erhalten die Mitglieder des Landtags, die bis zum Ende der 14. Wahlperiode eine Mitgliedschaft von mehr als siebeneinhalb Jahren erreichen können, auf Antrag für die Mandatszeit bis zum Ende der 14. Wahlperiode Leistungen nach § 12 bis 14, 22 Abs. 3 bis 8 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979 (GV. NRW. S. 238), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30).

(2) Der Antrag nach Absatz 1 ist innerhalb von 6 Monaten nach Beginn der Mitgliedschaft im Landtag, jedoch nicht vor Beginn der 14. Wahlperiode, beim Präsidenten bzw. der Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen schriftlich zu stellen und wirkt zurück auf den Beginn der Mitgliedschaft im Landtag ab der 14. Wahlperiode.

(3) Bei einer Entscheidung nach Absatz 1 werden die Abgeordnetenbezüge in Höhe des Pflichtbeitrages zum Versorgungswerk gekürzt.

(4) Wird eine Entscheidung nach Absatz 1 getroffen, erhalten diejenigen Abgeordneten, die vor Erreichen einer Mitgliedschaftsdauer von mehr als siebeneinhalb Jahren aus dem Landtag ausscheiden oder ihre Mitgliedschaft im Landtag auf Grund § 5 Nr. 2 Landeswahlgesetz verlieren, abweichend von § 18 Abs. 2 für die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag eine Versorgungsabfindung gemäß § 16 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004.

35 (Fn 3)

Übergangsbestimmung für das Versorgungswerk

(1) Abweichend von § 10 Abs. 4 wird die Satzung zur Gründung des Versorgungswerks vom Landtag der 14. Wahlperiode in seiner ersten Sitzung beschlossen.

(2) Die Amtszeit der ersten Vertreterversammlung endet abweichend von § 10 Absatz 4 mit der Wahl der zweiten Vertreterversammlung, die zur Mitte der 15. Wahlperiode für die Dauer der restlichen Wahlperiode gewählt wird. Im Fall der Auflösung des Landtags endet die Amtszeit der ersten Vertreterversammlung mit der Wahl der zweiten Vertreterversammlung zu Beginn der 16. Wahlperiode.

(3) Bis zur Gründung der Einrichtungen des Versorgungswerks wird das Vermögen von dem Präsidenten bzw. der Präsidentin des Landtags treuhänderisch verwaltet.

36

In-Kraft-Treten

(1) Das Gesetz tritt mit Beginn der 14. Wahlperiode in Kraft. Leistungen nach den § 5 und 6 werden erstmalig mit Beginn der 14. Wahlperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen gezahlt.

(2) Die in den Landtag der 14. Wahlperiode gewählten Bewerber und Bewerberinnen, die nicht dem Landtag der 13. Wahlperiode angehört haben, erhalten ab dem Tag der Annahme der Wahl Entschädigungen nach den § 5, 6 Abs. 1 bis 3 und 5, 20 und 21 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004.

(3) Unbeschadet § 18 Abs. 1 Satz 3 und 4 erhalten die Mitglieder des 14. Landtags, die dem Landtag bereits in der 13. Wahlperiode angehört haben, ab Beginn der 14. Wahlperiode Leistungen nach diesem Gesetz. Soweit für den Monat, in dem der Beginn der Wahlperiode fällt, bereits Leistungen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des

Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. April 1979, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2004, gezahlt worden sind, erfolgt eine Verrechnung.

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Für den
Innenminister
der Finanzminister

Zusatz

(Artikel II Nummer 3 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 15. Dezember 2005
(GV. NRW. S. 951))

3. Übergangsvorschrift zum Ersten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Für die Abgeordneten, die bei Verkündung dieses Gesetzes bereits Mitglieder des Landtags sind und durch dieses Gesetz das Optionsrecht nach 34 erwerben, gilt abweichend von 34 Abs. 2 eine Frist zur Ausübung des Wahlrechts von 3 Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes.

Zusatz

(Artikel II Nummer 1 des Fünften Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 9. Dezember 2008
(GV. NRW. S. 770))

Übergangsregelung für die 14. Wahlperiode (Fn 9)

Für die Dauer der 14. Wahlperiode werden die Abgeordnetenbezüge nach dem Verfahren gem. 15 angepasst. Abweichend von 15 wird der Anpassungszeitpunkt auf den 1. Januar 2010 festgesetzt.

Zusatz

(Artikel II Nummer 1 des Achten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 14.02.2012 (GV. NRW. S. 96))

Übergangsregelung für die Dauer der 15. Wahlperiode

5 Absatz 2 gilt mit der Maßgabe, dass sich die zusätzlichen monatlichen Bezüge für den Präsidenten bzw. die Präsidentin und ihre Stellvertreter und Stellvertreterinnen für die Dauer der 15. Wahlperiode nach den monatlichen Abgeordnetenbezügen bemessen, wie sie sich ohne eine Erhöhung des Pflichtbeitrages um 500 Euro dargestellt hätten.

Art. 1 Rechtsstellung, Erwerb

und Verlust der Mitgliedschaft

1Die Abgeordneten sind Vertreter des Volkes, nicht nur einer Partei. 2Sie sind nur ihrem Gewissen verantwortlich und an Aufträge nicht gebunden.

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag regeln sich nach den Vorschriften des Landeswahlgesetzes.

Zweiter Teil

Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag und Beruf

Art. 2

Schutz der freien Mandatsausübung

Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat im Bayerischen Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes zu bewerben, es zu übernehmen oder auszuüben.

Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat sowie der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig.

1Eine Kündigung oder Entlassung wegen der Annahme oder Ausübung eines Mandats ist unzulässig. 2Eine Kündigung ist im übrigen nur aus wichtigem Grund zulässig. 3Der Kündigungsschutz beginnt mit der Aufstellung des Bewerbers durch das dafür zuständige Organ der Partei oder mit der Einreichung des Wahlvorschlags. 4Er gilt ein Jahr nach Beendigung des Mandats fort.

Art. 3 Wahlvorbereitungsurlaub

1Einem Bewerber um einen Sitz im Bayerischen Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes ist zur Vorbereitung seiner Wahl innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag Urlaub bis zu zwei Monaten zu gewährt. 2Ein Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts oder des Lohnes besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht.

Art. 4

Berufs- und Betriebszeiten

Die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag und in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes ist nach Beendigung des Mandats auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit anzurechnen.

Im Rahmen einer bestehenden betrieblichen oder überbetrieblichen Altersversorgung wird die Anrechnung nach Absatz 1 nur im Hinblick auf die Erfüllung der Unverfallbarkeitsfristen des § 1b des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vorgenommen.

Art. 4a Verhaltensregeln

Der Bayerische Landtag gibt sich Verhaltensregeln.

Bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln kann das Präsidium ein Ordnungsgeld bis zur Höhe der Hälfte der jährlichen Abgeordnetenentschädigung festsetzen. Der Präsident macht das Ordnungsgeld durch Verwaltungsakt geltend.

Die Verhaltensregeln müssen Bestimmungen enthalten über

die Verpflichtung zur Anzeige und Veröffentlichung von Berufen und Tätigkeiten neben dem Mandat sowie Art und Höhe der daraus oberhalb festgelegter Mindestbeträge erzielten Einkünfte;

die Verpflichtung zur Anzeige und Veröffentlichung von Zuwendungen im Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit;

die Offenlegung von Interessensverknüpfungen;

die Unzulässigkeit eines Rechtsverhältnisses, auf Grund dessen das Mitglied des Bayerischen Landtags Bezüge, ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten, nur deshalb erhält, weil von ihm im Hinblick auf sein Mandat erwartet wird, dass es im Bayerischen Landtag die Interessen des Zahlenden vertreten wird;

das Verfahren und die Sanktionen bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln.

Dritter Teil

Entschädigung der Mitglieder des Bayerischen Landtags und

Versorgung

Abschnitt

Leistungen an Mitglieder des Bayerischen Landtags

Art. 5 Entschädigung

Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält als steuerpflichtiges Einkommen eine Entschädigung, die zwölfmal im Jahr gezahlt wird. Sie beträgt je Monat 7.244 Euro.

Die Entschädigung beträgt für den Präsidenten das Zweifache, für stellvertretende Präsidenten das Eineinhalbfache der Entschädigung nach Absatz 1.

1Die Entschädigungen nach den Absätzen 1 und 2 werden zum 1. Juli 2014, 1. Juli 2015, 1. Juli 2016, 1. Juli 2017 und zum 1. Juli 2018 an die Einkommensentwicklung angepasst, die jeweils vom Juli des abgelaufenen Jahres gegenüber dem Juli des vorangegangenen Jahres eingetreten ist. 2Maßstab für die Anpassung ist die Veränderung einer gewogenen Maßzahl der Einkommensentwicklung in Bayern, die sich zusammensetzt aus

dem Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich mit einem Anteil von 87,2 v.H.,

dem Monatsentgelt eines Beschäftigten der Entgeltgruppe 11 nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) für das Tarifgebiet West im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände in der höchsten Stufe mit einem Anteil von 6,2 v.H.,

den Bruttomonatsbezügen eines verheirateten Beamten (ohne Kinder) des Freistaates Bayern der Besoldungsgruppe A 12 in der höchsten Stufe mit einem Anteil von 6,6 v.H.

1Die prozentuale Veränderung der nach Satz 2 ermittelten Maßzahl der Einkommensentwicklung teilt das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bis 1. März eines Jahres dem Präsidenten mit. 2Dieser veröffentlicht den neuen Betrag der Entschädigung im Gesetz- und Verordnungsblatt.

Der Auszahlungsbetrag der Entschädigungen nach den Absätzen 1 und 2 vermindert sich in Ansehung der zu den Kosten in Pflegefällen nach Art. 20 zu gewährenden Leistungen vom

1. Januar 1995 an um ein Dreihundertfünfundsechzigstel.

1Der Bayerische Landtag beschließt innerhalb des ersten Halbjahres nach der konstituierenden Sitzung über die Anpassung der Entschädigungen nach den Absätzen 1 und 2 mit Wirkung für die gesamte Wahlperiode. 2Der Präsident leitet den Fraktionen einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu.

Art. 6 Mandatsausstattung, Kostenpauschale

Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält zur Abgeltung der durch das Mandat veranlassten Aufwendungen eine Mandatsausstattung, die Geld- und Sachleistungen umfasst.

1Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält eine monatliche Kostenpauschale für

allgemeine Unkosten, insbesondere für die Betreuung des Stimm- und Wahlkreises, Bürokosten, Porto und Telefon sowie sonstige Auslagen, die sich aus der Stellung des Mitglieds des Bayerischen Landtags ergeben,

Mehraufwendungen für Verpflegung und Übernachtung am Sitz des Bayerischen Landtags und bei mandatsbedingten Reisen,

Kosten für mandatsbedingte Fahrten

in Höhe von 3.282 Euro. 2Ein Mitglied des Bayerischen Landtags, dem ein landeseigener Dienstwagen zur ausschließlichen Verfügung steht oder das Amtsbezüge bezieht, erhält eine um 25 v.H. verminderte Kostenpauschale. 3Die Kostenpauschale wird jeweils zum

1. Juli eines Jahres an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Bayern angepasst, die vom Juli des abgelaufenen Jahres gegenüber dem Juli des vorangegangenen Jahres eingetreten ist. 4Den Preisentwicklungssatz teilt das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bis 1. März eines Jahres dem Präsidenten mit. 5Dieser veröffentlicht den neuen Betrag der Pauschale im Gesetz- und Verordnungsblatt.

Zur Mandatsausstattung gehören auch die Benutzung der Fernsprechanlagen im Parlamentsgebäude und die Inanspruchnahme sonstiger Sachleistungen des Bayerischen Landtags in Ausübung des Mandats sowie die Benutzung der städtischen Verkehrsmittel Münchens.

1In jeder Wahlperiode kann ein Mitglied des Bayerischen Landtags auf Antrag für mandatsbedingte Informations- und Kommunikationseinrichtungen einschließlich der entsprechenden Schulungen gegen Nachweis bis zu 12.500 € erstattet erhalten, wobei ein Eigenanteil von 15 v.H. zu leisten ist. 2Erstattet werden Aufwendungen, die seit Beginn der Wahlperiode entstanden sind. 3Maßgebend ist das Rechnungsdatum, das unbeschadet Satz 2 bei Antragstellung nicht länger als ein Jahr zurück-

liegen darf. 4Die Einrichtungen sind Eigentum des Mitglieds des Landtags. 5Bei einer Veräußerung von Erstattungsgegenständen innerhalb von drei Jahren ab Rechnungsstellung ist der Zeitwert bzw. der höhere Verkaufserlös vom Mitglied des Bayerischen Landtags zu erstatten. 6Das Gleiche gilt bei einem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag, wobei für die Berechnung des Zeitwerts das Ende des fünften Monats nach Ausscheiden maßgebend ist. 7Bei der Berechnung des Zeitwerts wird von einer Wertminderung von jährlich 25 v.H. der Anschaffungskosten abzüglich des Eigenanteils ab dem Tag der Rechnungsstellung ausgegangen.

Die Mitglieder des Bayerischen Landtags haben das Recht zur freien Fahrt auf allen staatlichen Verkehrseinrichtungen in Bayern und dem Streckennetz der Deutschen Bahn AG in Bayern.

Ab dem Tag ihrer Wahl erhalten eine monatliche im Voraus zu gewährende Aufwandsentschädigung

der Präsident von 1.079 Euro,

die Vizepräsidenten von 541 Euro,

die Ausschussvorsitzenden von 510 Euro,

die stellvertretenden Ausschussvorsitzenden von 383 Euro. Satz 1 Buchstabe c und d gelten auch für die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen, des Parlamentarischen Kontrollgremiums und der Datenschutzkommission.

Art. 7

Kürzung der Kostenpauschale

1Der Präsident bestimmt im Benehmen mit dem Ältestenrat, welche Tage als Sitzungstage gelten. 2Während jeder Sitzung wird eine Anwesenheitsliste ausgelegt. 3Trägt sich ein Mitglied des Bayerischen Landtags nicht in die Anwesenheitsliste ein, werden ihm 100 Euro bei einer Vollversammlung, 50 Euro bei einer

Ausschusssitzung von der Kostenpauschale einbehalten. 4Bleibt ein Mitglied des Landtags einer Sitzung, die sich über den ganzen Tag erstreckt, vormittags oder nachmittags fern, ermäßigt sich der Abzugsbetrag auf die Hälfte. 5Die Eintragung in die Anwesenheitsliste wird vom Zeitpunkt der Auslegung an ersetzt durch Amtieren als Präsident, durch protokollierte Wortmeldung in einer Sitzung des Bayerischen Landtags, durch Teilnahme an einer namentlichen Abstimmung oder einer geheimen Wahl, durch Eintragung in die Anwesenheitsliste eines Ausschusses oder des Ältestenrats oder durch eine Dienstreisegenehmigung für den Sitzungstag.

1Einem Mitglied des Bayerischen Landtags, das an einer namentlichen Abstimmung oder einer geheimen Wahl nicht teilnimmt oder das bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit durch Namensaufruf nicht anwesend ist, werden 25 Euro von der monatlichen Kostenpauschale abgezogen. 2Der Betrag kommt für einen Tag höchstens viermal zum Abzug und nur insoweit, als der Abzug 100 Euro bei einer Vollversammlung nicht übersteigt.

Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn das Mitglied im Auftrag des Bayerischen Landtags an einer sonstigen Veranstaltung teilnimmt.

Ab dem 15. Tag einer ärztlich attestierten Erkrankung finden die Abs. 1 und 2 insoweit Anwendung, als nur eine hälftige Kürzung erfolgt.

Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für die Vollsitzungen der Fraktionen.

Art. 8

Arbeits-, Dienst- und Werkverträge

zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit

1Auf Antrag werden einem Mitglied des Bayerischen Landtags zur Unterstützung seiner parlamentarischen Arbeit Kosten für Arbeits-, Dienst- und Werkverträge in dem im Haushaltsgesetz vorgesehenen Umfang gegen Nachweis erstattet. 2Der Anspruch besteht ab Erwerb der Rechtsstellung als Mitglied des Bayerischen

Landtags. 3Beim Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag werden Kosten bis zum Ende des fünften Monats nach dem Ausscheiden erstattet. 4Die Abrechnung der Gehälter und anderen Aufwendungen für Mitarbeiter sowie entsprechender Dienst- und Werkverträge erfolgt durch das Landtagsamt. 5Eine Haftung des Freistaates Bayern gegenüber Dritten ist ausgeschlossen. 6Die Mitarbeiter sind nicht Angehörige des öffentlichen Dienstes. 7Es bestehen keine arbeitsrechtlichen Beziehungen zwischen den Mitarbeitern und dem Landtagsamt oder dem Freistaat Bayern. 8Einzelheiten hierzu werden durch Richtlinie des Landtagspräsidiums im Einvernehmen mit dem Ältestenrat geregelt.

1Nicht erstattungsfähig sind Kosten für Verträge mit Personen, die mit dem Mitglied des Bayerischen Landtags verheiratet oder bis zum vierten Grad verwandt oder verschwägert sind oder waren; dies gilt auch für Verträge mit Personen, die mit einem anderen Mitglied des Bayerischen Landtags verheiratet oder bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert sind oder waren. 2Lebenspartner im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder Personen, die mit einem Mitglied des Bayerischen Landtags in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenleben, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, stehen Ehegatten gleich.

Nicht erstattungsfähig sind Verträge mit Kapital- oder Personengesellschaften, wenn Gesellschafter, Organe, Geschäftsführer oder sonstige Vertreter oder im konkreten Fall tätige Beschäftigte der Gesellschaft dem Personenkreis des Abs. 2 angehören.

Nicht erstattungsfähig sind Kosten für Verträge mit Kapital- oder Personengesellschaften, an denen das Mitglied des Bayerischen Landtags selbst oder andere Mitglieder des Landtags als Geschäftsführer oder mit mehr als 25 Prozent der Stimmrechte beteiligt sind.

Nicht erstattungsfähig sind Kosten für Verträge mit Personen, die zugleich

als Mitarbeiter im privatwirtschaftlichen Unternehmen des Mitglieds des Bayerischen Landtags,

im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit des Mitglieds des Bayerischen Landtags oder

in einer Gesellschaft, an der das Mitglied des Bayerischen Landtags beteiligt ist,

beschäftigt sind.

Nicht erstattungsfähig sind Verträge mit Kapital- oder Personengesellschaften, wenn Gesellschafter, Organe, Geschäftsführer und sonstige Vertreter oder im konkreten Fall tätige Beschäftigte der Gesellschaft zugleich

Mitarbeiter im privatwirtschaftlichen Unternehmen des Mitglieds des Bayerischen Landtags sind,

Mitarbeiter im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit des Mitglieds des Bayerischen Landtags sind oder

Mitarbeiter einer Gesellschaft sind, an der das Mitglied des Bayerischen Landtags beteiligt ist.

Nicht erstattungsfähig sind Kosten für Verträge mit Parteigeschäftsstellen, die eigene Arbeitskräfte dem Mitglied des Bayerischen Landtags zur Unterstützung bei der Erledigung der parlamentarischen Arbeit zur Verfügung stellen.

Nicht erstattungsfähig sind auch Kosten für Beraterverträge, die keine konkreten Leistungen zum Vertragsinhalt haben.

Überzahlungen sind nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Überzahlung erfolgte, von dem Mitglied des Bayerischen Landtags auszugleichen und dem Landtagsamt zu erstatten.

Art. 9

Einschränkung von Leistungen nach Art. 6 und nach Art. 8

Ein Mitglied des Bayerischen Landtags, das im letzten Vierteljahr der Wahlperiode in den Bayerischen Landtag eintritt, hat keinen Anspruch auf Leistungen nach Art. 6 Abs. 2 und 4 sowie nach Art. 8, wenn der Bayerische Landtag, abgesehen von den nach Art. 26 der Verfassung eingesetzten Ausschüssen, seine Tätigkeit bereits abgeschlossen hat.

Art. 10 Dienstreisen

1Dienstreisen sind Reisen im Auftrag des Bayerischen Landtags, die vor Antritt der Reise vom Präsidenten genehmigt worden sind. 2Die Mitglieder des Bayerischen Landtags sind berechtigt, Dienstreisen mit dem Flugzeug oder Schlafwagen durchzuführen. 3Für Dienstreisen wird Reisekostenvergütung nach dem Bayerischen Reisekostengesetz gewährt.

Beruft der Präsident oder ein Ausschussvorsitzender mit Genehmigung des Präsidenten eine im Sitzungsplan nicht vorgesehene Sitzung ein, so sind den teilnehmenden Mitgliedern des Bayerischen Landtags die notwendigen Fahrtkosten zu erstatten, sofern sich das Mitglied des Bayerischen Landtags am Tag der Sitzung außerhalb des Landes aufhält.

2. Abschnitt

Leistungen nach Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag

Art. 11 Übergangsgeld

1Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag Übergangsgeld, sofern es dem Bayerischen Landtag mindestens ein Jahr angehört hat. 2Das Übergangsgeld wird in Höhe der Entschädigung nach Art. 5 für jedes Jahr der Mitgliedschaft einen Monat geleistet, höchstens jedoch 18 Monate lang. 3Zeiten, für die bereits Übergangsgeld gezahlt worden ist, bleiben unberücksichtigt. 4Bei der Berechnung

der Mandatsdauer wird ein verbleibender Rest von mehr als einem halben Jahr als volles Jahr gezählt; datumsmäßige Verschiebungen des Wahltags bleiben jedoch unberücksichtigt.

1Ab dem zweiten Monat nach dem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag werden alle Erwerbseinkommen und Versorgungsbezüge angerechnet. 2Erwerbseinkommen sind Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit einschließlich Abfindungen sowie Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus Land- und Forstwirtschaft sowie Entschädigungen als Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags oder in einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes. 3Nicht als Erwerbseinkommen gelten Aufwandsentschädigungen, soweit diese einkommensteuerfreie Einnahmen sind. 4Wird Erwerbseinkommen nicht in Monatsbeträgen erzielt, ist das Erwerbseinkommen des Kalenderjahres, geteilt durch zwölf Kalendermonate, anzusetzen. 5Soweit die Einkünfte nur durch einen Steuerbescheid nachgewiesen werden können, sind bis dahin angemessene monatliche Abschlagszahlungen auf das Übergangsgeld zu gewähren. 6Eine auf Grund des Versorgungsausgleichs vorgenommene Kürzung der Versorgungsbezüge bleibt unberücksichtigt.

1Auf Antrag ist das Übergangsgeld nach Absatz 1 in einer Summe oder monatlich zum halben Betrag für den doppelten Zeitraum zu bezahlen. 2Wurde ein Übergangsgeld in einer Summe gezahlt, und erhält das ehemalige Mitglied des Bayerischen Landtags später Einkommen oder Versorgungsbezüge im Sinn von Absatz 2, so ist der Betrag zu erstatten, der

bei monatlicher Zahlung nach Absatz 2 anzurechnen wäre. 3Der Präsident bestimmt, in welchen Teilbeträgen zu erstatten ist.

1Tritt ein ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags wieder in den Bayerischen Landtag ein, so ruht bei monatlicher Zahlung der Anspruch nach Absatz 1. 2Wurde das ehemalige Mitglied des Bayerischen Landtags in einer Summe abgefunden, so ist der Betrag, der bei monatlicher Zahlung ruhen würde, zu erstatten. 3Der Präsident bestimmt, in welchen Teilbeträgen zu erstatten ist.

1Stirbt ein ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags, so werden die Leistungen nach Absatz 1 an den überlebenden Ehegatten oder Lebenspartner (Lebenspartner und Lebenspartnerin im Sinn des § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes) und die Abkömmlinge fortgesetzt, wenn Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz nicht entstehen; sind mehrere gleichberechtigte Personen vorhanden, so ist für die Bestimmung des Zahlungsempfängers die Reihenfolge der Aufzählung maßgebend.

1Absatz 1 gilt nicht, wenn das Mitglied die Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag auf Grund des Art. 22 des Landeswahlgesetzes verliert. 2Der Präsident kann die Zahlungen aussetzen, wenn ein Verfahren zu erwarten ist, das die Folgen nach Art. 22 des Landeswahlgesetzes nach sich zieht.

Art. 12

Anspruch auf Altersentschädigung

Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält nach seinem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn es das 67. Lebensjahr vollendet und dem Bayerischen Landtag zehn Jahre angehört hat.

1Mitglieder des Bayerischen Landtags, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, erreichen die Altersgrenze mit Vollendung des

Lebensjahres. 2Für Mitglieder des Bayerischen Landtags, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind, wird die Altersgrenze wie folgt angehoben:

Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monate
1947	1	65	1
1948	2	65	2
1949	3	65	3
1950	4	65	4
1951	5	65	5
1952	6	65	6

Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monate
1953	7	65	7

1954	8	65	8
1955	9	65	9
1956	10	65	10
1957	11	65	11
1958	12	66	0
1959	14	66	2
1960	16	66	4
1961	18	66	6
1962	20	66	8
1963	22	66	10
ab 1964	24	67	

1Gehörte ein ausgeschiedenes Mitglied dem Bayerischen Landtag mehrmals mit Unterbrechung an, so sind die Zeitabschnitte zusammen zu rechnen. 2Mit jedem über das zehnte Jahr hinausgehenden Jahr bis zum 20. Jahr der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag entsteht der Anspruch auf Altersentschädigung ein halbes Lebensjahr früher. 3Art. 11 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

Art. 13

Höhe der Altersentschädigung

1Die Altersentschädigung beträgt bei einer Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag von zehn Jahren 33,5 v.H. der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1. 2Sie erhöht sich für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft bis zum 20. Jahr um 3,825 v.H. 3Die Zeit der Wahrnehmung der Ämter des Präsidenten und seiner Stellvertreter wird der Berechnung der Altersentschädigung nach den Sätzen 1 und 2 mit der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 2 zugrunde gelegt. 4Art. 11 Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend.

Art. 14

Berücksichtigung von Mandatszeiten in anderen Parlamenten

1Zeiten der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag und im Parlament eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland gelten auf Antrag als Zeiten der Mitgliedschaft im Sinn des Art. 12. 2Werden durch die Anrechnung von Mandatszeiten die Voraussetzungen für einen Anspruch nach diesem Gesetz erfüllt, so wird Altersentschädigung gezahlt.

Art. 15 Gesundheitsschäden

1Hat ein Mitglied des Bayerischen Landtags während seiner Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag ohne sein grobes Verschulden Gesundheitsschäden erlitten, die seine Arbeitskraft dauernd und so wesentlich beeinträchtigen, dass es sein Mandat und bei seinem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag die bei seiner Wahl zum Bayerischen Landtag ausgeübte oder eine andere zumutbare Erwerbstätigkeit nicht ausüben kann, so erhält es unabhängig von den in Art. 12 vorgesehenen Voraussetzungen eine Altersentschädigung, deren Höhe sich nach Art. 13 richtet, mindestens jedoch die Mindestaltersentschädigung nach Art. 13. 2Ist der Gesundheitsschaden durch einen Unfall in Ausübung oder infolge des Mandats eingetreten, so erhöht sich der Bemessungssatz nach Art. 13 um 20 v.H. bis höchstens 71,75 v.H.

Erleidet ein ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags, das unabhängig vom Lebensalter die Voraussetzung der Mitgliedschaftsdauer nach Art. 12 erfüllt, Gesundheitsschäden im Sinn des Absatzes 1, so erhält es Altersentschädigung, deren Höhe sich nach Art. 13 richtet.

1Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 werden nur auf Antrag gewährt. 2Für zurückliegende Zeiten werden Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 höchstens für drei Monate vor Antragstellung gewährt. 3Bei der Entscheidung über Anträge nach den Absätzen 1 und 2 ist ein amtsärztliches Gutachten

der medizinischen Untersuchungsstelle der örtlich zuständigen Regierung einzuholen.

1Die Altersentschädigung nach Abs. 1 Satz 1 und nach Abs. 2 vermindert sich um 3,6 v.H. für jedes Jahr, um das sie vor Beginn des Monats der Vollendung des 63. Lebensjahres, bei mindestens 13-jähriger Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag vor Beginn des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahres bezogen wird. 2Die Minderung darf 10,8 v.H. nicht übersteigen. Art. 12 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 16 Versorgungsabfindung

1Ein Mitglied des Bayerischen Landtags, das bei seinem Ausscheiden weder eine Anwartschaft noch einen Anspruch auf Altersentschädigung nach den Art. 12 bis 15 erworben hat, erhält für die Zeit der Zugehörigkeit im Bayerischen Landtag auf Antrag eine Versorgungsabfindung. 2Sie wird für jeden angefangenen Monat der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag in Höhe des für diesen Monat jeweils geltenden Höchstbeitrags zur allgemeinen Rentenversicherung zuzüglich 20 v.H. dieses Höchstbeitrags gezahlt.

Werden die Voraussetzungen für eine Versorgungsabfindung nach Absatz 1 erfüllt, diese aber nicht in Anspruch genommen, wird auf Antrag für die Dauer der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag nach Maßgabe des 23 Abs. 2, 4, 7 und 8 des Abgeordnetengesetzes des Bundes eine Nachversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung und in entsprechender Anwendung des 23 Abs. 3 desselben Gesetzes für eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung vorgenommen.

An Stelle der Versorgungsabfindung nach Absatz 1 wird die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag auf Antrag als Dienstzeit nach Art. 14 Abs. 4 Nr. 3 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes berücksichtigt.

Im Fall des Wiedereintritts in den Bayerischen Landtag beginnen die Fristen für die Mitgliedschaftsdauer nach Art. 12

neu zu laufen, wenn ein Antrag nach den Absätzen 1 bis 3 gestellt wurde.

Hat ein ausgeschiedenes Mitglied bis zu seinem Tod keinen Antrag auf Versorgungsabfindung gestellt, können sein überlebender Ehegatte oder Lebenspartner oder, soweit ein solcher nicht vorhanden ist, die leiblichen oder die als Kind angenommenen Kinder einen Antrag nach Abs. 1 stellen.

Art. 17 Überbrückungsgeld für Hinterbliebene

1 Stirbt ein Mitglied des Bayerischen Landtags, so erhalten sein überlebender Ehegatte oder Lebenspartner und seine Abkömmlinge ein Überbrückungsgeld in Höhe einer Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1. 2 Das Überbrückungsgeld beträgt bei einer Dauer der Mitgliedschaft von mehr als acht Jahren das Eineinhalbfache der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1. 3 Sind mehrere Berechtigte vorhanden, ist das Überbrückungsgeld in der Reihenfolge der Aufzählung in Satz 1 zu gewähren; bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann von dieser Reihenfolge abgewichen oder das Überbrückungsgeld aufgeteilt werden. 4 Sind Hinterbliebene im Sinn des Satzes 1 nicht vorhanden, so wird auf Antrag sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit oder der Bestattung getragen haben, das Überbrückungsgeld bis zur Höhe ihrer Aufwendungen gewährt.

Das Gleiche gilt beim Tod eines ehemaligen Mitglieds des Bayerischen Landtags, das Altersentschädigung erhält oder eine Anwartschaft auf Altersentschädigung erworben hat; bei der Berechnung des Überbrückungsgeldes tritt an die Stelle der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1 die Altersentschädigung nach Art. 13 Sätze 1, 2 und 4.

1 Die Hinterbliebenen eines Mitglieds des Bayerischen Landtags im Sinn von Absatz 1 Satz 1 erhalten die noch nicht abgerechneten Leistungen nach diesem Gesetz, soweit sie im Zeitpunkt des Todes fällig waren. 2 Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

Art. 18 Hinterbliebenenversorgung

Der überlebende Ehegatte oder Lebenspartner eines Mitglieds oder eines ehemaligen Mitglieds des Bayerischen Landtags erhält 55 v.H. der Altersentschädigung, sofern der Verstorbene im Zeitpunkt seines Todes die Voraussetzungen für die Gewährung einer Altersentschädigung erfüllte oder Anspruch auf Altersentschädigung hatte.

Der überlebende Ehegatte oder Lebenspartner eines Mitglieds oder eines ehemaligen Mitglieds des Bayerischen Landtags, das unabhängig vom Lebensalter die Voraussetzung der Mitgliedschaftsdauer nach Art. 12 erfüllt, erhält 55 v.H. der Altersentschädigung, deren Höhe sich nach Art. 13 bestimmt.

Der überlebende Ehegatte oder Lebenspartner eines Mitglieds des Bayerischen Landtags, das die Voraussetzungen des Art. 12 nicht erfüllt, erhält 55 v.H. der Mindestaltersentschädigung nach Art. 13.

1 Die Abkömmlinge eines ehemaligen Mitglieds des Bayerischen Landtags, das zur Zeit seines Todes Altersentschädigung erhalten hätte, eines verstorbenen Mitglieds des Bayerischen Landtags oder eines verstorbenen Empfängers von Altersentschädigung erhalten Waisengeld. 2 Es beträgt für die Vollwaise 20 und die Halbwaise zwölf v.H. der Altersentschädigung nach den Absätzen 1 bis 3.

Art. 18a Versorgungsausgleich

Die Berechnung und Durchführung des Versorgungsausgleichs bestimmt sich nach 14 und 16 des Versorgungsausgleichsgesetzes.

Art. 19

Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften

Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind für die Versorgung die Vorschriften des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

Abschnitt

Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-,
Pflege- und Geburtsfällen, Unterstützungen

Art. 20

Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-,
Pflege- und Geburtsfällen

1Die Mitglieder und diejenigen ehemaligen Mitglieder des Bayerischen Landtags, die Versorgungsbezüge aus dem Versorgungswerk oder nach diesem Gesetz erhalten, sowie die Bezieher von Hinterbliebenenversorgung aus dem Versorgungswerk oder nach diesem Gesetz erhalten eine Beihilfe zu den notwendigen Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen in sinngemäßer Anwendung der Beihilfenvorschriften für die bayerischen Staatsbeamten, sofern sich ein Anspruch auf Beihilfe nicht aus anderen Vorschriften ergibt. 2Versorgungsempfänger im Sinn dieser Vorschrift ist auch derjenige, dessen Anspruch auf Altersentschädigung deshalb ruht, weil er Übergangsgeld bezieht.

1Die Beihilfe wird auch gewährt für die Dauer des Anspruchs auf Übergangsgeld nach Art. 11 Abs. 1. 2Besteht ein Anspruch auf eine Beihilfe auch gegenüber dem Deutschen Bundestag, so ruht der Anspruch nach diesem Gesetz.

1An Stelle des Anspruchs auf Beihilfe nach den Absätzen 1 und 2 erhalten die in Absatz 1 genannten Personen einen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen entsprechend 27 Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes des Bundes. 2Als Zuschuss ist die Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Krankenversicherungsbeitrags, höchstens jedoch die Hälfte des Höchstbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung monatlich zu zahlen.

Der Anspruch auf den Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen nach Absatz 3 schließt bei den Mitgliedern des Bayerischen Landtags ein den Anspruch auf einen Zuschuss in Höhe der Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Pflegeversicherungsbeitrags, höchstens jedoch die Hälfte des Höchstbeitrags der sozialen Pflegeversicherung.

1Die Entscheidung darüber, ob das Mitglied des Bayerischen Landtags an Stelle der Leistungen nach Absatz

1 den Zuschuss nach Absatz 3 in Anspruch nehmen will, ist innerhalb von vier Monaten nach Annahme des Mandats dem Präsidenten mitzuteilen; die Entscheidung ist für die Dauer der Wahlperiode unwiderruflich.

2Versorgungsempfänger oder Bezieher von Hinterbliebenenversorgung haben die Entscheidung innerhalb von vier Monaten nach Zustellung des Übergangsgeldbescheids bzw. Versorgungsbescheids dem Präsidenten mitzuteilen; sie bleiben an diese Entscheidung für die Dauer von mindestens vier Jahren gebunden.

Art. 21 Unterstützungen

Der Präsident kann in besonderen Fällen einem Mitglied des Bayerischen Landtags einmalige Unterstützungen, einem ausgeschiedenen Mitglied des Bayerischen Landtags und dessen Hinterbliebenen einmalige Unterstützungen und laufende Unterhaltszuschüsse gewähren.

Abschnitt

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge

aus öffentlichen Kassen

Art. 22

Anrechnung mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

Hat ein Mitglied des Bayerischen Landtags neben der Entschädigung nach Art. 5 Anspruch auf Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder aus der Verwendung im öffentlichen Dienst, so wird die Entschädigung um 50 v.H. gekürzt; der Kürzungsbetrag darf jedoch 30 v.H. des Einkommens nicht übersteigen.

1Hat ein Mitglied des Bayerischen Landtags neben der Entschädigung nach Art. 5 Anspruch auf Versorgungsbezüge aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst, so wird die Entschädigung um 50 v.H. der Versorgungsbezüge, höchstens

jedoch um 50 v.H. der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1 gekürzt. 2Entsprechendes gilt für Renten im Sinn des Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 4 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes mit Ausnahme von Renten aus einer freiwilligen Pflichtversicherung auf Antrag gemäß 4 Abs. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch, sowie Renten nach Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes, zu denen der Arbeitgeber auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat; Art. 85 Abs. 3 und 5 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes sind sinngemäß anzuwenden.

1Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben dem Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst um 50 v.H. des Betrags, um den sie und das Einkommen die Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1 übersteigen, höchstens jedoch in Höhe des Einkommens. 2Dasselbe gilt für Einkommen aus einer Beschäftigung bei Vereinigungen, Einrichtungen oder Unternehmen, deren Kapital (Grundkapital, Stammkapital) sich zu mehr als 50 v.H. in öffentlicher Hand befindet oder die zu mehr als der Hälfte aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden.

1Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben Versorgungsbezügen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst um 50 v.H. des Betrags, um den sie und die Versorgungsbezüge aus der Verwendung im öffentlichen Dienst die Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1 (Kürzungsgrenze) übersteigen, höchstens jedoch in Höhe der Versorgungsbezüge.

2Entsprechendes gilt beim Bezug von Renten im Sinn des Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 4 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes mit Ausnahme von Renten aus einer freiwilligen Pflichtversicherung auf Antrag gemäß

4 Abs. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch, sowie Renten nach Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes, zu denen der Arbeitgeber auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat; Art. 85 Abs. 3 bis 6 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes sind sinngemäß anzuwenden.

Für die Zeit, für die das Mitglied des Bayerischen Landtags eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestags erhält, wird die Entschädigung nach Art. 5 nicht gewährt.

1Bezieht ein ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz und eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags oder als Abgeordneter in einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, so ruht der Versorgungsanspruch nach diesem Gesetz bis zur Höhe des Betrags der Entschädigung, die er als Abgeordneter des anderen Parlaments erhält. 2Die Versorgung nach diesem Gesetz ruht für ein ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments bis zur Höhe der Versorgung des Europäischen Parlaments, soweit nicht bereits eine Anrechnung dieser Versorgungsbezüge durch den Deutschen Bundestag erfolgt. 3Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen (Art. 18).

1Die Versorgungsbezüge mit Ausnahme der Renten gemäß Abs. 2 Satz 2 werden nur mit dem Teil in die Anrechnung einbezogen, der nicht auf eigenen Beiträgen beruht. 2Die Absätze 1 bis 4 sind nicht auf Leistungen nach dem Sonderzahlungsgesetz des Bundes oder eines Landes oder entsprechende Leistungen auf Grund tariflicher Regelungen anzuwenden. 3Bei Anwendung der Absätze 1 bis 4 sind Aufwandsentschädigungen, Unfallausgleich, Urlaubsgelder und einmalige Zahlungen außer Betracht zu lassen. 4Bei der Anrechnung von Versorgungsbezügen nach den Absätzen 2 und 4 bleibt eine auf Grund des Versorgungsausgleichs vorgenommene Kürzung der Versorgungsbezüge unberücksichtigt.

Bei den Anrechnungsgrenzen der Absätze 3 und 4 wird die Zeit der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 2 entsprechend berücksichtigt.

Als Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst gelten auch Entschädigungen an kommunale Wahlbeamte im Ehrenbeamtenverhältnis.

Besteht neben den Leistungen nach diesem Gesetz ein Anspruch auf Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis, gelten die Abs. 1 bis 9 mit folgenden Maßgaben:

In Abs. 2 treten an die Stelle der Kürzungssätze von 50 v.H. jeweils die Kürzungssätze von 65 v.H.

In Abs. 4 beträgt die Kürzungsgrenze 85 v.H. der Entschädigung nach Art. 5 Abs. 1.

Versorgungsbezüge, die Hinterbliebene nach diesem Gesetz beziehen, ruhen neben eigenen Versorgungsbezügen aus einer Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag in Höhe des Betrages, um den diese Bezüge die Höchstversorgung nach diesem Gesetz übersteigen.

5. Abschnitt Gemeinsame Vorschriften

Art. 23 Abgeordnetenrechtskommission

1Zu Beginn der Wahlperiode wird eine aus neun unabhängigen Mitgliedern bestehende Abgeordnetenrechtskommission gebildet. 2Deren Mitglieder werden vom Bayerischen Landtag auf Vorschlag des Ältestenrats berufen. 3Sie dürfen nicht dem Bayerischen Landtag oder einer anderen gesetzgebenden Körperschaft angehören.

1Die Abgeordnetenrechtskommission ist von der Präsidentin oder vom Präsidenten bei beabsichtigten Änderungen von Leistungen nach diesem Gesetz zu hören. 2Ferner berät sie den Bayerischen Landtag nach Aufforderung durch die Präsidentin oder den Präsidenten auf Grund eines Beschlusses des Präsidiums im Einvernehmen mit dem Ältestenrat in Angelegenheiten des parlamentarischen Mandats bezüglich der Rechtsstellung der Mitglieder des Bayerischen Landtags.

Art. 23a Rechnungsprüfung

1Der Oberste Rechnungshof ist berechtigt, beim Landtagsamt die Ordnungsmäßigkeit des Haushaltsvollzugs hinsichtlich der vom Landtag im Zusammenhang mit dem Abgeordnetenmandat festgelegten Leistungen zu prüfen. 2Die Art. 89, 90, 94 bis 99 der Bayerischen Haushaltsordnung finden Anwendung. 3Die Erforderlichkeit der Mittelverwendung durch die Abgeordneten zur Wahrnehmung des parlamentarischen Mandats ist nicht Gegenstand der Prüfung.

Art. 24

Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsvorschriften

1Die in den Art. 5, 6 Abs. 1 bis 5, Art. 8 und Art. 20 geregelten Ansprüche entstehen mit dem Tag, an dem die Rechtsstellung als Mitglied des Bayerischen Landtags erworben wird. 2Ausscheidende Mitglieder des Bayerischen Landtags erhalten die Entschädigung nach Art. 5 und die Aufwandsentschädigung nach Art. 6 bis zum Ende des Monats, in dem ihre Mitgliedschaft endet. 3Die Leistungen nach Satz 1 werden für einen Monat nur einmal gewährt.

1Die Altersentschädigung wird vom Ersten des Monats, in welchem das anspruchsbegründende Ereignis eintritt, bis zum Ablauf des Monats gewährt, in dem der Berechtigte stirbt. 2Sie wird vom Ersten des folgenden Monats an gewährt, wenn für den Monat, in welchem das anspruchsbegründende Ereignis eintritt, die Leistungen nach Absatz 1 Satz 2 gewährt wurden.

1Der Anspruch auf Altersentschädigung ruht während der Zeit, für die ein Anspruch auf Übergangsgeld nach Art. 11 Abs. 1 besteht. 2Der Anspruch auf Altersentschädigung ruht ferner bei einem späteren Wiedereintritt in den Bayerischen Landtag für die Dauer der Mitgliedschaft.

1Altersentschädigung nach diesem Gesetz wird nicht gezahlt, wenn das Mitglied des Bayerischen Landtags oder das ehemalige Mitglied des Bayerischen Landtags seine Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag auf Grund des Art. 22 Satz 2 des

Landeswahlgesetzes verliert oder verlieren würde. 2Für die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag gilt Art. 16.

1Die Leistungen nach Art. 5, 6 Abs. 2, Art. 11, 12, 15, 18 und 20 Abs. 3 und 4 werden monatlich im Voraus gezahlt. 2Ist nur ein Teil zu leisten, so wird für jeden Kalendertag ein Dreißigstel gezahlt. 3Art. 25 gilt entsprechend.

1Im Fall der Auflösung des Bayerischen Landtags stehen den Mitgliedern des Bayerischen Landtags die in den Art. 5 und 6 geregelten Ansprüche bis zum Ende des Monats zu, in dem die Neuwahl stattfindet. 2Für die Mitglieder des neu

gewählten Bayerischen Landtags entstehen diese Ansprüche mit dem Tag, an dem die Rechtsstellung als Mitglied des Bayerischen Landtags erworben wird.

Art. 25 Aufrundung

Die Leistungen nach Art. 5 Abs. 1 und 2, Art. 6 Abs. 2 und 6 sowie Art. 11 bis 18 werden auf volle Euro aufgerundet.

Art. 26 Verzicht, Übertragbarkeit

1Ein Verzicht auf die Entschädigung nach Art. 5, auf die Kostenpauschale nach Art. 6 Abs. 2 sowie auf die Leistungen des Abschnitts des Dritten Teils dieses Gesetzes mit Ausnahme des Übergangsgeldes nach Art. 11 ist unzulässig. 2Der Anspruch aus Art. 6 ist nicht übertragbar. 3Der Anspruch auf Entschädigung nach Art. 5 ist nur bis zur Hälfte übertragbar. 4Im übrigen gelten die Vorschriften der 850 ff. der Zivilprozessordnung.

Art. 27

Verwendung im öffentlichen Dienst

Verwendung im öffentlichen Dienst im Sinn dieses Gesetzes ist eine Verwendung im Sinn des Art. 83 Abs. 5 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes.

Vierter Teil

Angehörige des öffentlichen Dienstes

im Bayerischen Landtag

Abschnitt Wahlvorbereitungsurlaub

Art. 28 Wahlvorbereitungsurlaub

1Stimmt ein Beamter seiner Aufstellung als Bewerber für die Wahl zum Bayerischen Landtag, zu einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes oder zum Deutschen Bundestag zu, so ist ihm auf Antrag innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag der zur Vorbereitung seiner Wahl erforderliche Urlaub unter Wegfall der Bezüge zu gewähren. 2Der Wegfall der Bezüge berührt den Anspruch des Beamten auf Beihilfen zu Aufwendungen in Krankheits- und Geburtsfällen sowie zur Gesundheitsvorsorge nicht; dies gilt für die übrigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes entsprechend.

Abschnitt Unvereinbarkeit von Amt und Mandat

Art. 29 Unvereinbare Ämter

1Ein Beamter mit Bezügen kann nicht Mitglied des Bayerischen Landtags sein. 2Dies gilt auch für die Beamten mit Bezügen im Sinn der Beamtengesetze anderer Länder und des Bundes, ebenso für Beamte und hauptberufliche Angestellte von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt.

Art. 30

Ruhen der Rechte und Pflichten

aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

1Ein in den Bayerischen Landtag gewählter Beamter mit Bezügen scheidet mit dem Erwerb der Rechtsstellung als Mitglied

des Bayerischen Landtags aus seinem Amt aus. 2Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines in den Bayerischen Landtag gewählten Beamten mit Bezügen ruhen für die Dauer der Mitgliedschaft mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken. 3Das Gleiche gilt, wenn ein Mitglied des Bayerischen Landtags in ein solches Dienstverhältnis berufen wird, von dem Tag an, mit dem seine Ernennung wirksam wird. 4Der Beamte hat das Recht, seine Amts- oder Dienstbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“) zu führen. 5Bei unfallverletzten Beamten bleiben die Ansprüche auf das Heilverfahren und einen Unfallausgleich unberührt. 6Satz 2 gilt längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.

Für den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten gilt Absatz 1 längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den dauernden Ruhestand sinngemäß.

1Einem in den Bayerischen Landtag gewählten Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ist auf seinen Antrag Urlaub ohne Anwärterbezüge zu gewähren. 2Wird der Beamte nach Bestehen der Qualifikationsprüfung zum Beamten auf Probe ernannt, so ruhen seine Rechte und Pflichten aus diesem Dienstverhältnis nach Absatz 1 von dem Tag an, mit dem die Ernennung wirksam wird.

Art. 31

Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

1Nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag ruhen die in dem Dienstverhältnis eines Beamten begründeten Rechte und Pflichten für längstens weitere sechs Monate. 2Der Beamte ist auf seinen Antrag, der binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft zu stellen ist, spätestens drei Monate nach Antragstellung wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückzuführen. 3Das ihm zu übertragende Amt muss derselben Fachlaufbahn angehören wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein. 4Vom Tag der Antragstellung an erhält er die Bezüge des zuletzt bekleideten Amtes.

1Stellt der Beamte nicht binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag einen Antrag nach Absatz 1, so ruhen die in dem Dienstverhältnis begründeten Rechte und Pflichten (Art. 30 Abs. 1) weiter bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand. 2Die oberste Dienstbehörde kann den Beamten jedoch, wenn er weder

dem Bayerischen Landtag mindestens zwei Wahlperioden angehört noch bei der Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag das

55. Lebensjahr vollendet hat, unter Übertragung eines Amtes im Sinn des Absatzes 1 Satz 3 wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückführen; lehnt der Beamte die Rückführung ab oder folgt er ihr nicht, so ist er entlassen. 3Satz 2 ist nicht anzuwenden, wenn der Beamte während der Dauer seiner Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag Mitglied der Bayerischen Staatsregierung gewesen ist.

Art. 32

Dienstzeiten im öffentlichen Dienst

Für die Stufenfestlegung des Grundgehalts eines Beamten nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag finden Art. 30 Abs. 2 Satz 3 in Verbindung mit Art. 31 Abs. 3 Nr. 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes Anwendung.

1Die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag gilt unbeschadet der Regelung des Art. 16 Abs. 3 nicht als Dienstzeit im Sinn des Versorgungsrechts. 2Das Gleiche gilt für die Zeit nach der Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag, wenn der Beamte nicht nach Art. 31 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt wird. 3Satz 2 ist nicht anzuwenden, wenn ein Antrag nach Art. 31 Abs. 1 Satz 2 gestellt wird.

(3) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag gilt die Zeit der Mitgliedschaft als Dienstzeit nach Maßgabe des Art. 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 und Sätze 2 und 3 des Leistungslaufbahngesetzes (LlbG).

Art. 33 Entlassung

Der Beamte, der in ein mit dem Mandat unvereinbares Amt berufen wird, ist zu entlassen, wenn er zur Zeit der Ernennung

Mitglied des Bayerischen Landtags, des Deutschen Bundestags, des Europäischen Parlaments oder einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes war und nicht innerhalb der von der obersten Dienstbehörde zu bestimmenden angemessenen Frist sein Mandat niederlegt.

Art. 34 Beförderungsverbot

1Legt ein Beamter sein Mandat nieder und bewirbt er sich zu diesem Zeitpunkt erneut um einen Sitz im Bayerischen Landtag, im Deutschen Bundestag oder im Europäischen Parlament, so ist die Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt oder eines anderen Amtes mit höherer Amtszulage nicht zulässig. 2Satz 1 gilt entsprechend für die Zeit zwischen zwei Wahlperioden.

Art. 35

Beamte auf Zeit, Wahlbeamte auf Zeit

Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines Beamten auf Zeit oder eines Wahlbeamten auf Zeit ruhen längstens bis zum Ablauf der Amtszeit.

1 Fällt bei einem Wahlbeamten auf Zeit der Ablauf der Amtszeit auf einen Zeitpunkt nach dem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag, gilt die Amtszeit zu diesem Zeitpunkt insgesamt als abgeleistet. 2 Kehrt der Wahlbeamte auf Zeit in der Zeit zwischen dem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag und dem Ablauf seiner Amtszeit in ein Beamtenverhältnis zurück, so kann die Dienstzeit nur einmal berücksichtigt werden.

Art. 31 gilt nicht für Wahlbeamte auf Zeit.

Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Wahlbeamte auf Zeit, die ein Mandat im Deutschen Bundestag annehmen.

Art. 36

Richter und Angestellte des öffentlichen Dienstes

Die Art. 30 bis 32 und 34 gelten für Richter entsprechend.

1 Die Art. 29 bis 35 gelten für Angestellte des öffentlichen Dienstes sinngemäß. 2 Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf Dienst- und Beschäftigungszeiten anzurechnen; im Rahmen einer bestehenden zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung gilt dies nur im Hinblick auf Vorschriften, die die Anwartschaft oder den Anspruch dem Grund nach regeln.

Fünfter Teil Übergangsregelung, Inkrafttreten

Art. 37 Übergangsregelung für die Angehörigen

des öffentlichen Dienstes

1 Der auf Grund des Gesetzes über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat für Angehörige des öffentlichen Dienstes (Rechtsstellungsgesetz) in den Ruhestand getretene Beamte, der in einen nach der Verkündung dieses Gesetzes zu wählenden Landtag gewählt wird, gilt mit dem Tag der Annahme des Mandats wieder als in das Beamtenverhältnis untergleichzeitigem Ruhender Rechte und Pflichten (Art. 30 Abs. 1) berufen, sofern er die allgemeinen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis noch erfüllt. 2 Ansprüche, die bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode hinsichtlich der Anrechnung von Mandatszeiten als Dienstzeit im Sinn des Besoldungs- und Versorgungsrechts entstanden sind, bleiben erhalten. 3 Das gilt entsprechend hinsichtlich der Rechte nach Art. 3 Abs. 7 des Rechtsstellungsgesetzes vom 23. Juni 1966.

Absatz 1 gilt entsprechend für Richter sowie sinngemäß für Angestellte des öffentlichen Dienstes, soweit sie zu dem im Rechtsstellungsgesetz genannten Personenkreis gehören.

Art. 38

Versorgung für Zeiten vor Inkrafttreten des Gesetzes

Ein vor dem 1. Juni 1968 ausgeschiedenes Mitglied des Bayerischen Landtags oder seine Hinterbliebenen erhalten ab 1. April 1979 eine Altersentschädigung bzw. Hinterbliebenenversorgung nach den Art. 12 bis 19, 22, 24

Abs. 3 bis 6, Art. 25 und 27.

1Ein Mitglied des Bayerischen Landtags, das in der Zeit vom 1. Juni 1968 bis zum Inkrafttreten des Bayerischen Abgeordnetengesetzes aus dem Bayerischen Landtag ausgeschieden ist, und seine Hinterbliebenen erhalten Versorgung nach der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags in der jeweils geltenden Fassung. 2An Stelle der Versorgung nach Satz 1 wird auf Antrag für Zeiten der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag Versorgung nach diesem Gesetz gewährt; dabei werden Zeiten nicht berücksichtigt, soweit das Mitglied auf eigenen Antrag von der Mitgliedschaft befreit war oder ihm die eigenen Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung erstattet worden sind. 3Der Antrag ist innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Bestimmung beim Präsidenten zu stellen.

Ein Mitglied, das dem Bayerischen Landtag bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes angehört hat und erst nach seinem Inkrafttreten aus dem Bayerischen Landtag ausscheidet, erhält Altersentschädigung nach diesem Gesetz; dabei wird die Zeit der Mitgliedschaft vor Inkrafttreten dieses Gesetzes berücksichtigt, soweit nicht das Mitglied auf eigenen Antrag von der Mitgliedschaft befreit war oder ihm die eigenen Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung erstattet worden sind.

1An Stelle der Altersentschädigung nach Absatz 3 werden auf Antrag die nach der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags geleisteten eigenen Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung zinslos erstattet. 2In diesem Fall bleiben die Zeiten der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der Festsetzung der Altersentschädigung nach diesem Gesetz unberücksichtigt.

1An Stelle der Altersentschädigung nach Absatz 3 erhält ein Mitglied des Bayerischen Landtags, das die Anspruchsvoraussetzungen für ein Ruhegeld nach 6 Abs. 1 der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags erfüllt, für die Zeit der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Antrag Ruhegeld nach 6 der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags; für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wird Altersentschädigung nach diesem Gesetz mit der Maßgabe gewährt, dass für jedes Jahr der Mitgliedschaft 4,78125 v.H. der Entschädigung nach Art. 5 gezahlt werden. 2Die anrechenbaren Zeiten vor und nach Inkrafttreten dieses Gesetzes dürfen 16 Jahre nicht übersteigen, für den Zeitpunkt der Anspruchsberechtigung auf Ruhegeld aus dem Versorgungswerk und auf Altersentschädigung nach diesem Gesetz wird die gesamte Dauer der Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag zugrunde gelegt. 3Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenen.

Die Anträge gemäß den Absätzen 4 und 5 sind innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beim Präsidenten zu stellen.

1Das Ruhegeld aus dem Versorgungswerk des Bayerischen Landtags wird entsprechend der Erhöhung der Entschädigung nach Art. 5 dieses Gesetzes angepasst. 2Entsprechendes gilt auch für die Berechnungsgrundlage für ein künftiges Ruhegeld, wenn eine Anwartschaft hierauf besteht.

Art. 39 Versorgungsabfindung

1Zeiten der Mitgliedschaft vor Inkrafttreten des Gesetzes werden auf Antrag auf die Zeiten nach Art. 16 angerechnet. 2Dies gilt nicht, soweit das Mitglied des Bayerischen Landtags auf eigenen Antrag von der Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk des Bayerischen Landtags befreit war oder ihm die eigenen Beiträge zur Alters- oder Hinterbliebenenversorgung erstattet worden sind.

Art. 40

Anrechnung früherer Versorgungsbezüge

Leistungen nach der Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags werden nicht in die Anrechnung nach Art. 22 Abs. 3 und 4 einbezogen.

Art. 41

Anrechnung von Zeiten für das Übergangsgeld

Zeiten der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes liegen, werden bei der Berechnung des Zeitraums, für den Übergangsgeld zu zahlen ist, berücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit die frühere Zeit durch die Gewährung eines Übergangsgeldes bereits abgegolten wurde.

Art. 42

Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-,
Geburts- und Todesfällen und Unterstützungen
für ehemalige Mitglieder des Bayerischen Landtags

Art. 20 und 21 gelten auch für ehemalige Mitglieder des Bayerischen Landtags, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus dem Bayerischen Landtag ausgeschieden sind, und für deren Hinterbliebene.

Art. 43 Besteuerung

22 Nr. 4 des Einkommensteuergesetzes findet erstmals auf Leistungen Anwendung, die auf Grund dieses Gesetzes gezahlt werden.

Art. 43a

Anwendung bisherigen und neuen Rechts auf Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften, die vor dem November 1990 entstanden sind

Versorgungsansprüche, die vor dem 1. November 1990 entstanden sind, richten sich nach dem bis zum 31. Oktober 1990 geltenden Recht.

Wurde vor dem 1. November 1990 eine Anwartschaft auf eine Altersentschädigung nach den Art. 12 bis 14 erworben und tritt der Versorgungsfall vor dem 1. Januar 2002 ein, so bestimmt sich der Versorgungsanspruch nach dem bis zum 31. Oktober 1990 geltenden Recht.

1 Tritt der Versorgungsfall nach dem 31. Dezember 2001 ein, so bleibt eine vor dem 1. November 1990 nach den Art. 12 bis 14 erworbene Anwartschaft auf eine Altersentschädigung sowohl hinsichtlich der Höhe als auch des Bezugszeitpunktes unberührt. 2 Im Übrigen gelten der Steigerungssatz und, sofern dies günstiger ist, der Bezugszeitpunkt nach neuem Recht.

Die Versorgungsansprüche der Hinterbliebenen nach Art. 18 sind hinsichtlich der Anwendung von bisherigem und neuem Recht abhängig von dem Anspruch oder der Anwartschaft auf Altersentschädigung des Verstorbenen im Zeitpunkt seines Todes.

Art. 11 Abs. 1 Satz 5 in der ab 1. November 1990 geltenden Fassung findet nur Anwendung, wenn auf den Versorgungsfall ausschließlich neues Recht Anwendung findet.

Art. 22 findet in der ab 1. November 1990 geltenden Fassung Anwendung.

Art. 43b findet auf Versorgungsansprüche nach den Abs. 1 bis 4 Anwendung.

Art. 43b

Übergangsregelungen zu der ab 1. Juli 2003 geänderten Altersentschädigung und Hinterbliebenenversorgung

Versorgungsansprüche, die vor dem 1. Juli 2003 entstanden sind, richten sich nach dem bis zum 30. Juni 2003 geltenden Recht nach folgender Maßgabe:

1 Ab der ersten auf den 30. Juni 2003 folgenden Anpassung der Entschädigung nach Art. 5 wird die bei der Berechnung der Versorgungsansprüche zugrunde liegende Entschädigung bis zur

siebten Anpassung durch einen Anpassungsfaktor nach Maßgabe der folgenden Tabelle vermindert:

Anpassung nach dem 30. Juni	Anpassungsfaktor
1.	0,99458
2.	0,98917
3.	0,98375
4.	0,97833
5.	0,97292
6.	0,96750
7.	0,96208

2Mit dem Inkrafttreten der achten Anpassung der Entschädigung des Art. 5 wird der den Versorgungsansprüchen zugrunde liegende Vom-Hundert-Satz nach Art. 13 und Art. 38 Abs. 5 mit dem Faktor 0,95667 vervielfältigt. 3Dieser verminderte Vom-Hundert-Satz gilt als neu festgesetzt. 4Er ist ab dem Tag der achten Anpassung der Entschädigung des Art. 5 der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde zu legen.

Abs. 1 gilt auch für Versorgungsfälle, die nach dem 30. Juni 2003 bis zur achten auf den 30. Juni 2003 folgenden Anpassung der Entschädigung des Art. 5 eintreten.

Art. 18 Abs. 1 bis 3 in der ab 1. Juli 2003 geltenden Fassung findet nur auf Ehen oder Lebenspartnerschaften im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes Anwendung, die nach dem 30. Juni 2003 geschlossen werden und auf Ehen oder Lebenspartnerschaften im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes, die zwar vor dem 1. Juli 2003 geschlossen wurden, bei denen aber kein Ehegatte oder Lebenspartner vor dem 1. Juli 1963 geboren ist.

Art. 43c Übergangsregelung für die Anrechnung beim

Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen

1Bis zum Ende der 15. Wahlperiode des Bayerischen Landtags findet Art. 22 Abs. 2 in der bis zum 30. Juni 2004 geltenden

Fassung Anwendung. 2Art. 22 Abs. 10 bleibt insoweit unberücksichtigt.

1Auf die am 1. Juli 2004 vorhandenen ehemaligen Mitglieder des Bayerischen Landtags und Hinterbliebenen findet Art. 22 Abs. 4 in der bis zum 30. Juni 2004 geltenden Fassung Anwendung. 2Art. 22 Abs. 10 bleibt insoweit unberücksichtigt.

Art. 43d

Übergangsregelungen zu der ab 1. Juli 2004 geänderten

Altersentschädigung und Hinterbliebenenversorgung

1Versorgungsansprüche, die vor dem 1. Juli 2004 entstanden sind, richten sich nach dem bis zum 30. Juni 2004 geltenden Recht. 2Art. 43b bleibt unberührt.

1Wurde vor dem 1. Juli 2004 eine Anwartschaft auf eine Altersentschädigung nach den Art. 12 bis 14 erworben, so bestimmt sich der Versorgungsanspruch nach dem bis 30. Juni 2004 geltenden Recht. 2Dies gilt auch für die Mitglieder des Landtags, die bis zum Ende der 15. Wahlperiode eine Anwartschaft auf eine Altersentschädigung nach den Art. 12 bis 14 erworben und im Zeitpunkt des Ausscheidens ein Mindestalter von 60 Jahren erreicht haben. 3Art. 43b bleibt unberührt. 4Art. 12 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

Die Versorgungsansprüche der Hinterbliebenen nach Art. 18 sind hinsichtlich der Anwendung von bisherigem und neuem Recht abhängig von dem Anspruch oder der Anwartschaft auf Altersentschädigung des Verstorbenen im Zeitpunkt seines Todes.

Art. 43e Übergangsregelung für den Anspruch auf

Altersentschädigung und für die Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

Bis zum Ende der 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags finden Art. 12, 15 Abs. 4, Art. 22 Abs. 2 und 7 und Art. 43d Abs. 2 in der bis zum 31. Juli 2009 geltenden Fassung Anwendung.

Auf die am 1. August 2009 vorhandenen ehemaligen Mitglieder des Bayerischen Landtags und Hinterbliebenen, die am 31. Juli 2009 bereits entsprechende Leistungen beziehen, findet Art. 22 Abs. 11 keine Anwendung.

1Auf die am 1. Januar 2011 vorhandenen ehemaligen Mitglieder des Bayerischen Landtags und Hinterbliebenen sowie auf die mit Ablauf der 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags ausscheidenden Mitglieder, die mit dem Ausscheiden einen Anspruch auf Altersentschädigung haben, findet Art. 22 Abs. 4 in der bis 31. Dezember 2010 geltenden Fassung Anwendung. 2Gleiches gilt für die mit Ablauf der 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags ausscheidenden Mitglieder, die nur des- halb noch keinen Anspruch auf Altersentschädigung haben, weil sie das nach Art. 12 Abs. 1 und 2 notwendige Lebensalter noch nicht erreicht haben.

Art. 44

Inkrafttreten, Weitergeltung alten Rechts

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der Art. 2, 3, 28 und 38

Abs. 1 Satz 2 am 28. Oktober 1978 in Kraft; Art. 2, 3, 28 und 38

Abs. 1 Satz 2 treten am 1. August 1977 in Kraft*).

(2)1Das durch Art. 16 des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags vom 23. Dezember 1965 (GVBl S. 358) in der Fassung vom 24. Mai 1968 (GVBl S. 152) als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtete Versorgungswerk des Bayerischen Landtags mit Sitz in München und die hierzu ergangene Satzung bestehen für die Mitglieder des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags und deren Hinterbliebene fort. 2Änderungen der Satzung erfolgen durch den Ältestenrat des Bayerischen Landtags. 3Sie sind im Bayerischen Staatsanzeiger zu veröffentlichen. 4Die Bayerische Versorgungskammer übernimmt unter der Aufsicht des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr die Verwaltung und gesetzliche Vertretung der Körperschaft. 5Der Erste Teil des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen

*) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 25. Juli 1977 (GVBl S. 369). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

(VersoG) vom 25. Juni 1994 (GVBl S. 466, BayRS 763-1-I) in der jeweils geltenden Fassung findet entsprechende Anwendung; die Vorschriften zum Geschäftsplan, zur Rechnungslegung, zur Sicherheitsrücklage, zum gebundenen Vermögen, zum Verantwortlichen Aktuar und zur Abschlussprüfung sind nicht anzuwenden. 6Der Freistaat Bayern garantiert die Erfüllung der Verpflichtungen der Körperschaft.

Für Mitglieder des Bayerischen Landtags, die sich nach dem Rechtsstellungsgesetz im Ruhestand befinden, gilt das Rechtsstellungsgesetz fort, sofern sie bis zum Ende der laufenden Wahlperiode aus dem Bayerischen Landtag ausgeschieden sind oder ausscheiden werden.

Im Übrigen treten mit dem allgemeinen Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft:

Das Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags;

das Gesetz über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat für Angehörige des öffentlichen Dienstes (Rechtsstellungsgesetz);

die Satzung des Versorgungswerks des Bayerischen Landtags.

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag regeln sich nach den Vorschriften des Thüringer Landeswahlgesetzes.

(aufgehoben)

Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags und der Volksvertretungen anderer Länder dürfen dem Landtag nicht angehören. Gehört ein Abgeordneter einem anderen Parlament an, stellt dies der Präsident des Landtags unverzüglich fest. Der Abgeordnete verliert sein Mandat eine Woche nach Bekanntgabe der Feststellung, soweit er nicht binnen dieser Frist die Entscheidung des Landtags beantragt. Der Landtag entscheidet über den Verlust der Mitgliedschaft in seiner nächsten Sitzung. Die Entscheidung wird zwei Wochen nach ihrer Bekanntgabe gegenüber dem Abgeordneten wirksam.

ZWEITER TEIL

Mitgliedschaft im Landtag und Beruf

2

Freie Mandatsausübung

Jede wählbare Person darf sich ungehindert um ein Mandat im Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes bewerben, es annehmen und ausüben.

Dabei darf sie am Arbeitsplatz nicht benachteiligt werden. Insbesondere ist eine ordentliche Kündigung oder eine Entlassung wegen der Bewerbung um ein Mandat oder wegen der Annahme oder Ausübung eines Mandats unzulässig.

Der Kündigungsschutz beginnt mit der Aufstellung der Bewerber durch das dafür zuständige Gremium der jeweiligen Partei oder politischen Vereinigung oder mit der Einreichung des Wahlvorschlags. Er gilt ein Jahr nach Beendigung des Mandats fort, für nicht gewählte Bewerber drei Monate nach dem Tag der Wahl.

3

Wahlvorbereitungsurlaub

Zur Vorbereitung ihrer Wahl ist Bewerberinnen auf Antrag Urlaub zu gewähren. Dieser beträgt bis zu zwei Monate vor dem Wahltag. Es besteht in dieser Zeit kein Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts oder Lohns.

Berufs- und Betriebszeiten

Die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes ist nach Beendigung des Mandats auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit anzurechnen.

Besteht eine betriebliche oder überbetriebliche Altersversorgung, so werden Zeiten der Mitgliedschaft im Landtag entsprechend den getroffenen Regelungen der Altersversorgung auf die Dauer der Berufs- und Betriebszeiten angerechnet.

DRITTER TEIL

Leistungen

Erster Abschnitt Leistungen an Abgeordnete

5

Entschädigungen

Abgeordnete erhalten eine steuerpflichtige monatliche Entschädigung (Grundentschädigung), die sich mit Wirkung vom 1. November 1994 aus einem Betrag von 2.505,33 Euro gemäß der letzten Festlegung zum 1. März 1992 zuzüglich des aus den Einkommensentwicklungsraten nach Maßgabe von Artikel 54 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit

26 Abs. 1 dieses Gesetzes resultierenden Betrages ergibt und somit 3582,62 Euro beträgt, welche zwölfmal im Jahr gezahlt wird.

Eine zusätzliche steuerpflichtige und nicht versorgungsfähige Entschädigung (Zusatzentschädigung) erhalten der Präsident des Landtags und die Fraktionsvorsitzenden in Höhe einer einfachen Grundentschädigung, die Vizepräsidenten in Höhe von 70 vom Hundert der Grundentschädigung.

Die Zusatzentschädigung wird zwölfmal im Jahr gezahlt. Bei dem Zusammentreffen mehrerer Ansprüche auf Zusatzentschädigung wird jeweils nur die höchste Zusatzentschädigung gewährt.

6

Aufwandsentschädigung

Abgeordnete erhalten zur Abgeltung der durch das Mandat bedingten Aufwendungen eine steuerfreie Amtsausstattung, die Geld- und Sachleistungen umfasst. Zu den Geldleistungen gehören Leistungen nach

6 Abs. 2 und 3, 7, 9 und 10. Zu den Sachleistungen gehören die Nutzung der Übernachtungsmöglichkeit im Haus der Abgeordneten sowie die kostenlose Nutzung aller im Landtagsgebäude vorhandenen Einrichtungen

zur Gewährleistung der Abgeordnetentätigkeit. Näheres kann in den Ausführungsbestimmungen des Ältestenrats sowie im Haushaltsgesetz bestimmt werden.

Die Geldleistungen, die sich mit Wirkung vom 1. November 1994 aus den jeweils bisher geltenden Beträgen gemäß der letzten Festlegung zum

1. März 1992 zuzüglich der aus der Preisentwicklungsrates nach Maßgabe von Artikel 54 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit

26 Abs. 2 dieses Gesetzes resultierenden Beträge ergeben, werden in einer monatlichen steuerfreien Kostenpauschale mit folgenden Bestandteilen zusammengefasst:

allgemeine Kosten, insbesondere für die Betreuung des Wahlkreises (z.B. Bürokosten, Porto, Telefon und Sonstiges) in Höhe von 921,96 Euro;

Mehraufwendungen aus der Tätigkeit am Sitz des Landtags in Höhe von 288,11 Euro;

Fahrten in Ausübung des Mandats, unabhängig von den 9 und 10 dieses Gesetzes, bei einer Entfernung des Wohnortes oder eines vom Abgeordneten zu benennenden Abgeordnetenbüros bis zum Sitz des Landtags

von bis zu 20 km	in Höhe	172.87
von bis zu 40 km	in Höhe	288.11
von bis zu 60 km	in Höhe	374.55
von bis zu 80 km	in Höhe	460.98
von bis zu 100 km	in Höhe	547.41
von bis zu 120 km	in Höhe	633.85
und ab 120 km	in Höhe	720.28

Bei Abgeordneten, denen ein landeseigener Dienstwagen zur ausschließli-

chen Verfügung steht, entfällt die Regelung zu Satz 1 Nr. 3.

Eine zusätzliche steuerfreie Aufwandsentschädigung erhalten

je ein parlamentarischer Geschäftsführer jeder Fraktion und

die Vorsitzenden der Ausschüsse.

Die zusätzliche Aufwandsentschädigung beträgt bei einer Entfernung des Wohnortes oder eines vom Abgeordneten zu benennenden Abgeordnetenbüros bis zum Sitz des Landtags

von bis zu 20 km	320.16
von bis zu 40 km	349.60
von bis zu 60 km	371.68
von bis zu 80 km	393.76
von bis zu 100 km	415.84
von bis zu 120 km	437.92
und ab 120 km	460.00

Die zusätzliche Aufwandsentschädigung wird monatlich gezahlt. 5 Abs. 2

Satz 3 gilt entsprechend. Persönliche Mitarbeiter von Abgeordneten,

Bürogrundausstattung

Abgeordneten werden auf Antrag die nachgewiesenen Aufwendungen für die Beschäftigung von persönlichen Mitarbeitern zur Unterstützung bei der mandatsbedingten Arbeit erstattet. Die Erstattung erfolgt bis zur Höhe des Betrages, der dem Bruttoarbeitsentgelt eines Beschäftigten der Entgeltgruppe 9, Stufe 4TV-L (Thüringen) entspricht. Erstattet werden darüber hinaus die entsprechenden Nebenleistungen wie Arbeitgeberanteile, -beiträge und

-umlagen, Umlagen für eine entsprechende Zusatzversorgungseinrichtung sowie eine Jahressonderzahlung. Für die vorgenannten Leistungen sind die Tarifverträge für die Beschäftigten des Landes entsprechend anzuwenden. Im Einzelfall können bei kündigungsbedingter vorzeitiger Beendigung von Arbeitsverhältnissen mit persönlichen Mitarbeitern Abfindungszahlungen bis zur Höhe von drei Monatsgehältern erstattet werden. Eine Erstattung von Aufwendungen kommt nur in Betracht, soweit der Landtagsverwaltung zu Beginn des Arbeitsverhältnisses ein Führungszeugnis des Mitarbeiters vorliegt, das keine Eintragungen wegen der vorsätzlichen Begehung einer Straftat enthält. Der Inhalt des Führungszeugnisses richtet sich nach § 32 Abs. 1 und 2, § 33 und § 34 Bundeszentralregistergesetz. Zu den Einzelheiten und zum Verfahren erlässt der Ältestenrat Ausführungsbestimmungen. Darüber hinaus werden jedem Abgeordneten auf Nachweis die Kosten für eine Bürogrundausstattung in Höhe von 2556,46 Euro einmal in jeder Wahlperiode erstattet. Eine Änderung erfolgt nach Maßgabe des Landeshaushalts. Die Erstattung der Kosten für Bürogrundausstattungsgegenstände ist im Falle der Aufgabe des Büros während der Wahlperiode in Höhe des Zeitwerts der Bürogrundausstattung oder im Falle des Verkaufs der Ausstattung durch den Abgeordneten in Höhe des Verkaufserlöses grundsätzlich zurückzugewähren.

8

Pflichtsitzung, Kürzung

Sitzungen des Landtags und seiner Ausschüsse, des Landtagsvorstands sowie Sitzungen des Ältestenrats sind Pflichtsitzungen. Sie finden grundsätzlich am Sitz des Landtags statt. Ausnahmen kann der Präsident auf schriftlichen Antrag zulassen.

In jeder Pflichtsitzung wird eine Anwesenheitsliste ausgelegt. Tragen sich Abgeordnete nicht eigenhändig in diese Liste ein, werden ihnen 25,56 Euro von der Kostenpauschale (§ 6 Abs. 2) einbehalten.

Der Abzug unterbleibt, wenn Abgeordnete

ihre Sitzungsteilnahme anhand der Sitzungs- oder Abstimmungsniederschriften nachweisen können,

eine gleichzeitig stattfindende andere Pflichtsitzung am Sitz des Landtags oder eine am gleichen Tag stattfindende auswärtige Pflichtsitzung wahrgenommen haben,

im Auftrage des Präsidenten oder einer Fraktion oder eines Ausschusses an einer Veranstaltung teilgenommen haben, welche zeitlich mit einer von ihnen wahrzunehmenden Pflichtsitzung zusammenfiel.

Die Abzüge dürfen die den Abgeordneten zustehende Kostenpauschale nach § 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 nicht übersteigen.

9

Freifahrtberechtigung

Abgeordnete haben das Recht, die Deutsche Bahn AG innerhalb Thüringens frei zu benutzen. Ihnen sind dazu auf Antrag Freifahrtscheine zu übergeben.

10

Reise- und Übernachtungskosten

Abgeordneten, die im Auftrag des Präsidenten oder eines Ausschusses an Veranstaltungen außerhalb des Hauses des Landtags teilnehmen, kann der Präsident auf vorherigen schriftlichen Antrag eine zusätzliche Entschädigung für Fahrkosten gewähren.

Bei Sitzungen außerhalb Thüringens, an denen Abgeordnete im Auftrag entsprechend Absatz 1 teilnehmen, werden auch die in Thüringen durch die Benutzung der Deutschen Bahn AG entstehenden Fahrkosten erstattet, soweit kein Freifahrtschein in Anspruch genommen wird. Auf schriftlichen Antrag kann der Präsident die Benutzung anderer Verkehrsmittel zulassen.

Bei genehmigter Nutzung eines Kraftfahrzeugs nach den Absätzen 1 oder 2 wird eine Kilometergeldentschädigung je gefahrenem Kilometer gewährt, wenn Abgeordnete

einen eigenen Kraftwagen,

einen Kraftwagen gegen Entgelt oder

einen Kraftwagen, dessen Betriebskosten von ihnen getragen werden, benutzen. Die Entschädigung richtet sich nach 5 Abs. 2 des Thüringer Reisekostengesetzes.

Abgeordnete erhalten bei mandatsbedingten, nicht durch eine Reise im Auftrag einer Fraktion veranlassten Übernachtungen außerhalb ihres Wohnsitzes, sofern nicht eine Unterbringung im Haus der Abgeordneten erfolgen kann, ein Übernachtungsgeld nach 7 des Thüringer Reisekostengesetzes.

Für die Teilnahme an Lehrgängen, Tagungen, Seminaren, Konferenzen, die Abgeordnete im Auftrag des Präsidenten oder eines Ausschusses besuchen, erhalten sie auf Nachweis die entstandenen Teilnahmegebühren erstattet.

Findet während der Parlamentsferien eine Plenarsitzung statt, so sind den Abgeordneten die notwendigen Fahrkosten zum Sitzungs- und Urlaubsort

zu erstatten, falls sie ihren Urlaub wegen dieser Sitzung unterbrechen müssen. Dies gilt auch für Sitzungen des Ältestenrats oder eines Ausschusses.

Die Genehmigung zur Durchführung von Auslandsreisen erteilt der Präsident, bei Teilnahme mehrerer Abgeordneter im Einvernehmen mit dem Ältestenrat. Reisekosten werden in diesem Fall nach dem Thüringer Reisekostengesetz erstattet.

Bei Dienstreisen des Präsidenten und der Vizepräsidenten werden die nachgewiesenen Auslagen erstattet. Bei Auslandsdienstreisen findet das Thüringer Reisekostengesetz Anwendung.

Zweiter Abschnitt Leistungen an ehemalige Abgeordnete

Abgeordnete haben nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag Anspruch auf Zahlung von Übergangsgeld entsprechend der Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Landtag. Das Übergangsgeld wird für das erste volle Jahr der Zugehörigkeit zum Landtag drei Monate und für jedes weitere volle Jahr der Mitgliedschaft jeweils einen Monat, insgesamt höchstens zwölf Monate lang gewährt. Zeiten einer früheren Mitgliedschaft im Landtag, für die bereits Übergangsgeld gezahlt worden ist, bleiben unberücksichtigt. Ebenso bleiben erworbene Ansprüche auf Übergangsgeld unberücksichtigt. Volle Jahre sind durch Auf- oder Abrundung zu ermitteln.

Der Anspruch auf Übergangsgeld besteht nicht, wenn Abgeordnete oder ehemalige Abgeordnete ihre Mitgliedschaft im Landtag verlieren oder verlieren würden, weil sie infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen. Das gilt auch, wenn sie mit Beschluss des Landtags ausgeschlossen wurden. Der Anspruch auf Übergangsgeld besteht des Weiteren nicht, wenn Abgeordnete im Monat nach ihrem Ausscheiden Anspruch auf Altersentschädigung haben.

12

Höhe des Übergangsgeldes

Das Übergangsgeld wird in Höhe der Grundentschädigung gezahlt.

Erwerbseinkommen außerhalb des öffentlichen Dienstes, Einkommens- und Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis oder aus der Verwendung im öffentlichen Dienst sowie Rentenansprüche werden nach Maßgabe des § 24 auf das Übergangsgeld angerechnet. Gleiches gilt auch für die Bezüge, die aufgrund einer bestehenden oder früheren Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag, in der am 18. März 1990 gewählten Volkshammer oder in einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes gewährt werden.

13

Anspruch auf Altersentschädigung

Abgeordnete erhalten nach einer Zugehörigkeit zum Landtag von mindestens sechs Jahren nach ihrem Ausscheiden mit Erreichen der Altersgrenze für den Bezug der Regelaltersrente nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch Altersentschädigung. Mit jedem weiteren Jahr der Mitgliedschaft im Landtag entsteht der Anspruch auf Altersentschädigung ein Lebensjahr früher, frühestens jedoch mit der Vollendung des 57. Lebensjahres. § 11 Abs. 1 Satz 5 gilt entsprechend.

Für den Anspruch auf Altersentschädigung gilt § 11 Abs. 2 Satz 1 und 2 entsprechend.

Während einer erneuten Zugehörigkeit zum Landtag ruht der Anspruch auf Altersentschädigung.

14

Höhe der Altersentschädigung

Die Altersentschädigung beträgt 26 vom Hundert der Grundentschädigung. Sie erhöht sich für jedes weitere volle Jahr der Mitgliedschaft über die Mindestzeit nach 13 hinaus um drei vom Hundert bis zur Höchstgrenze von 71,75 vom Hundert.

15

Mandatszeit in anderen Parlamenten

Zeiten der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag, in der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes gelten auf Antrag als Zeiten der Mitgliedschaft im Sinne des 13. Werden durch die Anrechnung von Mandatszeiten die Voraussetzungen für einen Anspruch nach diesem Gesetz erfüllt, so wird Altersentschädigung gezahlt.

Die Höhe der Altersentschädigung beträgt für jedes Jahr der tatsächlichen Mitgliedschaft im Landtag ein Sechstel der Mindestaltersentschädigung nach 14.

Angerechnet werden nur volle Jahre, die durch Auf- oder Abrundung zu ermitteln sind.

16

Gesundheitsschäden

Haben Abgeordnete während ihrer Zugehörigkeit zum Landtag Gesundheitsschäden erlitten, die ihre Arbeitskraft dauernd und so wesentlich beeinträchtigen, dass sie das Mandat und bei ihrem Ausscheiden aus dem

Landtag die bei der Wahl zum Landtag ausgeübte oder eine andere zumutbare Tätigkeit nicht ausüben können, so erhalten sie, unabhängig von den in 13 vorgesehenen Voraussetzungen Altersentschädigung, deren Höhe sich nach

14 richtet. Ist der Gesundheitsschaden durch einen Unfall in Ausübung oder infolge des Mandats eingetreten, so erhöht sich die Entschädigung um 20 vom Hundert bis höchstens 75 vom Hundert.

Tritt der Gesundheitsschaden während der Zeit des Anspruchs auf Zahlung des Übergangsgeldes nach 11 ein, kann der Landtagsvorstand eine Altersentschädigung auch vor Vollendung des nach 13 Abs. 1 für den Versorgungsbeginn maßgeblichen Lebensjahres des ehemaligen Abgeordneten gewähren. Voraussetzung ist, dass ein Anspruch auf andere Leistungen nicht vorliegt.

Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 werden nur auf Antrag gewährt. Für zurückliegende Zeiten werden Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 höchstens für drei Monate vor Antragstellung gewährt.

17

Versorgungsabfindung

Abgeordnete, die bei ihrem Ausscheiden weder eine Anwartschaft noch einen Anspruch auf Altersentschädigung erworben haben, erhalten für die Zeit der Zugehörigkeit zum Landtag auf Antrag eine Versorgungsabfindung. Sie wird für jeden angefangenen Monat der Mitgliedschaft im Landtag in Höhe des für diesen Monat jeweils geltenden Höchstbeitrags zur Rentenversicherung der Angestellten gezahlt. Im Falle einer erneuten Mitgliedschaft im Landtag können Abgeordnete auf Antrag, der innerhalb eines Jahres zu stellen ist, die Versorgungsabfindung zurückzahlen. Die frühere Mitgliedschaft im Landtag wird dann nach den 13 und 14 berücksichtigt. Hat ein ausgeschiedener Abgeordneter bis zu seinem Tod keinen Antrag auf Versorgungsabfindung gestellt, können sein überlebender Ehegatte oder, soweit ein solcher nicht vorhanden ist, die leiblichen oder die als Kind angenommenen Kinder einen Antrag stellen.

An Stelle der Versorgungsabfindung nach Absatz 1 kann für die Mitgliedschaft im Landtag die Nachversicherung beantragt werden. Sie richtet sich nach 23 Abs. 7 und 8 des Abgeordnetengesetzes des Bundes in der jeweils geltenden Fassung.

Dritter Abschnitt Leistungen an Hinterbliebene

18

Überbrückungsgeld für Hinterbliebene

Sterben Abgeordnete, so erhalten ihre überlebenden Ehegatten, die leiblichen Abkömmlinge sowie die angenommenen Kinder Überbrückungsgeld in

Höhe der zweifachen Grundentschädigung. An wen die Zahlungen zu leisten sind, bestimmt der Präsident; sind mehrere Berechtigte vorhanden, ist das Überbrückungsgeld in der Regel in der Reihenfolge der Aufzählung in Satz 1 zu gewähren. Sind Hinterbliebene im Sinne von Satz 1 nicht vorhanden, so wird auf Antrag sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit getragen haben, das Überbrückungsgeld bis zur Höhe ihrer Aufwendungen gewährt. Der Auszahlungsbetrag des Überbrückungsgeldes vermindert sich um 1 050 Euro.

Das Gleiche gilt beim Tod ehemaliger Abgeordneter, die Altersentschädigung erhalten oder eine Anwartschaft auf Altersentschädigung erworben haben; bei der Berechnung des Überbrückungsgeldes tritt an die Stelle der Grundentschädigung die Altersentschädigung.

Die Hinterbliebenen der Abgeordneten im Sinne von Absatz 1 Satz 1 erhalten die noch nicht abgerechneten Leistungen nach diesem Gesetz, soweit sie im Zeitpunkt des Todes fällig waren. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

19

Hinterbliebenenversorgung

Bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung von Altersentschädigung im Zeitpunkt des Todes von Abgeordneten erhalten Ehegatten Hinterbliebenenversorgung in Höhe von 60 vom Hundert der Altersentschädigung. Sofern die Mindestzeiten nach den 13 und 14 erfüllt sind, jedoch noch nicht das nach 13 Abs. 1 für den Versorgungsbeginn maßgebliche Lebensjahr erreicht ist, beträgt die Hinterbliebenenversorgung ebenfalls 60

vom Hundert der Altersentschädigung. Liegen die Voraussetzungen für die Gewährung von Altersentschädigung nicht vor, beträgt die Hinterbliebenenversorgung 60 vom Hundert der Mindestaltersentschädigung.

Absatz 1 Satz 1 und 2 gilt entsprechend beim Ableben ehemaliger Abgeordneter. Hatten sie Anspruch auf Versorgungsabfindung oder auf Nachversicherung (§ 17), unterbleibt die Hinterbliebenenversorgung.

Kinder von Abgeordneten erhalten unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Waisengeld. Es beträgt im Fall des Absatzes 1 Satz 1 und 2 für Vollwaisen 20 und für Halbwaisen zwölf vom Hundert der Altersentschädigung und im Fall des Absatzes 1 Satz 3 für Vollwaisen 20 und für Halbwaisen zwölf vom Hundert der Mindestaltersentschädigung.

Vierter Abschnitt

Beihilfen, Zuschüsse und Unterstützungen

20

Beihilfen und Zuschüsse

Die Abgeordneten und die Versorgungsempfänger nach diesem Gesetz erhalten zu den notwendigen Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und

Todesfällen entweder Beihilfen nach den für die Landesbediensteten geltenden Vorschriften oder einen monatlichen Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen. Erhalten sie Beihilfen nach anderen Vorschriften, so können sie wählen, ob sie Beihilfe vom Landtag haben wollen. Der Anspruch auf Zuschuss besteht nur, wenn nach anderen Vorschriften weder ein Anspruch auf Beihilfe noch auf Zuschuss besteht.

Der Anspruch auf Beihilfe oder Zuschuss besteht auch während des Bezugs von Übergangsgeld, soweit Leistungen nach anderen Vorschriften nicht gewährt werden.

Der monatliche Zuschuss beträgt die Hälfte des Krankenversicherungsbeitrags, den Abgeordnete aus eigenen Mitteln entrichten, höchstens jedoch die Hälfte des Höchstbeitrags zur Krankenversicherung bei der für den Wohnsitz der Abgeordneten zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse. Der Anspruch auf den Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen schließt ein den Anspruch auf einen Zuschuss in Höhe der Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Pflegeversicherungsbeitrags, höchstens jedoch der Hälfte des Höchstbetrags der sozialen Pflegeversicherung.

Die Entscheidung, ob und von wem Beihilfe begehrt wird oder der Zuschuss in Anspruch genommen werden soll, ist innerhalb von vier Monaten nach Annahme des Mandats, für die Versorgungsempfänger innerhalb von vier Monaten nach Zustellung des Versorgungsbescheids dem Präsidenten mitzuteilen. Die Entscheidung kann innerhalb der Wahlperiode einmal geändert werden. Mit Eingang der schriftlichen Unterrichtung an den Präsidenten wird die Änderung wirksam.

Festsetzungsstelle ist die Verwaltung des Landtags.

Unterstützungen

Der Präsident kann im Benehmen mit den Vizepräsidenten in besonderen wirtschaftlichen Notfällen Abgeordneten einmalige Unterstützungen, ausgeschiedenen Abgeordneten und deren Hinterbliebenen einmalige Unterstützungen und laufende Unterhaltszuschüsse gewähren.

Fünfter Abschnitt

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge

Mehrere aktive Bezüge

Haben Abgeordnete neben der Grundentschädigung Anspruch auf Einkommen aus einem Amtsverhältnis als Mitglied der Landesregierung, so wird die Grundentschädigung um 65 vom Hundert gekürzt.

Haben Abgeordnete neben der Grundentschädigung Einkommen aus einem Dienst- oder Werkverhältnis, dem keine tatsächlich geleistete Arbeit entspricht, so ruht die Grundentschädigung in Höhe des Einkommens.

Für die Zeit, für die Abgeordnete eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestags erhalten, wird die Grundentschädigung nicht gewährt.

23

Aktive und passive Bezüge

Haben Abgeordnete neben der Grundentschädigung Anspruch auf Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst oder auf Altersrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, so ruht die Grundentschädigung in Höhe der anderen Bezüge. Sind jedoch die ruhegehaltsfähigen Amts- oder Dienstbezüge höher als die Grundentschädigung, so ruht diese, soweit sie und die anderen Bezüge die ruhegehaltsfähigen Amts- und Dienstbezüge übersteigen.

Wird neben Versorgungsbezügen nach Absatz 1 eine Entschädigung aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes gewährt, so bestimmt sich das Ruhen der Versorgungsbezüge nach den dort geltenden Bestimmungen über das Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit der Abgeordnetenentschädigung.

Haben Abgeordnete neben der Grundentschädigung Anspruch auf die Zusatzentschädigung und auf Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis als Mitglied der Landesregierung oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst, so ruhen die Grundentschädigung und die Zusatzentschädigung, soweit sie und die Versorgungsbezüge die niedrigsten ruhegehaltsfähigen Amtsbezüge eines Mitglieds der Landesregierung zuzüglich eines Viertels der Grundentschädigung übersteigen. Rentenansprüche sind entsprechend einzubeziehen. Absatz 1 bleibt mit der Maßgabe unberührt, dass neben der Grundentschädigung die Zusatzentschädigung voll ruht, wenn dies günstiger ist.

24

Passive und aktive Bezüge

Haben ehemalige Abgeordnete Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst, so ruhen die Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz, soweit sie und das Einkommen die Grundentschädigung übersteigen.

Für Hinterbliebene findet Absatz 1 mit der Maßgabe Anwendung, dass die in 19 genannten Vomhundertsätze gelten.

Beziehen ehemalige Abgeordnete Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz und eine Entschädigung als Mitglied im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, so ruht der Versorgungsanspruch nach diesem Gesetz bis zur Höhe des Betrags der Entschädigung, die sie als Abgeordnete des anderen Parlaments erhalten. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen (19).

25

Mehrere passive Bezüge

Treffen Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz mit Versorgungsansprüchen aus einer Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag, in der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer oder in einem Parlament eines anderen Landes oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst oder mit Rentenansprüchen zusammen, so ruhen die Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz zu 50 vom Hundert des Betrages, um den sie und die anderen Bezüge die Grundentschädigung übersteigen.

Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben Versorgungsansprüchen aus einem Amtsverhältnis als Mitglied der Landesregierung, soweit sie und die anderen Ansprüche 75 vom Hundert der um ein Viertel der Grundentschädigung erhöhten ruhegehaltsfähigen Amtsbezüge übersteigen. Rentenansprüche sind entsprechend einzubeziehen.

(3) Für Hinterbliebene finden die Absätze 1 und 2 mit der Maßgabe Anwendung, dass die in 19 Abs. 1 und 2 genannten Vomhundertsätze gelten.

Sechster Abschnitt Gemeinsame Vorschriften

26

Anpassung der Grund- und Aufwandsentschädigung

Die Höhe der Grundentschädigung verändert sich jährlich entsprechend dem Durchschnitt der Veränderung der Bruttoeinkommen von abhängig Beschäftigten sowie von Empfängern von Arbeitslosengeld II in Thüringen nach Maßgabe von Absatz 3.

Die Höhe der Aufwandsentschädigungen nach 6 Abs. 2 und 3 verändert sich jährlich entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in Thüringen nach Maßgabe von Absatz 3.

Das Landesamt für Statistik ermittelt

die allgemeine Einkommensentwicklung nach Maßgabe
des Verdienststatistikgesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I
S. 3291) in der jeweils geltenden Fassung,
der Tarifverträge für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
des Rechts der Beamtenbesoldung und
der allgemeinen Veränderung des Arbeitslosengeldes II,
jeweils bezogen auf den Zeitraum des gesamten Berichtsjahres gegen- über dem Vorjahr,
der Entwicklung des Indexes der tariflichen Stundenlöhne für die qualifizierten Arbeiter, Landarbeiter
und nichtqualifizierten Arbeiter in der Landwirtschaft in den Bereichen Pflanzenbau, Tierhaltung und
gemischte Landwirtschaft in den neuen Ländern als Veränderung des Jahresdurchschnittes des
Berichtsjahres gegenüber dem Jahresdurchschnitt des Vorjahres und
die allgemeine Preisentwicklung nach Maßgabe des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958
(BGBl. I S. 605) in der jeweils geltenden Fassung als Veränderung des Jahresdurchschnittes des
Berichtsjahres ge- gegenüber dem Jahresdurchschnitt des Vorjahres.

Die sich hieraus ergebenden Einkommens- und Preisentwicklungsraten teilt das Landesamt für Statistik
dem Präsidenten des Landtags am Ende des ersten Quartals des auf das Bezugsjahr folgenden Jahres
mit. Dieser un- terrichtet danach den Landtag in einer Drucksache und die Öffentlichkeit im Gesetz- und
Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen hierüber sowie über die sich daraus ergebenden
Veränderungen der Grund- und Aufwandsentschädigung. Sie treten jeweils mit Wirkung vom 1. Januar
des Jahres der Bekanntgabe in Kraft.

27

Beginn und Ende der Ansprüche

Die in den 5 bis 7 und 20 geregelten Ansprüche entstehen mit dem Tag der Annahme der Wahl, auch
wenn die Wahlperiode des letzten Landtags noch nicht abgelaufen ist. Die Leistungen werden für einen
Monat nur ein- mal gewährt.

Ausscheidende Abgeordnete erhalten die Grund- und die Aufwandsentschädigung bis zum Ende des
Monats, in dem die Mitgliedschaft im Landtag endet; die Aufwandsentschädigung nach 7 Satz 1 bis 4
wird läng- stens bis zum Ende des auf das Ausscheiden folgenden Kalendervierteljahres gewährt,
Ausführungsbestimmungen des Ältestenrats regeln das Nähere. Der Anspruch auf eine
Zusatzentschädigung erlischt mit Ablauf des Monats, in dem ein Nachfolger für die jeweilige Funktion
gewählt worden ist, späte- stens jedoch mit dem Ende der Wahlperiode. Für den Anspruch auf eine zu-
sätzliche Aufwandsentschädigung gilt Satz 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass der Anspruch auch im
Falle der vom Landtag getroffenen Feststellung der Beendigung der Tätigkeit eines Ausschusses erlischt.

Die Zahlung von Übergangsgeld erfolgt ab dem Monat, der dem Ende der Mitgliedschaft im Landtag folgt. Die Zahlung von Übergangsgeld wird eingestellt mit Ablauf der Frist nach § 11 Abs. 1 Satz 2, vor Fristende mit Ablauf des

Monats, in dem ehemalige Abgeordnete erstmals die Voraussetzungen für die Gewährung von Altersentschädigung erfüllen oder in dem sie sterben.

Altersentschädigung wird vom Ersten des Monats an gewährt, in welchem das anspruchsbegründende Ereignis eintritt. Sollte zu diesem Zeitpunkt noch Entschädigung nach Absatz 2 oder Übergangsgeld gezahlt werden, wird Altersentschädigung mit Beginn des darauf folgenden Monats gewährt. Die Zahlung von Altersentschädigung wird eingestellt mit Ablauf des Monats, in dem ehemalige Abgeordnete sterben.

28

Zahlungsweise

Die Entschädigungen nach § 5, die Kostenpauschale nach § 6 Abs. 2 und die Leistungen nach den §§ 11, 13, 16, 19 und 20 Abs. 3 werden monatlich im Voraus gezahlt. Ist nur ein Teil zu leisten, so wird für jeden Kalendertag ein Dreißigstel gezahlt. Die Leistungen nach § 10 müssen innerhalb von drei Monaten nach Entstehen des Anspruchs geltend gemacht werden. Für die Leistungen nach

§ 7 gelten die Ausführungsbestimmungen des Ältestenrats.

Der Auszahlungsbetrag der Grundentschädigung und der Zusatzentschädigung vermindert sich ab dem 1. Januar 1995 in Ansehung der zu den Kosten in Pflegefällen nach § 20 gewährten Beihilfen und Zuschüsse um ein Dreihundertfünfundsechzigstel.

Die Leistungen nach den §§ 11 bis 21 und Teilbeträge von diesen werden auf volle Euro-Beträge aufgerundet.

29

Verzicht, Übertragbarkeit

Ein Verzicht auf die Entschädigung nach den §§ 5 bis 7 ist unzulässig. Die Ansprüche aus den §§ 6, 7, 9, 10 und 20 sind nicht übertragbar. Die Ansprüche nach den §§ 5, 11 bis 19 und 21 sind nur bis zur Hälfte übertragbar.

30

Anwendung anderer gesetzlicher Vorschriften

Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, werden die für die Bediensteten des Landes jeweils geltenden versorgungsrechtlichen Vorschriften mit Ausnahme der Bestimmungen über das Sterbegeld und die jährlich zu gewährenden Sonderzuwendungen sinngemäß angewandt.

Rentenansprüche im Sinne dieses Gesetzes sind nur Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen und aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung des öffentlichen Dienstes. Der Umfang ihrer Anrechnung ergibt sich aus den nach Absatz 1 jeweils geltenden Vorschriften.

Jährliche einmalige Zahlungen aufgrund gesetzlicher oder tarifvertraglicher Regelungen, ein Unfallausgleich, Aufwandsentschädigungen und sonstige nicht der Einkommenssteuerpflicht unterliegenden Zulagen und Zuschläge gelten nicht als Einkommen oder Versorgungsbezüge im Sinne dieses Gesetzes.

Als Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst gilt auch das Einkommen aus einer Beschäftigung bei juristischen Personen und sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt.

Regelmäßig wiederkehrende Bezüge nach Beendigung der Beschäftigung nach Absatz 4 gelten als Versorgungsbezüge im Sinne des Gesetzes, wenn sie mit Versorgungsbezügen nach bedienstetenrechtlichen Grundsätzen vergleichbar sind.

VIERTER TEIL

Angehörige des öffentlichen Dienstes im Parlament

Erster Abschnitt Wahlvorbereitungsurlaub

31

Wahlvorbereitungsurlaub

3 gilt für Angehörige des öffentlichen Dienstes entsprechend.

Unberührt bleibt der Anspruch auf Beihilfe zu Aufwendungen in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen sowie zur Gesundheitsvorsorge.

Zweiter Abschnitt

Wahl in die gesetzgebende Körperschaft eines anderen Landes

32

Wahl in andere Parlamente bei gleichzeitiger Vereinbarkeit von Amt und Mandat

Ist ein Angehöriger des öffentlichen Dienstes in ein Parlament gewählt worden und ist das Amt nach dem dort geltenden Recht mit dem Mandat vereinbar, findet das Abgeordnetenrecht des Parlaments Anwendung, in das der Angehörige gewählt worden ist.

Dritter Abschnitt Unvereinbarkeit von Amt und Mandat

33

Unvereinbare Ämter

Beamte mit Dienstbezügen, Beamte auf Zeit, hauptamtliche Wahlbeamte auf Zeit und Beamte, die jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können, können nicht Abgeordnete sein. Sie können auch nicht Mitglied eines anderen Parlaments sein, wenn das Amt nach dem dort geltenden Recht mit dem Mandat unvereinbar ist.

34

Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

Die Rechte und Pflichten von Beamten im Sinne des 33 ruhen, wenn sie in ein Parlament (Europäisches Parlament, Deutscher Bundestag, Landtag, gesetzgebende Körperschaften anderer Länder) gewählt worden sind. Das Ruhen beginnt mit der Annahme der Wahl, jedoch nicht vor Verkündung dieses Gesetzes, und endet mit dem Ende der Mitgliedschaft im Parlament. Das gilt auch für die Bestimmungen über die Nebentätigkeit. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und das Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken bleiben bestehen.

Die Beamten haben das Recht, ihre Amts- oder Dienstbezeichnung mit dem Zusatz außer Dienst (a. D.) zu führen.

Bei unfallverletzten Beamten bleiben die Ansprüche auf das Heilverfahren und einen Unfallausgleich unberührt.

Die vorgehenden Absätze gelten längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.

35

Beamte auf Widerruf und auf Probe

Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, die in ein Parlament nach 33 gewählt worden sind, erhalten auf Antrag Urlaub ohne Anwärterbezüge. Wird der Beamte nach Bestehen der Laufbahnprüfung zum Beamten auf Probe ernannt, so ruhen seine Rechte und Pflichten aus diesem Dienstverhältnis nach

34 von dem Tage an, mit dem die Ernennung wirksam wird.

36

Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

Die Beamtenrechte und -pflichten ruhen auch nach Beendigung der Mitgliedschaft im Parlament für längstens weitere sechs Monate. Auf Antrag

ist der Beamte wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückzuführen. Der Antrag ist innerhalb von drei Monaten nach Ende des Mandats zu stellen, er ist auch innerhalb weiterer drei Monate zu vollziehen. Das zu übertragende Amt muss derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehören wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein. Vom Tage der Antragstellung an sind die Dienstbezüge des zuletzt bekleideten Amtes zu zahlen.

Wird der Antrag nach Absatz 1 nicht oder nicht fristgemäß gestellt, ruhen die Rechte und Pflichten weiter bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.

Hauptamtliche Wahlbeamte auf Zeit treten nach Beendigung der Mitgliedschaft im Parlament bis zum Ablauf der Zeit als Wahlbeamte in den Ruhestand.

37

Dienstzeiten im öffentlichen Dienst

Die Zeit der Mitgliedschaft im Parlament gilt nur als Dienstzeit im Sinne des Versorgungsrechts der Beamten und Richter, wenn keine Anwartschaft oder kein Anspruch auf Altersentschädigung erworben wurde. Dies gilt auch für Beamte und Richter im Ruhestand für das frühere Dienstverhältnis entsprechend.

Absatz 1 findet keine Anwendung auf Zeiten, für die Versorgungsabfindung nach 17 gezahlt wird.

Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Parlament ist die Zeit der Mitgliedschaft auf laufbahnrechtliche Zeiten, mit Ausnahme der Probezeit anzurechnen. Gleiches gilt für das Aufsteigen in den Erfahrungsstufen des Grundgehalts nach 24 Abs. 1 Satz 2 des Thüringer Besoldungsgesetzes. Höchstgrenzen werden um die Zeit der Mitgliedschaft im Parlament hinaus- geschoben.

38

Entlassung

Beamte, die in ein mit dem Mandat unvereinbares Amt berufen werden, sind zu entlassen, wenn sie zur Zeit der Ernennung Mitglied im Parlament waren und nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten ihr Mandat niederlegen.

39

Richter

Die 34 bis 37 gelten für Richter entsprechend.

40

Leitende Angestellte des öffentlichen Dienstes

Die 31 bis 38 gelten für leitende Angestellte des öffentlichen Dienstes sinngemäß. Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Parlament ist die Zeit der Mitgliedschaft auf Dienst- und Beschäftigungszeiten anzurechnen. Im Rahmen einer bestehenden zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung gilt dies nur im Hinblick auf Vorschriften, die die Anwartschaft oder den Anspruch dem Grunde nach regeln.

Die 31 bis 38 gelten auch für Mitglieder derjenigen Organe, die geschäftsleitende Aufgaben haben, und für leitende Angestellte von juristischen Personen und sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen das Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt.

Leitender Angestellter im Sinne der Absätze 1 und 2 ist, wer allein oder mit anderen ständig berechtigt ist, das Unternehmen in seiner Gesamtheit zu vertreten.

41

Hochschullehrer

Für die Rechtsstellung der in den Landtag gewählten Hochschullehrer im Sinne des 43 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung vom 19. Januar 1999 (BGBl. I S. 18) in der jeweils geltenden Fassung findet 36 mit der Maßgabe Anwendung, dass sie in ihrem bisherigen Amt an der gleichen Hochschule wieder verwendet werden müssen.

Hochschullehrer können eine Tätigkeit in Forschung und Lehre sowie die Betreuung von Doktoranden und Habilitanden während der Mitgliedschaft im Landtag wahrnehmen, soweit sie dadurch nicht Aufgaben eines leitenden Angestellten im Sinne des 40 Abs. 3 übernehmen. Die Vergütung für diese Tätigkeit darf 25 vom Hundert der Bezüge, die aus dem Hochschullehrer-dienstverhältnis zu zahlen wären, nicht übersteigen.

FÜNFTER TEIL

Unabhängigkeit der Abgeordneten, Verschwiegenheitspflichten

42

Verhaltensregeln

Der Landtag gibt sich Verhaltensregeln.

Die Verhaltensregeln für die Abgeordneten müssen Bestimmungen enthalten über

die Pflicht zur Anzeige von Berufen sowie wirtschaftlichen oder anderen Tätigkeiten, die auf Interessenverknüpfungen hinweisen können,

die für die Ausübung des Mandats bedeutsam sind, unterschieden nach Tätigkeiten vor und nach Mandatsübernahme einschließlich ihrer Änderungen während der Mandatsausübung,

die Unzulässigkeit einer Annahme von Zuwendungen, die ohne Leistung der geschuldeten Dienste nur in Erwartung der Vertretung der Interessen des Zahlenden im Landtag gewährt werden,

die Pflicht zur Rechnungsführung über und zur Anzeige von Spenden,

die Veröffentlichung von Angaben im amtlichen Handbuch des Landtags,

die Pflicht zur Offenlegung von Interessenverknüpfungen, die sich nicht aus dem amtlichen Handbuch ergeben, vor Ausschussberatungen oder

-abstimmungen,

die Pflicht zur Unterlassung von Hinweisen auf die Mitgliedschaft im Landtag in beruflichen und geschäftlichen Angelegenheiten,

das Verfahren sowie die Befugnisse und Pflichten des Präsidenten und der anderen Vorstandsmitglieder bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln.

Verschwiegenheitspflicht und Aussagegenehmigung

Die Abgeordneten dürfen, auch nach Beendigung ihres Mandats, ohne Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben über Angelegenheiten, die aufgrund eines Gesetzes oder nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtags der Verschwiegenheit unterliegen.

Die Genehmigung erteilt der Präsident des Landtags. Sind Stellen außerhalb des Landtags an der Entstehung der geheim zu haltenden Angelegenheiten beteiligt gewesen, kann die Genehmigung nur im Einvernehmen mit ihnen erteilt werden.

Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Aussage oder Erklärung dem Wohl des Landes, eines anderen Landes oder des Bundes Nachteile bereiten oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde.

SECHSTER TEIL

Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen

Erster Abschnitt Fraktionen

Fraktionsbildung

Abgeordnete, die der gleichen Partei oder Liste angehören, können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Eine Fraktion besteht aus mindestens fünf vom Hundert der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags.

Das Nähere kann durch die Geschäftsordnung des Landtags geregelt werden.

Rechtsstellung

Die Fraktionen sind rechtsfähige Vereinigungen von Abgeordneten. Sie sind nicht Teil der öffentlichen Verwaltung; sie üben keine öffentliche Gewalt aus.

Die Fraktionen können klagen und verklagt werden.

46

Organisation

Die Fraktionen bestimmen ihre Organisation und Vertretung ausgerichtet an den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie. Sie geben sich eine Geschäftsordnung, die beim Präsidenten des Landtags zu hinterlegen ist.

47

Aufgaben

Die Fraktionen dienen der politischen Willensbildung im Landtag und wirken an der Erfüllung seiner Aufgaben mit, indem sie durch die Koordination der parlamentarischen Tätigkeit ihrer Mitglieder dazu beitragen, den Ablauf der parlamentarischen Arbeit zu steuern und zu erleichtern. Danach gehört es insbesondere zu ihren Aufgaben,

Initiativen vorzubereiten, abzustimmen und durchzusetzen,

innerhalb der Fraktion eine gemeinsame Haltung zu Gegenständen der parlamentarischen Beratung und Entscheidung herbeizuführen und zu verfolgen,

im Meinungsaustausch mit Betroffenen, der Bevölkerung, Organisationen und Vereinigungen Informationen für parlamentarische Entscheidungen und deren Akzeptanz zu gewinnen,

eine Arbeitsteilung unter den Mitgliedern zu organisieren sowie

die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten. In diesem Rahmen können die Fraktionen auch mit Fraktionen anderer Parlamente zusammenarbeiten.

48

Fraktionsmitarbeiter

Die Fraktionen dürfen nur Mitarbeiter beschäftigen, die nicht wissentlich als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter mit dem Ministerium für Staatssicherheit, dem Amt für Nationale Sicherheit oder Beauftragten dieser Einrichtungen zusammengearbeitet haben. Darüber hinaus dürfen Beschäftigungsverhältnisse nur dann begründet werden, wenn der Fraktion ein Führungszeugnis des Mitarbeiters vorliegt, das keine Eintragungen

wegen der vorsätzlichen Begehung einer Straftat enthält. Der Inhalt des Führungszeugnisses richtet sich nach 32 Abs. 1 und 2, 33 und 34 Bundeszentralregistergesetz. Zu den Einzelheiten und zum Verfahren erlässt der Ältestenrat Ausführungsbestimmungen.

Mitarbeiter der Fraktionen sind, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, verpflichtet, über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. Die Mitarbeiter sind, sofern es sich nicht um Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete handelt, zu Beginn des Beschäftigungsverhältnisses durch die Fraktion besonders zur Geheimhaltung zu verpflichten. 1 Abs. 2 und 3 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547) ist entsprechend anwendbar. Personen, die nach Satz 3 besonders verpflichtet worden sind, stehen für die Anwendung der Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Verletzung von Privatgeheimnissen (203 Abs. 2, 4 und 5, 204 und 205) und des Dienstgeheimnisses (353 b Abs. 1) den für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten gleich.

Mitarbeiter der Fraktionen dürfen, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, ohne Genehmigung über Angelegenheiten nach Absatz 2 Satz 1 weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung erteilt der jeweilige Fraktionsvorsitzende. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Aussage dem Wohle des Bundes oder der Länder Nachteile bereitet oder geeignet ist, der parlamentarischen Tätigkeit der Fraktion Nachteile zu bereiten.

Zweiter Abschnitt Leistungen an die Fraktionen

49

Anspruch auf Leistungen

Die Fraktionen haben zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben einen Anspruch auf Geld- und Sachleistungen sowie auf personelle Unterstützung. Der Umfang der Leistungen wird im Landeshaushalt ausgewiesen.

Die Geldleistungen setzen sich aus einem Grundbetrag und einem nach Mitgliederzahl der Fraktionen gestaffelten Zuschlag zusammen. Oppositionsfraktionen erhalten einen zusätzlichen Betrag (Oppositionsbonus). Der Präsident erstattet dem Landtag im Benehmen mit dem Ältestenrat rechtzeitig vor der Einbringung des Haushaltsgesetzes einen Bericht darüber, ob sich eine Veränderung der Höhe dieser Beträge und des Oppositionszuschlags empfiehlt.

Die Sachleistungen werden nur zur Nutzung erbracht.

Personelle Unterstützung für einen Fraktionsmitarbeiter wird nicht gewährt, ohne die Mitteilung an den Präsidenten des Landtags über das Vorliegen eines Führungszeugnisses nach 48 Abs. 1 ohne Belastungseintragung.

50

Zahlungsweise und Dauer des Anspruchs auf Geldleistungen

Die Geldleistungen werden monatlich im Voraus gezahlt. Ändern sich die für die Höhe der Geldleistungen maßgebenden Umstände, so wird die Geldleistung in der bisherigen Höhe letztmalig für den Monat gezahlt, in dem die Änderung eintritt. Fällt eine Fraktion ersatzlos weg, so kann der Präsident im Einvernehmen mit dem Ältestenrat die bisher gezahlten Geldleistungen teilweise oder in vollem Umfang für längstens drei Monate weiter gewähren.

Wird der Landtag neu gewählt, erhalten die Fraktionen des alten Landtags Fraktionszuschüsse bis zum Ende der Wahlperiode, im Falle ihrer Liquidierung bis zum Schluss des Monats, in dem die Wahlperiode endet, und die Fraktionen des neuen Landtags Fraktionszuschüsse ab dem Zeitpunkt ihres ersten Zusammentritts, frühestens jedoch ab dem Zusammentritt des neuen Landtags.

51

Zweckentsprechende Verwendung

Geld- und Sachleistungen dürfen die Fraktionen nur für Aufgaben verwenden, die sich aus der Verfassung des Freistaats Thüringen, diesem Gesetz und der Geschäftsordnung des Landtags ergeben. Hierbei sind die Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu beachten. Für Reise- und Übernachtungskosten, die bei Veranstaltungen außerhalb des Hauses des Landtags im Auftrage einer Fraktion entstehen, ist 10 Abs. 1 bis 5 entsprechend anzuwenden. Für die Genehmigung ist in diesen Fällen der Fraktionsvorsitzende zuständig. Eine Verwendung für Parteiaufgaben sowie für Zwecke, für die bereits nach diesem Gesetz Entschädigungen gezahlt werden, ist unzulässig.

52

Bildung von Rücklagen

Die Fraktionen können aus den Geldleistungen nach 49 Abs. 2 Rücklagen bilden, soweit dies unter Beachtung der Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung für größere Aufgaben erforderlich ist, die aus den Einnahmen eines laufenden Haushaltsjahres nicht getätigt werden können.

53

Buchführung

Die Fraktionen haben über ihre Ausgaben und Einnahmen sowie über ihr Vermögen nach Maßgabe des 54 Abs. 2 und 3 Buch zu führen. Mit Geldleistungen nach 49 Abs. 2 beschaffte Gegenstände sind zu kennzeichnen und in einem Nachweis aufzuführen, sofern sie mindestens einen Wert von 410 Euro haben und nicht zum Verbrauch bestimmt sind.

Die Rechnungsunterlagen sind fünf Jahre aufzubewahren.

54

Rechnungslegung

Die Fraktionen haben über die Herkunft und die Verwendung der Mittel, die ihnen innerhalb eines Kalenderjahres (Rechnungsjahr) zugeflossen sind, Rechenschaft zu geben.

Die Rechnung ist wie folgt zu gliedern:

Einnahmen:

Geldleistungen nach 49 Abs. 2

sonstige Einnahmen

Ausgaben:

Summe der Leistungen an Fraktionsmitglieder für die Wahrnehmung besonderer Funktionen in der Fraktion

Summe der Personalausgaben für Fraktionsmitarbeiter

Ausgaben für Veranstaltungen

Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten

Ausgaben für die Zusammenarbeit mit Fraktionen anderer Parlamente

Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit

Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes

Ausgaben für Investitionen

sonstige Ausgaben

Die Rechnung muss außerdem das Vermögen und die Rücklagen nach 52 sowie die Forderungen und Verbindlichkeiten ausweisen. Die Vermögensrechnung gliedert sich wie folgt:

Aktivseite:

Geldbestände

sonstige Vermögensgegenstände

Rechnungsabgrenzung

Passivseite:

Rücklagen

Rückstellungen

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

sonstige Verbindlichkeiten

Rechnungsabgrenzung

Die Rechnung muss von einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf die Einhaltung der Forderungen der Absätze 2 und 3 geprüft werden und einen entsprechenden Prüfungsvermerk aufweisen. Die politische Erforderlichkeit einer Maßnahme der Fraktion ist nicht Gegenstand der Prüfung.

Der Bericht über die Prüfung ist dem Präsidenten des Landtags spätestens bis zum Ende des vierten Monats nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres vorzulegen. Entfällt der Anspruch auf Geldleistungen nach 49 Abs. 2, beginnt die Frist mit Ablauf des Monats, in dem diese letztmalig gezahlt wurden. Der Präsident des Landtags kann auf Antrag die Frist aus besonderen Gründen bis zu zwei Monate verlängern.

Wird der Bericht über die Prüfung nicht fristgerecht vorgelegt, sind Geld- und Sachleistungen nach 49 zurückzubehalten.

55

Rechnungsprüfung

Der Präsident des Rechnungshofs hat ein uneingeschränktes Prüfungsrecht.

Der Prüfungsbericht wird von der Fraktion dem Präsidenten des Rechnungshofs im ersten Halbjahr nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres vorgelegt, der ihn prüfen kann.

Bei der Prüfung ist der Rechtsstellung und den Aufgaben der Fraktionen Rechnung zu tragen. Die politische Erforderlichkeit von Maßnahmen der Fraktion ist nicht Gegenstand der Prüfung.

Der Prüfbericht des Präsidenten des Rechnungshofs wird dem Präsidenten des Landtags und der jeweils geprüften Fraktion zugestellt.

56

Rückerstattung von Leistungen

Geldleistungen nach 49 Abs. 2, die nicht zweckentsprechend verwendet worden sind, sind zurückzuerstatten. Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung gelten entsprechend.

Die Rückerstattung hat mit der Vorlage der geprüften Rechnungen nach

54, spätestens bis zum Ablauf der in 54 Abs. 5 bezeichneten Frist zu erfolgen. 54 Abs. 5 Satz 3 gilt entsprechend. Soweit eine nicht bestimmungsgemäße Verwendung zu einem anderen Zeitpunkt im Bericht des Präsidenten des Rechnungshofs nach 55 oder durch den Präsidenten des Landtags festgestellt wird, sind die entsprechenden Leistungen binnen eines Monats nach Bekanntgabe dieser Feststellung gegenüber der Fraktion zurückzuerstatten.

Soweit Sachleistungen zweckwidrig verwendet worden sind, ist dem Landtag der Wert zu erstatten. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.

Verringert sich die Zahl der Mitglieder einer Fraktion, sind Sachleistungen insoweit an das Land herauszugeben, als die Ausstattung über das im Landtag übliche Maß hinausgeht.

57

Rechtsnachfolge

Die Rechte und Pflichten einer Fraktion, deren Rechtsstellung mit dem Ende der Wahlperiode entfällt, gehen auf eine in der folgenden Wahlperiode neu gebildete Fraktion über, wenn

deren Mitglieder derselben Partei oder Liste wie die Mitglieder der bisherigen Fraktion angehören und die Fraktion innerhalb von 30 Tagen nach dem Beginn der Wahlperiode zusammentritt.

56 Abs. 4 gilt entsprechend.

58

Liquidation

Entfällt die Rechtsstellung nach 45 durch Erlöschen des Fraktionsstatus oder durch Auflösung der Fraktion, so findet eine Liquidation statt.

Die Fraktion gilt bis zur Beendigung der Liquidation als fortbestehend, soweit der Zweck der Liquidation dies erfordert. Die Liquidation erfolgt gemeinsam durch den Fraktionsvorsitzenden, den parlamentarischen Geschäftsführer und den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, im Falle von Fraktionen mit mehr als 20 Mitgliedern durch maximal zwei stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Die Liquidatoren haben die laufenden Geschäfte zu beenden, die Forderungen einzuziehen, das übrige Vermögen in Geld umzusetzen und die Gläubiger zu befriedigen. Die Liquidatoren sind berechtigt, zu diesem Zweck neue Geschäfte einzugehen. Fällt den Liquidatoren bei der Durchführung der Liquidation ein Verschulden zur Last, so haften sie für den daraus entstehenden Schaden gegenüber den Gläubigern als Gesamtschuldner.

Verbleibende Geldleistungen nach 49 Abs. 2 sind an den Landeshaushalt zurückzuführen. Gegenstände, die mit Mitteln nach 49 Abs. 2 angeschafft oder als Sachleistungen zur Verfügung gestellt worden sind, sind an das Land herauszugeben oder im Gegenwert zu erstatten.

Das verbleibende Vermögen der Fraktion ist den Anfallsberechtigten zu überlassen. Anfallsberechtigt sind die in der Geschäftsordnung der Fraktion bestimmten Personen und Stellen.

Maßnahmen nach Absatz 4 dürfen erst vorgenommen werden, wenn seit dem Ereignis, das zum Verlust der Rechtsstellung geführt hat, sechs Monate verstrichen sind. Die Sicherung der Gläubiger hat entsprechend 52 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu erfolgen.

SIEBTER TEIL

Ergänzende Vorschriften

59

Fraktionszuschüsse

(1) Unbeschadet des Sechsten Teils dieses Gesetzes gelten bis zum Inkrafttreten des Thüringer Haushaltsgesetzes 1995 nachfolgende Bestimmungen.

Die Fraktionen erhalten zur Durchführung ihrer Aufgaben Geld- und Sachleistungen und personelle Unterstützung. Die Geldleistungen (Zuschüsse) setzen sich aus einem Grundbetrag und einem nach der Mitgliederzahl der Fraktionen gestaffelten Zuschlag zusammen. Oppositionsfraktionen erhalten einen zusätzlichen Betrag (Oppositionsbonus). Der monatliche Grundbetrag beträgt 29.348,15 Euro. Der monatliche Zuschlag je Mitglied beträgt 1.073,71 Euro. Der zusätzliche monatliche Betrag für die Oppositionsfraktionen wird in Höhe von 25 vom Hundert auf den Grundbetrag gewährt. Diese Beträge sowie Art und Umfang der Sachleistungen und personellen Ausstattung werden im Landeshaushalt ausgewiesen.

Die Fraktionszuschüsse werden monatlich im Voraus gezahlt. Ändern sich die für die Höhe des Zuschusses maßgebenden Umstände, so wird der Zuschuss in der bisherigen Höhe bis zum Ende des Monats weitergezahlt, in dem die Änderung eintritt. Entsprechendes gilt, wenn eine Fraktion wegfällt. Der Anspruch der neuen Fraktion entsteht frühestens mit dem Beginn des folgenden Monats.

Fällt eine Fraktion ersatzlos weg, so kann der Präsident den bisher geleisteten Zuschuss teilweise oder in vollem Umfang für längstens drei Monate weitergewähren. Der Präsident trifft seine Entscheidung im Einvernehmen mit dem Vorstand.

Bis zur Verabschiedung eines neuen Haushaltsplans sind die Leistungen an die Fraktionen auf der Grundlage des zuletzt geltenden Haushaltsgesetzes zu gewähren.

Wird der Landtag neu gewählt, erhalten die Fraktionen des alten Landtags Fraktionszuschüsse bis zum Ende der Wahlperiode, im Falle ihrer Liquidierung bis zum Schluss des Monats, in dem die Wahlperiode endet, und die Fraktionen des neuen Landtags Fraktionszuschüsse ab dem Zeitpunkt ihres ersten Zusammentritts, frühestens jedoch ab dem Zusammentritt des neuen Landtags.

Für die bestimmungsgemäße Verwendung der gewährten Leistungen sind die Fraktionen verantwortlich. Die Entlastung des Fraktionsvorstands ist dem Präsidenten des Landtags innerhalb von sechs Monaten nach Schluss des Rechnungsjahres mitzuteilen.

Die Jahresrechnung über die Ausgaben der Fraktionen unterliegt nur der Prüfung durch den Präsidenten des Rechnungshofs.

ACHTER TEIL

Übergangs- und Schlussbestimmungen, Inkrafttreten

60

Übergangs- und Schlussbestimmungen, Inkrafttreten

(Inkrafttreten)

Abgeordnete der 1. Wahlperiode erhalten nach einer Zugehörigkeit zum Landtag von mindestens drei Jahren und sechs Monaten nach ihrem Ausscheiden mit Vollendung des 55. Lebensjahres Altersentschädigung in Höhe von 29 vom Hundert der Grundentschädigung. Ihre Altersentschädigung erhöht sich ab dem fünften Jahr der Zugehörigkeit zum Landtag für jedes weitere volle Jahr der Mitgliedschaft um drei vom Hundert bis zur Höchstgrenze von 75 vom Hundert; angerechnet werden nur volle Jahre, die durch Auf- oder Abrundung zu ermitteln sind. 13 Abs. 1 Satz 2 findet keine Anwendung; 13 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend. Abgeordnete, die erstmals in der 2. Wahlperiode Mitglied des Landtags geworden sind und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Fünften Gesetzes zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf Altersentschädigung erworben haben, erhalten Altersentschädigung nach Maßgabe der 13 und 14 in der bis dahin geltenden Fassung. Soweit zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Fünften Gesetzes zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung bestehen,

bleiben diese unberührt. Soweit Abgeordnete nach Inkrafttreten des Fünften Gesetzes zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes und vor Beginn der fünften Wahlperiode eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf Altersentschädigung erworben haben, erhalten sie Altersentschädigung nach Maßgabe der 13 und 14 in der bis zum Beginn der fünften Wahlperiode geltenden Fassung. Soweit zum Beginn der fünften Wahlperiode Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung bestehen, bleiben diese unberührt.

Für bis zum 31. Dezember 1994 ausgeschiedene Mitglieder der Landesregierung findet 22 Abs. 1 in der bis zum 31. Oktober 1994 geltenden Fassung Anwendung.

26 in der vor dem Inkrafttreten des Neunten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes geltenden Fassung findet bei der Anpassung der Entschädigungen mit Wirkung vom 1. November 2008 weiter Anwendung. Die nächste Anpassung erfolgt mit Wirkung vom 1. Januar 2010

nach Maßgabe des 26 in der ab dem Inkrafttreten des Neunten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes geltenden Fassung.

(Inkrafttreten) Abgeordnete des am 14. Oktober 1990 gewählten 1. Landtags können nach Beendigung ihrer Mitgliedschaft im Parlament auch dann noch in das Beamtenverhältnis übernommen werden, wenn sie bei Begründung des Beamtenverhältnisses das 50. Lebensjahr überschritten haben und im Übrigen alle anderen Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten erfüllen. Der Antrag auf Übernahme in das Beamtenverhältnis ist innerhalb von drei Monaten nach Ende des Mandats, spätestens jedoch drei Monate nach Ablauf der 1. Wahlperiode des Landtags zu stellen. Für Abgeordnete der

1. Wahlperiode und für Abgeordnete der 2. Wahlperiode, die spätestens mit Ende der 2. Wahlperiode aus dem Landtag ausscheiden, gilt hinsichtlich der Wiederverwendung als Beamter nach Beendigung des Mandats folgendes: Hat der Beamte nach Beendigung der Mitgliedschaft im Parlament das 55. Lebensjahr vollendet, erfolgt auf Antrag die Versetzung in den Ruhestand. Liegt vor Vollendung des 55. Lebensjahres eine geringere Mandatszeit als zwei Wahlperioden vor, kann die oberste Dienstbehörde den Beamten unter den Voraussetzungen des 36 Abs. 1 wieder in den aktiven Dienst zurückführen. Lehnt der Beamte die Rückführung ab oder folgt er ihr innerhalb von drei Monaten nicht, ist das Dienstverhältnis durch Entlassung beendet. Dies gilt nicht, wenn der Beamte während der Mitgliedschaft im Landtag auch Mitglied der Landesregierung war.

Der Bericht nach 49 Abs. 2 Satz 3 ist erstmals 1996 zu erstatten. 54 Abs. 5 Satz 1 gilt mit der Maßgabe, dass 1995 der Bericht über die Prüfung dem Präsidenten des Landtags bis spätestens zum Ablauf des sechsten Monats vorzulegen ist.

Der Ältestenrat erlässt die Ausführungsbestimmungen, die im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen veröffentlicht werden.

Zeitweise Aussetzung der Anpassung der Grundentschädigung

Abweichend von 26 Abs. 1 und 3 verändert sich die Höhe der Grundentschädigung der Abgeordneten bis zum 31. Oktober 2006 nicht. Grundlage für die darauf folgende Veränderung ist die 2003 festgelegte Entschädigungshöhe und hinsichtlich der allgemeinen Einkommensentwicklung in den Fällen des 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a bis c der Zeitraum vom 1. November bis zum 31. Oktober sowie im Fall des 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 Buchst. d der Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 30. September des Jahres, das dem Tag des Wirksamwerdens der Veränderung vorausgeht. Während der Zeit der Aussetzung der Anpassung der Grundentschädigung findet insoweit 26 Abs. 3 Satz 2 bis 4

Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder
des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern
- Abgeordnetengesetz -
in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 2007

Fundstelle: GVOBl. M-V 2007, S. 54

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: mehrfach geändert durch Gesetz vom
14. Dezember 2011 (GVOBl. M-V S. 1071)

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Schutz der freien Mandatsausübung

- (1) Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat im Landtag zu bewerben, es zu übernehmen oder auszuüben.
- (2) Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat sowie der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig.
- (3) Eine Kündigung oder Entlassung wegen der Annahme oder Ausübung des Mandats ist unzulässig. Eine Kündigung ist im Übrigen nur aus wichtigem Grund zulässig. Der Kündigungsschutz beginnt mit der Aufstellung des Bewerbers durch das dafür zuständige Organ der Partei oder mit der Einreichung des Wahlvorschlags, jedoch frühestens vier Jahre nach Beginn der laufenden Wahlperiode des Landtags, im Fall der Auflösung des Landtags vor Ende dieser Frist, frühestens mit seiner Auflösung. Er gilt ein Jahr nach Beendigung des Mandats fort.

3

Wahlvorbereitungsurlaub

Einem Bewerber um einen Sitz im Landtag ist zur Vorbereitung seiner Wahl innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag Urlaub bis zu zwei Monaten zu gewähren. Ein Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes oder des Lohnes besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht.

4

Berufs- und Betriebszeiten

Die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag ist nach Beendigung des Mandats auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit anzurechnen. Ansprüche aus betrieblicher oder überbetrieblicher Altersversorgung vor Übernahme des Mandats bleiben bestehen.

5

Mitglieder anderer Volksvertretungen

Die 2 bis 4 gelten auch zugunsten von Mitgliedern anderer Landesparlamente im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

6¹⁾

Entschädigung

- (1) Alle Abgeordneten erhalten eine einheitliche monatliche Entschädigung nach Maßgabe der geltenden monatlichen Besoldung für einen verheirateten Vorsitzenden Richter am Landgericht (R 2) im Alter von 40 Jahren mit 2 Kindern. Dabei bleiben jährliche oder einmalige Sonderzahlungen außer Betracht. Die Höhe der Entschädigung wird entsprechend dieser Maßgabe auf 5.197,86 Euro festgesetzt.
- (2) Als zusätzliche Entschädigung für die Ausübung besonderer parlamentarischer Funktionen erhalten
1. der Präsident 100 vom Hundert,
 2. die Vizepräsidenten 50 vom Hundert,
 3. die Fraktionsvorsitzenden 100 vom Hundert,
 4. die Parlamentarischen Geschäftsführer
75 vom Hundert.
- (3) Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern beschließt innerhalb des ersten Halbjahres nach der konstituierenden Sitzung über die Anpassung der Entschädigung nach 6 Abs. 1 mit Wirkung für die gesamte Wahlperiode. Der Präsident leitet den Fraktionen einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu, der für die gesamte Legislaturperiode die in Absatz 1 normierte Orientierung an einer Richterbesoldung sichert.

Fußnoten

- 1) [Red. Anm.: Zur Höhe der Entschädigung gemäß 6 Abs. 1 siehe die jährliche Bekanntmachung über die Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, veröffentlicht im GVOBl. M-V.]

7

Auszahlungsbetrag

Der Auszahlungsbetrag der Entschädigung nach 6 Abs. 1 und der zusätzlichen Entschädigung nach 6 Abs. 2 vermindert sich in Ansehung der zu den Kosten in Pflegefällen nach 25 gewährten Zuschüsse vom 1. Januar 1995 an um ein Dreihundertfünfundsechzigstel. Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des 43 des Elften Buches Sozialgesetzbuch vermindert sich der Auszahlungsbetrag der Entschädigung nach 6 Abs. 1 und der zusätzlichen Entschädigung nach 6 Abs. 2 um ein weiteres Dreihundertfünfundsechzigstel, wenn die Bundesregierung in der Rechtsverordnung nach Artikel 69 des des Pflege-Versicherungsgesetzes festgestellt hat, dass die Aufhebung eines weiteren Feiertages, der stets auf einen Werktag fällt, notwendig ist.

Grundsatz

- (1) Ein Abgeordneter erhält zur Abgeltung der durch das Mandat veranlassten Aufwendungen eine Amtsausstattung, die Geld- und Sachleistungen umfasst.
- (2) Zur Amtsausstattung gehören auch die unentgeltliche Benutzung der Fernsprechanlagen im Landtag, soweit dies zur Mandatsausübung erforderlich ist, und die unentgeltliche Inanspruchnahme sonstiger vom Landtag zur Verfügung gestellter Leistungen. Die Amtsausstattung umfasst ferner die unentgeltliche Benutzung von Verkehrsmitteln nach den hierfür geltenden Vorschriften.

9

Kostenpauschale

- (1) Ein Abgeordneter erhält eine monatliche Pauschale für allgemeine Kosten (Kostenpauschale), insbesondere für die Betreuung des Wahlkreises, Bürokosten, Mobiliar, sächliche Kosten, Kosten für Schreibarbeiten, Porto und Telefon sowie sonstige Auslagen, die sich aus der Stellung des Abgeordneten ergeben, sowie Reisekosten,

soweit sie nicht nach den 10 bis 14 gesondert zu erstatten sind, in Höhe von 1.236,17 Euro. Ein Abgeordneter, der Amtsbezüge als Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung bezieht, erhält 75 vom Hundert der Kostenpauschale.

- (2) Vorsitzende von Ausschüssen, Sonderausschüssen, Untersuchungsausschüssen und Enquete-Kommissionen erhalten für ihre Tätigkeit eine zusätzliche monatliche Kostenpauschale in Höhe von 400 Euro. Nimmt ein Abgeordneter mehrere Vorsitzfunktionen wahr, so ist ein mehrfacher Bezug der monatlichen Kostenpauschale ausgeschlossen.
- (3) Für die Ausstattung des Wahlkreisbüros erhält ein Abgeordneter auf Antrag und gegen Nachweis der Aufwendungen einen einmaligen Zuschuss von höchstens 2.550 Euro. Abgeordnete, die in der vorherigen Wahlperiode einen Zuschuss für die Erstaussstattung des Wahlkreisbüros erhalten haben, wird auf Antrag und gegen Nachweis ein Zuschuss in Höhe von höchstens 1.000 Euro gewährt.
- (4) Einem Abgeordneten werden nachgewiesene Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern zur Unterstützung seiner parlamentarischen Arbeit bis zu einer Höhe von 34.815,96 Euro erstattet. Der monatliche Erstattungsbetrag darf grundsätzlich ein Zwölftel des Jahresbetrages nicht übersteigen. Der Erstattungsbetrag wird anteilig gemäß der Tarifentwicklung der Einkommen der vollzeitbeschäftigten Angestellten des Landes Mecklenburg-Vorpommern angepasst, deren Bruttoarbeitsentgelt sich an dem in Satz 1 genannten Betrag anlehnt. Eine Erstattung von Aufwendungen kommt nur in Betracht, soweit
 1. der Landtagsverwaltung zu Beginn des Arbeitsverhältnisses ein Führungszeugnis des Mitarbeiters vorliegt, das keine Eintragungen wegen der vorsätzlichen Begehung einer Straftat enthält, und
 2. der Mitarbeiter nicht mit einem Abgeordneten des Landtages verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft verbunden, bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist.

In den Ausführungsbestimmungen nach 58 werden weitergehende Regelungen festgelegt.

- (5) Einem Abgeordneten können nachgewiesene Aufwendungen für die eigene Fortbildung ganz oder teilweise erstattet werden, soweit die Fortbildung der Ausübung des Mandates dient.
- (6) Die näheren Regelungen, insbesondere über den Nachweis der Beschäftigten sowie die Eignung von Fortbildungen und dem Umfang der Erstattung nach Absatz 4, trifft der Präsident im Benehmen mit dem Ältestenrat.

- (1) Ein Abgeordneter erhält für die Teilnahme an Sitzungen und Veranstaltungen des Landtages, die vom Präsidenten im Benehmen mit dem Ältestenrat als solche ausgewiesen werden, des Ältestenrates, eines Ausschusses, einer Fraktion und eines Gremiums der Fraktion auf Antrag Reisekostenentschädigung.
- (2) Das Gleiche gilt, wenn der Präsident, die Vizepräsidenten, die Fraktionsvorsitzenden oder Abgeordnete im Auftrage des Präsidenten oder eines Ausschusses mit vorheriger Zustimmung des Präsidenten in Wahrnehmung ihres Amtes oder Mandats außerhalb ihres Wohnsitzes tätig werden.
- (3) Die Reisekostenentschädigung umfasst
 1. Übernachtungsgeld,
 2. Fahrkostenerstattung.

Anwesenheit in Sitzungen

- (1) Die Anwesenheit in einer Sitzung wird dadurch nachgewiesen, dass der Abgeordnete sich vor oder während einer Sitzung in eine Anwesenheitsliste einträgt.
- (2) Für den Tag, an dem ein Abgeordneter in einer Sitzung ausgeschlossen wird, erhält er keine Reisekostenentschädigung im Sinne des 10 Absatz 3, auch wenn seine Teilnahme an einer anderen Sitzung an demselben Tag nachgewiesen wird.

Übernachtungsgeld

- (1) Hat ein Abgeordneter wegen der Teilnahme an einer der in 10 bezeichneten Sitzungen oder Veranstaltungen aus zwingenden Gründen außerhalb seines Wohnortes übernachtet, wird ein Übernachtungsgeld in Höhe von 20 Euro gewährt. Weist ein Abgeordneter höhere Übernachtungskosten nach, so sind ihm diese zu erstatten. Der Präsident setzt einen Höchstbetrag fest.
- (2) Soweit nicht Absatz 1 in Anwendung zu bringen ist, erhält ein Abgeordneter für die Dauer seiner Mitgliedschaft im Landtag gegen Nachweis einen Zuschuss zum Mietzins für eine angemessene Übernachtungsmöglichkeit; er beträgt im Monat höchstens 400 Euro.

Fahrkostenerstattung

- (1) Benutzt der Abgeordnete zur Teilnahme an einer im 10 genannten Sitzungen einen Kraftwagen, so erhält er eine Wegstreckenentschädigung für den der Verkehrsübung entsprechenden kürzesten Reiseweg. Sie beträgt für jeden Kilometer der Fahrtstrecke 0,30 Euro.
- (2) Bei Mitnahme eines Kraftfahrers werden für diesen Tage- und Übernachtungsgeld in Höhe der Hälfte der den Abgeordneten nach 11 Abs. 1 und im Falle der Übernachtung nach 12 Satz 1 zustehenden Beträge gezahlt. Einem Abgeordneten, der wegen einer dauernden Körperbehinderung überwiegend auf die Mitnahme eines Kraftfahrers angewiesen ist, wird auf Antrag an Stelle der in Satz 1 genannten Beträge die dem Kraftfahrer gezahlte Vergütung bis zur Höhe eines im Haushaltsplan festzulegenden Betrages erstattet.
- (3) Der Präsident und andere Abgeordnete, denen ein landeseigener Dienstkraftwagen zur ausschließlichen Verfügung steht, erhalten keine Fahrkostenerstattung.

Reisen außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns

- (1) Für Reisen, die ein Abgeordneter im Auftrage des Landtages, des Präsidenten oder eines vom Präsidenten genehmigten Ausschussbeschlusses außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns unternimmt, finden die 11 bis 13 entsprechende Anwendung, soweit die Absätze 2 bis 4 nichts anderes bestimmen.
- (2) Fahrkosten werden nur bis zur Höhe der bei Benutzung öffentlicher Land- und Seeverkehrsmittel entstehenden notwendigen Aufwendungen erstattet.
- (3) Der Präsident kann in Ausnahmefällen die Erstattung nachgewiesener notwendiger Fahrkosten genehmigen.
- (4) Für Auslandsreisen wird das Übernachtungsgeld (12 Satz 1) in doppelter Höhe gezahlt. Der Präsident kann die Erstattung der tatsächlich entstandenen notwendigen Übernachtungskosten bis zur doppelten Höhe des nach 12 Satz 3 festgesetzten Höchstbetrages genehmigen, wenn diese nachgewiesen werden.

Wegfall des Anspruchs auf Aufwandsentschädigungen

- (1) Ein Abgeordneter, der nach Ablauf des 57. Monats einer Wahlperiode in den Landtag eintritt, hat keinen Anspruch auf Leistungen nach den §§ 8 bis 14, wenn der Landtag seine Tätigkeit bereits abgeschlossen hat.
- (2) Tritt ein Abgeordneter nach Ablauf des 48. Monats einer Wahlperiode in den Landtag ein, hat er keinen Anspruch auf die Erstattung der Aufwendungen für die Ausstattung des Wahlkreisbüros nach § 9 Abs. 3.

- (1) Auf Antrag erhält ein Abgeordneter nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag Übergangsgeld, sofern er dem Landtag mindestens ein Jahr angehört hat. Dies gilt nicht, sofern der Abgeordnete die für ihn maßgebliche Regelaltersrente erreicht hat und ein Anspruch auf Altersentschädigung, Versorgungsbezüge oder Rente besteht. Das Übergangsgeld wird in Höhe von 90 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1 für drei Monate gewährt. Soweit der Abgeordnete dem Landtag mindestens zwei Jahre angehört hat, wird auf Antrag für weitere 9 Monate ein Übergangsgeld in Höhe von 70 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1 gewährt. Falls der Abgeordnete dem Landtag mindestens fünf Jahre angehört hat, wird auf Antrag für weitere 24 Monate ein Übergangsgeld in Höhe von 50 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1 gewährt. Das Übergangsgeld nach diesem Absatz ist binnen eines Monats nach dem Ausscheiden aus dem Landtag zu beantragen. Eine Mitgliedschaft von der Dauer einer Wahlperiode im Sinne von Artikel 27 Abs. 1 der Verfassung des Landes gilt als fünf volle Jahre für die Berechnung nach Satz 5.
- (2) Bezüge aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag, der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst werden auf das Übergangsgeld angerechnet. Das gilt auch für Erwerbseinkommen aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes und für Altersentschädigungen, Versorgungsbezüge und Renten. Nicht angerechnet werden Bezüge aus ehrenamtlicher Tätigkeit.
- (3) Tritt ein ehemaliger Abgeordneter wieder in den Landtag ein, so ruht der Anspruch nach Absatz 1. Der Anspruch ruht auch, solange der ehemalige Abgeordnete Entschädigung als Abgeordneter des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages oder der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes bezieht.
- (4) Stirbt ein ehemaliger Abgeordneter, so werden die Leistungen nach Absatz 1 an seine Hinterbliebenen im Sinne von § 18 Absatz 1 und Absatz 2 Nr. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes fortgesetzt, wenn Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz nicht entstehen; sind mehrere gleichberechtigte Personen vorhanden, so ist für die Bestimmung des Zahlungsempfängers die Reihenfolge der Aufzählung in § 18 Absatz 2 Nr. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes maßgebend.
- (5) Absatz 1 gilt nicht, wenn ein Abgeordneter die Mitgliedschaft im Landtag aufgrund § 45 Abs. 1 Satz 1 Nummern 2 oder 5 des Landeswahlgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern verliert.

Die mit Ablauf der 4. Wahlperiode ausscheidenden Abgeordneten erhalten auf Antrag wahlweise

Übergangsgeld nach Maßgabe der bis zum Ablauf der 4. Wahlperiode geltenden Fassung des 16 oder nach der ab der 5. Wahlperiode geltenden Neuregelung.

17

Anspruch auf Altersentschädigung

- (1) Ein Abgeordneter erhält nach seinem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn er das 67. Lebensjahr vollendet und dem Landtag ein Jahr angehört hat. Auf Antrag wird die Altersentschädigung bis zu fünf Jahre vor Vollendung des 67. Lebensjahres gewährt.
- (2) Tritt ein ehemaliger Abgeordneter wieder in den Landtag ein, so ruht der Anspruch auf Altersentschädigung.

17a

Übergangsregelung zum Anspruch auf Altersentschädigung

Abgeordnete, die der 5. Wahlperiode mindestens ein Jahr angehört haben, erhalten nach ihrem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn sie das 65. Lebensjahr vollendet haben. Abgeordnete, die bereits vor der 5. Wahlperiode dem Landtag mindestens 4 Jahre angehörten, erhalten nach ihrem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben. Bei Abgeordneten der ersten bis dritten Wahlperiode entsteht der Anspruch mit jedem weiteren Jahr der Mitgliedschaft im Landtag ein Lebensjahr früher, frühestens jedoch mit dem vollendeten 55. Lebensjahr.

18

Höhe der Altersentschädigung

- (1) Die Altersentschädigung beträgt 4 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1 für jedes der ersten fünf Jahre der Mitgliedschaft und jeweils 3,5 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1 für das sechste bis zehnte Jahr Mitgliedschaft. Für das elfte bis zwanzigste Jahr der Mitgliedschaft erhöht sich die Altersentschädigung um weitere 3 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1 und für jedes Jahr ab dem einundzwanzigsten Jahr um weitere 2 vom Hundert. Über volle Jahre hinausgehende Zeiten der Mitgliedschaft im Landtag sind bei der Berechnung nach Satz 1 und Satz 2 mit einem Zwölftel je begonnenem Monat zu berücksichtigen. Für jedes Jahr des Bezugs von Übergangsgeld nach § 16 erhöht sich die Altersentschädigung um weitere 1,5 vom Hundert, soweit der tatsächlich ausgezahlte Betrag mindestens 50 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1 entspricht. Insgesamt beträgt die Altersentschädigung höchstens 71,75 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1.
- (2) Für jedes Jahr, in dem für ein parlamentarisches Amt als gesetzliche Zulage nach § 6 Abs. 2 eine weitere Entschädigung nach § 6 Abs. 1 gezahlt wurde, wird zur Altersentschädigung eine Zulage von 1 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1 geleistet. Ist die Zulage nach § 6 Abs. 2 geringer, mindestens jedoch 30 vom Hundert, wird eine entsprechend geringere Zulage nach Satz 1 gewährt. Diese Zulage wird bei der Begrenzung nach Absatz 1 Satz 5 nicht berücksichtigt.
- (3) Soweit eine Altersentschädigung nach § 17 Abs. 1 Satz 2 gewährt wird, vermindert sich die Höhe um 0,3 vom Hundert für jeden Monat vor dem in § 17 Abs. 1 Satz 1 genannten Zeitpunkt. Soweit andere Einkünfte angerechnet werden, ist erst der nach der Anrechnung verbleibende Betrag der Altersentschädigung um den Betrag nach Satz 1 zu mindern. Die Kürzung der bereits erworbenen Ansprüche nach Satz 1 bleibt auch dann bestehen, wenn der frühere Abgeordnete später wieder in den Landtag eintritt.
- (4) Zeiten, für die eine Versorgungsabfindung nach § 21 gewährt wurde, werden bei der Bemessung einer Altersentschädigung nach diesem Gesetz nicht mehr berücksichtigt.

18a

Übergangsregelungen zur Höhe der Altersentschädigung

Anstelle des § 18 gilt für die vor dem Ablauf der 4. Wahlperiode entstandenen Ansprüche auf Altersentschädigung und Hinterbliebenenversorgung das bis zum Ende der 4. Wahlperiode geltende Recht mit folgenden Maßgaben:

1. Die Regelung des § 18 Abs. 2 gilt auch für die Mandatszeiten in der ersten bis vierten Wahlperiode.
2. Soweit bis zum Ablauf der 4. Wahlperiode wegen zu geringer Mandatszeit kein eigenständiger Anspruch auf Altersentschädigung erworben und auch keine Leistungen oder Anrechnungen nach dem bisherigen § 21

gewährt wurden, gilt

18 in der neuen Fassung auch für die Zeiten vor der 5. Wahlperiode. Spätestens mit Ablauf der 4. Wahlperiode ausscheidende Abgeordnete können

noch bis zum 31. Dezember 2007 einen Anspruch auf Versorgungsabfindung nach dem bisherigen 21 geltend machen.

Diese Vorschrift gilt auch für Versorgungsfälle, die erst nach dem Ablauf der 4. Wahlperiode eintreten.

19

(weggefallen)

20

Gesundheitsschäden

- (1) Hat ein Abgeordneter während seiner Zugehörigkeit zum Landtag ohne grobes eigenes Verschulden Gesundheitsschäden erlitten, die seine Arbeitskraft dauernd und so wesentlich beeinträchtigen, dass er sein Mandat und bei seinem Ausscheiden aus dem Landtag die bei seiner Wahl zum Landtag ausgeübte oder eine andere zumutbare Tätigkeit nicht ausüben kann, so erhält er unabhängig von den in 17 vorgesehenen Voraussetzungen eine Altersentschädigung, deren Höhe sich nach 18 richtet, mindestens jedoch in Höhe von 30 vom Hundert der Entschädigung nach 6 Abs. 1. Ist der Gesundheitsschaden durch einen Unfall in Ausübung oder infolge des Mandats eingetreten, so erhöht sich der Bemessungssatz nach 18 um 20 vom Hundert, mindestens jedoch auf $66 \frac{2}{3}$ vom Hundert und höchstens auf 71,75 vom Hundert.
- (2) Erleidet ein ehemaliger Abgeordneter Gesundheitsschäden im Sinne des Absatzes 1, so erhält er Altersentschädigung in der in 18 vorgesehenen Höhe, wenn er das nach 17 geforderte Lebensalter noch nicht erreicht hat.
- (3) Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 werden nur auf Antrag gewährt. Für zurückliegende Zeiten werden Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 höchstens für drei Monate vor dem Monat gewährt, in dem der Antrag beim Präsidenten eingegangen ist.

21

Versorgungsausgleich

- (1) Hat ein Abgeordneter oder ehemaliger Abgeordneter während der Ehezeit Anwartschaften oder Ansprüche auf Altersentschädigung nach diesem Gesetz erworben, wird der Versorgungsausgleich im Falle einer Scheidung im Wege der externen Teilung durchgeführt.
- (2) Der Wert der Versorgungsanwartschaft ist nach der Methode der unmittelbaren Bewertung zu ermitteln.
- (3) Besteht zum Zeitpunkt des Eintritts der Rechtshängigkeit des Scheidungsantrages noch keine Anwartschaft auf eine Altersentschädigung nach dem bis zum Ende der 4. Wahlperiode des Landtages geltenden Recht, so ist für jedes Jahr der Mitgliedschaft im Landtag der entsprechende Anteil der Mindestaltersentschädigung zu berücksichtigen.
- (4) Bezieht ein ehemaliger Abgeordneter eine Altersentschädigung, erfolgt eine Kürzung der Altersentschädigung, solange der geschiedene Ehepartner noch keine Versorgungsleistung erhält, in Höhe der Ansprüche, welche der ehemalige Abgeordnete gegenüber dem Versorgungsträger des ehemaligen Ehepartners erworben hat.

22

Nicht abgerechnete Leistungen

Stirbt ein Abgeordneter, so erhalten sein überlebender Ehegatte oder eingetragener Lebenspartner, die leiblichen Abkömmlinge sowie die angenommenen Kinder die noch nicht abgerechneten Leistungen nach diesem Gesetz, soweit sie fällig waren. Der Präsident bestimmt unter Berücksichtigung der Reihenfolge in Satz 1, an wen die Zahlung erfolgt.

23

Hinterbliebenenversorgung

- (1) Der überlebende Ehegatte oder eingetragene Lebenspartner eines verstorbenen Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten, der die Mitgliedsdauer nach 17 erfüllt hatte, erhält 60 vom Hundert der nach 18 oder 20 berechneten Altersentschädigung, auch wenn der Abgeordnete oder ehemalige Abgeordnete im Zeitpunkt seines Todes die Altersvoraussetzung nach 17 noch nicht erfüllt hatte.
- (2) Die leiblichen und die angenommenen Kinder eines verstorbenen Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten erhalten unter der Voraussetzung des Absatzes 1 Waisengeld. Es beträgt für die Vollwaise 20 und für die Halbwaise 13 vom Hundert der nach Absatz 1 zu Grunde zu legenden Altersentschädigung.

24

Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften

Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind für die Versorgung die für die Landesbeamten geltenden Vorschriften sinngemäß anzuwenden.

Zuschuss zu den Kosten in Krankheitsfällen, Unterstützungen

25

Zuschuss zu den Kosten in Krankheitsfällen

- (1) Die Abgeordneten und die Versorgungsempfänger nach diesem Gesetz erhalten einen Zuschuss zu den notwendigen Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen in sinngemäßer Anwendung der Beihilfenvorschriften für Landesbeamte, sofern sich ein Anspruch auf Beihilfe nicht aus anderen landesrechtlichen oder bundesrechtlichen Vorschriften ergibt.

- (2) Die Abgeordneten und die Versorgungsempfänger erhalten anstelle des Anspruchs auf den Zuschuss nach Absatz 1 einen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen. Wird aufgrund gesetzlicher Vorschriften eine entsprechende Leistung von anderer Seite gezahlt, so wird der Zuschuss nach diesem Gesetz insoweit gekürzt. Leistungen in diesem Sinne sind Zahlungen von Dritten, welche insbesondere aufgrund von Vorschriften des Fünften oder Sechsten Buches des Sozialgesetzbuches sowie des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte gewährt werden. Der Zuschuss wird gezahlt in Höhe des Anteils am Gesamtbeitrag des Versicherten, der bei gesetzlich Versicherten nach dem Sozialgesetzbuch von anderer Seite zu zahlen wäre. Als Zuschuss werden 50 vom Hundert des aus eigenen Mitteln geleisteten Krankenversicherungsbeitrages, höchstens jedoch die Hälfte Höchstbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung gezahlt.
- (3) Der Anspruch auf den Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen nach Absatz 2 schließt bei Abgeordneten des Landtags den Anspruch auf einen Zuschuss in Höhe der Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Pflegeversicherungsbeitrages, höchstens jedoch der Hälfte des Höchstbeitrages der sozialen Pflegeversicherung ein. Ansprüche nach dieser Vorschrift bestehen nicht im Hinblick auf die Versicherungsbeiträge oder Zuschläge, die nach den gesetzlichen Vorschriften allein von den Versicherten zu tragen sind.
- (4) Die Entscheidung darüber, ob der Abgeordnete an Stelle der Leistungen nach Absatz 1 den Zuschuss nach Absatz 2 in Anspruch nehmen will, hat der Abgeordnete dem Präsidenten innerhalb von 4 Monaten nach Annahme des Mandats mitzuteilen. An diese Entscheidung ist der Abgeordnete bis zum Ablauf von 2 Jahren nach Annahme des Mandats gebunden. Teilt er bis zum Ablauf dieser Frist dem Präsidenten keine andere Entscheidung für den Rest der Wahlperiode mit, so gilt die Entscheidung für die Dauer der Wahlperiode. Versorgungsempfänger haben die Entscheidung dem Präsidenten innerhalb von 4 Monaten nach Zustellung des Versorgungsbescheides mitzuteilen; sie bleiben an diese Entscheidung gebunden.
- (5) Der Zuschuss nach Absatz 2 und der Zuschuss nach Absatz 3 werden gewährt für die Dauer des Bezugs von Übergangsgeld nach 16. Besteht ein Anspruch auf einen Zuschuss auch nach 27 des Abgeordnetengesetzes des Bundes, so ruht der Anspruch nach diesem Gesetz.
- (6) Versorgungsempfänger im Sinne dieser Vorschrift ist ein ehemaliger Abgeordneter, der Altersentschädigung bezieht sowie ein Bezieher von Hinterbliebenenversorgung. Ein Anspruch nach dieser Vorschrift besteht nur, soweit die Höhe der Altersentschädigung oder Hinterbliebenenversorgung mindestens 30 vom Hundert der Entschädigung nach 6 Abs. 1 beträgt.

Unterstützungen

Der Präsident kann in besonderen wirtschaftlichen Notfällen Abgeordneten einmalige Unterstützungen,

ausgeschiedenen Abgeordneten und deren Hinterbliebenen einmalige Unterstützungen und laufende Unterhaltszuschüsse gewähren. Dies kommt insbesondere in Betracht, soweit die Hinterbliebenen mandatsbedingte Aufwendungen nachweisen, für die Abgeordnete eine allgemeine Kostenpauschale erhalten.

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge

- (1) Hat ein Abgeordneter neben seiner Entschädigung nach § 6 Anspruch auf Einkommen aus einem Amtsverhältnis, wird die Entschädigung nach § 6 um 75 v. H. gekürzt.
- (2) Für die Zeit, für die ein Abgeordneter eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages erhält, werden die Entschädigung nach § 6 Abs. 1 und die Kostenpauschale nach § 9 Abs. 1 nicht gewährt. Ausgenommen von dieser Regelung ist § 29 Abs. 3.
- (3) Hat ein Abgeordneter neben seiner Entschädigung nach § 6 Anspruch auf Versorgungsbezüge aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst, so ruht die Entschädigung in Höhe von 50 vom Hundert der Versorgungsbezüge, höchstens jedoch zu 30 vom Hundert der Entschädigung nach § 6 Abs. 1.
- (4) Bezieht ein ehemaliger Abgeordneter Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages oder der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, ruhen die Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz bis zur Höhe des Betrages der Entschädigung, den er als Abgeordnete des anderen Parlaments erhält. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen (§ 23).
- (5) Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben dem Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst zu 75 vom Hundert des Betrages, um den sie und das Einkommen die Entschädigung nach § 6 Abs. 1 übersteigen, höchstens jedoch in Höhe von 75 vom Hundert.
- (6) Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben Versorgungsbezügen aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst oder neben Renten in Höhe von 50 vom Hundert des Betrages, um den die Ansprüche zusammen die Entschädigung nach § 6 Abs. 1 übersteigen. Abweichend von Satz 1 gilt eine höhere Altersversorgung aus einem anderen Amt oder einer anderen Parlamentszugehörigkeit als Obergrenze, sofern der Versorgungsempfänger dieses Amt oder Mandat wenigstens drei Jahre innehatte. In jedem Fall ruhen die Ansprüche nach diesem Gesetz höchstens in Höhe von 75 vom Hundert.

Anpassung der Grund- und Aufwandsentschädigungen

(1) Die Entschädigung nach § 6 Absatz 1 wird zum 1. Januar 2012, zum 1. Januar 2013, zum 1. Januar 2014, zum 1. Januar 2015 und zum 1. Januar 2016 nach Maßgabe der Entwicklung der Besoldung der Beamten und Richter im Land Mecklenburg-Vorpommern angepasst. Dabei ist die in § 6 Absatz 1 festgelegte Orientierung an der Besoldungsgruppe R 2 für einen verheirateten Vorsitzenden Richter am Landgericht (R 2) mit einem Lebensalter von 40 Jahren und zwei

Kindern beizubehalten. Jährliche oder einmalige Sonderzahlungen bleiben bei der Berechnung außer Betracht. Der Präsident ermittelt die sich daraus ergebende Höhe der Entschädigung und veröffentlicht den neuen Betrag im Gesetz- und Verordnungsblatt.

(2) Die Kostenpauschale nach § 9 Absatz 1 wird zum 1. Januar 2012, zum 1. Januar 2013, zum 1. Januar 2014, zum 1. Januar 2015 und zum 1. Januar 2016 entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern angepasst. Das Statistische Amt ermittelt die allgemeine Preisentwicklung nach Maßgabe des Gesetzes über die Preisstatistik in der jeweils geltenden Fassung, bezogen auf den Zeitraum vom

1. Juli des vergangenen Jahres bis zum 30. Juni des laufenden Jahres. Die sich hieraus ergebenden Preisentwicklungsraten teilt das Statistische Amt dem Präsidenten bis zum 15. September jeden Jahres mit. Dieser veröffentlicht die ab dem Beginn des folgenden Jahres geltenden Beträge im Gesetz- und Verordnungsblatt.

29

Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsvorschriften

- (1) Zahlungen nach § 6 Abs. 1, den §§ 9 bis 13, 25 und 26 werden vom Tage der Annahme der Wahl ab geleistet, auch wenn die Wahlperiode des letzten Landtages noch nicht abgelaufen ist. Die zusätzliche Entschädigung nach § 6 Abs. 2 wird vom Tage der Übertragung der besonderen parlamentarischen Funktion an gezahlt, frühestens jedoch vom Tage des Zusammentritts des neu gewählten Landtages an.
- (2) Ein ausscheidender Abgeordneter erhält die Entschädigung nach § 6 Abs. 1 und die Geldleistungen nach den §§ 8, 9 Abs. 1 und § 12 Absatz 2 bis zum Ende des Monats, in dem seine Mitgliedschaft endet. Die zusätzliche Entschädigung gemäß § 6 Abs. 2 wird bis zum Ende des Monats gezahlt, in dem die besondere parlamentarische Funktion endet. Die Entschädigung nach § 6 Absatz 1 und die Kostenpauschale nach § 9 Absatz 1 werden in den Fällen des § 27 Absatz 2 Satz 1 und in den Fällen eines nach § 34 mit dem Abgeordnetenmandat unvereinbaren Amtes von dem Tage an, an dem Ansprüche auf Leistungen aufgrund des jeweiligen Mandats oder Amtes entstanden sind, nicht gewährt.
- (3) Die Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern nach § 9 Abs. 4 werden längstens bis zum Ende des fünften Monats nach dem Monat des Ausscheidens ersetzt, es sei denn, das Arbeitsverhältnis wird zu einem früheren Zeitpunkt beendet.
- (4) Die Leistungen nach den §§ 6 bis 9, 25 und 26 werden für einen Monat, die Leistungen nach § 11 für denselben Tag, die Leistungen nach § 12 für dieselbe Nacht und die Leistungen nach § 13 für dieselbe Fahrt nur einmal gewährt.
Nimmt ein Abgeordneter als Stellvertreter eine Vorsitzfunktion im Sinne des § 9 Absatz 2 Satz 1 für einen Zeitraum von mindestens zwei Monaten wahr, so erhält er anstelle des Vorsitzenden die zusätzliche monatliche Kostenpauschale nach § 9 Absatz 2 für jeden vollen Monat, in dem er die Vorsitzfunktion ausgeübt hat.

(5) Die Altersentschädigung wird vom Ersten des Monats, in welchem das anspruchsbegründende Ereignis eintritt, es sei denn, dass für diesen Monat noch Entschädigung nach 6 gezahlt wird, bis zum Ablauf des Monats gewährt, in dem der Berechtigte stirbt.

(6) Der Anspruch auf Altersentschädigung ruht bei einem späteren Wiedereintritt in den Landtag für die Dauer der Mitgliedschaft.

(7) Die Entschädigung nach 6, die Aufwandsentschädigung nach 8 Abs. 2 und 9 Abs. 1 und die Leistungen nach den 16, 17, 20, 23 und 25 werden monatlich im Voraus gezahlt. Ist nur ein Teil zu leisten, so wird nach Kalendertagen abgerechnet.

30

Verzicht/Übertragbarkeit

Ein Verzicht auf die Entschädigung nach 6 und die Leistungen nach 8 bis 24 mit Ausnahme des 8 Abs. 2 Satz 2 und 16 ist unzulässig. Der Anspruch auf Entschädigung nach 6 und die Leistungen nach 8 bis 15 ist nicht übertragbar. Im Übrigen gelten die Vorschriften der 850 ff. der Zivilprozessordnung.

31

Rundung

Die Leistungen nach diesem Gesetz werden nach kaufmännischem Prinzip auf volle Euro gerundet.

32

Begriffsbestimmungen

-
- (1) Eine Verwendung im öffentlichen Dienst ist jede Beschäftigung im Dienst von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder ihrer Verbände; ausgenommen ist die Beschäftigung bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften oder ihren Verbänden. Der Verwendung im öffentlichen Dienst steht gleich eine entsprechende Verwendung bei einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, an der eine Körperschaft oder ein Verband im Sinne des Satzes 1 durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist.
- (2) Als Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst gilt auch das Einkommen aus einer Beschäftigung bei Vereinigungen, Einrichtungen oder Unternehmen, deren Kapital (Grundkapital, Stammkapital) sich zu mehr als 50 v. H. in öffentlicher Hand befindet oder die zu mehr als der Hälfte aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden.
- (3) Erwerbseinkommen aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes sind Einkünfte aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb und aus der Land- und Forstwirtschaft. Anzusetzen ist bei den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit das monatliche Erwerbseinkommen, bei den anderen Einkunftsarten das Erwerbseinkommen des Kalenderjahres, geteilt durch zwölf Kalendermonate.
- (4) Rentenansprüche im Sinne dieses Gesetzes sind nur Ansprüche aus Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen und aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung des öffentlichen Dienstes. Der Umfang ihrer Anrechnung ergibt sich aus den für die Beamten des Landes jeweils geltenden versorgungsrechtlichen Vorschriften.

Wahlvorbereitungsurlaub

b

33

Wahlvorbereitungsurlaub

- (1) Stimmt ein Beamter seiner Aufstellung als Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag oder zu der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes zu, so ist ihm auf Antrag innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag der zur Vorbereitung seiner Wahl erforderliche Urlaub unter Wegfall der Dienstbezüge zu gewähren. Unberührt bleibt der Anspruch des Beamten auf

Beihilfen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen.

- (2) Absatz 1 Satz 2 gilt auch für Richter für die Zeit, für die ihnen der zur Vorbereitung der Wahl erforderliche Urlaub gewährt wird.

Titel 2

Abgeordnete mit einem mit dem Mandat unvereinbaren Amt

34

Unvereinbare Ämter

Ein Abgeordneter darf nicht tätig sein als Berufsrichter, Staatsanwalt, Berufssoldat oder Soldat auf Zeit sowie Beamter oder Angestellter des Bundes, eines Landes, einer Kommune oder einer anderen Körperschaft öffentlichen Rechts mit Ausnahme der Religionsgemeinschaften.

35

Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

- (1) Ein in den Landtag gewählter Beamter, dessen Amt nach 34 mit der Mitgliedschaft im Landtag nicht vereinbar ist, scheidet mit dem Erwerb der Mitgliedschaft im Landtag aus seinem Amt aus. Die Rechte und Pflichten aus seinem Dienstverhältnis ruhen ab diesem Zeitpunkt für die Dauer der Mitgliedschaft mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken. Der Beamte hat das Recht, seine Amts- oder Dienstbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“) zu führen. Bei unfallverletzten Beamten bleiben die Ansprüche auf das Heilverfahren und einen Unfallausgleich unberührt. Satz 2 gilt längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.

-
- (2) Für den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten gelten die Absätze 1 und 2 längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den dauernden Ruhestand sinngemäß.
- (3) Einem in den Landtag gewählten Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ist auf seinen Antrag Urlaub ohne Anwärterbezüge zu gewähren. Wird der Beamte nach Bestehen der Laufbahnprüfung zum Beamten auf Probe ernannt, so ruhen seine Rechte und Pflichten aus diesem Dienstverhältnis nach Absatz 1 vom Tage an, mit dem die Ernennung wirksam wird.

Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

- (1) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ruhen die in dem Dienstverhältnis eines Beamten begründeten Rechte und Pflichten für längstens weitere sechs Monate. Der Beamte ist auf seinen Antrag, der binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft zu stellen ist, spätestens drei Monate nach Antragstellung wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückzuführen. Das ihm zu übertragende Amt muss derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehören wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein. Vom Tage der Antragstellung an erhält er die Dienstbezüge des zuletzt bekleideten Amtes.
- (2) Stellt der Beamte nicht binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag einen Antrag nach Absatz 1, so ruhen die in dem Dienstverhältnis begründeten Rechte und Pflichten (35 Absatz 1) weiter bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand. Die oberste Dienstbehörde kann den Beamten jedoch unter Übertragung eines Amtes im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückführen. Lehnt der Beamte die Rückführung ab oder folgt er ihr nicht, so ist er entlassen.

37

Dienstzeiten im öffentlichen Dienst

- (1) Das Besoldungsdienstalter eines Beamten wird nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag um die Hälfte der Dauer der Mitgliedschaft hinausgeschoben. Dies gilt auch für die Zeit, in der die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis nach 36 Absatz 1 ruhen, bis zur Rückführung in das frühere Dienstverhältnis.
- (2) Wird der Beamte nicht nach 36 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt, so wird das Besoldungsdienstalter um die Zeit nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag bis zum Eintritt des Versorgungsfalles hinausgeschoben.
- (3) Die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag gilt nicht als Dienstzeit im Sinne des Versorgungsrechts. Das Gleiche gilt für die Zeit nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag, wenn der Beamte nicht nach 36 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt wird. Satz 2 ist nicht anzuwenden, wenn ein Antrag nach 36 Absatz 1 Satz 2 gestellt wird.

-
- (4) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf laufbahnrechtliche Dienstzeiten anzurechnen.

Beförderungsverbot

- (1) Legt ein Beamter sein Mandat nieder und bewirbt er sich zu diesem Zeitpunkt erneut um einen Sitz im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes, so ist die Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt und die Übertragung eines anderen Amtes beim Wechsel der Laufbahngruppe nicht zulässig.
- (2) Legt ein Richter sein Mandat nieder und bewirbt er sich zu diesem Zeitpunkt erneut um einen Sitz im Europäischen Parlament oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes, so ist die Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt nicht zulässig.

39

Entlassung

Ein Beamter, der in ein mit dem Mandat unvereinbares Amt berufen wird, ist zu entlassen, wenn er zurzeit der Ernennung Mitglied des Deutschen Bundestags oder der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes war und nicht innerhalb einer von der obersten Dienstbehörde zu bestimmenden angemessenen Frist sein Mandat niederlegt.

40

Wahlbeamte auf Zeit

- (1) Für Wahlbeamte auf Zeit gelten die nachfolgenden besonderen Vorschriften:

1. Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis ruhen längstens bis zum Ablauf der Amtszeit.
2. Fällt der Ablauf der Amtszeit auf einen Zeitpunkt nach dem Ausscheiden aus dem Landtag, gilt die Amtszeit zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Landtag insgesamt als abgeleistet. Wird in der Zeit zwischen dem Ausscheiden aus dem Landtag und dem Ablauf der Amtszeit wieder ein Beamtenverhältnis begründet, so kann die Dienstzeit nur einmal berücksichtigt werden.

-
- (2) Für die in den Deutschen Bundestag oder in die gesetzgebende Körperschaft eines anderen Landes gewählten Wahlbeamten auf Zeit gilt Absatz 1 entsprechend, sofern ihr Amt kraft Gesetzes mit dem Mandat unvereinbar ist.

Richter und Angestellte des öffentlichen Dienstes

Die 35 bis 38 gelten sinngemäß für andere Angehörige des öffentlichen Dienstes, die eine nach 34 mit der Mitgliedschaft im Landtag unvereinbare Tätigkeit ausüben. Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf Dienst- und Beschäftigungszeiten anzurechnen; im Rahmen einer bestehenden zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung gilt dies nur im Hinblick auf Vorschriften, die die Anwartschaft oder den Anspruch dem Grunde nach regeln.

Unabhängigkeit des Abgeordneten

47

Verhaltensregeln

- (1) Ein Mitglied des Landtags darf keine Zuwendungen annehmen oder Einkünfte erzielen, die es nur in der Erwartung erhält, dass es im Landtag die Interessen des Zahlenden vertreten wird. Der Landtag gibt sich ergänzend nähere Verhaltensregeln.
- (2) Die Verhaltensregeln müssen Bestimmungen enthalten über
1. Die Pflicht der Mitglieder des Landtages zur Anzeige ihres Berufs sowie ihrer wirtschaftlichen oder anderen Tätigkeiten, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können, unterschieden nach Tätigkeiten vor und nach der Übernahme des Mandats einschließlich ihrer Änderungen während der Ausübung des Mandats;
 2. die Fälle einer Pflicht zur Anzeige der Art und Höhe der Einkünfte, wenn ein festgelegter Mindestbetrag überstiegen wird, soweit die vergütete Tätigkeit nicht aus dem Amtlichen Handbuch ersichtlich ist;
 3. die Pflicht zur Rechnungsführung und Anzeige von Spenden, wenn ein festgelegter Mindestbetrag überstiegen wird;(gestrichen);
 4. die Veröffentlichung von Angaben im Amtlichen Handbuch;

-
5. das Verfahren sowie die Befugnisse und Pflichten des Präsidenten bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln.

48

Überprüfung der Abgeordneten

- (1) Mitglieder des Landtages können beim Präsidenten schriftlich die Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das oder unmittelbare Weisungsbefugnis gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik beantragen.
- (2) Eine Überprüfung findet ohne Zustimmung statt, wenn der Rechtsausschuss des Landtages das Vorliegen von konkreten Anhaltspunkten für den Verdacht einer solchen Tätigkeit oder unmittelbaren Weisungsbefugnis in nicht öffentlicher Sitzung mit einer Mehrheit von drei Vierteln seiner Mitglieder festgestellt hat.
- (3) Eine Kommission, bestehend aus drei Mitgliedern, die zum Landtag Mecklenburg-Vorpommern wählbar sein müssen und weder dem Landtag noch der Landesregierung angehören dürfen und die der Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder wählt, stellt aufgrund der Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik fest, ob eine hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit für das oder eine unmittelbare Weisungsbefugnis gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen anzusehen ist.
- (4) Das nähere Verfahren zur Feststellung einer Tätigkeit für das oder unmittelbaren Weisungsbefugnis gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik legt der Landtag in einer Richtlinie fest.

49

Verschwiegenheitspflicht und Aussagegenehmigungsrecht

- (1) Ein Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern darf auch nach Beendigung seines Mandats ohne Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich Aussagen oder Erklärungen abgeben über Angelegenheiten, die

aufgrund eines Gesetzes oder nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages der Verschwiegenheit unterliegen.

- (2) Die Genehmigung erteilt der Präsident des Landtages. Sind Stellen außerhalb des Landtages an der Entstehung der geheimzuhaltenden Angelegenheiten beteiligt gewesen, kann die Genehmigung nur im Einvernehmen mit ihnen erteilt werden.
- (3) Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Aussage oder Erklärung dem Wohl des Landes Mecklenburg-Vorpommern, eines anderen Landes oder des Bundes Nachteile bereiten oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde.

Rechtsstellung und Leistungen an die Fraktionen

50

Fraktionsbildung

- (1) Mitglieder des Landtages können sich nach Maßgabe des Artikels 25 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu Fraktionen zusammenschließen.
- (2) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Landtages.

51

Rechtsstellung

- (1) Die Fraktionen sind rechtsfähige Vereinigungen von Abgeordneten des Landtages. Sie können klagen und verklagt werden. Öffentliche Gewalt wird von den Fraktionen nicht ausgeübt.
- (2) Sie können die Öffentlichkeit über ihre Arbeit informieren und mit Fraktionen anderer Parlamente

52

Organisation

- (1) Die Fraktionen sind verpflichtet, ihre Organisation und Arbeitsweise auf den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie aufzubauen und an diesen auszurichten.
- (2) Die Fraktionen geben sich eine Geschäftsordnung, in der ihre Vertretung zu regeln ist. Die Geschäftsordnung ist bei dem Präsidenten des Landtages zu hinterlegen, der die Vertretungsbefugnis in einer Landtags-Amtlichen Mitteilung veröffentlicht.

53

Verschwiegenheitspflicht der Fraktionsangestellten

- (1) Angestellte der Fraktionen haben eine besondere Aufgabe bei der Unterstützung der parlamentarischen Demokratie. Eine Beschäftigung soll nur erfolgen, wenn zu Beginn des Arbeitsverhältnisses der Landtagsverwaltung ein Führungszeugnis ohne belastende Eintragungen wegen vorsätzlicher Begehung einer Straftat vorliegt. In den Ausführungsbestimmungen nach 58 werden weitergehende Regelungen festgelegt.
- (2) Angestellte der Fraktionen sind auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses verpflichtet, über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.
- (3) Angestellte der Fraktionen dürfen, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung erteilt der jeweilige Fraktionsvorsitzende.

Geld- und Sachleistungen

-
- (1) Die Fraktionen haben zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben Anspruch auf Geld- und Sachleistungen aus dem Landeshaushalt. Sie erhalten diese Leistungen zur Selbstbewirtschaftung.
 - (2) Diese Leistungen dürfen nur für die Aufgaben verwendet werden, die den Fraktionen nach der Landesverfassung, diesem Gesetz und der Geschäftsordnung des Landtages obliegen. Eine Verwendung für Parteiaufgaben ist unzulässig.
 - (3) Die Geldleistungen setzen sich im Einzelnen zusammen aus:
 1. einem festen Grundbetrag für jede Fraktion,
 2. einem festen Betrag für jedes Mitglied der Fraktion,
 3. einem zusätzlichen Festbetrag für jedes Mitglied bis zum dreifachen der in Artikel 25 Abs. 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern festgelegten Mindeststärke einer Fraktion (Spezialisierungszuschlag),
 4. einem Oppositionszuschlag in Höhe von einem Drittel der nach Nummer 3 errechneten Zuwendung.

Die Auszahlung der Fraktionszuschüsse erfolgt monatlich.

- (4) Der Anspruch gemäß Absatz 1 entsteht mit dem Tag der Konstituierung der Fraktion, frühestens jedoch mit Beginn der Wahlperiode. Verringert oder erhöht sich im Verlaufe der Wahlperiode die ständige Zahl der Mitglieder einer Fraktion, werden die Mittel gemäß Absatz 3 mit Beginn des auf den Tag der Änderung folgenden Monats neu berechnet. Der Anspruch endet mit Ablauf des Monats, in dem die Vereinigung von Abgeordneten die Rechtsstellung als Fraktion verliert. Tritt eine Fraktion die Rechtsnachfolge gemäß 57 Abs. 7 für eine in der vorausgegangenen Wahlperiode bestehende Fraktion an, werden Mittel, die von der vorhergehenden Fraktion gemäß Absatz 3 für den Monat bereits bezogen wurden, in dem der Anspruch der nachfolgenden Fraktion entstanden ist, auf deren Anspruch angerechnet.
- (5) Die Fraktionen sind aufgrund der Fraktionsautonomie für die Dauer der Wahlperiode frei in der Entscheidung, in welchen Zeiträumen sie die Geldleistungen nach Absatz 1 verwenden. Sie dürfen aus den Geldleistungen nach Absatz 1 auch über die Wahlperiode hinaus Rücklagen bilden. Die Rücklagen dürfen für die Wahlperiode 60 v. H. der für das letzte vollständige Kalenderjahr der Wahlperiode erhaltenen Geldleistungen nach Absatz 1 nicht überschreiten. Darüber hinausgehende Geldleistungen sind dem Landeshaushalt zurückzuführen.
- (6) Die Fraktionen erwerben an den aus den Geldleistungen nach Absatz 1 beschafften Gegenständen Eigentum. Übersteigt der Wert eines angeschafften Gegenstandes die Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter entsprechend den steuerrechtlichen Vorschriften, so ist dieser Gegenstand in ein besonderes Inventarverzeichnis der Fraktion aufzunehmen. Die steuerrechtlichen Grundsätze der Absetzung für Abnutzung (AfA) sind bei der Fortschreibung des Inventarverzeichnisses anzuwenden.
- (7) Den Fraktionen werden zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Absatz 2 Büroräume einschließlich einer Grundausstattung mit Mobiliar und technischen Kommunikationsgeräten zur Verfügung gestellt. Die im Zusammenhang mit der allgemeinen Nutzung der Büroräume anfallenden Betriebs- und Kommunikationskosten trägt das Land. Die Sachleistungen werden nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes erbracht. Sie werden zur Nutzung überlassen und gehen nicht in das

Eigentum der Fraktionen über.

- (8) Die Beträge zur Berechnung der Geldleistungen nach Absatz 3 Satz 1 setzt der Präsident des Landtages im Benehmen mit dem Ältestenrat aufgrund seiner Ermächtigung zum Erlass von Ausführungsbestimmungen gemäß 58 fest.

55

Rechenschaftsbericht

- (1) Die Fraktionen haben über die Herkunft und die Verwendung der Leistungen, die sie innerhalb eines Kalenderjahres (Rechnungsjahr) nach 54 Abs. 1 erhalten haben, öffentlich Rechenschaft zu geben.

- (2) Die Rechnung ist wie folgt gegliedert:

1. Einnahmen

a) Zuschüsse an die Fraktionen

- allgemeine Zuschüsse nach dem Abgeordnetengesetz
- Zuschüsse für bürotechnische Ausstattung
- Zuschüsse für parlamentarische Untersuchungsausschüsse
- Zuschüsse für Enquete-Kommissionen
- Zuschüsse für Sonderausschüsse

b) Erträge aus staatlichen Zuschüssen,

- Zinsen
- sonstige Einnahmen

c) Übertrag aus Vorjahr.

2. Ausgaben

-
- a) Summe der Leistungen an Fraktionsmitglieder für die Wahrnehmung besonderer Aufgaben in der Fraktion,
 - b) Personalkosten,
 - c) Geschäftsausstattung und Bürobedarf,
 - d) Porto und Telefongebühren,
 - e) Zeitungen, Zeitschriften, Bücher,
 - f) Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs,
 - g) Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
 - h) Kosten für Fraktion und Fraktionsvorstand,
 - Reise- und Kfz-Kosten
 - Besprechungen, Einladungen etc.
 - Aufwandsentschädigungen
 - i) Sonstige Kosten,
 - Klausurtagungen, Fachkongresse, Konferenzen
 - Beiträge
 - Verschiedenes
 - Fraktionsreisen
 - j) Investitionsausgaben,
 - k) Zuführung zum Vermögen.

(3) Der Rechenschaftsbericht muss das Vermögen, das mit Mitteln nach 54 Abs. 3 erworben wurde, die Rücklagen, die aus diesen Mitteln gebildet werden, die erhaltenen Sachleistungen sowie die Verbindlichkeiten ausweisen. Die Vermögensübersicht gliedert sich wie folgt:

1. Aktivseite

- a) Inventar (nachrichtlich)

b) Umlaufvermögen

- Forderungen
- Festgeld
- Guthabenkonto
- Kasse

2. Passivseite

a) Rücklagen,

b) Verbindlichkeiten.

(4) Der Rechenschaftsbericht muss von einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie einer internen Fraktionsprüfungskommission auf die Einhaltung der Regelungen in Absatz 2 und Absatz 3 geprüft werden. Er

ist dem Präsidenten des Landtages zusammen mit dem Prüfungsvermerk spätestens zum Ende des 6. Monats nach Ablauf eines Kalenderjahres vorzulegen. Soweit die Wahlperiode während eines Kalenderjahres endet, sind die bis zu diesem Zeitpunkt gebildeten Rücklagen nach 54 Abs. 5 gesondert auszuweisen. Verliert eine Vereinigung von Abgeordneten die Rechtsstellung als Fraktion, so ist der Rechenschaftsbericht für den abgelaufenen Teil des Kalenderjahres binnen einer Frist von vier Monaten vorzulegen.

(5) Der Präsident des Landtages kann eine der in Absatz 4 geregelten Fristen um bis zu vier Monate verlängern, wenn eine solche Verlängerung sachlich geboten ist. Solange eine Fraktion mit der Rechnungslegung in Verzug ist, sind die Geld- und Sachleistungen nach 54 zurückzubehalten.

(6) Der Rechenschaftsbericht mit dem Prüfungsvermerk eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird als Amtliche Mitteilung verteilt.

Rechnungsprüfung

(1) Der Landesrechnungshof prüft die Rechnung sowie die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Fraktionen. Der Präsident des Landesrechnungshofes ist für die Rechnungsprüfung der Fraktionen zuständig.

-
- (2) Bei der Prüfung ist der Rechtsstellung und den Aufgaben der Fraktionen Rechnung zu tragen. Einzelheiten der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Fraktionen werden in Ausführungsbestimmungen geregelt, die der Präsident des Landtages im Einvernehmen mit dem Ältestenrat nach Anhörung des Landesrechnungshofes erlassen kann. Die politische Erforderlichkeit einer Maßnahme der Fraktionen ist nicht Gegenstand der Prüfung.

57

Beendigung der Rechtsstellung und Liquidation

- (1) Die Rechtsstellung einer Fraktion entfällt

1. bei Erlöschen des Fraktionsstatus,
2. bei Auflösung der Fraktion,
3. mit dem Ende der Wahlperiode.

- (2) In den Fällen der Nummern 1 und 2 des Absatzes 1 findet eine Liquidation statt.

Sie ist innerhalb von sechs Monaten nach dem Verlust der Rechtsstellung der

Fraktion abzuschließen. Findet die Liquidation nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Verlust der Rechtsstellung der Fraktion ihren Abschluss, kann der Präsident in begründeten Fällen eine Verlängerung dieser Frist um bis zu drei Monate gewähren. Die Fraktion gilt bis zum Abschluss der Liquidation als fortbestehend, soweit der Zweck der Liquidation dies erfordert. Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand, soweit die Geschäftsordnung der Fraktion nichts anderes bestimmt.

- (3) Die Liquidatoren haben dem Präsidenten spätestens bis zum Ende des dritten Monats nach dem Verlust der Rechtsstellung der Fraktion ein von einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüftes Vermögensverzeichnis vorzulegen, welches das Vermögen der Fraktion am Tag des Verlustes ihrer Rechtsstellung ausweist. Sie haben die laufenden Geschäfte zu beenden und Gläubiger zu befriedigen. Sie können zu diesem Zweck neue Geschäfte eingehen und das Vermögen in Geld umsetzen. Die Zweckbindung nach 54 Abs. 2 ist zu beachten. Kommen die Liquidatoren ihren Verpflichtungen nach den Sätzen 1 bis 4 nicht nach, kann der Präsident diese abberufen und auf Kosten der in Liquidation befindlichen Fraktion einen unabhängigen Dritten als Liquidator einsetzen. Fällt den Liquidatoren bei der Durchführung der Liquidation ein Verschulden zur Last, so haften sie für den daraus entstehenden Schaden gegenüber den Gläubigern als Gesamtschuldner.

- (4) Nach Beendigung der Liquidation ist dem Präsidenten ein Abschlussbericht vorzulegen. Soweit nach dieser Liquidation Gelder aus öffentlichen Mitteln verbleiben, sind diese an den Landeshaushalt zurückzuführen. Das Gleiche gilt für Vermögenswerte, die mit diesen Geldern angeschafft wurden, sowie für die nach 54 Abs. 1 erbrachten Sachleistungen.

- (5) Das verbleibende Vermögen der Fraktion ist dem Anfallsberechtigten zu überlassen. Anfallsberechtigt sind die in der Geschäftsordnung der Fraktion bestimmten Personen oder Stellen.
- (6) Maßnahmen nach Absatz 4 und Absatz 5 dürfen erst vorgenommen werden, wenn seit dem Ereignis, das zum Verlust der Rechtsstellung nach Absatz 1 geführt hat, sechs Monate verstrichen sind. Die Sicherung der Gläubiger hat nach
52 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu erfolgen.
- (7) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 3 findet eine Liquidation nicht statt, wenn sich innerhalb von 30 Tagen nach Beginn der neuen Wahlperiode eine Fraktion konstituiert, deren Mitglieder einer Partei angehören, die durch eine Fraktion in der abgelaufenen Wahlperiode im Landtag vertreten war und die sich zur Nachfolgefraktion erklärt. In diesem Fall ist die neukonstituierte Fraktion Rechtsnachfolgerin der alten Fraktion.

Ausführungsbestimmungen

Der Präsident des Landtages erlässt Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz, die als Amtliche Mitteilung veröffentlicht werden.

Richtlinie für das Verfahren der Überprüfung der Abgeordneten gemäß 48 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz)

1. Der vom Landtag gemäß 48 Abs. 3 Abgeordnetengesetz zu wählenden Kommission sollen ein Arbeitsrichter oder ein Verwaltungsrichter sowie der jeweilige Landesbeauftragte Mecklenburg-Vorpommerns für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR angehören. Die Mitglieder der Kommission bestimmen einen Vorsitzenden. Dieser bestimmt den Termin der Sitzungen und veranlasst die Ladung hierzu. Die Ladungsfrist beträgt 14 Tage. Bei ordnungsgemäßer Ladung ist die Kommission bei Anwesenheit der Mehrheit ihrer Mitglieder beschlussfähig. Die Kosten des Verfahrens trägt der Landtag. Die Vorschriften des 10 Abs. 1 Satz 1 und Absatz 3 sowie 11 Abs. 1 Abgeordnetengesetz gelten entsprechend.
2. Der Präsident des Landtages ersucht den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik um Mitteilung von Erkenntnissen aus seinen Unterlagen über ein Mitglied des Landtages und um Akteneinsicht, falls dieses Mitglied es verlangt. Er ersucht den Bundesbeauftragten auch, falls der Rechtsausschuss konkrete Anhaltspunkte für den Verdacht der hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für das oder unmittelbaren Weisungsbefugnis gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der ehemaligen Deutschen

Demokratischen Republik festgestellt hat. Das Mitglied des Landtages ist über das Ersuchen in Kenntnis zu setzen.

3. Die Überprüfung von Mitgliedern des Landtages gemäß 48 Abs. 2 Abgeordnetengesetz kann von jedem Mitglied des Rechtsausschusses beantragt werden. Dem Antrag sind Belegmaterialien beizufügen.
4. Die Kommission trifft aufgrund der Mitteilungen des Bundesbeauftragten und aufgrund sonstiger ihr zugeleiteter oder von ihr beigezogener Unterlagen die Feststellung, ob eine hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit für das oder eine unmittelbare Weisungsbefugnis gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen anzusehen ist.
5. Vor Abschluss der Feststellungen gemäß Nummer 4 sind die Tatsachen dem betroffenen Mitglied des Landtages zu eröffnen und mit ihm zu erörtern. Das betroffene Mitglied kann Einsicht in die bei der Kommission befindlichen Unterlagen verlangen. Es kann sich einer Vertrauensperson bedienen.
6. Der Vorsitzende der Kommission unterrichtet den Landtagspräsidenten und den Vorsitzenden derjenigen Fraktion, der das betroffene Mitglied des Landtages angehört, über die beabsichtigte Feststellung der Kommission.
7. Die Feststellung der Kommission über ein Mitglied des Landtages wird unter Angaben der wesentlichen Gründe als Landtagsdrucksache im Benehmen mit dem betroffenen Mitglied des Landtages veröffentlicht. In der Landtagsdrucksache ist auf Verlangen eine Erklärung des betroffenen Mitgliedes des Landtages in angemessenem Umfang aufzunehmen.

Gesetz über die Rechtsverhältnisse

der Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt (Abgeordnetengesetz Sachsen-Anhalt - AbgG LSA).

In der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juni 2002 (GVBl. LSA S. 270), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juli 2004 (GVBl. LSA S. 390)

Inhaltsübersicht

Abschnitt I - Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag

1 - Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag

Abschnitt II - Mitgliedschaft im Landtag und Beruf

2 - Schutz der freien Mandatsausübung

3 - Wahlvorbereitungsurlaub

4 - Berufs- und Betriebszeiten

5 - Mitglieder anderer Vertretungen

Abschnitt III - Entschädigung der Abgeordneten und Versorgung

Titel 1 - Entschädigung

6 - Entschädigung

Titel 2 - Aufwandsentschädigung

7 - Grundsatz

8 - Kostenpauschale

9 - Reisekostenerstattung

10 - (weggefallen)

11 - Übernachtungsgeld

12 - Freifahrtberechtigung und Fahrtkostenerstattung

13 - Behinderte Abgeordnete

14 - (weggefallen)

15 - Wegfall des Anspruchs auf Aufwandsentschädigung

Titel 3 - Leistungen nach Ausscheiden aus dem Landtag

-
- 16 - Übergangsgeld
 - 17 - Anspruch auf Altersentschädigung
 - 18 - Höhe der Altersentschädigung
 - 19 - (weggefallen)
 - 20 - Gesundheitsschäden
 - 21 - Versorgungsabfindung
 - 22 - Überbrückungsgeld für Hinterbliebene
 - 23 - Hinterbliebenenversorgung
 - 24 - Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften

Titel 4 - Zuschuss zu den Kosten in Krankheitsfällen, Unterstützungen

- 25 - Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen
- 26 - Unterstützungen

Titel 5 - Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge

- 27 - Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge

Titel 6 - Gemeinsame Vorschriften

- 28 - Bericht über die Angemessenheit der Leistungen an Abgeordnete
- 29 - Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsverordnungen
- 30 - Verzicht, Übertragbarkeit und Pfändung
- 31 - (weggefallen)
- 32 - Begriffsbestimmungen

Abschnitt IV - Angehörige des öffentlichen Dienstes im Landtag

Titel 1 - Wahlvorbereitungsurlaub

33 - Wahlvorbereitungsurlaub

Titel 2 - Abgeordnete mit einem mit dem Mandat unvereinbaren Amt

34 - Unvereinbare Ämter

35 - Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstver-
hältnis

36 - Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

37 - Dienstzeiten im öffentlichen Dienst

38 - Beförderungsverbot

39 - Entlassung

40 - Wahlbeamte auf Zeit

41 - Richter und Angestellte des öffentlichen Dienstes

Titel 3 - Abgeordnete mit einem mit dem Mandat vereinbaren Amt

42 - weggefallen

43 - weggefallen

44 - weggefallen

45 - weggefallen

Abschnitt V - Unabhängigkeit der Abgeordneten

46 - Verhaltensregeln

Abschnitt Va - Wahrung des Ansehens des Landes Sachsen-Anhalt, des Landtages und seiner Mitglieder

46a - Überprüfung der Mitglieder des Landtages

Abschnitt VI - Übergangs- und Schlussvorschriften

47 - Übergangsvorschriften

47a - Übergangsvorschrift zur Altersentschädigung

48 - (In-Kraft-Treten)

Ausführungsbestimmungen zur Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik

Ausführungsbestimmungen zur Reisekostenerstattung
Ausführungsbestimmungen für Abgeordnete mit Behinderungen

Abschnitt I

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag

1

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag regeln sich nach den Vorschriften des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt.

(weggefallen)

2

Schutz der freien Mandatsausübung

Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat im Landtag zu bewerben, es anzunehmen oder auszuüben.

Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat sowie der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig. Es ist besonders unzulässig, den Abgeordneten gegen seinen Willen zu beurlauben.

Eine Kündigung oder Entlassung im Zusammenhang mit der Annahme oder Ausübung des Mandats ist unzulässig. Eine Kündigung ist im Übrigen nur aus wichtigem Grund zulässig. Der Kündigungsschutz beginnt mit der Aufstellung des Bewerbers durch das dafür zuständige Organ der Partei oder mit der Einreichung des Wahlvorschlags, jedoch frühestens drei Jahre nach Beginn der laufenden Wahlperiode des Landtages, im Fall der Auflösung des Landtages vor Ende dieser Frist, frühestens mit seiner Auflösung. Er gilt ein Jahr nach Beendigung des Mandats fort.

3

Wahlvorbereitungsurlaub

Einem Bewerber um einen Sitz im Landtag ist zur Vorbereitung seiner Wahl innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag Urlaub bis zu zwei Monaten zu gewähren. Ein Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes oder des Lohnes besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht.

4

Berufs- und Betriebszeiten

Die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag ist nach Beendigung des Mandats auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit anzurechnen. Ansprüche aus betrieblicher oder überbetrieblicher Altersversorgung vor Übernahme des Mandats bleiben bestehen.

5

Mitglieder anderer Vertretungen

Die 2 bis 4 gelten auch zugunsten von Mitgliedern anderer Landesparlamente im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Abschnitt III

Entschädigung der Abgeordneten und Versorgung

Titel 1 Entschädigung

6

Entschädigung

Ein Abgeordneter erhält eine monatliche Entschädigung von 3 937 Euro. Diese Entschädigung beträgt ab dem 1. Januar 2005 4212 Euro und ab dem 1. Januar 2006 4487 Euro.

Die Präsidentin oder der Präsident und die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten erhalten für die Zeit der Ausübung dieser parlamentarischen Funktionen eine zusätzliche Entschädigung. Diese beträgt für die Präsidentin oder den Präsidenten das Einfache und für die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten die Hälfte der Entschädigung nach Absatz 1.

Der Auszahlungsbetrag der Entschädigung nach Absatz 1 und der zusätzlichen Entschädigung nach Absatz 2 vermindert sich in Ansehung der zu den Kosten in Pflegefällen nach § 25 gewährten Zuschüsse vom 1. Januar 1995 an um ein Dreihundertfünfundsechzigstel, es sei denn, dass Beiträge in voller Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zur Pflegeversicherung bereits aufgrund einer anderen Rechtsgrundlage wegen einer unselbständigen Beschäftigung entrichtet werden.

Titel 2 Aufwandsentschädigung

7

Grundsatz

Ein Abgeordneter erhält zur Abgeltung der durch das Mandat veranlassten Aufwendung eine Amtsausstattung als Aufwandsentschädigung, die Geld- und Sachleistungen umfasst.

Der Abgeordnete hat Anspruch auf einen angemessenen und eingerichteten Büroarbeitsplatz in den vom Landtag genutzten Gebäuden. Dasselbe gilt für eine Übernachtungsgelegenheit, soweit diese in den vom Landtag genutzten Gebäuden vorhanden ist.

Zur Amtsausstattung gehören auch:

die kostenlose Benutzung der Telekommunikationseinrichtungen in den vom Landtag genutzten Gebäuden,

die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, einschließlich der Kosten für den Zugang zum Landesdatennetz, in den Büros nach § 8 Abs. 3 sowie

die Inanspruchnahme sonstiger vom Landtag zur Verfügung gestellter Leistungen.

Das Nähere regelt der Präsident im Benehmen mit dem Ältestenrat in Ausführungsbestimmungen. Insbesondere sollen Festlegungen über die Festsetzung eines Höchstbetrages, die Ausstattungsstandards sowie die Art und Weise der Überlassung der Informations- und Kommunikationstechnik getroffen werden.

8

Kostenpauschale

Ein Abgeordneter erhält monatlich eine Pauschale in Höhe von 997 Euro für allgemeine Kosten, die sich aus seiner Stellung als Abgeordneter ergeben (Kostenpauschale). Ein Abgeordneter, der als Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung Amtsbezüge bezieht, erhält 20 v. H. der Kostenpauschale.

Einem Abgeordneten werden auf Antrag die nachgewiesenen Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern bis zur Höhe des Betrages ersetzt, der dem Bruttoarbeitsentgelt eines Angestellten des Landes in der Vergütungsgruppe BAT-O

VI b (6. Lebensaltersstufe, Ortsklassenzuschlag nach Tarifklasse II, Stufe 3) in der jeweils geltenden Fassung entspricht; erstattet werden auch die daraus resultierenden Arbeitgeberanteile und Beitragszuschüsse zur gesetzlichen Sozialversicherung, Aufwendungen für das Urlaubsgeld und die Sonderzuwendung in Höhe der für das Land geltenden Bestimmungen sowie vermögenswirksame Leistungen. Der Anspruch entfällt, soweit ein Abgeordneter Leistungen Dritter erhält. Ist der Mitarbeiter mit dem Abgeordneten verheiratet, bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad verschwägert, werden Aufwendungen für die Beschäftigung nicht gezahlt. Satz 3 ist für die Dauer der dritten Wahlperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt nicht auf Beschäftigungsverhältnisse anzuwenden, die vor dem 10. Juni 1999 schriftlich begründet wurden.

Für die Ersteinrichtung eines angemessenen Büros an einem Ort seiner Wahl im Geltungsbereich dieses Gesetzes erhält ein Abgeordneter, der erstmals Mitglied des Landtages wird, auf Antrag und Nachweis der Aufwendungen einen einmaligen Zuschuss von höchstens 1 534 Euro. Die Kosten für die Unterhaltung eines Büros, insbesondere für Miete, Heizung, Reinigung, Energie, Wasser, Abwasser, Gebühren für Telekommunikation, Porti und Büromaterial, werden auf Antrag monatlich pauschal mit 383 Euro abgegolten.

Vorsitzende der ständigen Ausschüsse, Vorsitzende der zeitweiligen Ausschüsse sowie Vorsitzende der Ausschüsse eigener Art erhalten für die Zeit der Ausübung dieser parlamentarischen Funktionen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 350 Euro. Dasselbe gilt für Vorsitzende der Unterausschüsse, wenn der Ältestenrat der Zahlung zustimmt.

9

Reisekostenerstattung

Ein Abgeordneter, der im Auftrag des Präsidenten oder im Auftrag eines Ausschusses mit vorheriger Zustimmung des Präsidenten in Wahrnehmung des Mandats außerhalb seines Wohnortes tätig wird, erhält Reisekostenerstattung in sinnvoller Anwendung des Bundesreisekostengesetzes wie ein Landesbeamter in der höchsten Besoldungsgruppe mit der Maßgabe, dass an Stelle des Betrages der Wegstreckenentschädigung nach dem Bundesreisekostengesetz der Betrag nach

12 Abs. 2 Satz 1 dieses Gesetzes tritt. Entsprechende Zahlungen erhält ein Abgeordneter, der im Auftrag einer Fraktion in Wahrnehmung seines Mandates tätig wird; die Fraktionen erhalten dafür im

Benehmen mit dem Ältestenrat Mittel, die im Haushaltsplan insoweit ausgewiesen sind.
Fraktionslose Abgeordnete werden den fraktionsangehörigen Abgeordneten finanziell gleichgestellt.
Das Nähere regelt der

Präsident in Ausführungsbestimmungen.

Bei Auslandsreisen kann der Präsident in Ausnahmefällen die Erstattung nachgewiesener notwendiger Mehrkosten genehmigen.

10 (weggefallen)

11

Übernachtungsgeld

Übernachtet ein Abgeordneter wegen der Teilnahme an Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates, eines Ausschusses, einer Fraktion oder eines Gremiums einer Fraktion außerhalb seines Wohnortes, wird ein Übernachtungsgeld in Höhe von 20 Euro je Übernachtung gezahlt. Das Gleiche gilt, wenn ein Abgeordneter in Ausübung seines Mandats an einer sonstigen Veranstaltung in den vom Landtag genutzten Gebäuden teilnimmt. Weist ein Abgeordneter höhere Übernachtungskosten nach, so sind ihm diese zu erstatten. Der Präsident setzt im Benehmen mit dem Ältestenrat einen Höchstbetrag fest.

Anstelle der Zahlung von Übernachtungsgeld nach Absatz 1 werden auf Antrag 75 v. H. der nachgewiesenen Kosten für eine Zweitwohnung am Sitz des Landtages, höchstens monatlich 256 Euro erstattet.

Steht dem Abgeordneten eine Übernachtungsmöglichkeit im Sinne des 7 Abs. 2 Satz 2 in den vom Landtag genutzten Gebäuden zur Verfügung, wird Übernachtungsgeld nicht gezahlt.

12

Freifahrtberechtigung und Fahrtkostenerstattung

Die Abgeordneten sind berechtigt, die regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittel innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt kostenlos zu benutzen. Das gilt auch für Reisen zwischen Orten in Sachsen-Anhalt und der Bundeshauptstadt sowie dem Sitz der Bundesregierung oder des Bundesrates. Satz 1

findet auch Anwendung für Fahrten zur Teilnahme an den in Absatz 2 Satz 1 genannten Sitzungen, soweit diese außerhalb von Sachsen-Anhalt stattfinden.

Benutzt ein Abgeordneter für Fahrten zur Teilnahme an Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates, eines Ausschusses, einer Fraktion oder eines Gremiums einer Fraktion ein Kraftfahrzeug auf seine Kosten, erhält er auf Antrag und Nachweis eine Fahrtkostenerstattung für jeden gefahrenen Kilometer der verkehrsüblichen

Fahrstrecke zwischen seiner Wohnung und dem Sitzungsort in Höhe von 0,27 Euro. Das Gleiche gilt, wenn ein Abgeordneter an sonstigen Veranstaltungen des Landtages oder eines Ausschusses teilnimmt.

Legt ein Abgeordneter eine Strecke teils mit einem Kraftfahrzeug auf seine Kosten, teils mit einem regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittel zurück, so ist die Entschädigung anteilig nach den Absätzen 1 und 2 zu gewähren.

Ein Abgeordneter, dem das Land einen Personenkraftwagen zur ausschließlichen Benutzung zur Verfügung stellt, erhält keine Fahrtkostenerstattung nach den Absätzen 2 und 3.

13

Behinderte Abgeordnete

Für Abgeordnete, die aufgrund ihrer Behinderung nur unter besonders erschwerten Bedingungen das Mandat wahrnehmen können, trifft der Präsident im Einvernehmen mit dem Ältestenrat besondere Regelungen insbesondere für die Erstattung der zum Beispiel durch Begleitpersonen verursachten Kosten.

14 (weggefallen)

15

Wegfall des Anspruchs auf Aufwandsentschädigung

Ein Abgeordneter, der nach Ablauf des 45. Monats einer Wahlperiode in den Landtag eintritt, hat keinen Anspruch auf Leistungen nach den 8 bis 13, wenn der Landtag seine Tätigkeit bereits abgeschlossen hat.

Titel 3

Leistungen nach Ausscheiden aus dem Landtag

16

Übergangsgeld

Ein Abgeordneter erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag Übergangsgeld, sofern er dem Landtag mindestens ein Jahr angehört hat. Das Übergangsgeld wird in Höhe der zum Zeitpunkt des Ausscheidens maßgeblichen Entschädigung

nach § 6 Abs. 1 für mindestens drei Monate gewährt. Für jedes weitere Jahr der Zugehörigkeit zum Landtag wird das Übergangsgeld für einen weiteren Monat, höchstens für zwei Jahre gewährt. Zeiten, für die bereits Übergangsgeld gezahlt worden ist, bleiben unberücksichtigt. Bei der Berechnung der Mandatsdauer nach Satz 3 wird ein verbleibender Rest von mehr als einem halben Jahr als volles Jahr gezählt. Auf Antrag ist das Übergangsgeld zum halben Betrag für den doppelten Zeitraum zu zahlen.

Entschädigungen sowie Altersentschädigungen aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag oder einem Parlament eines anderen Landes werden auf das Übergangsgeld angerechnet. Das gilt auch für Amtsbezüge als Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung, für Erwerbseinkommen und für Erwerbseinkommen, Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis sowie für Versorgungsbezüge aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst und Renten. Nicht angerechnet werden Bezüge aus ehrenamtlicher Tätigkeit.

Tritt ein ehemaliger Abgeordneter wieder in den Landtag ein, so ruht bei monatlicher Zahlung der Anspruch nach Absatz 1. Der Anspruch ruht auch, solange der ehemalige Abgeordnete Entschädigung als Abgeordneter des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages oder des Parlaments eines anderen Landes bezieht.

Stirbt ein ehemaliger Abgeordneter, so werden die Leistungen nach Absatz 1 an seine Hinterbliebenen im Sinne von § 18 Abs. 1 und 2 Nr. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes fortgesetzt, wenn Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz nicht entstehen; sind mehrere gleichberechtigte Personen vorhanden, so ist für die Bestimmung des Zahlungsempfängers die Reihenfolge der Aufzählung in

§ 18 Abs. 1 und 2 Nr. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes maßgebend.

Absatz 1 gilt nicht, wenn ein Abgeordneter die Mitgliedschaft aufgrund des 7 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3, 5 und 7 des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt verliert. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn ein Fall des Verlustes der Wählbarkeit nach 3 Nr. 2 Wahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vorliegt.

17

Anspruch auf Altersentschädigung

Ein ehemaliger Abgeordneter erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag eine Altersentschädigung, wenn er das 65. Lebensjahr vollendet hat. Mit dem Beginn des neunten Jahres und für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft im Landtag entsteht der Anspruch auf Altersentschädigung jeweils ein Lebensjahr früher, frühestens jedoch mit Vollendung des 55. Lebensjahres.

18

Höhe der Altersentschädigung

Die Altersentschädigung beträgt für jedes angefangene Jahr der Mitgliedschaft im Landtag 3 v. H. der Entschädigung nach 6 Abs. 1, höchstens jedoch 69 v. H.

19 (weggefallen)

20

Gesundheitsschäden

Hat ein Abgeordneter während seiner Zugehörigkeit zum Landtag Gesundheitsschäden erlitten, die seine Arbeitskraft dauernd und so wesentlich beeinträchtigen, dass er sein Mandat und bei seinem Ausscheiden aus dem Landtag die bei seiner Wahl zum Landtag ausgeübte oder eine andere zumutbare Tätigkeit nicht ausüben kann, so erhält er unabhängig von den in 17 vorgesehenen Voraussetzungen eine Altersentschädigung, deren Höhe sich nach 18 richtet, mindestens jedoch 30 v. H. der Entschädigung nach 6 Abs. 1. Ist der Gesundheitsschaden durch einen Unfall in Ausübung oder in Folge des Mandats eingetreten, so erhöht sich die Entschädigung nach Satz 1 um 20 v. H.; der Höchstsatz nach 18 gilt entsprechend.

Erleidet ein ehemaliger Abgeordneter Gesundheitsschäden im Sinne des Absatzes 1, so erhält er unabhängig vom Lebensalter die Altersentschädigung in der in

18 vorgesehenen Höhe.

Der Gesundheitsschaden ist durch das Gutachten einer öffentlich-rechtlichen Krankenanstalt nachzuweisen. Das Gutachten wird ersetzt durch den Bescheid über Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder durch den Bescheid über Dienst- unfähigkeit im Sinne des Beamtenrechts.

Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 werden nur auf Antrag gewährt. Für zurückliegende Zeiten werden diese Leistungen höchstens für drei Monate vor dem Monat gewährt, in dem der Antrag beim Präsidenten des Landtages eingegangen ist.

Die Ansprüche nach den Absätzen 1 und 2 erlöschen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 nachträglich entfallen. Zum Nachweis für das Fortbestehen dieser Voraussetzungen kann im Abstand von fünf Jahren oder bei konkreten Anhaltspunkten jederzeit eine Nachbegutachtung gemäß Absatz 3 verlangt werden.

Erwerbseinkommen, die trotz Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 erzielt wurden, sind auf die Altersentschädigung anzurechnen; nach Antragstellung jedoch nur, soweit sie 10 v. H. der Entschädigung nach 6 Abs. 1 übersteigen.

21

Versorgungsabfindung

Eine Versorgungsabfindung wird auf Antrag gezahlt, wenn ein Abgeordneter seine Mitgliedschaft im Landtag aufgrund des 7 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3, 5 und 7 des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt verliert. Diese beträgt für jeden angefangenen Monat der Mitgliedschaft im Landtag 100 v. H. des für diesen Monat jeweils geltenden Höchstbeitrages zur Rentenversicherung der Angestellten.

Werden die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt, wird die Versorgungsabfindung jedoch nicht in Anspruch genommen, erfolgt auf Antrag für die Dauer der Mitgliedschaft im Landtag in entsprechender Anwendung des 23 Abs. 7 und 8 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages eine Nachversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Anstelle der Versorgungsabfindung nach Absatz 1 wird die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag für Beamte oder Richter des Landes Sachsen-Anhalt auf Antrag als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts berücksichtigt.

Im Falle des Wiedereintritts in den Landtag werden die Zeiten der Mitgliedschaft im Landtag, für die ein Ausgleich nach den Absätzen 1 bis 3 gewährt wurde, bei der Berechnung der Höhe der Altersentschädigung nicht berücksichtigt.

22

Überbrückungsgeld für Hinterbliebene

Stirbt ein Abgeordneter, so erhalten sein überlebender Ehegatte, die leiblichen Abkömmlinge sowie die angenommenen Kinder Überbrückungsgeld in Höhe der zweifachen Entschädigung nach 6 Abs. 1. Der Auszahlungsbetrag des Überbrückungsgeldes vermindert sich vom 1. August 2004 an um 1 050 Euro. An wen die Zahlungen zu leisten sind, bestimmt der Präsident; sind mehrere Berechtigte vorhanden, ist das Überbrückungsgeld in der Regel in der Reihenfolge der Aufzählung in Satz 1 zu gewähren. Sind Hinterbliebene im Sinne des Satzes 1 nicht vorhanden, so wird auf Antrag sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit getragen haben, das Überbrückungsgeld bis zur Höhe ihrer Aufwendungen gewährt.

Stirbt ein ehemaliger Abgeordneter in der Zeit, in der ihm Übergangsgeld oder eine Altersentschädigung zusteht, so erhalten die Angehörigen im Sinne des Absatz-

zes 1 Satz 1 Überbrückungsgeld in Höhe des zweifachen Betrages der Altersentschädigung, auf die der ehemalige Abgeordnete Anspruch oder eine Anwartschaft hatte. Absatz 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

Die Hinterbliebenen eines Abgeordneten im Sinne von Absatz 1 Satz 1 erhalten die noch nicht abgerechneten Leistungen nach diesem Gesetz, soweit sie im Zeitpunkt des Todes fällig waren. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Überbrückungsgelder, die nach beamtenrechtlichen Vorschriften gewährt werden, sind anzurechnen.

23

Hinterbliebenenversorgung

Der überlebende Ehegatte eines Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten erhält 60 v. H. der nach 18 berechneten Altersentschädigung, auch wenn der Abgeordnete oder ehemalige Abgeordnete im Zeitpunkt des Todes die Altersvorsorge nach 17 noch nicht erfüllt hatte.

Hat ein nach Absatz 1 Berechtigter selbst Anspruch auf Entschädigung nach 6 Abs. 1, wird die Hinterbliebenenversorgung auf die Entschädigung angerechnet.

Die leiblichen und die angenommenen Kinder eines verstorbenen Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten erhalten unter der Voraussetzung des Absatzes 1 Waisengeld. Es beträgt für die Vollwaisen 20 und für die Halbwaisen 13 v. H. der zugrunde zu legenden Altersentschädigung.

24

Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften

Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind für die Versorgung die für die Beamten geltenden Vorschriften sinngemäß anzuwenden.

Titel 4

Zuschuss zu den Kosten in Krankheitsfällen, Unterstützungen

25

Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen

Die Abgeordneten und die Versorgungsempfänger nach diesem Gesetz erhalten einen Zuschuss zu den notwendigen Kosten in Krankheits-, Pflege- und Geburts-

fällen in sinngemäßer Anwendung der Beihilfenvorschriften für Landesbeamte, sofern sich ein Anspruch auf Beihilfe nicht aus anderen landesrechtlichen oder bundesrechtlichen Vorschriften ergibt.

Anstelle des Anspruchs auf den Zuschuss nach Absatz 1 erhalten die Mitglieder und Versorgungsempfänger einen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen, wenn der Arbeitgeber keine Beiträge nach 249 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zahlt oder kein Anspruch auf einen Beitragszuschuss nach 257 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch besteht. Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen und entweder den darauf entfallenden Krankenversicherungsbeitrag nach 249a des Fünften Buches

Sozialgesetzbuch nur zur Hälfte tragen oder gemäß 106 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch einen Beitragszuschuss beziehen, erhalten für die- sen rentenbezogenen Krankenversicherungsbeitrag keinen Zuschuss. Als Zuschuss ist die Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Krankenversicherungsbeitrages zu zahlen. Besteht die Mitgliedschaft nicht ausschließlich in einer gesetzlichen Kran- kenkasse gemäß 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, beträgt der Zuschuss höchstens die Hälfte des Höchstbetrages der im Fall der Versicherungspflicht zu- ständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Der Anspruch auf den Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen nach Absatz 2 schließt bei Mitgliedern des Landtages den Anspruch auf einen Zuschuss in Höhe der Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Pflegeversicherungsbeitrages ein, höchstens jedoch die Hälfte des Höchstbetrages der sozialen Pflegeversiche- rung.

Die Entscheidung darüber, ob der Abgeordnete anstelle der Leistungen nach Absatz 1 den Zuschuss nach Absatz 2 in Anspruch nehmen will, hat der Abgeordne- te dem Präsidenten innerhalb von vier Monaten nach Annahme des Mandats mitzu- teilen. An diese Entscheidung ist der Abgeordnete bis zum Ablauf von zwei Jahren nach Annahme des Mandats gebunden. Teilt er bis zum Ablauf dieser Frist dem Präsidenten keine andere Entscheidung für den Rest der Wahlperiode mit, so gilt die Entscheidung für die Dauer der Wahlperiode. Versorgungsempfänger haben die Entscheidung dem Präsidenten innerhalb von vier Monaten nach Zustellung des Versorgungsbescheides mitzuteilen; sie bleiben an diese Entscheidung gebunden.

Der Zuschuss nach den Absätzen 1 bis 3 wird auch gewährt für die Dauer des Bezuges von Übergangsgeld nach 16, mindestens jedoch für die Dauer von sechs Monaten nach Ausscheiden aus dem Landtag. Besteht ein Anspruch auf einen Zu- schuss auch nach 27 des Abgeordnetengesetzes des Bundes, so ruht der An- spruch nach diesem Gesetz.

Versorgungsempfänger im Sinne dieser Vorschrift ist ein ehemaliger Abgeord- neter, der Altersentschädigung bezieht oder dessen Anspruch auf Alters- entschädigung deshalb ruht, weil er Übergangsgeld bezieht, sowie ein Bezieher von Hinterbliebenenversorgung.

26

Unterstützungen

Der Präsident kann in besonderen wirtschaftlichen Notfällen Abgeordneten einmali- ge Unterstützungen, ausgeschiedenen Abgeordneten und deren Hinterbliebenen einmalige Unterstützungen und laufende Unterhaltszuschüsse gewähren.

Titel 5

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge

27

Anrechnung beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge

Haben Abgeordnete neben ihrer Entschädigung nach 6 Abs. 1 Anspruch auf

Amtsbezüge als Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung,

Einkommen aus der Verwendung im öffentlichen Dienst,

Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis,

Versorgungsbezüge aus der Verwendung im öffentlichen Dienst oder

Versorgungsbezüge aus der Mitgliedschaft zu einem anderen Parlament wird die Entschädigung nach 6 Abs. 1 um 75 v. H., höchstens jedoch um 50 v. H. der Amtsbezüge, des Einkommens oder der Versorgungsbezüge gekürzt.

Für die Zeit, für die Abgeordnete eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages erhalten, werden Entschädigungen nach den 6 bis 13 nicht gewährt.

Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz ruhen neben

Amtsbezügen als Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung,

Erwerbs- oder Erwerb ersatzeinkommen,

Versorgungsbezügen aus einem Amtsverhältnis,

Versorgungsbezügen aus der Verwendung im öffentlichen Dienst oder

der Hinterbliebenenversorgung nach diesem Gesetz

zu 50 v. H. des Betrages, um den sie und die anderen Bezüge die Entschädigung nach § 6 Abs. 1 übersteigen. Nach Ablauf des Monats, in dem ein ehemaliger Abgeordneter das 65. Lebensjahr vollendet, erfolgt die Anrechnung von Erwerbseinkommen im Sinne von Satz 1 Buchst. b nur noch bei Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst.

Beziehen ehemalige Abgeordnete Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages oder des Parlaments eines anderen Landes, ruhen die Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz bis zur Höhe des Betrages der Entschädigung, die sie als Abgeordnete des anderen Parlaments erhalten. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen.

Werden Zeiten als Abgeordneter des Landtages von Sachsen-Anhalt bei der Bemessung von Versorgungsbezügen als Mitglied eines anderen Parlaments erfasst, erhalten ehemalige Abgeordnete keine Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz.

Zeiten, in denen ein Abgeordneter zugleich Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung war und aufgrund dieses Amtsverhältnisses Versorgungsansprüche erworben hat, werden bei der Berechnung der Höhe der Altersentschädigung nach diesem Gesetz nicht berücksichtigt, es sei denn, dass bereits eine vollständige Anrechnung auf anderer rechtlicher Grundlage erfolgt. § 16 Abs. 1 Satz 5 gilt entsprechend.

Abgeordnete und ausgeschiedene Abgeordnete haben die auf die Entschädigung nach § 6, auf das Übergangsgeld nach § 16 und die Versorgungsleistungen nach diesem Gesetz anzurechnenden Einkünfte gegenüber dem Präsidenten nachzuweisen.

Titel 6 Gemeinsame Vorschriften

28

Bericht über die Angemessenheit der Leistungen an Abgeordnete

Die Präsidentin oder der Präsident erstattet dem Landtag einmal in der Wahlperiode spätestens 18 Monate nach dessen Zusammentritt einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung der Abgeordneten. Vor der Erstattung des Berichtes holt der Präsident die Stellungnahme eines Sachverständigengremiums ein, die

er dem Landtag als Unterrichtung übergibt. Die Mitglieder des Sachverständigengremiums werden vom Präsidenten im Einvernehmen mit dem Ältestenrat für die Dauer einer Wahlperiode berufen.

Beginn und Ende der Ansprüche, Zahlungsvorschriften

Zahlungen nach 6 Abs. 1 und 8 Abs. 1 werden vom Beginn des Monats an, in dem die Wahl angenommen worden ist, geleistet, auch wenn die Wahlperiode noch nicht beendet ist. Zahlungen nach 6 Abs. 2 und 8 Abs. 4 erfolgen ab dem Tag des Eintritts in die besondere parlamentarische Funktion. Zahlungen nach 8 Abs. 2 und 3, 9, 11, 12, 13, 25 und 26 werden bei Vorliegen der jeweils geregelten Voraussetzungen ab dem Tag der Annahme der Wahl geleistet. Die Leistungen nach 6 Abs. 1 und 2 und den 8, 13 und 25 werden für einen Monat nur einmal gewährt.

Ausscheidende Abgeordnete erhalten die Leistungen nach 6 Abs. 1 und 2, 8

Abs. 1 und 4 und den 9, 11, 12, 13 und 25 bis zum Ende des Monats, in dem die Wahlperiode endet, oder bis zum Ende des Monats, in dem Abgeordnete vor der Beendigung der Wahlperiode aus dem Landtag ausscheiden. Leistungen nach 8 Abs. 2 und 3 Satz 2 werden längstens bis zum Ende des zweiten Monats nach dem Monat des Ausscheidens eines Abgeordneten aus dem Landtag gezahlt.

Die Altersentschädigung wird vom Ersten des Monats, in welchem das anspruchsbegründende Ereignis eintritt, es sei denn, dass für diesen Monat noch Entschädigung nach 6 gezahlt wird, bis zum Ablauf des Monats gewährt, in dem der Berechtigte stirbt.

Während der Zeit, für die der Berechtigte Übergangsgeld bezieht, ruht der Anspruch auf Altersentschädigung in Höhe des gezahlten Übergangsgeldes. Der Anspruch auf Altersentschädigung ruht ferner bei einem späteren Wiedereintritt in den Landtag für die Dauer der Mitgliedschaft.

Altersentschädigung nach diesem Gesetz wird nicht gezahlt, wenn der Abgeordnete oder der ehemalige Abgeordnete seine Mitgliedschaft im Landtag aufgrund des 7 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3, 5 und 7 des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt verliert. Für diese Zeit der Mitgliedschaft im Landtag gilt 21.

Die Leistungen nach 6 Abs. 1 und 2, 8 Abs. 1 und 3 Satz 2, 8 Abs. 4, 16,

17, 20, 23 und 25 werden monatlich im Voraus gezahlt. Zahlungen nach 8 Abs. 2,

9, 11, 12, 21, 22 und 26 erfolgen nach Erfüllung der Voraussetzungen. Ist nur ein Teil zu leisten, so wird für jeden Kalendertag ein Dreißigstel gezahlt.

Ein Verzicht auf die Entschädigung nach § 6 Abs. 1 sowie auf die Aufwands-entschädigung nach den §§ 7 bis 15 ist unzulässig. Die Ansprüche nach den §§ 7 bis 15 sind nicht übertragbar. Der Anspruch auf Entschädigung nach § 6 Abs. 1 und der Anspruch auf Übergangsgeld nach § 16 sind nur bis zur Hälfte übertragbar. Auf diese Hälfte finden die Vorschriften der §§ 850 bis 850h und 850k der Zivilprozessordnung Anwendung.

31 (weggefallen)

32

Begriffsbestimmungen

Eine Verwendung im öffentlichen Dienst ist jede Beschäftigung im Dienst von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder ihrer Verbände; ausgenommen ist die Beschäftigung bei öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften oder ihren Verbänden. Der Verwendung im öffentlichen Dienst steht gleich die Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, an der eine Körperschaft oder ein Verband im Sinne des Satzes 1 durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist.

Erwerbseinkommen sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschließlich Abfindungen, aus selbständiger Arbeit sowie aus Gewerbebetrieb und aus der Land- und Forstwirtschaft.

Erwerbsersatzeinkommen sind Leistungen, die aufgrund oder in entsprechender Anwendung öffentlich-rechtlicher Vorschriften kurzfristig erbracht werden, um Erwerbseinkommen zu ersetzen (§ 18a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 Viertes Buch Sozialgesetzbuch).

Abschnitt IV

Angehörige des öffentlichen Dienstes im Landtag

Titel 1 Wahlvorbereitungsurlaub

33

Wahlvorbereitungsurlaub

Stimmt ein Beamter seiner Aufstellung als Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag oder zum Parlament eines Landes zu, so ist ihm auf Antrag innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag der zur Vorbereitung seiner Wahl erforderliche Urlaub unter Wegfall der Dienstbezüge zu gewähren. Unberührt bleibt der Anspruch des Beamten auf Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen.

Absatz 1 Satz 2 gilt auch für Richter für die Zeit, für die ihnen der zur Vorbereitung der Wahl erforderliche Urlaub gewährt wird.

Titel 2

Abgeordnete mit einem mit dem Mandat unvereinbaren Amt

34

Unvereinbare Ämter

Ein Abgeordneter darf nicht tätig sein als

Beamter mit Dienstbezügen,

Angestellter von juristischen Personen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der Religionsgemeinschaften,

Berufsrichter, Berufssoldat oder Soldat auf Zeit,

Angestellter oder hauptamtliches Vorstandsmitglied von Kapitalgesellschaften, Vereinen, Verbänden oder Stiftungen, wenn zu mehr als 50 v. H. juristische Personen nach Buchstabe b Kapitaleigner oder Mitglieder sind, das Stiftungsvermögen bereitgestellt haben oder die Aufwendungen tragen.

Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

Ein in den Landtag gewählter Beamter, dessen Amt nach § 34 mit der Mitgliedschaft im Landtag nicht vereinbar ist, scheidet mit der Annahme der Wahl aus seinem Amt aus. Die Rechte und Pflichten aus seinem Dienstverhältnis ruhen vom Tage der Annahme der Wahl für die Dauer der Mitgliedschaft mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbotes der Annahme von Belohnungen und Geschenken. Der Beamte hat das Recht, seine Amts- oder Dienstbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“) zu führen. Bei unfallverletzten Beamten bleiben die Ansprüche auf das Heilverfahren und einen Unfallausgleich unberührt. Satz 2 gilt längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.

Für den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten gilt Absatz 1 längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den dauernden Ruhestand sinngemäß.

Einem in den Landtag gewählten Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ist auf seinen Antrag Urlaub ohne Anwärterbezüge zu gewähren. Wird der Beamte nach Bestehen der Laufbahnprüfung zum Beamten auf Probe ernannt, so ruhen seine Rechte und Pflichten aus diesem Dienstverhältnis nach Absatz 1 vom Tage an, mit dem die Ernennung wirksam wird.

Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ruhen die in dem Dienstverhältnis eines Beamten begründeten Rechte und Pflichten für längstens weitere sechs Monate. Der Beamte ist auf seinen Antrag, der binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft zu stellen ist, spätestens drei Monate nach Antragstellung wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückzuführen. Das ihm zu übertragende Amt muss derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehören wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein. Vom Tage der Antragstellung an erhält er die Dienstbezüge des zuletzt bekleideten Amtes.

Stellt der Beamte nicht binnen drei Monaten seit der Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag einen Antrag nach Absatz 1, so ruhen die in dem Dienstverhältnis begründeten Rechte und Pflichten (§ 35 Abs. 1) weiter bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand. Die oberste Dienstbehörde kann den Beamten jedoch, wenn er weder dem Landtag mindestens zwei Wahlperioden angehört

noch bei Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag das 55. Lebensjahr vollendet hat, unter Übertragung eines Amtes im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückführen. Lehnt der Beamte die Rückführung ab oder folgt er ihr nicht, so ist er entlassen. Satz 2 ist nicht anzuwenden, wenn der Beamte während der Dauer seiner Mitgliedschaft im Landtag dessen Präsident oder wenn er mindestens vier Jahre Vizepräsident des Landtages oder Vorsitzender einer Landtagsfraktion war.

37

Dienstzeiten im öffentlichen Dienst

Das Besoldungsdienstalter eines Beamten wird unbeschadet der Regelung des

21 Abs. 3 nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag entsprechend den allgemeinen Regelungen für Beamte hinausgeschoben.

Wird der Beamte nicht nach 36 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt, so wird das Besoldungsalter um die Zeit nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag bis zum Eintritt des Versorgungsfalles hinausgeschoben.

Die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag gilt unbeschadet der Regelung des 21 Abs. 3 nicht als Dienstzeit im Sinne des Versorgungsrechts. Das Gleiche gilt für die Zeit nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag, wenn der Beamte nicht nach

36 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt wird. Satz 2 ist nicht anzuwenden, wenn ein Antrag nach 36 Abs. 1 Satz 2 gestellt wird.

Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf laufbahnrechtliche Dienstzeiten anzurechnen.

38

Beförderungsverbot

Legt ein Beamter sein Mandat nieder und bewirbt er sich zu diesem Zeitpunkt erneut um einen Sitz im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder in dem Parlament eines Landes, so ist die Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt und die Übertragung eines anderen Amtes beim Wechsel der Laufbahngruppe nicht zulässig.

Legt ein Richter sein Mandat nieder und bewirbt er sich zu diesem Zeitpunkt erneut um einen Sitz im Europäischen Parlament oder in dem Parlament eines Landes, so ist die Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt nicht zulässig.

39

Entlassung

Ein Beamter, der in ein mit dem Mandat unvereinbares Amt berufen wird, ist zu entlassen, wenn er zur Zeit der Ernennung Mitglied des Deutschen Bundestages oder des Europäischen Parlaments oder des Parlaments eines Landes war und nicht innerhalb einer von der obersten Dienstbehörde zu bestimmenden angemessenen Frist sein Mandat niederlegt.

40

Wahlbeamte auf Zeit

Für Wahlbeamte auf Zeit, die ein nach 34 mit dem Mandat unvereinbares Amt innehaben, gelten die nachfolgenden besonderen Vorschriften:

Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis ruhen längstens bis zum Ablauf der Amtszeit.

Fällt der Ablauf der Amtszeit auf einen Zeitpunkt nach dem Ausscheiden aus dem Landtag, gilt die Amtszeit zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Landtag insgesamt als abgeleistet. Wird in der Zeit zwischen dem Ausscheiden aus dem Landtag und dem Ablauf der Amtszeit wieder ein Beamtenverhältnis begründet, so kann die Dienstzeit nur einmal berücksichtigt werden.

Für die in den Deutschen Bundestag oder in das Parlament eines anderen Landes gewählten Wahlbeamten auf Zeit gelten Absatz 1 und 34 entsprechend, sofern ihr Amt kraft Gesetzes mit dem Mandat unvereinbar ist.

41

Richter und Angestellte des öffentlichen Dienstes

Die 35 bis 38 gelten sinngemäß für andere Angehörige des öffentlichen Dienstes, die eine nach 34 mit der Mitgliedschaft im Landtag unvereinbare Tätigkeit ausüben. Nach Beendigung der

Mitgliedschaft im Landtag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf Dienst- und Beschäftigungszeiten anzurechnen; im Rahmen einer bestehenden zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung gilt dies nur im Hinblick auf Vorschriften, die die Anwartschaft oder den Anspruch dem Grunde nach regeln.

Titel 3

42 bis 45 (weggefallen)

Abschnitt V Unabhängigkeit der Abgeordneten

46

Verhaltensregeln

Der Landtag gibt sich Verhaltensregeln.

Die Verhaltensregeln müssen Bestimmungen enthalten über

die Pflichten der Abgeordneten zur Anzeige ihres Berufes sowie ihrer wirtschaftlichen oder anderen Tätigkeit, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können, unterschieden nach Tätigkeiten vor und nach der Übernahme des Mandats einschließlich ihrer Änderungen während der Ausübung des Mandats;

die Fälle einer Pflicht zur Anzeige der Art und Höhe der Einkünfte, wenn ein festgelegter Mindestbetrag überstiegen wird;

die Pflicht zur Rechnungsführung und Anzeige von Spenden, wenn ein festgelegter Mindestbetrag überstiegen wird;

die Unzulässigkeit einer Annahme von Zuwendungen, die der Abgeordnete, ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten, nur deshalb erhält, weil von ihm im Hinblick auf sein Mandat erwartet wird, dass er im Landtag die Interessen des Zahlenden vertreten und nach Möglichkeit durchsetzen wird;

die Veröffentlichung von Angaben im Amtlichen Handbuch;

das Verfahren sowie die Befugnisse und Pflichten des Präsidenten bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln.

Abschnitt Va

Wahrung des Ansehens des Landes Sachsen-Anhalt, des Landtages und seiner Mitglieder

46a

Überprüfung der Mitglieder des Landtages